„Schaukeln“ oder „Schwanken“?

Eine Neubewertung der Geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik nach der deutschen Wiedervereinigung

Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades der Naturwissenschaften
an der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften
Fachbereich Geowissenschaften
der Universität Hamburg

vorgelegt von

Rebin Fard

aus Sanandaj, Iran

Hamburg
2018

Als Dissertation angenommen am Fachbereich Geowissenschaften

Tag des Vollzugs der Promotion: **01.02.2019**

Erstgutachter: **Prof. Dr. Jürgen Oßenbrügge**

Universität Hamburg

Fachbereich Geowissenschaften, Institut für Geographie

Zweitgutachter: **Prof. Dr. Jürgen Scheffran**

Universität Hamburg

Fachbereich Geowissenschaften, Institut für Geographie

Vorsitzender des Prüfungskommission: Prof. Dr. Jürgen Oßenbrügge

Weitere Prüfungskommissionsmitglieder:

Prof. Dr. Jürgen Scheffran

Prof. Dr. Andreas Dittmann

Prof. Dr. Cord Jakobeit

Prof. Dr. Eva-Maria Pfeiffer

Vorsitzender des Fachpromotionsausschusses Geowissenschaften: Prof. Dr. Dirk Gajewski

Dekan der MIN-Fakultät: Prof. Dr. Heinrich Graener

Zusammenfassung

Die vorliegende Studie thematisiert geopolitische Codierungen in der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung aus der Perspektive eines strukturellen Analyseansatzes. Daher befasst sich die Arbeit mit der Frage:

Wie haben sich geopolitische Codierungen in der deutschen Außenpolitik in ihren räumlichen Beziehungsstrukturen nach der deutschen Wiedereinigung herauskristallisiert?

Das Ziel der vorliegenden Studie ist, die Entwicklung und die Neubewertung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik nach der Zeitenwende zu untersuchen. Um die Entwicklungstendenzen der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik nach der Vereinigung in ihren neuen räumlichen Beziehungsstrukturen im Zusammenhang mit neuen geopolitischen Ordnungsstrukturen zu charakterisieren, wird für die Untersuchung das von Peter J. Taylor und Colin Flint entwickelte Konzept der geopolitischen Codes zur Analyse der deutschen Außenpolitik als theoretische Grundlage herangezogen. Für die Erläuterung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik bzw. dieser Problematik werden sowohl qualitativ-interpretative als auch quantitative Methoden auf internationaler und innerstaatlicher Ebene angewendet.

Zusammenfassend lässt sich in der vorliegenden Studie festhalten, dass die geopolitischen Raumstrukturen der Weltpolitik vor der deutschen Wiedervereinigung in einer bestimmten räumlich-politischen Struktur zwischen Ost und West geprägt wurden. Deswegen waren die geopolitischen Codes in der deutschen Außenpolitik vorbestimmt und wurden zu einem Schaukelkurs zwischen der geopolitischen Orientierung nach Ost und West geführt. Aber nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes eröffneten sich neue raumpolitische Strukturen, aus denen sich für Deutschland drei neue räumliche Beziehungsstrukturen zum europäischen, transatlantischen und eurasischen Raum ergeben haben. Diese neuen Raumstrukturen sind noch in Bewegung und im Wandel und tragen einen unbestimmten komplexen Charakter. Deswegen sind die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik angesichts dieser offenen geopolitischen Raumstrukturen und einer unbestimmten post-bipolaren Welt unterdeterminiert. Die Folge ist, dass sich die deutsche Außenpolitik nicht an einer anscheinend komplex werdenden geopolitischen Weltordnung orientieren, dieses Spannungsverhältnis ausbalancieren und eine geopolitische Prioritätensetzung in ihren räumlichen Beziehungsstrukturen finden kann.

Es lässt sich somit schlussfolgern, dass die geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik von einem schwankenden Charakter sind, der die deutsche Außenpolitik nach

der Wiedervereinigung kennzeichnet. Dieses schwankende Merkmal der geopolitischen Codes in der deutschen Außenpolitik lässt sich in den drei geopolitischen Raumstrukturen charakterisieren und wird auch in Zukunft die deutsche Außenpolitik prägen.

Abstract

The present study explores the development of geopolitical codes in German foreign policy after reunification from the perspective of the structural analysis approach. Therefore, this Dissertation deals with the question:

How have geopolitical codes in German foreign policy crystallized in their spatial relationship structures after German reunification?

The purpose of the study is to examine the development and the revaluation of geopolitical codes in German foreign policy. In order to characterize the development tendencies of the geopolitical codes of German foreign policy after the unification in their new spatial relationship structures in connection with new geopolitical order structures, the concept of geopolitical codes for the analysis of German foreign policy developed by Peter J. Taylor and Colin Flint will be used as the theoretical basis. For the explanation of the geopolitical codes in the German foreign policy, both qualitatively interpretative as well as quantitative methods are used on the international and national level.

In summary, the present study states that the geopolitical spatial structures of world politics prior to German reunification were shaped in a specific spatial-political structure between East and West. Therefore, the geopolitical codes in German foreign policy were predetermined and were led to a swinging course between the geopolitical orientation to East and West. However, after the end of the East-West conflict, new spatial-political structures opened up, resulting in three new spatial relationships for Germany to the European, transatlantic and Eurasian space. These new spatial structures are still in motion and in transition and carry an indefinite complex character. That is why the geopolitical codes of German foreign policy are undermined in view of these open geopolitical spatial structures and an indefinite post-bipolar world. The consequence is that German foreign policy does not orientate itself on an apparently complex geopolitical world order, can balance this tension and find a geopolitical priority setting in their spatial relationship structures.

Thus, it can be concluded that the geopolitical codes in German foreign policy are of a varying character, characterizing German foreign policy after reunification. This fluctuating feature of geopolitical codes in German foreign policy can be characterized in the three geopolitical spatial structures and will continue to shape German foreign policy in the future.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung ..... **iii**

Abstract ..... **v**

Inhaltsverzeichnis ..... **vi**

Abbildungsverzeichnis ..... **x**

Tabellenverzeichnis ..... **x**

Kartenverzeichnis ..... **x**

Diagrammverzeichnis ..... **x**

Formelverzeichnis ..... **xi**

Abkürzungsverzeichnis ..... **xii**

Vorwort ..... **xiii**

Danksagung ..... **xiv**

1 Einleitung **1**

1.1 Problemstellung, Fragestellung und Zielsetzung 1

1.2 Forschungsstand 7

1.2.1 Geopolitik und die Bedeutung des Raumes für die deutsche Außenpolitik 7

1.2.2 Das raumpolitische Denken und dessen Bedeutung für die deutsche Außenpolitik im *„Historikerstreit“* 9

1.2.3 Die deutsche Außenpolitik nach der Wiedervereinigung in wissenschaftlichen Debatten 11

1.2.4 Geopolitik und Suche nach einer neuen deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung 15

1.3 Theoretische Grundlagen und empirisches Vorgehen 21

1.4 Aufbau und Gliederung der Arbeit 25

2 Konzeptionelle Grundlagen, Debatten und Theorien der Geopolitik **31**

2.1 Begriffsdefinition und die Entwicklung des geopolitischen Denkens zwischen Determinismus und Possibilismus 32

2.2 Das geopolitische Denken aus der klassischen Perspektive 34

2.2.1 Das klassische geopolitische Denken im deutschsprachigen Raum 34

2.2.2 Das klassische geopolitische Denken im angloamerikanischen Raum 37
2.3 Das geopolitische Denken aus der kritischen Perspektive 40
2.4 Die Annäherung zwischen der klassischen und der Kritischen Geopolitik hin zu einem neuen Konzept struktureller Geopolitik 44
2.5 Geopolitische Codierung aus der Perspektive eines strukturellen Ansatzes 46

3 Geopolitische Codierungen der deutschen Außenpolitik in gouvernementaler Dimension 53

3.1 Das Grundgesetz und die geopolitische Codierung in der deutschen Außenpolitik 53
3.1.1 Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern 54
3.1.2 Kompetenzverteilung zwischen Exekutive und Legislative 55
3.2 Das parteipolitische System und geopolitische Codierung in der deutschen Außenpolitik 58
3.2.1 Parteipolitischer Grundkonsens und Parteienkonflikte über die geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik 59

4 Die Weltgeopolitische Struktur und Deutschlands Machtverteilung im internationalen System nach der Zeitenwende 66

4.1 Das geopolitische Denken in der post-bipolaren Weltordnung 66
4.2 Macht und Machtverteilung im internationalen System 72
4.2.1 Der defensive Realismus und Sicherheitsmaximierung 74
4.2.2 Der offensive Realismus und Machtmaximierung 75
4.3 Der Wandel der Weltpolitik und die Polarität der weltgeopolitischen Struktur 77
4.4 Analysekonzept für die Erforschung der Machtverteilung 80
4.5 Berechnung der nachhaltigen Machtverteilung von Hua Liao et al. (2015) 83
4.5.1 Berechnung der umfassenden Machtverteilung 84
4.5.2 Die angepassten Indikatoren zur Messung der nachhaltigen Machtverteilung ... 85
4.6 Deutschlands Machtverteilung im internationalen System 86

5 Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik und der weltgeopolitischen Modelle vor und nach 1990 95

5.1 Die weltgeopolitische Struktur und die deutsche Außenpolitik von 1871 bis 1945 96
5.2 Geopolitische Codierungen in der deutschen Außenpolitik von 1871 bis 1945 97

5.3 Geopolitische Codierungen der deutschen Außenpolitik in der bipolaren Weltordnung 105
5.3.1 Die Geopolitische Westbindung der Bundesrepublik Deutschland 107
5.3.2 Die Geopolitische Ostorientierung der Bundesrepublik Deutschland 109
5.3.3 Die europäische Orientierung der deutschen Außenpolitik 110
5.3.4 Die multilaterale Orientierung der deutschen Außenpolitik zur deutschen Wiedervereinigung 112
5.4 Geopolitische Codierungen der deutschen Außenpolitik nach 1990 in einer post-bipolaren Weltordnung 115
5.4.1 Kontinuität und Adaptionsschwierigkeiten der deutschen Außenpolitik 115
5.4.2 Geopolitische Codierungen in der deutschen Außenpolitik unter der rot-grünen Regierung 118
5.4.3 Der Geschmeidigkeitsmanöver-Diskurs der Zweiten Großen Koalition 121
5.4.4 Der Zickzack-Kurs der deutschen Außenpolitik unter der schwarz-gelben Regierung 124
5.4.5 Die außenpolitische hin- und hergehende *„Diskursoffensive“* unter der Dritten Großen Koalition 127

6 Konstruktion der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik zwischen Atlantizismus, Europäismus und Eurasismus 133

6.1 Identifizierung von Einflussfaktoren auf die Konstruktion der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik 133
6.2 Geopolitische Codierungen der deutschen Außenpolitik im nationalen Maßstab . 135
6.2.1 Geopolitische Codierungen in der deutschen Außenpolitik zwischen Werten und Interessen 135
6.2.2 Geopolitische Codierungen zwischen einer zentralisierten und dezentralisierten Außenpolitik 143
6.3 Geopolitische Codierungen der deutschen Außenpolitik im regionalen Maßstab . 146
6.3.1 Geopolitische Codierungen der deutschen Außenpolitik in der europäischen Raumstruktur 146
6.3.2 Geopolitische Codierungen Deutschlands im mittelosteuropäischen Raum 149
6.3.3 Deutschland als *„Zentralmacht“*, *„Führungsmacht“* und *„Gestaltungsmacht“*…… 153
6.4 Geopolitische Codierungen der deutschen Außenpolitik im globalen Maßstab 155

6.4.1 Transnationalisierung und Globalisierung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik 156
6.4.2 Multilateralismus der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik. 160
6.4.3 Wirtschaftsmacht der geopolitische Codierungen in der deutschen Außenpolitik… 162
6.4.4 Zivil- und Friedenmacht der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik 163
6.4.5 Geopolitische Codierungen der deutschen Außenpolitik in der transatlantischen Raumstruktur 165
6.4.6 Deutschland und Streben nach einer multipolaren Weltordnung 171
6.4.7 Geopolitische Codierungen der deutschen Außenpolitik im eurasischen Raum, insbesondere Russland- und Chinapolitik, ... 173

7 Schlussbetrachtung und Ausblick 181

7.1 Schlussbetrachtung 182
7.1.1 Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik vom Schaukeln zum Schwanken 182
7.2 Ausblick 196
7.2.1 Die Notwendigkeit einer raumbezogenen Identität für die deutsche Außenpolitik… 196

Quellenverzeichnis 199

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Darstellung des konzeptionellen Modells der Arbeit 6
Abb. 2: Aufbau und Gliederung der Arbeit 28
Abb. 3: Einflussfaktoren auf die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik . 134

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Liste der verwendeten Dimensionen und Indikatoren für die Berechnung der umfassenden Machtverteilung (CNP) 85
Tab. 2: Liste der verwendeten Dimensionen und Indikatoren für die Berechnung der sozialen Machtverteilung 86
Tab. 3: Liste der verwendeten Dimensionen und Indikatoren für die Berechnung der ökologischen Machtverteilung 86
Tab. 4: Ergebnisse der Berechnung der umfassenden und nachhaltigen Machtverteilung 88
Tab. 5: Ergebnisse der Berechnung der umfassenden Machtverteilung (CNP) 89
Tab. 6: Ergebnisse der Berechnung der sozialen Machtverteilung 89
Tab. 7: Ergebnisse der Berechnung der ökologischen Machtverteilung 89

Kartenverzeichnis

Karte 1: Geopolitische Weltordnung und Machtverteilung im internationalen System nach Huntington 80
Karte 2: Ranking der Weltmächte nach ihrem Anteil an der umfassenden und nachhaltigen Machtverteilung im internationalen System 2017 90
Karte 3: Ranking der Weltmächte nach ihrem Anteil an der umfassenden Machtverteilung 2017 91
Karte 4: Ranking der Weltmächte nach ihrem Anteil an der nachhaltigen Machtverteilung 2017 92

Diagrammverzeichnis

Diagramm 1: Die Weltmächte und ihre umfassende und nachhaltige Machtverteilung im internationalen System 2017 90
Diagramm 2: Die Weltmächte und ihre umfassende Machtverteilung im internationalen System 2017 91
Diagramm 3: Die Weltmächte und ihre sozial-ökologische Machtverteilung im internationalen System 2017 92

Formelverzeichnis

Formel 1: Formel für die Berechnung der nachhaltigen und umfassenden Machtverteilung .. 84
Formel 2: Formel für die Berechnung der umfassenden Machtverteilung 84
Formel 3: Formel für die Normalisierung des Indikatorwertes..... 85
Formel 4: Formel für die Berechnung der sozialen ökologischen Machtverteilung..... 86

Abkürzungsverzeichnis

ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BVerfGE	Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts
CA	Cultural Appeal
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CM	Critical Mass
CNP	Comprehensive National Power
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
EWG	Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Das Europäische Währungssystem
EZB	Europäische Zentralbank
F & E	Forschung und Entwicklung
FDP	Freie Demokratische Partei
GCI	Global Competitiveness Index
GG	Grundgesetz
HDI	Human Development Index
IB	Internationale Beziehungen
INF	Intermediate-Range Nuclear Forces
IWF	Internationaler Währungsfonds
NATO	North Atlantic Treaty Organization
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
SNP	Sustainable National Power
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UN	United Nations
WTO	World Trade Organization

Vorwort

Als die Menschen in Ost-Berlin und West-Berlin am Abend des 9. November 1989 die Kontrolle über die Stadt übernahmen und die Berliner Mauer friedlich geöffnet wurde, sahen Menschen in ganz Europa und der Welt zu, wie die *„deutsche Frage“* auf dem Weg der Wiedervereinigung in einem friedlichen Prozess gelöst wurde. Deutschland ist kein geteiltes Land mehr und nicht mehr von Nachbarn belagert, die Deutschland feindlich gegenüberstanden, sondern von freundlichen Nachbarn umkreist. Das vereinigte Deutschland ist ein ausgeprägter demokratischer Nationalstaat, der nicht mehr nach Hegemonie in Europa und in der Welt strebt, sondern für eine Weltordnung plädiert, in der Interessenkonflikte durch Interdependenz und multilaterale Beziehungen gelöst werden. In einer Weltordnung, in der weltweit kriegerische Auseinandersetzungen zunehmen und Unsicherheit zwischen Staaten wächst, muss Deutschland sich die Frage stellen, welche Rolle es bei der Weltordnung nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes spielen will. Deutschland steht an einem historischen Wendepunkt. Und die Welt erwartet von Deutschland mehr Verantwortung und Führung. Es hängt jetzt von Deutschland ab, ob es in der Lage ist, ein neues Weltordnungsmodell in Bezug auf seine Erfolgsgeschichte zu entwerfen.

Diese deutsche Erfolgsgeschichte hat mich als Geographen dazu ermutigt, die Frage zu stellen, wie sich die geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik in der post-bipolaren Weltordnung entwickelt haben. Diese Frage führte mich direkt zum Thema meiner Dissertation. Daher erscheint eine wissenschaftliche Untersuchung der deutschen Außenpolitik im Rahmen der neuen geopolitischen Forschung, die sich mit der Bedeutung des Raumes auf die deutsche Außenpolitik befasst, erforderlich und ratsam. Die Auseinandersetzung mit diesem Thema wird auch dadurch begründet, dass die deutsche Außenpolitik aufgrund der neuen Mittellage und ihrer Rolle einen besonders bedeutsamen Einfluss auf die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union und der Weltpolitik hat. Beim Schreiben dieser Dissertation habe ich die Möglichkeit gesehen, mich noch intensiver mit dieser Thematik zu beschäftigen.

Hamburg, im Februar 2019

Rebin Fard

Danksagung

Mein besonderer Dank gilt Prof. Dr. Jürgen Oßenbrügge für seine Unterstützung und Betreuung sowie seine konstruktive Kritik zu meiner Dissertation. Seine wissenschaftlichen Hinweise und Erfahrungen waren meiner Studie sehr förderlich. So konnte ich mit Begeisterung über die deutsche Außenpolitik aus geopolitischer Sicht forschen. Er hat meine Studie mit wissenschaftlicher Bescheidenheit und in unermüdlicher Weise betreut. Dafür, dass er mir vertrauensvoll die Chance gegeben hat, über dieses spannende Thema und beeindruckende Land mit seinem kulturellen Reichtum zu schreiben, gebührt ihm mein großer Dank. Ebenso möchte ich Prof. Dr. Jürgen Scheffran für die Übernahme des Zweitgutachtens und sein Interesse an dieser Arbeit danken. Des Weiteren möchte ich mich bei Prof. Dr. Andreas Dittmann, Prof. Dr. Cord Jakobeit und Prof. Dr. Eva-Maria Pfeiffer bedanken, die als weitere Mitglieder der Prüfungskommission fungiert haben. Ein zentraler Bestandteil dieser Arbeit ist die Machtanalyse der deutschen Außenpolitik in der Weltordnung. Daher danke ich Dr. Ali Hosseini für seine tatkräftige Hilfe und die statistische Erleuchtung, die er mir mittels EXCEL und GIS beschafft hat und mir in allen computertechnischen Fragen immer zur Seite stand. Ein großer Dank geht an Fridrun Freise vom Schreibzentrum am Universitätskolleg der Universität Hamburg für sprachliche Beratung und ihre guten Ideen und Ratschläge. Bedanken möchte ich mich auch bei Andreas Schiller für stete Unterstützung bei organisatorischen Angelegenheiten im Institut für Geographie der Universität Hamburg. Allen Freundinnen und Freunden, besonders Prof. Dr. Mohammad Taghi Rahnemaie, Editha und Klaus Dölitsch, Anna Lucht, Farid Muttaqi, Mehdi Gharabaygi, Mohammad Reza Saeed Zadeh und Hamid Allahyaribyg, danke ich für das Leben abseits dieser Arbeit und eure Unterstützung. Ich möchte auch meiner Familie für ihre fortwährende Unterstützung danken. Abschließend möchte ich mich bei meiner Frau Sahra Fard bedanken, die mir diesen Weg ermöglicht und mir stets den notwendigen Rückhalt während der ganzen Arbeit gegeben hat.

1 Einleitung

> *„Geopolitik ist ein problematischer Begriff, vor allem wenn er im Zusammenhang mit Deutschland gebraucht wird“* (Lacoste 1990, S.14).

1.1 Problemstellung, Fragestellung und Zielsetzung

Mit dem Fall der Berliner Mauer, der Wiedervereinigung Deutschlands und Europas ging die Wiederbelebung der Geopolitik einher (vgl. Lacoste 1990, S. 14 f.; Magenheimer 1991; Schlögel 2003, S. 25; Hoffmann 2012). Das geopolitische Denken in der Raumdimension, das nach dem Zweiten Weltkrieg in einer bipolaren Weltordnung vernachlässigt und von der Zeitdimension abgelöst wurde, ist mit der Wiedervereinigung Deutschlands wieder in den Mittelpunkt gerückt (vgl. Lacoste 1990, S. 7; Brill 2008a, S. 33 f. u. 2008b; Zänker 1991). Aus einer bipolaren geopolitischen Weltordnung, in der die räumlichen Strukturen in einem machtpolitisch definierten Spannungsverhältnis zwischen Ost und West bestimmt wurden (vgl. Stürmer 2006, S. 23 ff.; Reuber und Wolkersdorfer 2002a, S. 39; Zimmer 2009, S. 68), ergibt sich eine weltpolitische Lage, die noch nicht ihre Ordnungsstrukturen gefunden hat (vgl. Stürmer 2006, S. 9) und einen unbestimmten Charakter trägt (vgl. Wusten 1993, S. 239; Link 1998, S. 12). Um diese Entwicklung von räumlich-politischen Beziehungsstrukturen bzw. neuen Konstellationen der post-bipolaren Weltordnung zu erkennen (vgl. Czempiel 2004, S. 2 f.), wird daher häufig die Frage gestellt, wie sich neue geopolitische Raumstrukturen der internationalen Beziehungen entwickelt haben (vgl. Cohen 1990, S. 11 u. 1991, S. 551; Kissinger 2014a). Aus dieser Perspektive wird eine neue geopolitische Ordnung auf der Grundlage der neuen raumpolitischen Möglichkeiten zur Neustrukturierung der internationalen Beziehungen gesucht (vgl. Oßenbrügge und Scholvin 2013, S. 15; Cohen 1991, S. 551 f.; Brill 2008a, S. 34; Kissinger 2014a, S. 9 f.; Meyer 2014, S. 13).

Im Hinblick auf diese raumpolitischen Entwicklungen änderte sich auch die weltpolitische Lage und es traten zahlreiche Konflikte auf internationaler Ebene auf, die nicht nur die internationale Gemeinschaft, sondern auch Deutschland hinsichtlich seiner zeitlichen und geographischen Lage vor neue Herausforderungen stellten. Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001, der Intensivierung des syrischen Bürgerkriegs, der Zuspitzung im Ukraine-Konflikt, dem Chaos im Nahen und Mittleren Osten, der Entstehung des Islamischen

Staates und der Krise in der EU zeigt sich, dass ein Wandel der Weltordnung angefangen hat. Vor diesem Hintergrund sind die Weltpolitik und vor allem die deutsche Außenpolitik im Zeitalter der Globalisierung angekommen (vgl. Haftendorn 2012, S. 21) und die Schwellenländer China, Brasilien und Indien sind wirtschaftlich und politisch zu den neuen wichtigen Akteuren der Weltpolitik aufgestiegen (vgl. Masala 2008, S. 22; Kappel 2012, S. 2; Hellmann et al. 2014, S. 237). Ausgehend von den oben genannten Ereignissen befindet sich die geopolitische Weltordnung in einem offenen Wandel (vgl. Cohen 1990, S. 3; Huntington 1999, S. 36, Brill 2008a, S. 34). Die neue geopolitische Struktur der Weltpolitik erscheint derzeit komplizierter und unberechenbarer als die bipolare Weltordnung (vgl. Kissinger 2014a, S. 10; Oßenbrügge 1997a, S. 247; Cohen 1991, S. 551; Zimmer 2009, S. 72) und keiner der großen Konflikte des 21. Jahrhunderts kann von einem der Akteure oder einer Supermacht alleine gelöst werden (vgl. Oßenbrügge und Scholvin 2013, S. 18; Ruloff und Schubiger 2007, S. 10 ff.). Dieser geopolitische Wandel der Staatenwelt im globalen System wirkt seit der Wiedervereinigung auf die deutsche Außenpolitik ein und verlangt von der deutschen Außenpolitik (vgl. Hellmann 2004a, S. 80), sich angemessen auf die neuen Herausforderungen einzustellen (vgl. Maull 2014a, S. 1, 2006a, 2014b; Hacke 2012; Sandschneider 2012; Masala 2008; Hellmann 2015). Entsprechend wird von der deutschen Außenpolitik eine Neubewertung ihrer geopolitischen Codes bzw. geopolitischen Orientierungen im Hinblick auf diesen Wandel in der Weltpolitik eingefordert (vgl. Oßenbrügge und Scholvin 2013, S. 16), ihre neuen räumlichen Beziehungsstrukturen in geopolitischen Vorfeldern zu erfassen (vgl. Schwarz 1994 u. 2005; Brill 1993a u. 1994a; Link 1991 u. 2000a; Maull 2003 u. 2011; Hellmann 2006a).

Der räumliche Handlungskontext der deutschen Außenpolitik änderte sich auch im Hinblick auf Verschiebungen der geopolitischen Ordnungsstrukturen (vgl. Bredow und Jäger 1993, S. 27). Nach diesen Verschiebungen in geopolitischen Raumstrukturen steht die deutsche Außenpolitik in Bezug auf ihre geopolitische Mittellage in den Bruchzonen der Weltpolitik (vgl. Zänker 1992, S. 12; Stürmer 1994, S. 270) – strukturell zwischen dem *„Westfälischen“* Staatensystem und der *„postmodernen“* Staatlichkeit (vgl. Boesler 1997, S. 309), geografisch zwischen der euro-eurasischen Landmasse und dem euro-transatlantischen Raum (vgl. Meyer 2014), geostrategisch zwischen dem südamerikanisch-nordafrikanischen Raum und dem asiatisch-pazifischen Raum und zeitlich zwischen den *„Gewissheiten“* einer bestimmten bipolaren Weltordnung und den *„Ungewissheiten“* einer unbestimmten post-bipolaren Struktur (vgl. Stürmer 2006, S. 9; Cohen 1990, S. 11). Es wird unter Geopolitikern und Politikwissenschaftlern sowie den deutschen außenpolitischen Entscheidungsträgern debattiert, in welche Richtung sich die deutsche Außenpolitik auf der

Grundlage der neuen geopolitischen Lage entwickeln und an welchen geopolitischen Beziehungsstrukturen sie sich orientieren sollte (vgl. Bredow und Jäger 1991, S. 37 f.; Schmidt, Hellmann und Wolf 2007, S. 15 f.; Bruns 1991).

In Bezug auf die geopolitischen Verschiebungen vertreten die Wissenschaftler unterschiedliche und in einigen Aspekten widersprüchliche Auffassungen, nämlich dass die deutsche Außenpolitik **„[…] *schwankt“*** (Schwarz 1994, S. 11), ***„orientierungslos“*** (Maull 2011; Sandschneider 2012), ***„ohne Kompass“*** (Schwarz 2005), im ***„Wanken“*** (Hellmann 2006b, S. 226), ***„zaudernd“*** (Brill 1994b), ***„im Abseits“*** (Maull et al. 2003), ***„situativ ausgerichtet“*** (Zimmer 2009), ***„zögernd“*** (Slaughter 2011 u. 2014) oder ***„ambivalent und mehrdeutig“*** (Stark Urrestarazu 2015, S. 177) sei. Weiterhin beobachten einige Wissenschaftler bei der deutschen Außenpolitik einen Wandel in der Kontinuität (vgl. Risse 2004, S. 24 ff.; Meier-Walser und Wolf 2012, S. 5). Sie kommen zu dem Schluss, dass Deutschland zwischen einer *„Zivilmacht“* (Maull 1992; Harnisch und Maull 2001a u. 2001b) und einer *„potenziellen Hegemonialmacht“*, zwischen einer *„gezähmten Macht“* (Katzenstein 1997a u. 1997b) und einer *„multilateralen Hegemonialmacht“* (Hyde-Price 2001), zwischen einer *„Kultur der Zurückhaltung“* und der Übernahme der *„Führungsrolle“* (Link 2014) sowie zwischen der europäischen Macht und der globalen Macht schwanke (vgl. Schwarz 1994; Hellmann 2006a u. 2006b; Risse 2004). Da sich Deutschland wieder geografisch und politisch in der Mitte Europas befindet und auf die Weltbühne zurückgekommen ist (vgl. Schöllgen 1993, S. 41 u. 1992, 2004b; Schwarz 1995, S. 86 u.1994, 1997), lassen sich im Rückgriff auf die neuen geopolitischen Ordnungsstrukturen die Fragen stellen, wie die neuen räumlich-politischen Strukturen der post-bipolaren geopolitischen Weltordnung für die deutsche Außenpolitik aussehen, welche geopolitischen Codes der deutschen Außenpolitik zugrunde liegen, inwiefern sie sich in Bezug auf räumliche Perspektive von der bipolaren geopolitischen Weltordnung unterscheiden und wie sich die deutsche Außenpolitik in neuen geopolitischen Beziehungsstrukturen der post-bipolaren Weltordnung entwickelt hat.

Vor diesem Hintergrund wird in dieser Studie eine geopolitische Untersuchung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik aus der Perspektive eines strukturellen Analyseansatzes vorgelegt. Im Rahmen des strukturell-geopolitischen Ansatzes werden die geopolitischen Codes in der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung auf internationaler und innerstaatlicher Ebene in Bezug auf ihre geopolitischen Raumstrukturen thematisiert. In der vorliegenden Untersuchung wird die These vertreten, dass die geopolitischen Raumstrukturen der Weltpolitik bzw. die Struktur der Staatenwelt vor der Wiedervereinigung in einer bestimmten räumlich-politischen Struktur zwischen Ost und

West geprägt wurden. Deswegen waren die geopolitischen Codes in der deutschen Außenpolitik vorbestimmt. Aber nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes eröffneten sich neue raumpolitische Strukturen, die noch in Bewegung und im Wandel sind und einen unbestimmten komplexen Charakter tragen. Es scheint, dass die geopolitischen Codierungen bzw. geopolitischen Perspektiven der deutschen Außenpolitik angesichts dieser offenen geopolitischen Raumstrukturen und einer unbestimmten post-bipolaren Welt unterdeterminiert sind (vgl. Zimmer 2009, S. 80 f.). Die Folge ist, dass sich die deutsche Außenpolitik nicht an einer anscheinend komplex werdenden geopolitischen Weltordnung orientiert, dieses Spannungsverhältnis ausbalanciert und eine geopolitische Prioritätensetzung in ihren räumlichen Beziehungsstrukturen finden kann (vgl. Zimmer 2009, S. 80; Brill 1993a u. 1994b).

Diese Gedankenlinie weiterverfolgend lässt sich die Studie auch von der Annahme leiten, dass sich aus der geopolitischen Weltordnung nach der Zeitenwende neue räumliche Beziehungsstrukturen – der europäische Raum, der transatlantische Raum und der eurasische Raum – für Deutschland ergeben haben, die auf die Notwendigkeit einer außenpolitischen Orientierung zwischen diesen divergierenden geopolitischen Optionen hinweisen (vgl. Geiss 1991; Zänker 1992; Schöllgen 1992). In diesem Zusammenhang fehlt es in der deutschen Außenpolitik an einer neuen Geostrategie bzw. Grand Strategy in Bezug auf ihre geopolitischen Codierungen zur räumlichen Orientierung (vgl. Geiss 1991; Zänker 1992; Schöllgen 1992 u. 1993; Schwarz 1994 u. 1995; Stürmer 1994, 1995; Hacke 2003c). Darauf hat Matthias Zimmer in ähnlicher Weise aufmerksam gemacht:

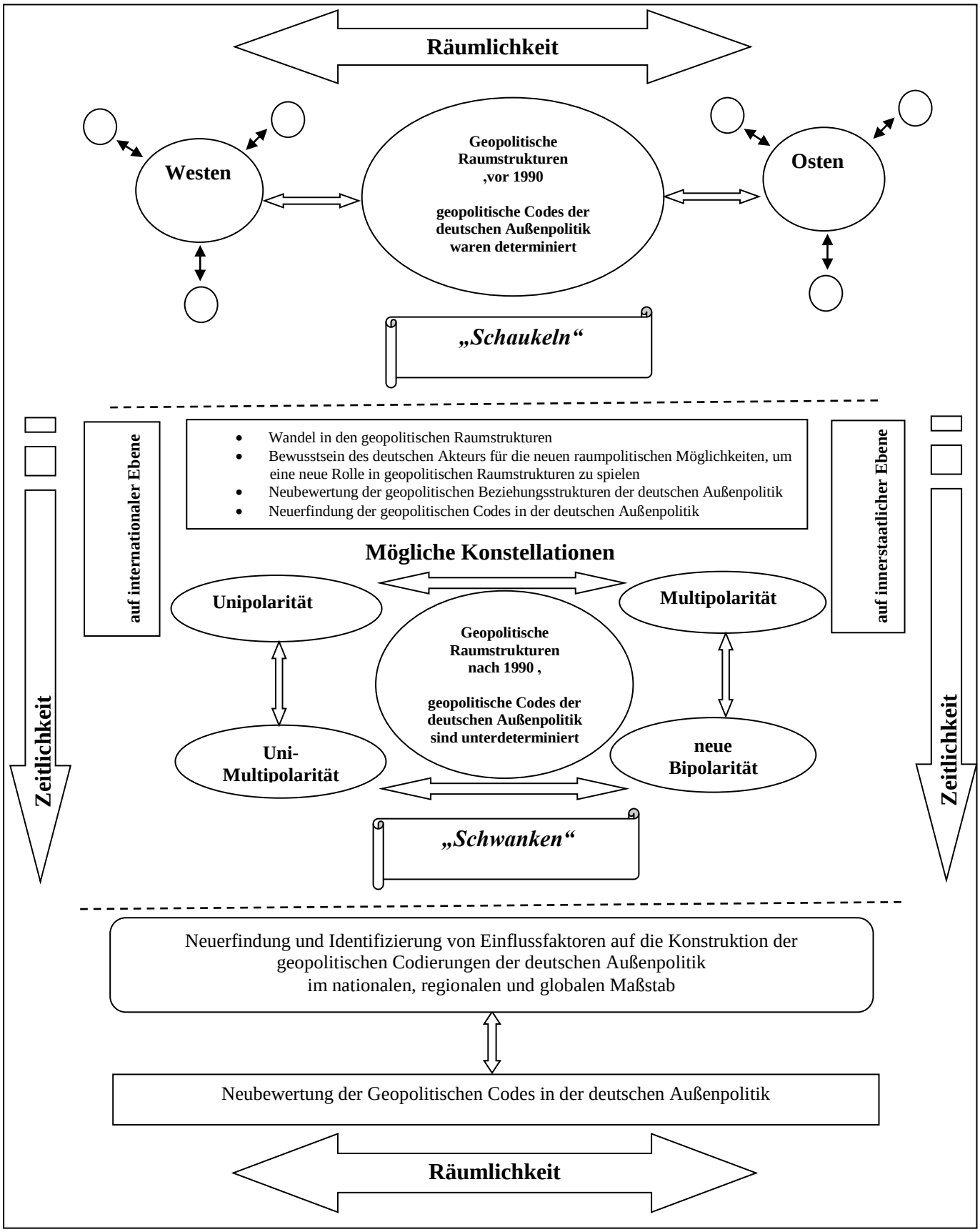
> *„Eine elegante Begrifflichkeit wie die von der Westbindung und den Ostverbindungen bietet sich zur Charakterisierung bundesdeutscher Staatsräson heute nicht an. Die Bedingungen sind komplexer geworden, die Möglichkeiten mannigfaltiger. War die bundesdeutsche Außenpolitik vor 1989 eine Vorstellung ohne Macht, ist sie heute eher Macht ohne Vorstellung.* […] *es fehlt eine Traditionslinie deutscher Außenpolitik nach der Einheit. Eine solche Unterdeterminiertheit mögen sich Weltmächte leisten können; für eine mittlere Macht im Zentrum Europas ist sie auf Dauer kontraproduktiv“* (Zimmer 2009, S. 80).

Das Ziel dieser Studie ist, die Entwicklung und die Neubewertung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik nach der Zeitenwende im Hinblick auf ihre raumpolitischen Beziehungsstrukturen aus der Sicht des strukturell-geopolitischen Ansatzes zu untersuchen. Daher befasst sich die vorliegende Studie mit der Hauptfrage:

> **Wie haben sich geopolitische Codierungen in der deutschen Außenpolitik in ihren räumlichen Beziehungsstrukturen nach der deutschen Wiedereinigung herauskristallisiert?**

Diese Frage zielt darauf ab, wie die Geopolitik und das politische Raumdenken einen strategischen Kurswechsel bzw. eine neue Ausrichtung von der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung fordern und wie sich die deutsche Außenpolitik durch die raumrelevanten Faktoren charakterisieren lässt. Einen systematischen Überblick über das konzeptionelle Modell zur Untersuchung in dieser Studie liefert Abb. 1. Im Folgenden wird der Forschungsstand im Hinblick auf die Fragestellung dieser Studie betrachtet, um darzulegen, inwieweit und aus welchem Blickwinkel bislang die Fragestellung der vorliegenden Arbeit behandelt wurde. Dies wird im folgenden Abschnitt näher ausgeführt.

Abb. 1: Darstellung des konzeptionellen Modells der Arbeit



1.2 Forschungsstand

Die vorliegende Studie setzte sowohl in theoretischer als auch in methodischer Hinsicht an zwei Forschungsbereichen an: der Geopolitik und der Außenpolitik Deutschlands. Mit der Hinwendung zur geopolitischen Codierung lässt sich zeigen, wie das geopolitische Denken einerseits in Bezug auf die *„Räumlichkeit“*, nämlich durch den Einfluss des Raumes auf die Außenpolitik, und andererseits hinsichtlich der *„Zeitlichkeit“* unter Einbeziehung von historischen Entwicklungen für die deutsche Außenpolitik systematisch reflektiert. Dabei wird deutlich, dass die Geopolitik die Lehre *„vom Einfluss des geographischen Raumes auf die Politik eines Staates“* (Brill 2008b, S.130) ist und als die Untersuchung des Einflusses raumrelevanter Kategorien auf die Außenpolitik eines Staates definiert wird (vgl. Brill 1994a, S. 20f.). In diesem Sinne wird der Einfluss der Geographie auf die deutsche Außenpolitik nach der Wiedervereinigung Deutschlands von Geopolitikern als einer der wichtigsten Faktoren der deutschen Außenpolitik bezeichnet. Daher werden in diesem Abschnitt im Hinblick auf die Fragestellung dieser Arbeit die Studien und relevante Auffassungsansätze vorgestellt, die sich in verschiedenen Weisen mit dieser Thematik und dem Einfluss des Raumes auf die Gestaltung der deutschen Außenpolitik auseinandergesetzt haben.

1.2.1 Geopolitik und die Bedeutung des Raumes für die deutsche Außenpolitik

Das räumliche Denken und die Betonung des Zusammenhangs zwischen Raum und Politik eines Staates entwickelten sich in Deutschland mit Friedrich Ratzel. In Anlehnung an die Evolutionstheorie Charles Darwins und aus einer biologischen Perspektive beschreibt er die Entwicklung von Staaten. In seiner Politischen Geographie begriff Ratzel den Staat als einen biologischen Organismus (vgl. Ratzel 1897, S. 3). Angesichts dessen spricht er von einer Staatskonzeption, die sich geodeterministisch wie folgt darstelle: *„So wird denn der Staat zu einem Organismus, in dem ein bestimmter Teil der Erdoberfläche so mit eingeht, daß sich die Eigenschaften des Staates aus denen des Volkes und denen des Bodens zusammensetzen“* (Ratzel 1897, S. 5). Daraus leitet er die Bedeutung des geographischen Raumes für die Analyse der Staatsform in der Politischen Geographie ab. Die Idee der organischen Staatauffassung von Ratzel und seine weiteren geodeterministischen Sichtweisen führten durch Rudolf Kjellén zur Begriffsbildung Geopolitik. Dieser Ansatz wurde in den zwanziger Jahren in wissenschaftlichen Debatten aufgenommen, von Karl Haushofer für die Geopolitik weiterentwickelt und im Nationalsozialismus ideologisch eingesetzt. Die Geschichte der deutschen Geopolitik wurde vom Diskurs des deutschen Sonderweges geprägt, von Nationalsozialisten instrumentalisiert und mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges

diskreditiert (vgl. Reuber und Wolkersdorfer 2004, S. 368ff.). Die Geopolitik und das politische Raumdenken wurden seit 1945 in Deutschland tabuisiert und kritisiert (vgl. Lacoste 1990, S. 8ff.; Ebeling 1994, S. 17). Als erster Kritiker hat Karl Troll im 1947 eine Trennlinie zwischen der Politischen Geographie und der Geopolitik gezogen und erklärte Geopolitik als belastenden Teil der Geographie. Diese Strategie wurde von Peter Schöller 1957 fortgeführt. Beide bezeichneten die Geopolitik als *„Tragödie der Familie Haushofer“* oder *„Irrweg“* (vgl. Schöller 1957). Darüber hinaus gab es scharfe Kritik an der Geopolitik aufgrund ihrer Funktionalisierung durch den Nationalsozialisten für ihre Ideologie (vgl. Sprengel 1996, S. 19; Lacoste 1990, S. 8ff.). Im Jahr 1977 forderte jedoch Josef Matznetter die Disziplinen Politikwissenschaft und Geographie auf, die Tabuisierung der Geopolitik zu überwinden (vgl. Matznetter 1977, S. 22ff.) und die Raumanalyse aufgrund politischer Ereignissen und territorialer Rivalitäten im Europa in ihre Studien einzubeziehen (vgl. Hoffmann 2012, S. 55). In den 1980er Jahren wurde Geopolitik in Frankreich von Yves Lacoste und durch einige Studien im angloamerikanischen Raum wiederbelebt, die die Politische Geographie und Geopolitik in deutschsprachigen Raum beeinflusst haben. In Deutschland debattierten Jürgen Oßenbrügge und Gerhard Sandner an Anlehnung an die geopolitische Perspektive Lacostes und Taylors über die Wissenschaftlichkeit der Politischen Geographie und der Geopolitik und versuchten der disqualifizierte Disziplin ein wissenschaftliches Fundament zu geben und der Einfluss von geopolitischen Ansätzen auf die deutsche Außenpolitik darzustellen (vgl. Oßenbrügge und Sandner 1994; Oßenbrügge 1983 u. 1997b). Im Verlauf 1980er Jahre forderten weitere Geographen wie Klaus-Achim Boesler oder Ulrich Ante eine Bestandaufnahme des geopolitischen Denkens in wissenschaftlichen Debatten (vgl. Ante 1985; Boesler 1983). Das geopolitische Denken und die Raumanalyse erfuhren in Deutschland aufgrund der fragilen geopolitischen Lage Europas, von politischen Konflikten und territorialen Rivalitäten vor der Wiedervereinigung Deutschlands eine große Konjunktur, um der Gesellschaft überzeugende Erklärungen anzubieten (vgl. Lacoste 1990, 15ff.). In dieser Situation konnte die Geopolitik den Anspruch erheben, politische Konflikte zu thematisieren und theoretisch zu analysieren (vgl. Sprengel 1996, S. 20ff.; Hofmann 2012, S. 56). Dabei hat die Frage nach der Bedeutung der raumrelevanten Faktoren für die Politik eines Staates und dem Einfluss des Raumes auf die Politik und Geschichte eines Landes unter Wissenschaftlern und Intellektuellen zu Auseinandersetzungen im *„Historikerstreit“* der 80er Jahre geführt. Daraus ergab sich die Frage, inwieweit sich die Politik an geopolitischen Kategorien orientieren müsse. Die Diskussion dieser Frage wird im Folgenden näher betrachtet.

1.2.2 Das raumpolitische Denken und dessen Bedeutung für die deutsche Außenpolitik im *„Historikerstreit“*

Vor der Wiedervereinigung wurden die Rolle und die Verwendung der geopolitischen Faktoren und der deutschen Geopolitik im sogenannten *„Historikerstreit“* diskutiert (vgl. Dworok 2015, S. 14f.; Wehler 1988). Aus der im Historikerstreit geführten Debatte ergaben sich drei Konfliktfelder, die im Hinblick auf das kritische Hinterfragen der deutschen Geopolitik entscheidend und für die Ausgestaltung der geopolitischen Orientierung sowie die politische Identitätsbildung der Bundesrepublik von Bedeutung waren (vgl. Dworok 2015, S. 14ff.; Hofmann 2012, S. 56). An zentraler Stelle diskutiert wurden die Instrumentalisierung der Geopolitik im Dritten Reich, die Rolle des räumlichen Denkens und die politische Entwicklung der Bundesrepublik sowie die geopolitische Mittellage als Erklärungsmuster für die Prägung der geopolitischen Ausrichtung und Suche nach einer Identität Deutschlands (vgl. Dworok 2015, S. 14ff.; Bach und Peters 2002, S.9f.; Sprengel 1996, S. 20ff.). Deutsche Politikwissenschaftler und Historiker setzten sich mit der deutschen Geopolitik im Hinblick auf die deutsche Außenpolitik auseinander. Gregor Schöllgen hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass sich das politische Gesicht Deutschland aufgrund der geographischen Mittellage vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung oft verändert hatte. Mit dem Verweis auf das Konzept der *„verspäteten Nation“* von Helmut Plessner betrachtet er die deutsche Außenpolitik so: „*Die Deutschen taten die Schritte hin zum Nationalstaat, zur Großmacht, zur Industrienation, zur Kolonial- beziehungsweise Weltmacht, zur Republik oder auch zur funktionierenden parlamentarischen Demokratie erst, als andere vergleichbare Nationen sie hinter sich hatten*.“ (Schöllgen 2013a, S. 318ff.). Die deutsche Außenpolitik sei unter den äußeren Bedienungen und dem politischen Druck der europäischen Großmächte bestimmt worden. Schon deshalb sei der moderne deutsche Staat unter den gegebenen Umständen nicht mit dem Machtgleichgewicht Europas anpassbar gewesen und die Gestalt der deutschen Außenpolitik von der Reichsgründung bis zum vereinigten Deutschland sei aufgrund dieser Fremdbestimmung häufig verspätet festgelegt worden (vgl. Schöllgen 2013a u. 2013b). Auch die Historiker Hans-Ulrich Wehler, Karl Dietrich Bracher und Heinrich August Winkler versuchten die These des deutschen Sonderweges und die rückständige Gesellschaftsentwicklung des deutschen Kaiserreiches zu erklären. Sie kamen zu dem Schluss, dass die gesellschaftlichen Reformen *„von oben“* nicht zur Ausgestaltung eines gemeinsamen starken Regierungssystems geführt hätten, darüber hinaus habe sich im Deutschen Kaiserreich eine politische Philosophie herausgebildet, die sich nicht nur von der westlichen Kultur unterschieden habe, sondern sich auch gegen westliche Zivilisation (vgl. Wehler 1973, 1995 u. 2005; Bracher 1982 u. 1993; Winkler 1981) bzw. die Ideen der

Französische Revolution gerichtet habe, weil der Westen aus dieser Perspektive der wichtigste ideologische Gegner war (vgl. Lübbe 1963, zit. nach Zimmer 1997, S. 26). Der deutsche Sonderweg habe nicht nur Deutschland zum Ersten Weltkrieg geführt, sondern auch zur nationalsozialistischen Machtergreifung und zum Zweiten Weltkrieg (vgl. Winkler 1981, S. 803f.). Zwar wurden die Geopolitik und die Debatte über ihre Rolle für die deutsche Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Integration in die westliche Gemeinschaft marginalisiert. Jedoch kommt Hans-Ulrich Wehler in seinen Studien zu dem Schluss, dass bei der Identitätsbildung der deutschen Außenpolitik historisch die Geopolitik bzw. das politische Raumdenken eine entscheidende Rolle gespielt habe und diese bei der Entwicklung des außenpolitischen Verhaltens Deutschland betrachtet werden müsse (vgl. Wehler 1995, S. 143).

Der wichtigste Punkt, über den nicht nur im Historikerstreit, sondern auch seit der Reichsgründung in politischen Debatten gestritten wurde, war die Frage nach der deutschen außenpolitischen Orientierung bzw. nach der außenpolitischen Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Dworok 2015, S. 14f.). In diesem Zusammenhang kann die deutsche Geschichte als Streitgeschichte betrachtet werden. In Deutschland existieren unterschiedliche und kontroverse Ansätze auf einem breiten Spektrum – darunter der christlich-konservative und sozialdemokratische, der liberale und der sozialistische Denkansatz – die alle nach ihrem eigenen Konzept und ihrer Wahrnehmung die deutsche Außenpolitik gestalten (vgl. ebd.). Darüber hinaus stand im Mittelpunkt des Historikerstreites die Kritik an der außenpolitischen Westorientierung Deutschlands in Bezug auf seine geographische Lage. Einige deutsche Historiker wie Wehler, Kocka, Jens Hacke, Hans-Peter Schwarz und Stürmer verweisen auf einen neuen deutschen Sonderweg. Damit wollten sie nicht die geopolitische Westbindung Deutschlands infrage stellen, sondern sie relativeren. Sie bemühten sich darum, den neuen deutschen Sonderweg als Brücke zwischen Ost und West, zwischen den Ideen der Französischen Revolution und der Russischen Revolution, dem Kapitalismus und dem Sozialismus sowie zwischen Freiheit und Gleichheit darstellen (vgl. Hacke 2003a; Schöllgen 1997; Schwarz 1995 u. 1997; Stürmer 1995; Wehler 1988).

Diese Debatte beruhte auf der Feststellung der deutschen Geopolitik und es wurde in der wissenschaftlich-politischen Auseinandersetzung folgerichtig diskutiert, dass sich die deutsche Außenpolitik weder aus der Westintegration noch aus seiner Ostorientierung ergibt, sondern als geopolitische Synthese aus der geographischen Lage und historischen Entwicklung des Landes in der Mitte Europas (vgl. Kocka 1988, 1992; Hacke 1988, 1996 u. 1997; Wehler 1988; Stürmer 1983, 1984, 1985a u. 1985b). In diesem Zusammenhang spricht

Klaus Hildebrand von einem *„Eigenweg“*, der zur Gestaltung einer besonderen Außenpolitik in Deutschland geführt habe. Aufgrund der Machtkonstellation des europäischen Staatensystems sei Deutschland immer mit einem geopolitischen Sicherheitsproblem konfrontiert gewesen. (vgl. Hildebrand 1987, S. 15ff.). Aus dieser geopolitischen Lage verwiesen auch Stürmer und Schulze auf die deutsche Mittellage als Bestimmungsfaktor der Entwicklung der deutschen Außenpolitik in Deutschland. Darüber hinaus heben sie hervor, dass die Mittellage historisch sowohl die Innen- als auch Außenpolitik Deutschland bestimmt habe (vgl. Schulze 1982, 1983 u. 1998, S. 265ff.; Stürmer 1994 u. 2001). Gegen diese These der Bedeutung des Raumes und seiner entscheidenden Rolle für die Ausprägung der deutschen Außenpolitik richtete sich Jürgen Habermas. Er hat heftig die Wiederbelebung der Geopolitik, die Suche nach einer räumlichen Identität für Deutschland auf der nationalen Ebene und den Anspruch auf ein geopolitisches Erklärungsmuster für die Analyse der deutschen Außenpolitik kritisiert. Habermas plädiert stattdessen für einen universellen Verfassungspatriotismus in Bezug auf die Tradition der Aufklärung, der sich auf die deutsche Außenpolitik beziehen könne. Dabei sieht Habermas Leitlinien der deutschen Außenpolitik in der Kulturpolitik und Friedenspolitik (vgl. Habermas 1995, S. 75ff.; Dworok 2015, S. 14ff.). Insgesamt handelte es sich bei dem *„Historikerstreit“* um eine Debatte, die sich auf die Bearbeitung der deutschen Vergangenheit besonderes in der Zeit des Dritten Reiches bezog. Dabei wurde im Historikerstreit versucht, die deutsche Geopolitik mit ihrer Geschichte zu versöhnen. Aus dem *„Historikerstreit“* ergab sich ein erklärender Auffassungsansatz, der dazu beigetragen hat, dass sich die Geopolitik bzw. die räumlichen Kriterien und ihr Verhältnis zu historischen Entwicklungen auf die deutsche Außenpolitik auswirken. Daraus ergibt sich die in den wissenschaftlich-öffentlichen Debatten umstrittene Frage, inwiefern Geopolitik bzw. geopolitische Kategorien eine neue deutsche Außenpolitik nach der Wiedervereinigung einfordern. Dies wird im Folgenden behandelt.

1.2.3 Die deutsche Außenpolitik nach der Wiedervereinigung in wissenschaftlichen Debatten

In Studien über Deutschlands Außenpolitik fallen die zahlreichen Analysen im Zusammenhang mit seiner außenpolitischen Orientierung auf. Nach der Vereinigung Deutschlands hat sich die Weltpolitik mit einer rasanten Verschiebung der globalen Machtstruktur verändert (vgl. Bredow und Jäger 1991, S. 36f.). Seit der deutschen Wiedervereinigung rückt die Frage wieder in den Mittelpunkt, wie sich die Außenpolitik Deutschlands entwickelt. Zahlreiche Studien haben in den letzten zwei Jahrzehnten aus unterschiedlichen Sichtweisen versucht, diese Frage zu beantworten. Sie kamen überwiegend

zu der Schlussfolgerung, dass sich das vereinte Deutschland in klaren Koordinationen positioniere, die sich im Laufe der Zeit nicht verändern (vgl. Risse 2007, S. 53ff.). Diese Grundlinien werden am Multilateralismus, an einer Einbindung in die Europapolitik, an der Zurückhaltung beim Einsatz militärischer Instrumente und an der zivil- handelstaatlichen Ausrichtung orientiert (vgl. Katzenstein 1997a u.1997b; Banchoff 1999a, 1999b u. 199c; Berger 1996 u.1998; Duffield 1998 u. 1999; Hacke 1997; Maull 2000 u. 2001; Kirste und Maull 1996; Haftendorn 2001; Rittberger 2001; Harnisch und Maull 2001a u. 2001b).

In diesem Zusammenhang beschäftigte sich Thomas Banchhoff in seiner Studie mit der Frage des deutschen Problems nach der Vereinigung. Er kam zu dem Schluss, dass Deutschlands Außenpolitik im Laufe der Zeit an den Institutionen und der internationalen Politik fest eingebunden sei. Er vertrat die Auffassung, dass Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg seine Außenpolitik an den multilateralen Einbindungen ausgerichtet habe (vgl. Banchoff 1999a u. 1999b). Vor diesem Hintergrund hat John Duffield eine wichtige Studie über die Sicherheitspolitik des vereinten Deutschlands gemacht. Er kam zu dem Ergebnis, dass Deutschland in seinen Handlungen auf der außenpolitischen Ebene den historisch begründeten Sonderweg vermieden und seine Sicherheitspolitik im Rahmen europäischer Sicherheitsinstitutionen verfolgt und multilateral umgesetzt hat (vgl. Duffield 1998 u. 1999). Noch weiter geht indes Thomas Berger, der die Position in seiner Studie vertrat, dass Deutschland ökonomische und politische Strategien gegenüber einer militärischen Strategie in sein außenpolitisches Handeln verwirklicht hat (vgl. Berger 1998). Peter J. Katzenstein ist ein weiterer Vertreter, der Multilateralismus als Grundorientierung der deutschen Außenpolitik sieht. Er hat eine Studie über die vereinte deutsche Außenpolitik vorgelegt. Er vertrat die Auffassung, dass Deutschland eine stabile europäische Identität aufgebaut und sich an seinem außenpolitischen Multilateralismus festgehalten hat. Er argumentierte, dass Deutschland seine Macht durch Einbindung in die internationalen Institutionen ausgeübt habe (vgl. Katzenstein 1997a). Eine Arbeit über die deutsche Außenpolitik wurde von der Tübinger Gruppe vorgelegt. Die Tübinger Politikwissenschaftler haben sich mit dem Thema der deutschen Außenpolitik zwischen der Kontinuität und dem Wandel beschäftigt. Sie haben sich bei ihrer Formulierung nach der konstruktivistischen Theorie ausgerichtet. Dabei kamen sie zu dem Ergebnis, dass Deutschland seine Handlungen in der internationalen Politik multilateral entwickelt habe (vgl. Baumann 2006; Rittberger 2001; Baumann, Rittberger und Wagner 1999 u. 2001). Alle genannten Theoretiker heben in ihren Studien hervor, dass Deutschland seine außenpolitischen Handlungen auf ein Rollenbild der Zivilmacht und Europaorientierung ausgerichtet hat. Alle bisherigen Debatten und Studien zeigen, dass sich die deutsche

Außenpolitik auf die Europapolitik und nach dem Prinzip des Multilateralismus, der Kontinuität und der Zivilmacht (vgl. Harnisch und Maull 2001a u. 2001b) ausgerichtet hat.

Hanns W. Maull setzte sich mit diesen Fragen kritisch auseinander. Maull sieht am Anfang der 1990er Jahre die Identität der deutschen Außenpolitik vor und nach der deutschen Wiedervereinigung als Zivilmacht (vgl. Kriste und Maull 1996). Er ging mit der Hinwendung auf die Zivilmacht von einem Perspektivenwechsel in der deutschen außenpolitischen Nachkriegsidentität aus. Maull beschrieb aus sozialkonstruktivistischer Sicht die deutsche außenpolitische Zivilmacht als Ergebnis sozialer Konstrukte der Wirklichkeit Deutschlands nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges (vgl. Maull 2007, S. 76). Deswegen habe sich Deutschland in seiner außenpolitischen Orientierung am Leitbild einer Zivil- und Friedensmacht orientiert, um damit die deutsche Teilung zu überwinden und seine Souveränität zurückzugewinnen. Maull diskutierte weiter über die außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung und entwickelt seine These in einem Beitrag von 2004 unter dem Titel *„Die schleichende Krise der deutschen Außenpolitik: Plädoyer für eine Remedur“* weiter. Damit verfolgte Maull seine Argumentation in Bezug auf die deutsche Zivilmachtidentität weiter. Er konzediert, dass die deutsche Außenpolitik seit 1990 nicht mehr auf der Höhe ihrer Zeit gewesen sei und dass die Formulierung der deutschen Außenpolitik im Zeitalter der Globalisierung in vieler Hinsicht schwieriger geworden sei (vgl. Maull 2003; Maull 2004a, 2004b u. 2004c). Maull sieht das Grundproblem nicht in der Zivilmachtsorintierung der deutschen Außenpolitik, sondern in der Vernachlässigung ihrer Grundorientierungen und in den fehlenden Grundlagen für konzeptionelle Gestaltung einer Außenpolitik (vgl. Maull 2011), ohne die sich die Berliner Republik nicht strategisch und angemessen auf die neuen Herausforderungen einstellen könne (vgl. Maull 2004c).

Auf den Multilateralismus als eine der wesentlichen Grundorientierungen der deutschen Außenpolitik machte Rainer Baumann aufmerksam. Er vertrat in seiner Studie über den *„Wandel des deutschen Multilateralismus“* die These, dass der Wandel der multilateralen Orientierung der deutschen Außenpolitik seit 1990 begonnen habe (vgl. Baumann 2005, 2006 u. 2007). Damit widerspricht Baumann den Grundlagen der These der Kontinuität der deutschen multilateralen Außenpolitik der alten Bundesrepublik, die sich an der Westbindung und an der Kultur der Zurückhaltung beim militärischen Einsatz der Bundeswehr orientierte. Er stellt das Festhalten am deutschen Multilateralismus mit der Hinwendung zu der gewachsenen politischen Kultur der deutschen Außenpolitik in die Frage (vgl. ebd.). Damit wird in seiner These das Begründungsmuster der Kontinuität der multilateralen deutschen Außenpolitik angezweifelt und Baumann spricht sich für einen selbstbewusst gewachsenen

Multilateralismus bei der deutschen Außenpolitik aus, die sich statt der universellen Werte und Normen auf nationale Interessen und Verantwortung bezog (vgl. ebd.).

Nach der Wiedervereinigung vertraten einige politische Wissenschaftler die Auffassung, dass das vereinte Deutschland unabhängig von der NATO und der USA einen Weg zu einer großen Macht auf die Weltbühne einschlagen werde und die deutsche Außenpolitik weniger multilateral ausgerichtet werde (vgl. Mearsheimer 1990; Waltz 1990a u. 1993; Krauthammer 1991; Baring 1991, Crawford 1996; Crawford und Halfmann 1992; Layne 1993 u. 2007; Krasner 1993; Schwarz 1994; Link 2004a, 2004b u. 2004c; Bredow 2004). Solche Beobachtungen haben die deutsche Außenpolitik prognostiziert und von der Entstehung eines vierten Reiches gesprochen (vgl. Reading 1995; Walker 1995). Im Gegensatz zu den beiden genannten Perspektiven verweisen einige politische Wissenschaftler auf die Rahmenbedingungen und die historischen Erfahrungen Deutschlands (vgl. Bredow 2004; Link 2004a; Maull 2004a, 2004b u. 2004c; Risse 2004). Sie betonten, dass die deutsche Außenpolitik an den multilateralen Einbindungen festhalten werde. In der Forschungsliteratur wurden unterschiedliche Strategien für die deutsche Außenpolitik berücksichtigt und untersucht. Sie vertreten die Auffassung, dass Deutschlands Außenpolitik sich an der internationalen Zivilisierung, an der Erweiterung der europäischen Integration und an der Stabilisierung Europas orientiert (vgl. Maull 1990a u. 1990b; Rittberger, 1992; Czempiel 1993; Müller 1992; Risse 1999 u. 2007; Schmalz 2004; Banchoff 1999a u. 1999b; Boekle et al. 2001). Darüber hinaus geht es in dieser Debatte darum, dass die Kontinuität im Vordergrund der deutschen Außenpolitik steht und Deutschland sich auf die internationalen Institutionen konzentriert (vgl. Wolf 1991).

Im Gegensatz zu den oben beschriebenen Debatten wurden in den letzten Jahren einige Studien und Beiträge herausgegeben, die Veränderungen in der deutschen Außenpolitik festgestellt und prognostiziert haben (vgl. Janning 1996, 2005a u. 2005b; Hellmann 2004a u. 2004b; Bredow 2004, 2008 u. 2009; Karp 2005). Murphy und Jahnson haben sich in ihrem geopolitischen Beitrag so ausgedrückt, dass Deutschland wegen der raumbezogenen Faktoren auf dem Weg einer graduellen geopolitischen Umwandlung stehe (vgl. Murphy und Johnson 2004). Darüber hinaus kommt Josef Jannig in seinen Studien zu dem Ergebnis, dass Deutschland nach unilateralem Handeln in seiner Außenpolitik strebe (vgl. Janning 1996, 2005a u. 2005b). Eine derartige Differenzierung über die deutsche Außenpolitik skizzierte Gunther Hellmann. Er hat eine bemerkenswerte Arbeit herausgegeben. Er hat sich mit zwei Dimensionen in der deutschen Außenpolitik beschäftigt. Im Mittelpunkt seiner Studie steht eine Dualität zwischen *„national“* versus *„europäisch“* und *„selbstbewusst“* versus *„befangen“* in den deutschen außenpolitischen Handlungen. Er

kam zu dem Ergebnis, dass Deutschland allmählich versucht, sich selbstbewusster und eigenständiger in der internationalen Politik zu präsentieren (vgl. Hellmann 1999, 2002, 2004a, 2004b, 2012 u. 2015).

Mit dem Verweis auf eine neue Ausrichtung der deutschen Außenpolitik kommt Ulrike Guérot in ihrem Beitrag im Unterschied zu den oben beschriebenen Auffassungen zu dem Ergebnis, dass Deutschland sein Verhältnis zwischen Ost-West oder zwischen Europa und der großen Welt verhandelt. Sie beschäftigt sich in ihrer Arbeit mit der Frage nach einer neuen deutschen außenpolitischen Ausrichtung. Sie vertritt die Auffassung, dass Deutschland seine außenpolitischen Optionen sowohl in Europa als auch jenseits von Europa entwickeln könne (vgl. Guérot 2004 u. 2012). Sie betrachtet die Enthaltung Deutschlands im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Jahr 2012 an der Seite von Russland und China und eine Nichtbeteiligung am Libyen-Einsatz als die erkennbaren Zeichen eines neuen außenpolitischen Handelns (vgl. ebd.). Eine neue Sichtweise auf die deutsche Außenpolitik kommt bei Ursula Stark Urrestarazu zum Ausdruck. Sie geht auf die Frage ein, wie die neue deutsche außenpolitische Identität bezüglich der deutschen außenpolitischen Rolle verstanden werden kann. Sie beantwortet diese Frage damit, dass sich die deutsche Außenpolitik situativ und handlungsbasiert konstituierte habe und nicht von vorgegebenen Interessen und Werten geprägt worden sei, sondern in *„einem offenen politischen Prozess“* (vgl. Stark Urrestarazu 2015). Mit dem Verweis auf die neue deutsche Außenpolitik auf der Grundlage der neuen geopolitischen Lage wird unter den Politikwissenschaftlern und Geopolitikern nach der deutschen Wiedervereinigung debattiert, in welcher Richtung sich die deutsche Außenpolitik entwickeln und wieviel die deutsche Außenpolitik sich an raumrelevanten Faktoren orientieren soll. Die Diskussion dieser Fragen wird im folgenden Abschnitt des Forschungsstandes dargelegt.

1.2.4 Geopolitik und Suche nach einer neuen deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung

Die deutsche Außenpolitik sucht nach der Wiedervereinigung als souveräner Staat ihre Rolle in der neuen geopolitischen Weltordnung (vgl. Bruns 1991; Schwarz 1994; Brill 1994a; Baring 1994,1997 u. 2006; Maull 2006a u. 2006b; Hellmann 2007; Hellmann et al. 2007). In der neuen Weltordnung steht deutsche Außenpolitik nicht mehr unter dem Einfluss der West-Ost-Geopolitik, sondern sie entwickelt sich unter den geopolitischen Bedingungen weitreichender Globalisierung und Transnationalisierung (vgl. Hellmann et al. 2007, S. 22f.) die in einer engen Beziehung zu einer globalen Geostrategie, Geoökonomie und globalisierten Konflikten stehen (vgl. Brill 1998, 2002 u. 2004). Die politische Lage des vereinigten

Deutschlands ist sowohl in Europa als auch im internationalen System in vieler Hinsicht ganz anders als vor der Wiedervereinigung (vgl. Zimmer 1997 S. 24). Deutschland als ein souveräner Staat ist auf die weltpolitische Bühne zurückgekommen (vgl. Schöllgen 1993 u. 2004a; Schwarz 1994 S.120ff.). Einerseits äußern einige Geopolitiker und Politikwissenschaftler die Auffassung, dass die neue geopolitische Lage Deutschland viele Chancen bietet (vgl. Brill 1994), anderseits zweifeln manche deutsche Politiker, wie man in der neuen geopolitischen Lage Deutschlands Außenpolitik betreiben kann, da sie aus historischer Sicht seit der Reichsgründung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieg keine erfolgreiche Außenpolitik auf der Basis dieser Lage hatten (vgl. Baring 1994, S. 1ff.). Die deutsche Außenpolitik bewegt sich in einem Spannungsfeld zwischen Kontinuitätslogik und Wandeltendenz (vgl. Risse 2004, S. 24; Roos 2010 u. 2012, S. 7; Hilz 2009 u. 2017; Schmalz 2004). Vor allem sprechen die Befürworter der Kontinuität in der deutschen Außenpolitik für eine Anpassung an die sich verändernden weltpolitischen Rahmenbedingungen als einen außenpolitischen Kurswechsel. (vgl. Katzenstein 1997a u. 1997b; Hengehan 2000; Maull 2007).

Die Gegenposition geht davon aus, dass Deutschland nach der Wiedervereinigung einen Machtzuwachs im internationalen System verzeichnet hat. Die Kritiker der Kontinuität in der deutschen Außenpolitik weisen auf eine strategische Neuformulierung der deutschen Außenpolitik hin. Deswegen betrachten die Befürworter des Wandels der deutschen Außenpolitik die neue geopolitische Lage als Chance für deutsche Außenpolitik (vgl. Brill 1994; Zimmer 1997; Sandschneider 2012).

Eine andere Perspektive ergibt sich aus den Studien von Randall Newnham, Jonathan Bach und Peters über die neue Mittellage sowie die neue Ausrichtung der deutschen Außenpolitik. Newnham vertritt die Auffassung, dass Deutschland sich von einem realistisch-modernen Staat zu einem postmodernen Staat umgewandelt habe. Charakteristisch für den postmodernen Staat Deutschlands sei es, dass Deutschland freiwillig seine Souveränitätsrechte an die supranationalen Organisationen abtrete, den Einsatz militärischer Gewalt in seiner Außenpolitik vermeide und sich -statt auf geostrategische Interessen- auf Werte wie Menschenrechte und Demokratie stütze (vgl. Newnham 1999 u. 2002). Er verweist in seiner Studie auch auf die schon genannte historische postmoderne Identität der deutschen Außenpolitik und stellt die Frage, ob diese Identität in einer sich veränderte Weltpolitik weiterentwickelt oder sich aufgrund der neuen strukturellen Verschiebungen in der Weltordnung ändert (vgl. ebd.). In diesem Zusammenhang diskutieren Bach und Peters, dass das geopolitische Denken wieder im Mittelpunkt der deutschen Außenpolitik stehe, wenn es um die neue Mittellage gehe. In dieser neuen Lage richte Deutschland seinen Blick in die

Zukunft und betrachte sich in der Weltpolitik als erwachsen, selbstbewusst und vernünftig (vgl. Bach und Peters 2002, S. 9). Damit greifen sie ein Argument von David Harveys auf: *„Its* [i.e. Deutschlands] *position in the future, however, is not primarily spatial, but reflects the space-time compression of globalization and its subsequent privileging of the temporal over the spatial. In this context, what matters for Germany's understanding of itself and of its ability to project power, is less its position between and among spheres of influence than one that seeks to negotiate flows of influence."* (Bach und Peters 2002, S. 10). Ausgehend von dieser Auffassung, dass sich die deutsche Außenpolitik von den alten geopolitischen Narrativen distanziere, die sich auf Einflusspolitik vor allem in Form direkter sowie indirekter Herrschaftsausübung und Kontrolle des Territoriums, der Bevölkerung und der Ressourcen beziehen, sprechen sie für einen neuen Diskurs der deutschen Mittelage aus: „*The new geopolitics intimates the arrival of flows of influences, where Germany is more concerned with seeking international influence through the shaping of norms and supporting its commercial activities than controlling adjacent territory."*(Bach und Peters 2002, S. 10). Aus ihrer Sicht ist es charakteristisch für Deutschland, dass es sich selbst nicht mehr in der neuen Mittellage sieht, sondern Europa an die Stelle der Mittellage tritt (vgl. ebd. S. 11).

In diesem Sinne und ähnlich vertritt Philip Gordon die Auffassung, dass das Prinzip der Normalisierung die Grundlage der deutschen Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Wiedervereinigung gewesen sei. Er verweist darauf, dass die deutsche Außenpolitik mehr multilateraler, selbstbewusster und global durchsetzungsfähiger als in der Vergangenheit geworden sei (vgl. Gordon 1994). Matthias Zimmer argumentiert, dass die deutsche Mittellage im Kontext der heutigen Machtkonstellation sich von früheren historischen Erfahrungen unterscheide, da die neue deutsche Mittellage mit der Macht- und Sicherheitsstruktur der gegenwärtigen Weltpolitik unvereinbar sei (vgl. Zimmer 1997, S. 23ff.). Die neue Mittellage weist auf die Erhöhung des Anteils an Machtressourcen und auf die Stärkung der Machtposition Deutschlands im internationalen System hin und deutet die wieder eingenommene Rolle Deutschlands als Zentralmacht in der Mitte Europas an. Mit dieser Rolle positioniert sich Deutschland erneut in der Weltpolitik, entwickelt seine Außenpolitik neu und eröffnet für sich neue Perspektiven (vgl. ebd. S. 33). Zimmer geht davon aus, dass sich die deutsche Außenpolitik nicht mehr an revisionistischen territorialen Zielen orientiere, sondern an der Stabilisierung des unmittelbaren internationalen Umfeldes. Da Deutschland sich in einem demokratischen Kontext in die westliche Staatengemeinschaft integriert habe, distanziere es sich vom Konzept des deutschen Sonderweges (vgl. ebd.). Da die bestimmenden Leitlinien der deutschen Außenpolitik in der bipolaren Weltordnung die europäische Integration, die Westbindung und die transatlantische Partnerschaft waren, stand

die Bedeutung der geopolitischen Lage in dieser Situation nicht im Mittelpunkt der Analyse der deutschen Außenpolitik. Die deutsche Wiedervereinigung kennzeichnet die Rückkehr zur deutschen Mittellage in der deutschen Außenpolitik und definiert die neue Rolle für die deutsche Außenpolitik in Europa und Welt (vgl. ebd. S. 34f.).

Im Hinblick auf die neue Mittellage kritisiert Michael Stürmer die wertorientierte deutsche Außenpolitik, die sich auf außenpolitische *„Kultur der Zurückhaltung"* stütze. Diese sei nicht angemessen. Damit fordert er, dass Deutschland eine neue Außenpolitik formulieren solle, die sowohl zu seiner neuen Mittellage passe und als auch dem Geist der Zeit entspreche (vgl. Stürmer 1985b). Gregor Schöllgen plädiert in ähnlicher Weise wie Stürmer für eine neue strategische Außenpolitik, die sich an Macht und Interessen orientierten solle. Er vertritt die Auffassung, dass Deutschland die Vergangenheit hinter sich lassen und verantwortungsbewusst die machtpolitische Außenpolitik formulieren soll (vgl. Schöllgen 1997, S. 35ff.; 1999, 2004a u. 2004b). In diesem Zusammenhang konstatieren auch Schwarz und Hacke eine interessengeleitete und machtorientierte Außenpolitik für Deutschland im Hinblick auf die neue Mittellage (vgl. Schwarz 1994; Hacke 2003a). Diese geopolitischen Veränderungen in der deutschen Mittellage nach der Wiedervereinigung weisen nicht nur auf die Erhöhung von Machtressourcen Deutschlands hin, sondern eröffnen neue Perspektive in der deutschen Außenpolitik. Darüber hinaus beziehen sich die Befürworter einer interessengeleiteten Außenpolitik für Deutschland auf die Vorstellung von Deutschland als Zentralmacht in Europa. Die Idee des deutschen Sonderweges zwischen Ost und West wurde durch die Westintegration ersetzt und Deutschland verzichtet auf die Suche nach einer territorialen Revision, die die deutsche Außenpolitik vom Versailler Vertrag bis zur Wiedervereinigung geprägt und die europäische Sicherheitsstruktur destabilisiert hat, und engagiert sich für die Aufrechterhaltung des Status Quo. Die Bedingungen deuten auf eine neue Mittellage, die sich von dem Diskurs der Mittellage vor der deutschen Vereinigung unterscheidet und sich in einer neuen Form entwickelt (vgl. Zimmer 1997, S. 32f.).

Hyde-Price hat in einer umfassenden Studie untersucht, dass sich die Struktur des internationalen Systems nach dem Ende des Kalten Krieges in unterschiedlichen Dimensionen geändert hat. In diesem Zusammenhang argumentiert er, dass die unipolare Weltordnung sich militärisch, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch in eine neue multilaterale Weltordnung umgewandelt habe und die neue geopolitische Ordnung der deutschen Außenpolitik neue potenzielle Möglichkeiten zur Veränderung angeboten habe (vgl. Hyde-Price 2000, 76f.). Werner Link verweist auch auf diese Verschiebungen und argumentiert, dass die antagonistische Ordnung in Europa nicht mehr existiert und die Einschränkungen der deutschen Außenpolitik damit auch aufgehoben ist. Darüber hinaus ist Deutschland nicht

mehr ein Frontstaat, sondern ein Land, das von freundlichen Nachbarländern, von denen die meisten Mitglieder der Europäischen Union sind, eingekreist ist (vgl. Link 2002a, 2002b S.156 u. 2002c). Die neue geopolitische Ordnung stellt potenzielle Veränderung in der deutschen Außenpolitik dar (vgl. ebd. S. 157). So sei der Hauptstadtumzug von Bonn nach Berlin ein symbolischer Schritt auf die wiedergewonnene Stellung Deutschlands in der Mitte Europa (vgl. Hyde-Price 2000, S265ff.). Weiterhin beobachten Werner Link und Ralf Roloff mit dem Hinweis auf den Wandel der Struktur des internationalen Systems die Ausrichtung der Globalisierung besonderes im wirtschaftlichen Bereich, die eine Herausforderung für Nationalstaaten sei. In dieser Hinsicht argumentieren sie, dass die deutsche Politik sich in die Lage versetzen müsse, durch die Regionalisierung der Wirtschaft in der Europäischen Union gegen die USA und China Einfluss in der neuen Weltordnung zu gewinnen (vgl. Roloff 2001, S.172ff.; Link 2004c, S. 4ff. u. 2001, S.155ff.). In ähnlicher Weise betonen Josef Janning und Claus Giering, dass Deutschland ein Schlüsselstaat in Europa sei. So stimmen zahlreiche Analytiker darin überein, dass Deutschland in der neuen Mittellage als *„Motor der europäischen Integration“* fungiere (vgl. Janning 2016; Janning und Giering 1997, 2001 u. 2002).

Felix Buck kommt in dieser Linie in seinem Buch zu dem Ergebnis, dass Deutschland wegen seiner geopolitischen Lage und historischen Grundlagen seine Rolle auf Europa und seine politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten in der Welt ausrichten soll. Er vertritt die Auffassung, dass Deutschland wegen seiner geopolitischen Lage gezwungen ist, nicht nur seine wirtschaftlichen, sondern vor allem seine politischen Aktivitäten in alle Richtungen zu orientieren (vgl. Buck 1992, 1994, 1996 u. 1998). Gegen die Betonung der traditionellen Grundorientierung der deutschen Außenpolitik betrachten Eberhard Sandschneider und Josef Janning die deutsche Außenpolitik als *„Gestaltungsmacht“* (vgl. Sandschneider 2012; Janning 2016). Sandschneider befasst sich mit der Frage, ob Deutschland, ob es wolle oder nicht, eine Gestaltungsmacht sei. Er kritisiert die Orientierungslosigkeit und fehlenden Strategien der deutschen Außenpolitik im Hinblick auf Kontinuitätslinien. Er betont, dass Deutschland nach der Wiedervereinigung durch Kontinuität in seiner Außenpolitik die Anpassungsfähigkeit an den beschleunigten Wandel auf globaler und nationaler Ebene verkannt habe (vgl. Sandschneider 2012).

Im Hinblick auf das Spannungsverhältnis von Werten und Interessen in der deutschen Außenpolitik formuliert Matthias Zimmer, dass die deutsche Außenpolitik „*ein unklares Verständnis des Zusammenhangs von Macht und Verantwortung*“ pflegen wolle. Zimmer konzediert, dass dieses Verhalten die deutsche Außenpolitik „*zu ihrer Zerfaserung*“ geführt

habe, „*in der sie unreflektiert mal Werte verteidigt, mal Interessen wahrnimmt*“ (Zimmer 2015, S. 239). Vor diesem Hintergrund sieht Christian Hacke eine gespaltene Haltung in der deutschen Politik zwischen einer wertorientierten und einer interessenorientierten Außenpolitik. Für Hacke stellen die Werte und Interessen in der deutschen Außenpolitik zwei Seiten derselben Medaille dar, die miteinander verbunden seien (vgl. Hacke 1996). Er hebt die Verbindung zwischen Werten und Interessen hervor und betrachtet beide als handlungsleitende Faktoren der deutschen Außenpolitik (vgl. ebd.). Damit plädiert er für eine strategische Außenpolitik, die Werte und Interessen miteinander verbindet und darüber hinaus den Rahmenbedingungen der Weltpolitik entspricht (vgl. Hacke 1996 u. 1997)

Hans-Peter Schwarz zweifelte nach der deutschen Wiedervereinigung an der Relevanz der zivilmächtigen Orientierung der deutschen Außenpolitik und kritisierte ihre Bevorzugung vor geopolitischen Interessen Deutschlands (vgl. Schwarz 1994). Er beschrieb in seiner Studie die politische Macht Deutschlands im Hinblick auf dessen räumlichen Gegebenheiten in der Mitte Europas als eine zentrale Kategorie der Gestaltung der deutschen Außenpolitik (vgl. Schwarz 1994, 1995 u. 1997). Ähnlich wie Schwarz bewertet Anne-Marie Slaughter die deutsche Außenpolitik. Sie bezeichnet die deutsche außenpolitische Identität als „zentrale *Mittlermacht*“ (vgl. Slaughter 2011 u. 2014). Sie geht davon aus, dass Deutschland „die unverzichtbare Katalysator-Macht im Zentrum“ sei, die die europäischen Integrationsprozesse beschleunigen könne. Hierbei verweist Slaughter darauf, dass die deutsche Außenpolitik erfolgreich sein könnte, wenn Deutschland selbstbewusst seine Interessen innerhalb Europas suchen würde (vgl. ebd.). In derselben Linie wie Schwarz und Slaughter liegt Thomas Risse, der den Umstand beklagt, dass die deutsche Außenpolitik einen verfehlten *„Gestaltungswillen“* zeige (vgl. Risse 2007). Dabei betrachtet Risse die deutsche Außenpolitik in Bezug auf Werte und Interessen als problematisch. Für ihn hat die Unterscheidung von geostrategischen bzw. geoökonomischen Interessen und Werten bei der deutschen Außenpolitik keinen Sinn. Aus seiner Sicht setzten Werte und Interessen nicht gegeneinander, sondern Werte als Grundlage der Interessenbildung (vgl. Risse 1999, 2003, 2004 u. 2007).

Zusammenfassend lässt sich der bisherige Forschungstand dahingehend festhalten, dass die wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzungen mit dieser Thematik in der Politikwissenschaft, Geopolitik und Geschichtswissenschaft sehr unterschiedlich sind und dass es in Bezug auf die deutsche Außenpolitik keine interdisziplinäre wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Politik- und Geschichtswissenschaft bei der Erforschung der geopolitischen Fragen im deutschsprachigen Raum gibt. Es besteht offenkundig eine Diskrepanz zwischen den theoretisch-konzeptionellen Ansätzen und den methodischen

Vorgehensweisen. Die meisten Debatten zur Analyse der deutschen Außenpolitik ergeben sich aus zwei Perspektiven, der konstruktivistischen und der historischen. Dies zeigt uns außerdem, dass in der wissenschaftlichen Debatte die immateriellen Faktoren (wie Deutschlands politische Kultur, seine Identität, seine internationale Rolle) zur Erklärung des deutschen außenpolitischen Handelns im Mittelpunkt stehen. Daraus ergeben sich Ansatzpunkte und Konsequenzen für die wissenschaftliche Untersuchung der deutschen Außenpolitik im Rahmen der neuen geopolitischen Forschung, die sich mit der Bedeutung des Raumes auf die deutsche Außenpolitik befasst. Dabei ist unter Berücksichtigung anderer – kultureller, sozialer, moralischer, wirtschaftlicher und religiöser – Faktoren, die das politische Verhalten eines Landes beeinflussen die Zusammenarbeit mit den Nachbardisziplinen erforderlich.

Mit Ausnahme einiger geopolitischer wissenschaftlicher Arbeiten in Bezug auf die deutsche Außenpolitik (vgl. Brill 1992, 1993a, 1993b, 1994a, 1994b, 1997,1998, 2002, 2004, 2008a, 2008b u. 2008c; Link 1988, 1989, 1991, 1998,1999a, 1999b, 2000a, 2000b u. 2004a; Zimmer 1997; Bach und Peters 2002; Schwarz 1994; Zänker 1992, 1995; 1992,1994,1996 u. 1998) stehen die Analyse der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik in Bezug auf ihre Raumbeziehungsstrukturen nach der Wiedervereinigung bisher nicht im Zentrum wissenschaftlicher Untersuchungen. Vor diesem Hintergrund wurden die Fragestellung dieser Studie und damit auch die Charakterisierung der deutschen Außenpolitik aus geopolitischer Sicht noch nicht ausreichend in der Forschung beachtet und bearbeitet. Deswegen wird in dieser Studie die deutsche Außenpolitik aus der Perspektive des strukturell-geopolitischen Ansatzes und in theoretisch-methodischer Hinsicht auf der Grundlage der geopolitischen Codes auf zwei innerstaatlichen und internationalen Ebenen untersucht. Vor diesem Hintergrund werden im folgenden Abschnitt die theoretischen Grundlagen und das methodische Vorgehen als Basis für weitere Ausführungen in dieser Studie näher erläutert.

1.3 Theoretische Grundlagen und empirisches Vorgehen

Die vorliegende Untersuchung thematisiert die Entwicklung und die Neubewertung der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung aus geopolitischer Perspektive. Um die Entwicklungstendenzen der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik nach der Vereinigung in ihren neuen räumlichen Beziehungsstrukturen im Zusammenhang mit neuen geopolitischen Ordnungsstrukturen zu charakterisieren, wird für die Untersuchung das von Peter J. Taylor und Colin Flint entwickelte Konzept der geopolitischen Codes zur Analyse der deutschen Außenpolitik in ihren räumlichen Beziehungsstrukturen als theoretische Grundlage herangezogen. Das von

Taylor und Flint aufgeworfene Konzept der geopolitischen Codes bietet eine differenzierte theoretisch-methodische Grundlage für die Analyse bzw. die Auseinandersetzung mit dem außenpolitischen Handeln von Staaten und daraus folgenden außenpolitischen Strategien in der geopolitischen Weltordnung (vgl. Taylor und Flint 2000; Flint und Taylor 2007).

Um außenpolitische Strategien von Staaten im internationalen System zu untersuchen, verwenden Taylor und Flint das erwähnte analytische Konzept der geopolitischen Codes, die sich auf nationale Interessen eines Landes und seine geopolitischen Bindungen beziehen (vgl. ebd.). Geopolitische Codierungen sind aus ihrer Sicht raumpolitische Orientierungen eines Landes, die der Außenpolitik zugrunde liegen (vgl. Flint 2011, S. 55 f.). Vor diesem Hintergrund ist die Analyse der geopolitischen Codes eine Methode, mit der politische Akteure ihre außenpolitischen Strategien und Interessen in der regionalen und globalen Politik analysieren und formulieren können (vgl. Taylor 1993a, S. 36 f.). Ausgehend davon, dass das geopolitische Denken sich auf Machtpolitik auswirkt, entwickelten Taylor und Flint in Bezug auf außenpolitische Entscheidungsprozesse ihren geopolitischen Ansatz, der sich aus struktureller Sicht mit Weltordnungspolitik und Machtrivalitäten im internationalen System befasst (vgl. Taylor 1993a; Taylor und Flint 2000 u. Flint und Taylor 2007; Flint 2011).

In diesem Sinne wird berücksichtigt, dass der Machtfaktor und die Machtpolitik bei der Geopolitik in den gegenwärtigen internationalen Beziehungen nach wie vor eine entscheidende Rolle spielen (vgl. Taylor und Flint 2000 58f.). Sie argumentieren weiter, dass die Weltpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes durch ein geopolitisches Spannungsverhältnis von Hegemonie und Machtgleichgewicht, das sich als Grundmuster der gegenwärtigen Geopolitik erweise, bestimmt worden sei (vgl. Taylor 1993a, S. 37). Demnach speist sich die internationale gegenwärtige Geopolitik sowohl aus machtpolitischen Rivalitäten als auch aus machtökonomischen Konkurrenzen. Dabei spielen die superstaatlichen Zusammenschlüsse und die Integration von Nationalstaaten in der internationalen Politik eine bedeutende Rolle (vgl. Link 1999a, S. 175ff. u. 1999b). Mit diesem Verweis auf die beschriebenen Mechanismen von Machtpolitik zwischen Staaten betrachten Taylor und Flint die Staaten als die Hauptakteure der internationalen Politik, deren außenpolitisches Handeln auf mehreren Ebenen eingebettet ist.

Vor diesem Hintergrund gehen sie von zwei Prämissen aus: Erstens haben die raumrelevanten Faktoren bzw. die geographischen Kriterien als räumliches Grundmuster und die historischen Entwicklungen bzw. Erfahrungen als zeitliche Grundmuster eine entscheidende Auswirkung auf die Ausformung der geopolitischen Codierung in der Außenpolitik eines Staates. Dabei soll die geopolitische Codierung für das staatliche

Verhalten unabhängig sowohl von anderen Faktoren, die die Außenpolitik eines Landes beeinflussen, als auch von seiner politischen Orientierung berücksichtigt werden. Zweitens zeichnet sich die geopolitische Weltordnung, in der sich der politische Akteur verhält, durch machtpolitische Konkurrenz und Machtverteilung aus. Die geopolitische Weltordnung und die daraus entstehende Machtkonkurrenz haben eine wichtige Bedeutung für die Entwicklung der Außenpolitik eines Staates und werden als grundlegende Rahmenbedingung für das Handeln der außenpolitischen Akteure in ihren räumlichen Beziehungsstrukturen betrachtet. Deshalb bezieht sich die vorliegende Studie aus theoretischer Perspektive auf das von Peter J. Taylor und Colin Flint entwickelte Konzept der geopolitischen Codes zur Analyse der deutschen Außenpolitik (dieser theoretische Ansatz wird im zweiten Kapitel näher erläutert). Und darauf aufbauend werden im Folgenden die methodischen Grundlagen dieser Studie ausgeführt.

Die Erhebung des Datenmaterials, die Auswahl und die Ausgestaltung der Untersuchungsmethode werden sowohl von der Fragestellung als auch vom theoretischen Ansatz in der vorliegenden Arbeit bestimmt. Bei der Durchführung des empirischen Teils liegen dieser Studie sowohl quantitative als auch qualitative Methoden zugrunde und ergänzen sich bei der Interpretation. Im Hinblick auf die internationale und innerstaatliche Struktur werden die geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik analysiert und damit der Blick auf zwei Ebenen gelenkt, die Deutschlands Verhalten beeinflusst haben. Deshalb setzt sich der empirische Teil der Arbeit aus zwei wesentlichen Teilen zusammen. Zum einen werden die makroprozessualen Rahmenbedingungen der Weltgeopolitik und die materiellen Strukturen in Bezug auf die deutsche Außenpolitik auf internationaler Ebene diskutiert und bewertet. Zum anderen wird die mikroprozessuale bzw. gouvernementale Dimension, die als Bestimmungsfaktor die deutsche Außenpolitik beeinflusst, in den Blick genommen.

Mit der Hinwendung zu diesen beiden Ebenen wird in dieser Studie der Zusammenhang zwischen den geopolitischen Codes und der deutschen Außenpolitik nach der deutschen Wiedervereinigung thematisiert. Für die Erläuterung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik bzw. dieser Problematik werden sowohl qualitativ-interpretative (Textanalyse und Literaturanalyse) als auch quantitative Methoden (das multivariate Analysekonzept von Liao et al. [2015] für die Erforschung der Machtverteilung) angewendet.

Die empirische Arbeit basiert deshalb auf der Auswertung umfangreicher Sekundärdaten. Gemäß der Fragestellung dieser Studie konzentriere ich mich auf die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung. Es wird gezeigt, wie sich diese Entwicklungstendenzen in der deutschen

Außenpolitik anhand ihrer geopolitischen Codes herauskristallisiert haben. Um Veränderungen der deutschen Außenpolitik in der Diskussion nach der Zeitenwende aufzuzeigen, bezieht die Arbeit in einer weiteren Perspektive das publizistische Schrifttum von Geopolitikern und Politikwissenschaftlern in die Betrachtung ein, um deren Positionen, Argumente und Vorstellungen über die deutsche Außenpolitik bzw. Geopolitik zu berücksichtigen und zu analysieren. Darüber hinaus werden Argumentationslinien vor und nach 1990 in der politischen Debatte analysiert. Deswegen wird für die Untersuchung Primär- und Sekundärquellen in Form von wissenschaftlichen Aufsätzen, Studien und Monografien aus dem Bereich der Geopolitik und der Internationalen Beziehungen untersucht, die sich geopolitisch mit der deutschen Außenpolitik und ihrem Verhalten auseinandergesetzt haben. Als Hauptquelle der Analyse der wissenschaftlichen Debatte dient die Fachliteratur, die in Fachzeitungen, Fachzeitschriften und Büchern publiziert wurde. Um den Wandel der deutschen geopolitischen Codes und in deren Folge der deutschen außenpolitischen Diskurse zu beleuchten, werden für die Analyse in der vorliegenden Studie die in Zeitungen, Fachzeitschriften, Archiven, Bulletins und Jahrbüchern veröffentlichen bzw. zugänglichen Originaldokumente der deutschen Regierung in die Betrachtung einbezogen. Weitere Erkenntnisse über die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik werden nach der deutschen Wiedervereinigung durch die Analyse von solchen außenpolitischen Reden der Bundeskanzler, Bundespräsidenten und Bundesaußenminister gewonnen.

Für die Charakterisierung von Deutschlands Machtverteilung und die Analyse der Gestaltung der geopolitischen Weltstruktur im Hinblick auf Deutschland werden im ersten Schritt die theoretischen Grundlagen und Debatten um Macht und Machtverteilung für geopolitische Akteure im internationalen System vorgestellt und gegeneinander abgewogen. Daneben werden Indikatoren und Faktoren zur Analyse der Machtmessung und der Gestaltung der geopolitischen Weltstruktur im Hinblick auf Deutschland vorgestellt. Im zweiten Schritt wird auf Arbeiten von Liao et al. [2015] zurückgegriffen und deren Fünf-Faktoren-Modell als ein theoretisches Untersuchungsmodell mit umfassendem Ansatz zur Analyse der Machtverteilung im internationalen System verwendet. Zum Schluss wird ein in dieser Studie entwickeltes geopolitisches Weltordnungsmodell erstellt und die Machtposition und die Kompetenzverteilung Deutschlands im internationalen System charakterisiert werden. Liao et al. eröffnen eine neue Perspektive für die Berechnung der Machtverteilung von Staaten, da hier die nachhaltige Machtverteilung einbezogen wird. Eine genaue und detaillierte Darlegung der Methodik findet sich im Kapitel 4. Die Fakten und Zahlen, die für die Analyse der deutschen Machtverteilung in der internationalen Geopolitik angewendet wurden, stammen für den internationalen Bereich aus den statistischen Jahrbüchern der

Weltbank, dem Weltwirtschaftsforum, dem Human Development Index 2017 (HDI: Bericht für die menschliche Entwicklung), dem *„Global Firepower“*-Index 2017. Für den nationalen Bereich werden die statistischen Jahrbücher des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2017 verwendet. Die mathematische Aufarbeitung und Kategorisierung der gewonnenen Daten erfolgt mit dem Software-Paket Microsoft EXCEL. Die Karten und die Darstellung der Machtverteilung im internationalen System wurden unter Zuhilfenahme von ESRI ArcGIS erstellt.

Neben der Bearbeitung der Sekundärliteratur werden mithilfe von diskursiven Methoden relevante staatliche Veröffentlichungen in der deutschen Außenpolitik analysiert und daraus Rückschlüsse auf die außenpolitische Orientierung im untersuchten Zeitraum gezogen. Dazu zählen nicht nur Reden der jeweiligen Führungspersönlichkeiten, sondern beispielsweise auch offizielle programmatische Dokumente, etwa die Konzeption der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Hier werden insbesondere das Grundgesetz als materiellrechtliche Grundlage für die Gestaltung der deutschen Außenpolitik von Koalitionsverträgen und Grundsatzprogrammen der Parteien sowie von anderen offiziellen Dokumenten und Stellungnahmen herangezogen. In dieser Studie stehen auf innerstaatlicher Ebene die Interpretation und Analyse von Variablen wie Grundgesetz, Wahlprogramme und Grundsatzprogramme der politischen Parteien, außenpolitische Reden der Bundesregierung und politische Strukturen der Bundesrepublik Deutschland im Fokus. Da die geopolitischen Codierungen eng mit der deutschen Identität bzw. der Werte- und Interessenstruktur der deutschen Außenpolitik verbunden sind, haben Wissenschaftler aus unterschiedlichen Perspektiven die Debatte um die vergangene und die aktuelle Identität der deutschen Außenpolitik analysiert. Vor diesem Hintergrund werden für die Untersuchung ihre wissenschaftlichen Studien und Aufsätze in den Blick genommen und anhand von Quellen auf Basis ihrer Schriften die Unterdeterminiertheit der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik zwischen ihren Werten und ihren Interessen im Hinblick auf ihre Identität berücksichtigt.

1.4 Aufbau und Gliederung der Arbeit

Einen schematischen Überblick über den Aufbau der Arbeit liefert Abb. 2. Um die Konstruktion und die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik zu untersuchen, gliedert sich der Aufbau dieser Arbeit in sieben Kapitel, die im Folgenden kurz vorgestellt werden. Nach dem einleitenden ersten Kapitel werden im zweiten Kapitel die theoretischen Grundlagen der Untersuchung behandelt. Dabei werden zunächst die

wichtigsten Theorien der Geopolitik erläutert und die Entwicklung des geopolitischen Denkens näher ausgeführt, um diese Konstanten zu präzisieren und eine Verbindung zu einer strukturellen Geopolitik herstellen zu können. Nach der Betrachtung dieser Debatten und Theorien der Geopolitikwissenschaft wird dabei dieser neue geopolitische Ansatz weiterentwickelt. Mit deren Hilfe wird eine strukturelle Geopolitik systematisch hergeleitet. Im Mittelpunkt stehen die theoretisch-konzeptionellen Leitlinien der klassischen und Kritischen Geopolitik. Dabei werden zunächst die zentralen Denkfiguren dieser beiden Ansätze diskutiert. Die beiden Ansätze enthalten Elemente, die angeführt werden, um durch deren Kombination das Argument für die geopolitische Codierung aus der Perspektive eines strukturellen Ansatzes zu entwickeln und den deutschen Staat und seine außenpolitischen Handlungen zu verstehen. Anschließend wird zu diesem neuen strukturellen Ansatz der Geopolitik eine Annäherung zwischen der klassischen und Kritischen Geopolitik herausgearbeitet. Im Anschluss wird aus der Perspektive dieser strukturellen Geopolitik das Grundkonzept *„geopolitischer Code“* als Grundmuster der deutschen Außenpolitik nach der Vereinigung zur Erklärung der Entwicklung der deutschen Außenpolitik eingesetzt.

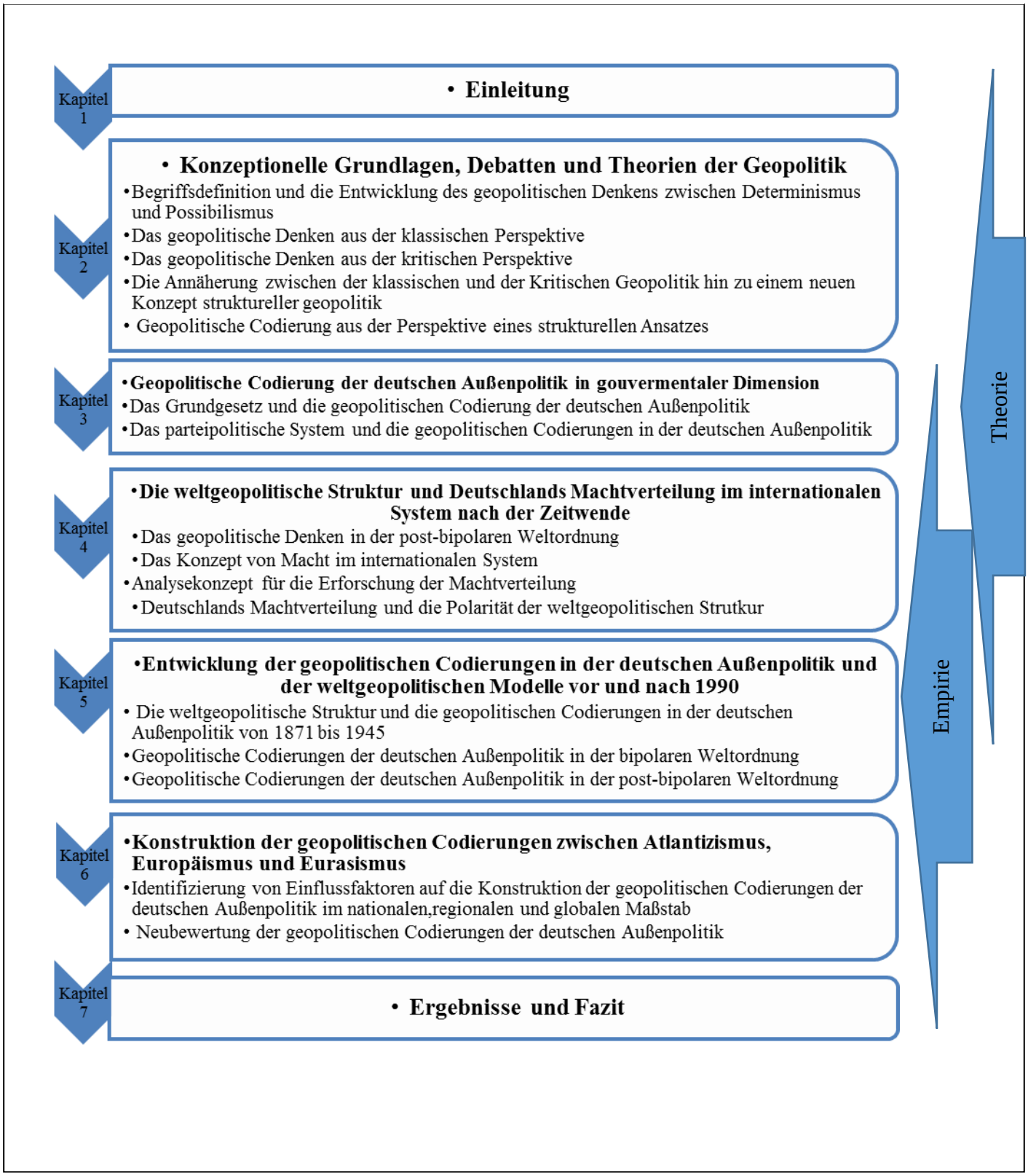
Im dritten Kapitel werden die innerstaatlichen Akteure bzw. die gouvernementale Dimension, die sich als Bestimmungsfaktoren auf die Konstruktion der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik auswirken, thematisiert. Im Folgenden werden die legimitierten Akteure untersucht, die außenpolitische Entscheidungen treffen und die Richtlinien der deutschen Außenpolitik bestimmen. Um die divergierenden Meinungen innerstaatlicher Machtverhältnisse, die sich in den antagonistischen Diskursen artikulieren, über die geopolitischen Codierungen einzuordnen, erfolgt zunächst eine analytische Auseinandersetzung mit dem Aufbau des deutschen Gemeinwesens sowie seiner Strukturen in der Bundesrepublik Deutschland. Damit wird deutlich, welche verfassungsmäßigen Möglichkeiten einer deutschen Bundesregierung auf der innerstaatlichen Struktur, in der ihre Wertvorstellungen bzw. Wertestruktur eine Grundlage für die außenpolitischen Entscheidungsprozesse bilden, zur Verfügung stehen, um ihre geopolitischen Codierungen zu formulieren.

Um ein genaueres Verständnis der Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik zu ihren Raumbeziehungsstrukturen zu ermöglichen, werden im vierten Kapitel die weltgeopolitische Struktur und die Machtverteilung im internationalen System in ihrer Funktion für die Analyse der deutschen Außenpolitik thematisiert. Im ersten Schritt wird auf die Frage eingegangen, wie sich das geopolitische Denken in der post-bipolaren Weltordnung entwickelt hat. Ausgehend von diesem Grundverständnis wird in der Folge ein Blick auf das geopolitische Denken und die aktuellen Debatten der Geopolitik nach

der Zeitenwende, nämlich Geoökonomie, Geokultur und Regionalismus, geworfen. Danach werden die Machtverhältnisse bzw. die Machtverteilung im internationalen System aus der Perspektive des klassischen und strukturellen Realismus vorgestellt. Abschließend wird die Polarität der weltgeopolitischen Struktur nach der Zeitenwende für die Analyse der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik charakterisiert.

Im fünften Kapitel wird zunächst eine kurze Darstellung der Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik hinsichtlich der weltgeopolitischen Struktur in zwei Epochen von der Reichsgründung 1871 bis 1945 und nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur deutschen Wiedervereinigung gegeben und historisch und systematisch erläutert.

Abb. 2: Aufbau und Gliederung der Arbeit



Da die geopolitische Analyse bzw. die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung nicht nur aus der Betrachtung der geopolitischen Ereignisse der Gegenwart abgeleitet werden können und die raumpolitischen Zusammenhänge *„nichts anderes als zeitgebundene Bewertungen der Arena, als grundlegend wichtige Rahmenbedingungen politischen Handelns“* (Boesler 1997, S. 316) sind, wird der historische Abriss mit der deutschen Reichsgründung begonnen, weil diese Epoche der Anfang des modernen Staates Deutschland ist und weil darüber hinaus diese Periode einiges Licht auf die Faktoren wirft, die für die Analyse der Prozesse bzw. der Konstruktion der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik seit der Wiedervereinigung von Bedeutung sind. Diese historischen Erkenntnisse sind wichtig und aufschlussreich, um zu verstehen, wie die geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik historisch entstanden sind und inwiefern sie sich auf die weitere Entwicklung der Außenpolitik des wiedervereinigten Deutschlands ausgewirkt haben. Anschließend wird die Weiterentwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung ausführlich näher behandelt.

Wie ich in Bezug auf die aufgeworfene Fragestellung dieser Studie beschrieben habe, behandelt das sechste Kapitel aus diskursiver Sicht die Konstruktion der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik. In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der diskursiven und empirischen Analyse zu den Befunden der vorangegangen Kapitel in Beziehung gesetzt und ihre Implikationen für die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik diskutiert. Der nächste Schritt zur Erreichung des Forschungsziels besteht in der Identifizierung der auf die geopolitische Codierung wirkenden Einflussfaktoren, welche Bedeutung sie haben und wie sich daraus die Konstruktion und die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik ableiten lassen. Aus der Analyse und Bewertung der raumpolitischen und historischen Kriterien auf innerstaatlicher und internationaler Ebene aus der wissenschaftlichen Literatur bzw. aus den Untersuchungen in vorangegangen Kapiteln lassen sich Einflussfaktoren gewinnen. Dabei werden die historischen und politischen Faktoren skizziert, die die Konstruktion geopolitischer Codes in der deutschen Außenpolitik beeinflussen. Diese gelten nach nationalem, regionalem und globalem Maßstab, nach denen die geopolitischen Codes funktionieren. Um diese Konstruktion und den Wandel der geopolitischen Codierung zu beleuchten, erlaubt dies die Berücksichtigung von Faktoren in räumlicher und zeitlicher Hinsicht, die die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik beeinflussen, den deutschen außenpolitischen Kontext definieren und zu seinen sich entwickelnden Codes beitragen. Nach der theoretischen und empirischen Analyse in

vorangegangen Kapiteln bzw. im Stand der Forschung werden die wichtigen Faktoren, die zur Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung beigetragen haben, herausgearbeitet und identifiziert. Die geopolitischen Codierungen werden an der Schnittstelle von drei Skalen entwickelt und sind daher das Produkt von nationalen, regionalen und globalen Faktoren. Diese Faktoren, die historisch verarbeitet und in langfristigen nationalen Vertretungen und Politiken festgelegt worden sind, werden in diesem Kapitel näher erläutert. Daher werden die Faktoren, die auf nationaler Ebene identifiziert und historisch entstanden sind, thematisiert. Auf globaler Ebene werden die Komponenten, die sich auf die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik auswirken, ausgeführt. Danach befasse ich mich mit der regionalen Zwischenebene und identifiziere die wichtigsten Elemente für die Konstruktion der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik.

Das letzte Kapitel fasst die zentralen theoretischen und empirischen Ergebnisse dieser Arbeit zusammen. Das Kapitel bildet die Schlussbetrachtung mit der Klärung der zentralen Frage, wie sich geopolitische Codierungen in der deutschen Außenpolitik in ihren räumlichen Beziehungsstrukturen nach der deutschen Wiedervereinigung herauskristallisiert haben. Danach werden die Bedeutung und Notwendigkeit dieser drei räumlichen Beziehungsstrukturen für Deutschland thematisiert. In einem abschließenden Ausblick wird auf die Notwendigkeit einer Debatte um eine raumbezogene Orientierung bzw. Identität für die deutsche Außenpolitik eingegangen.

2 Konzeptionelle Grundlagen, Debatten und Theorien der Geopolitik

> *„Weiterhin ist auch die Auffassung vorhanden, daß unter Geopolitik nicht nur eine besondere Politikform zu verstehen sei, sondern auch eine besondere wissenschaftliche Methode mit eigenen Fragestellungen, Theorien und Modellen“* (Oßenbrügge 1993, S. 253).

Im folgenden Kapitel werden die theoretischen und begrifflichen Grundlagen dieser Arbeit näher behandelt. Dieser Studie liegt aus der Perspektive eines strukturell-geopolitischen Analyseansatzes das von Taylor und Flint entwickelte Konzept der geopolitischen Codes zugrunde, das auf drei Konstanten beruht: erstens auf der weltgeopolitischen Struktur, an der sich ein Staat orientiert und von der seine Außenpolitik bzw. Interessenstruktur abhängig ist, zweitens auf der innerstaatlichen Struktur eines Staates, in der nicht nur raumrelevante Kriterien, sondern auch seine Wertvorstellungen bzw. Wertestruktur eine Grundlage für die außenpolitischen Entscheidungsprozesse bildet und drittens auf den räumlichem Handlungen von Staaten bei Verfolgung ihrer Interessen und Ziele im internationalen System. Um diese Konstanten zu präzisieren und eine Verbindung zu einer strukturellen Geopolitik herstellen zu können, verweise ich auf die konzeptionelle Grundlage des geopolitischen Codes als Grundmuster für die Analyse der deutschen Außenpolitik nach der Vereinigung. Dabei wird dieser neue geopolitische Ansatz nach der Betrachtung von Debatten und Theorien der Geopolitikwissenschaft weiterentwickelt. Mit deren Hilfe wird eine strukturelle Geopolitik systematisch hergeleitet.

Im Mittelpunkt stehen die theoretisch-konzeptionellen Leitlinien der klassischen und Kritischen Geopolitik. Dabei werden zunächst die zentralen Denkfiguren dieser beiden Ansätze diskutiert. Danach wird zu einem neuen strukturellen Ansatz der Geopolitik eine Annäherung zwischen der klassischen und Kritischen Geopolitik herausgearbeitet. Im Anschluss wird aus der Perspektive einer strukturellen Geopolitik das Konzept *„geopolitischer Code“* als Grundmuster der deutschen Außenpolitik nach der Vereinigung zur Erklärung der deutschen Außenpolitik im Hinblick auf ihre raumpolitischen Beziehungsstrukturen eingesetzt.

2.1 Begriffsdefinition und die Entwicklung des geopolitischen Denkens zwischen Determinismus und Possibilismus

Im Mittelpunkt dieser Studie steht die Analyse der deutschen Außenpolitik aus der Perspektive des geopolitisch-strukturellen Ansatzes. Ausgangspunkt ist die Frage nach der Funktion von Raum in den Handlungen der politischen Akteure. In der Geopolitik geht es grundsätzlich um den Einfluss des Raumes auf die Politik und um die Thematisierung der Rolle raumbezogener Handlungen in räumlichen Beziehungsstrukturen (vgl. Werlen 2000, S. 383; Gregory 1994; Reuber und Wolkersdorfer 2001a u. 2001b). Eine der wichtigsten Errungenschaften der akademischen Disziplin der Geopolitik sind ihre theoretischen Grundlagen. Auf Basis dieser wissenschaftlichen Theorien entwickeln sich ihre Hypothesen und ihr Untersuchungsmodell, mit denen man Ergebnisse theoretisch fundiert. Aus theoretischen Grundlagen und Untersuchungsergebnissen leiten sich Erklärungs- und Begründungszusammenhänge ab (vgl. Vasquez 1995, S. 218). Daher sind das Wissen um die Geschichte des geopolitischen Denkens und die Untersuchung der geopolitischen Theorien, die die Konstitution der Geopolitik hervorbrachten, erforderlich. In der ersten Instanz unserer Betrachtung stehen die Vielfalt und eine Vielzahl von Abweichungen in den theoretischen Sichtweisen, die oft aus dem Bereich und dem Gegenstand der Disziplin entspringen. Hierbei lässt sich zwischen dem possibilistischen und dem geodeterministischen Ansatz unterscheiden. In der geopolitischen Literatur können theoretische Konzepte des Determinismus in herausragenden Werken von prominenten Geographen in der klassischen Zeit wie Aristotel, Bodin, Montesquieu und Astrabun verfolgt werden (vgl. Kristof 1960, S.17). Danach existiert geopolitische Literatur vom modernen Determinismus am Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg. Dazu gehören Friedrich Ratzel, Charles Robert Darwin Darwin, Karl Haushofer und Rudolf Kjellén (vgl. Peet 1989, S.309f.). Klassische Deterministen untersuchten den Einfluss der natürlichen Umwelt und der geographischen Faktoren auf das Verhalten politischer Akteure (vgl. Kristof 1960, S.17f.). Friedrich Ratzel als Haupttheoretiker des klassischen Raumdeterminismus betonte, dass Menschen von den Gesetzen der Natur beeinflusst sind, und er hebt hervor, dass der natürliche Zustand die dominanten Einflüsse auf die kulturellen Formen des politischen Lebens von Menschen bestimme (vgl. Ratzel 1906).

Neben der deterministischen Schule hat die possibilistische Schule in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunehmend an Bedeutung gewonnen. Sie hebt hervor, dass der Mensch ein Teil der Natur ist, aber er durch seine Weisheit, sein Geschick und Technologie über die Natur dominieren kann (vgl. Vidal De La Blache 1922). Der moderne Mensch ist vollständig

von einem sozialen Raum umgeben, in dem er lebt. In der possibilistischen Schule spielen die Auswirkungen des Sozialgesetzes statt des Naturgesetzes auf die menschlichen Gewohnheiten eine wichtige Rolle (vgl. Zänker 1992, S. 15 u. 1995). Die Abhängigkeit des Menschen von der Natur wird weniger und er bleibt sich jedoch bewusst, dass die Natur seine Möglichkeiten beschränkt. Es bleibt immer eine Grenze, der man sich nicht entziehen kann. Aus der possibilistischen Sichtweise kann die Politik eines Staates nach geographischen Kategorien gestaltet werden. Dennoch sprechen die deutschen Geopolitiker über die Erdgebundenheit des Menschen und der Politik (vgl. Kristof 1960, S. 18ff.).

Der Begriff Geopolitik wurde zum ersten Mal vor einem Jahrhundert durch Rudolf Kjellén geprägt. Anfang des 20. Jahrhundert erhebt Kjellén die Untersuchung der Beziehung zwischen den Menschen und der Erde zum Mittelpunkt der Disziplin Geopolitik und formuliert zugleich einen Unterschied zur Politischen Geographie (vgl. Kjellén 1924, S. 37f.). Nach Kjellén ist Geopolitik *„die Lehre vom Staat als geographischen Organismus oder als Erscheinung im Raume, also der Staat als Land, Territorium Gebiet oder als Reich“* (ebd. S.45). Ähnlich und in Anlehnung an Ratzels Arbeiten definiert Haushofer die Geopolitik als *„die Lehre von der geographischen Bedingtheit der Politik“* (Haushofer 1934a).

Nach wechselvoller Geschichte wird der Begriff Geopolitik seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes hinsichtlich der jeweiligen weltgeopolitischen Lage verwendet und hat in der politischen Analyse große Bedeutung gewonnen (vgl. Brill 1994a, S. 19). In diesem Zusammenhang wird Geopolitik heute für die raumbezogene, machtpolitische Analyse und Handlung der Staaten im nationalen-internationalen Maßstab verwendet (vgl. Scharl 2008, S. 12). Jüngere Definitionen heben die machtpolitischen und geostrategischen Aspekte hervor. Von der machtpolitischen Perspektive geht auch Yves Lacoste aus. Er beschreibt die Geopolitik folgendermaßen: *„Was man als Geopolitik bezeichnet, behandelt im Wesentlichen die Machtrivalitäten um bestimmte Territorien zwecks Kontrolle über die hier befindlichen Menschen und Ressourcen“*(Lacoste 1990, S.29 u. 1994). Nach Cohen beschäftigt sich Geopolitik mit der Wechselbeziehung zwischen Raum und Politik, die der Einfluss vom Raum und Strukturen auf politischen Ideen untersucht (vgl. Cohen 1994, S.17 u. 2003). Ausgehend vom Begriffsverständnis der Geopolitik als machtpolitische Konkurrenz thematisierte Peter Taylor sie als eine wissenschaftliche Disziplin. Vor diesem Hintergrund beschreibt er die Geopolitik folgendermaßen: Geopolitik befasst sich mit der Untersuchung der geographischen Machtverteilung zwischen den Staaten, bzw. Konkurrenz zwischen Großmächte der Welt (vgl. Taylor 1993a u. 1993b).

Ausgehend von der postmodernen Philosophie kritisieren Theoretiker der Kritischen Geopolitik die Terminologie und Begriffsdefinition der klassischen Geopolitik. Mit Verweis

auf den erkenntnistheoretischen Bereich der Geopolitik beschreiben Agnew und Ó Tuathail: *„Geopolitics is defined as discursive practice by which intellectuals of statecraft, spatialize, international politics and represent it as a world characterized by particular types of places, peoples, and dramas“* (Ó Tuathail und Agnew 1992, S. 190).

Geopolitik ist, wie viele festgestellt haben, ein Begriff, der bekanntermaßen schwierig zu definieren ist (vgl. Kristof 1960, S. 21). Diese Studie hebt die Bedeutung der Geographie bzw. der raumrelevanten Faktoren für die Außenpolitik eines Staates hervor. Daraus lässt sich auch in Anlehnung an Heinz Brills Definition ableiten: Geopolitik ist die Lehre *„vom Einfluss des geographischen Raumes auf die Politik eines Staates“* (vgl. Brill 2008b, S.130), die sich mit der Untersuchung des Einflusses raumrelevanter Kategorien auf die Außenpolitik eines Staates beschäftigt. Aus dieser Sichtweise kommt die Frage zum Ausdruck, inwieweit die Außenpolitik eines Staates ausgehend von den geographischen Kategorien gestaltet werden kann. Dies wird im Folgenden in theoretischen Ansätzen der Geopolitik näher erläutert.

2.2 Das geopolitische Denken aus der klassischen Perspektive

> *„Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbare vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“* (Marx 1852).

2.2.1 Das klassische geopolitische Denken im deutschsprachigen Raum

In der fachwissenschaftlichen Literatur gilt Friedrich Ratzel (1844-1904) als ein Hauptvertreter der Politischen Geographie, dessen Ansichten sich beim Aufbau seiner Theorie in der biologischen Analogie des Staates als lebendiger Organismus entwickelt habe (vgl. Weber 2014, S. 10f.). In seiner Theorie, die er in seinem Hauptwerk *„Anthropogeographie“* dargestellt hat, konzentriert er sich aus einer biologischen Perspektive auf die Entwicklung von Staaten (vgl. Ratzel 1899).

Im Gegensatz zu anderen Theorien, die den Staat als ein rechtlich-politisches Phänomen erkennen, sah Ratzel den Staat als einen lebendigen Organismus an, der sein Gebiet ständig durch den demographisch-sozialen Zustand wandelt (vgl. Ratzel 1903, S. 6). Ratzel leitete in seinem Theorem ein historisches Gesetz ab, nach dem die natürlichen Bedingungen das Wesen von Staaten prägen und auf dessen Grundlagen sich der Staat wie ein organisches Wesen verhalte (vgl. ebd. S. 6f.). Demnach bestimmen die physischen Grundlagen des Staates den menschlichen Fortschritt und die kulturelle Evolution (vgl. O'

Tuathail 2001, S.16; Albert et al. 2010, S. 557f.). Ratzel vertrat die Auffassung, dass der Staat als ein organisches Wesen auszusehen ist, das nicht in festen Grenzen gezwängt werden kann. Bei ihm spielten die geographischen Faktoren Lage und Raum für die Erklärung der Raum-Politikverhältnisse der Staaten eine entscheidende Rolle (vgl. Ratzel 1903; S. 25 u. 210f.).

Aus seiner Sicht befindet sich jeder Staat in einem Wettbewerbskampf um Raum mit anderen Staaten. Dahingegen brauche jeder Staat mit einer wachsenden Bevölkerung auf der Erdoberfläche mehr Raum, um seine Existenz zu gewährleisten (vgl. ebd. S. 19 u. 381) und seine Zivilisation aufrecht zu erhalten (vgl. O' Tuathail 2001, S.18). Dieses Bedürfnis nach ständig mehr Raum und die Notwendigkeit der Raumerweiterung beschreibt Ratzel als Bedarf nach Lebensraum (vgl. O' Tuathail 2001, S.18; Agnew 2012, S.74; Albert et al. 2010, S. 558; Weber 2014, S. 51f.; Hoffmann 2012, S. 28). Darüber hinaus konkretisiert Ratzel in seinem Theorem, dass der Kampf um den Lebensraum einen engen Zusammenhang zwischen dem wachsenden Volk und dem wachsenden Raum darstelle (vgl. Albert et al. 2010, S. 558). Dementsprechend diente dieser Kampf in unterschiedlichen Kulturen als Treibkraft des Wandels und der Entwicklung in der menschlichen Geschichte. Fasst man die theoretische Begründung von Ratzel zusammen (vgl. O' Tuathail 2001, S.18), so ergibt sich die Kernaussage seiner Lehre, die das Konzept des Strebens der Staaten um Lebensraum die Notwendigkeit des Imperialismus und der Expansion legitimiert (vgl. Ratzel 1899, S. 244).

Nachdem Ratzel die Grundlagen der Politischen Geographie geprägt hatte, spielte der schwedische Wissenschaftler Rudolf Kjellén bei der Entwicklung der Geopolitik eine wichtige Rolle. Er verwandte den Begriff Geopolitik zum ersten Mal im Jahr 1899 in seinem Beitrag über die Grenzen Schwedens (vgl. O' Tuathail 2001, S.20) und er übernahm die Lehre von Ratzel in seinem Hauptwerk *„Staat als Lebensform“*. In ähnlicher Weise wie Ratzel verweist er auf die Grundlage einer organischen Vorstellung des Staates im Gegensatz zu seinen rechtlich-politischen Eigenschaften (vgl. Kjellén 1924, S. 17). Er hat den Staat in fünf Merkmale – Geopolitik, Demopolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Regierungs- und Konstitutionspolitik – eingeteilt. In seiner Aufteilung war die Geopolitik das erste und wichtigste Merkmal des Staates. Aus seiner geopolitischen Sicht hat der Staat einen biologischen Charakter, der sein Handeln im Raum gestaltet und an die Erde gebunden ist, und sich mit der Raumerweiterung der Staaten in einem Überlebenskampf beschäftigt (vgl. ebd. S. 196). Er vertrat die Auffassung, dass die inneren gesellschaftlichen und politischen Faktoren nicht die Bedingungen staatlicher Verhältnisse bestimmen, sondern die Lage und Größe des Raums des Staates (vgl. ebd. S. 45). In seinem Theorem sind Land und Volk die Kernelemente des Staatsbegriffs. Für ihn ist der Staat eine Lebensform, die denselben mit seiner Individualität verbindet (vgl. ebd. S. 55). Der Staat ist ein *„bodenständiger*

Organismus" (vgl. Ratzel 1903, S. 19), der sich in einem zweifachen Verhältnis befindet (vgl. Werber 2014, S. 50). Auf der einen Seite handelt der Staat in Konkurrenz zu anderen Staaten und auf der anderen Seite passt er sich an die Veränderungen seiner Lage an (vgl. Kjellén 1924, S. 28). Gerade unter diesem Konzept glaubte Kjellén wie Ratzel, dass das Handeln der organischen Staaten auf die räumliche Verteilung ihrer Bevölkerung über dem Boden angewiesen ist. Mit anderen Worten gesagt wachsen die Staaten und ihr Boden bleibt bestehen (vgl. Werber 2014, S. 50). In Anlehnung an Ratzels Konzept betrachtete Kjellén die Lage eines Staates im Hinblick auf die Gestaltung seines Territoriums zur Erweiterung seines Gebietes als Geopolitik (vgl. O' Tuathail 2001, S.21).

Karl Haushofer entwickelte seine Lehre in Anlehnung an das Konzept der Geopolitik von Kjellén und verwendete die Geopolitik als einen grundlegenden Ansatz zur Analyse der Geographie und der internationalen Politik (vgl. O' Tuathail 2001, S. 21; Buck 1996, S. 19; Werber 2014, S. 74). Aus seiner geopolitischen Sicht betrachtete er den Staat allerding nicht als eine organische Einheit. Für ihn ist Geopolitik die Erklärung der Beziehung von Raum und Politik in Bezug auf das Handeln von Staaten aus ihrer geographischen Bedingtheit (vgl. Haushofer et al. 1928). Diese Ansicht reflektiert Haushofers Vorstellung über die Außenpolitik des Deutschen Reiches. Für Haushofer stehen die radikale Ablehnung des Vertrages von Versailles und die räumlichen Merkmale Deutschlands im Mittelpunkt seine Lehre (vgl. Diner 1984, S. 3f. u. 1987).

Da Haushofer die geographische Bedingtheit als Fundamentalelement der Politik betrachtete, stellte er dar, auf welche Art und Weise Deutschland sein Verhalten in der internationalen Politik gestalten solle (vgl. Haushofer et al. 1298, S. 41). Er behauptete, dass Deutschlands Machtpotential, das sich aus seinen geographischen Merkmalen ergebe, als das eine Weltmacht anerkannt werden sollte (ebd. S.27). In dieser Hinsicht wurde der Kampf von Staaten um den Lebensraum von Haushofer als unvermeidlich angenommen (vgl. Haushofer 1937, S. 150).

Nach Haushofer wird Geopolitik aus der Kartesischen Sicht unter einer Trennung von objektive und subjektive politische Wirklichkeit verstanden und als eine objektive Wissenschaft im Hinblick auf Naturgesetze und Naturbeobachtung wahrgenommen (vgl. O' Tuathail 2001, S.22). Haushofer hat sich mit den zeitgenössischen geopolitischen Fragen in der Zeitschrift von Geopolitik beschäftigt. Für ihn war die Geopolitik ein hilfreiches Werkzeug in der Hand von Politikern zur Durchsetzung der angewandten Politik (vgl. Diner 1984, S. 2ff.). Nach Haushofer bestand der Hauptgrund für die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg, den er in seinen geopolitischen Veröffentlichungen darstellte, in der fehlenden Orientierung des deutschen Denkens an einem umfassenden geopolitischen Raumverständnis.

Sein Ziel war, diese Denkweise für die Deutschen zu vertiefen (vgl. ebd. S. 3f.). Haushofer zeigte mit der Betrachtung der Theorie des Kernlandes von Mackinder auf, dass Deutschland, Japan und Russland einen kontinentalen Block als Gegengewicht zum absteigenden britischen Imperium bilden sollten (vgl. Haushofer et al. 1928, S. 41f.), um ihr Eigeninteresse zu erfüllen und die globale Vorherrschaft durch Großbritannien zu verhindern (vgl. O' Tuathail 2001, S.22ff.). Er argumentiert, dass Deutschland vor allem sein geopolitisches Interesse und seinen Lebensraum im Osten suchen solle, wenn Deutschland eine Weltmacht sein wolle (vgl. Haushofer 1941, S. 21f.). In diesem Sinne entwickelt Haushofer Geopolitik als Wissenschaft der politischen Lebensform in ihre Erdgebundenheit und Bedingtheit und durch ihre geschichtliche Bewegung, die zum Gewissen des Staates werden müsse (vgl. Haushofer et al. 1928, S. 54).

2.2.2 Das klassische geopolitische Denken im angloamerikanischen Raum

Wenn hier von Haupttheoretikern der klassischen Geopolitik im angelsächsischen Sprachraum gesprochen wird, sind in erster Linie die von Alfred T. Mahan und Halford J. Mackinder begründeten geopolitischen Vorstellungen der Meer-Land-Dichotomie gemeint (vgl. Weber 2014, S. 63). Im Gegensatz zu der Geopolitik im deutschsprachigen Raum, die die Staaten aus biographischer und evolutionistischer Perspektive als politisch-geographische Organismen betrachtet hat (vgl. Ratzel 1896, S. 30; Kjellén 1924, S. 30), gehen die Hauptvertreter der Geopolitik im angloamerikanischen Raum von einer geostrategischen Analyse und der daraus folgenden Schlussfolgerung aus, dass die Macht und Dominanz von Staaten von ihrer Lage als Land- oder als Seemacht abhängen (vgl. O' Tuathail 2001, S.17ff., 1992, 1994a u. 1994b). Vor diesem Hintergrund entwickelten sie ihr geopolitisches Denken in einer globalen Rivalität zwischen den See- und Landmächten (vgl. Meyer 2014, S. 90). Mahan war im Jahre 1840 in einer militärischen Familie geboren und schloss sein Studium 1859 an der Hochschule für Meerwissenschaften ab. Während des Bürgerkrieges diente er in der US-Armee und wurde im Jahr 1856 zum Dekan am Naval War College in Newport gewählt. Nach einer Reihe von Vorlesungen über die Geschichte der Marine hat Mahan die Bedeutung der Seemacht herausgearbeitet (vgl. Hattendorf 1990) und entwickelte allmählich eine Theorie über die Seemacht (vgl. Scholik 2014, S. 15f.). Mahan versuchte, zum Ausdruck zu bringen, dass die Seemacht bei der Bestimmung des Schicksals der Völker im Laufe der Geschichte eine wichtige Rolle spiele (vgl. Mahan 1967, S. 35). Er betonte, dass die Napoleonischen Kriege und der Krieg der Unabhängigkeit die Bedeutung der Seemacht hervorgehoben haben. Mahan wurde nach Veröffentlichung seines Buches *„The Influence of Sea Power upon History“* weltweit bekannt (vgl. Mahan 1967, 1897 u. 1905).

Mahan formuliert seine Theorie auf der Basis der Feststellung, dass die Kontrolle der Meere für die Geopolitik der Staaten immer wichtig gewesen sei. Mahan beschrieb sechs grundlegende Bedingungen, die die Entwicklung der Seemacht von Staaten beeinflussen:

1. Die geographische Lage eines Staates zum Meer;
2. Die physischen Merkmale des Küstenstaates;
3. Die Landfläche eines Staates und die Beziehung zwischen seiner Geographie und Humangeographie;
4. Die Bevölkerungsgröße;
5. Die wirtschaftliche Denkweise eines Staates;
6. Der Charakter des Staates, funktionale Unterscheidung zwischen den autoritären Staaten und demokratischen Staaten (vgl. Mahan 1967, S. 21ff.).

Mahan vertrat die Auffassung, dass die Machtstellung eines Staates in der internationalen Politik durch Seemacht erzeugt werden kann. Die Seemacht führte zur einer kommerziell-militärischen Machtstellung auf der politischen Weltbühne (vgl. Till 2004, S. 17), weil *„nur das Meer als große Straße oder besser als ein Feld* [diene], *über welche man nach allen Richtungen gehen kann“* (Mahan 1967, S. 21). Die Seemacht kann einem Staat die Erlangung und Ausübung einer Vorherrschaft über das globale System und den Einfluss auf die Struktur der Weltpolitik ermöglichen.

Im Vergleich dazu waren Mackinders geopolitische Ansichten das spezifische Ergebnis der dominierenden politischen Diskurse in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Europa. In diesem Zeitraum wurde zum ersten Mal in der Geschichte die politische Landkarte der Welt besetzt. In anderen Worten wurden die geographischen Räume ganz entdeckt und besiedelt und die europäischen Mächte hatten ihre territorialen Ansprüche durchgesetzt. Die Entdeckung von unbesiedelten Räumen wurde abgeschlossen und der Konflikt und das koloniale Wettrennen zwischen den Großmächten wurde um den Zugang zur geostrategischen Lage und der militärischen Vormacht eine neue Phase eingeleitet. Mackinder versuchte aus der geographisch-politischen Sicht, diese neue Phase als eine neue globale Bühne der internationalen Interaktionen zwischen den politischen Akteuren zu theoretisieren (vgl. O' Tuathail 2001, S.11). Angesichts der sozio-politischen Kontexte in Mackinders Zeit muss man sagen, dass sein Hauptanliegen, das ihn zur Etablierung einer neuen geographischen Denkweise über die internationale Politik inspiriert hat, der relative Rückgang der Macht Großbritanniens im Gegensatz zur zunehmenden Macht Deutschlands war.

Mackinder hat in seiner Lehre die internationale Politik in drei Epochen (*„prä-kolumbianisch, kolumbianisch und post-kolumbianisch“*) eingeteilt, in denen ein ewiger

Konflikt zwischen Ost-West, Europa und Asien und den Land- und Seemächten beschrieben wurde. Jede Epoche wurde durch technologische Innovationen und den Netzverkehr bestimmt. Nach O' Tuathail wurden diese Epochen so skizziert: „*In der prä-kolumbianischen“* Ära wurde das Machtgleichgewicht durch die Landmächte bestimmt. Asien als das Zentrum der Landmächte dominierte Europa und beeinflusste dessen Geschichte durch eine Folge von Invasionen der Reitvölker. In der kolumbianischen Ära verschob sich jedoch das Kräftegleichgewicht in Richtung Seemächte. Europäische Flotten expandieren nach Übersee, drehten somit den Spieß um und grenzten Asien von beiden Seiten ein. In der post-kolumbianischen Ära schien die Eisenbahnnetze der Landmächte wieder Möglichkeit zu bieten, mit den Ressourcen des europäischen Kerngebietes ein neues Weltreich zu begründen (ebd. S.14). Mackinder unterscheidet sich von Ratzel und Kjellén und geht nicht davon aus, dass der Staat ein politischer Organismus ist (vgl. Mackinder 1904, S. 421f.). Er konzentriert sich auf die historisch-geostrategische Analyse und die geographische Lage eines Staates zur Formulierung politischen Handelns von Staaten.

Im Rahmen dieser historisch-politische Kontext hat Mackinder im Jahr 1919 die modifizierte Version seines Beitrages *„The Geographical Pivot of History“* in der Theorie *„Kernland“* dargestellt. In seiner Theorie liegt das Kernland, das vom russischen Reich regiert wurde, im Zentrum der Weltinsel und erstreckt sich von der Wolga bis zum Jangtsekiang und von Himalaya zur Arktis. Aus seiner Sicht besteht die Weltinsel aus den Kontinenten Europa, Asien und Afrika, die das bevölkerungsreichste und größte Gebiet in der Welt ist. Diese umstrittene Feststellung steht im Mittelpunkt seiner Theorie: „*who rules Eastern Europa, commands the Heartland; who rules the Heartland, commands the World Island; who rules the World Island, commands the World“*(Mackinder 1998, S. 27ff., 1904 u. 1919). Mackinder glaubte im Hinblick auf die Entwicklung der Weltpolitik in seiner Zeit, dass Deutschland die Weltinsel unter Kontrolle bringen würde, sollte es sich seine gesamte Kraft an der Beherrschung des Ostens orientieren.

Spykman hat in der Tat nach Veröffentlichung seines Hauptwerkes *„America's strategy in worlds politics“* die Konsolidierung der Prinzipien der Geopolitik nach dem Zweiten Weltkrieg in der politischen Welt geprägt (vgl. Oßenbrügge 2000, S. 385), die sich auch den Kreisen der amerikanischen Entscheidungsträger durchsetzen. Nach Spykman ist: *„Geography is the most fundamental factor in the foreign policy of states because it is the most permanent. Ministers come and go, even dictators die, but mountain ranges stand unperturbed“*(Spykman 1942, S. 41). Spykman ist vor allem dafür bekannt, dass er seine scharfe Kritik an die Theorie des Kernlands von Mackinders in seinem Buch *„Geography of peace“* vorgestellt hat (vgl. Spykman 1994). Als Gegentheorie zum *„Kernland“* von

Mackinder hat Spykman das Konzept *„Rimland“* entwickelt, das von Wasser umgegeben ist. Die Theorie des Rimlands ermöglichte eine Bewegungsfreiheit auf dem Meer, das den Seehandel einer globalen Macht herbeiführt. Spykman hat sich in seiner Theorie – *„Rimland“*– von Mackinders Theorie – *„Kernland“* – unterschieden, dass er die Vorherrschaft eines Staates in der Kontrolle über die großen Gebiete in Eurasien angesehen hat, im Gegensatz dazu betonte Spykman die Seemacht eines Staates und vertrat die Auffassung, dass die Seemacht der Schlüssel zur globalen Strategie der internationalen Politik sei.

Die klassische Geopolitik entstand in diesem Kontext als ökonomische Expansion des neuen Imperialismus und entwickelte sich als Politikform von Territorialstaaten zur Durchsetzung ihrer nationalen Interessen gegenüber anderen Staaten (vgl. Albert et al. 2010, S. 552f.). Dementsprechend geht die klassische Geopolitik von einer objektiv vorgegebenen politischen Realität sowie bestehenden Machtstrukturen aus und ergänzt auf theoretischer Ebene die Betrachtung von geographischen Faktoren und Gegebenheiten, um die Evolution und das Handeln der Staaten zur Formulierung ihrer Außenpolitik zu erklären (vgl. Ó Tuathail und Agnew 1992; Albert et al. 2010; Reuber 2012). Damit wird von Theoretikern der Kritischen Geopolitik betont, dass die klassische Geopolitik reduktionistisch und simplifizierend sei, indem sie die komplexe Realität unterdrückt (vgl. Ó Tuathail und Agnew 1992). Diese geopolitische Sichtweise und deren Grundprämissen werden im folgenden Abschnitt näher erläutert.

2.3 Das geopolitische Denken aus der kritischen Perspektive

Die Ursprünge der Kritischen Geopolitik entstanden aus den kritischen Theorien der Philosophen der Frankfurter Schule und entwickelten sich im Anschluss an postmoderne Theorieansätze (vgl. Albert et al. 2010, S. 562; Devetak 2005a u. 2005b). In einer postmodernen Weise kritisiert die Kritische Geopolitik wissenschaftstheoretische Strömungen der klassischen Geopolitik und stellt ihre Grundaussagen in Frage (vgl. Albert et al. 2010, S. 560f.). Damit plädieren Haupttheoretiker der Kritischen Geopolitik für eine neue Art der Aufklärung, die sich durch die Dekonstruktion der etablierten Wissenschaft mit einem neuen Wissenschaftsverständnis verknüpft (vgl. ebd. S. 555). Die Kritische Geopolitik stellt das klassische Wissenschaftsverständnis der Geopolitik vom Fuß auf den Kopf. Sie geht davon aus, dass sich die Realität der Weltpolitik nicht mehr aus einem naturalistischen, objektiven vorgegebenen Raum erklären lässt (vgl. Reuber 2002, S. 6) und dass der Raum keineswegs für den Menschen eine objektiv vorgegebene Größe ist, in der die politische Wirklichkeit

entfaltet wird (vgl. Nissel 2010, S. 13f.). Sie postulieren, dass der Raum in einer diskursiven Praxis durch sowohl menschliche Handlungen als auch das emanzipatorische Potential der Kommunikation konstituiert wird (vgl. Lippuner und Lossau 2004, S. 57f.; Lossau 2003, S.352, 2000a, 2000b u. 2000c). In diesem Sinne lehnen sie den naturalistischen Raumbegriff und die daraus entstehenden objektivierenden Erkenntnisprozesse ab (vgl. O' Tuathail und Dalby 1998, S. 2ff.). Im Gegensatz zu der klassischen Geopolitik geht die Kritische Geopolitik von der Vorstellung aus, dass die objektive Realität außerhalb und unabhängig vom menschlichen Bewusstsein nicht existiert (vgl. Albert et al. 2010, S. 563). Stattdessen sieht die Kritische Geopolitik die Wirklichkeit vom subjektiven Standpunkt des Betrachters aus. Aus dieser Perspektive besteht die Realität aus Pluralität und Vielfältigkeit, die sich in unterschiedlichen kulturellen, sozialen, politischen Räumen in mannigfaltigen Konstruktionen und Gestaltungsformen konstituieren (vgl. O' Tuathail und Dalby 1994, S. 513 u. 1998 S, 2ff.).

Ausgehend von der Auffassung, dass der Raum aus konstruktivistischer Sicht als eine sozial-kulturelle und politische Konstruktion durch sprachliche Vermittlungen in spezifischen Diskursen konstituiert wird (vgl. Lossau 2003 S. 352ff.), problematisiert die Kritische Geopolitik die klassischen Raumvorstellungen der Weltpolitik, die den Raum als eine objektive vorgegeben Kategorie aufgefasst haben, und stellt die diskursiven Prozesse der politischen Raumkonstruktion in den Mittelpunkt der Geopolitik (vgl. Dalby 1991, S. 273 u. 1998). Die Kritische Geopolitik neigt in Anlehnung an Foucaults Philosophie dazu, dass die Geopolitik aus konstruktivistischer Sicht als diskursiver Prozess definiert wird (vgl. Mattissek und Reuber 2004, S. 228f.), indem die geopolitischen Weltbilder und räumliche Konstruktionen nicht durch den Raum konstituiert werden, sondern als Ergebnisse einer diskursiven Praxis, die durch sowohl die sprachlichen Vermittlungen als auch sozial-kulturellen und politischen Handlungen von Raum, Macht und Wissen entfaltet wird (vgl. Dodds 1994, S. 192f. u. 2005; Dalby und O' Tuathail 1996, S. 67ff.).

Die Entstehung einer kritischen Haltung in der Geopolitik hat ihre Wurzeln in Ereignissen wie Bürgerrechtskämpfen, Protesten gegen den Vietnamkrieg, dem Ende der Kolonialreiche und der Entstehung neuer Staaten und ihren zunehmenden territorialen Rivalitäten zu Beginn der zweiten Hälfte des 20.Jahrhunderts (vgl. O' Tuathail 1996, S. 59, 1998, 1999 u. 2000). Aus den genannten Ereignissen wurde die kritische Theorie in der Geopolitik durch den französischen Geographen Yves Lacoste entwickelt. Lacostes Ansichten sind das Ergebnis seiner Auseinandersetzung mit dem Prozess der Entkolonialisierung Frankreichs und wurden wegen des Krieges gegen die Unabhängigkeit Algerien und der Niederlage in Vietnamkrieg 1965 geprägt. Lacoste stellt die klassische Geopolitik in Frage,

indem er sie als Sprache und eine Form von Macht und Wissen darstelle (vgl. O' Tuathail 1996S. 162f.).

Mit der gleichen Fragestellung wie O' Tuathail beschäftigt sich Siomn Dalby: wie wird ein ideologischer Raum durch Sicherheitsdiskurse geschaffen und wer beherrscht den Raum und wie schließt er andere Diskurse aus? (vgl. Dalby 1990, S. 171ff.) Er stellt ein Theorem dazu auf, wie Macht und Raum im Rahmen der geopolitischen Sicht konzipiert werden. Die Zwei Grundbegriffe Diskurs und *„otherness"* stehen im Mittelpunkt seiner erkenntnistheoretischen Analyse. Er betonte, dass *„otherness"* eine entscheidende Rolle in der Diskursanalyse spielt. Dalby hebt in Anlehnung an Foucault hervor, dass die Differenzen und die Produktion eines Diskurses geopolitisch sind und die Konstruktion von Identität durch Differenz im Raum konstituiert wird (vgl. O' Tuathail 1996 u. 2004). Er konzentriert sich einerseits auf den geopolitischen Sicherheitsdiskurs und andererseits auf das rasante Wachstum der Staatsfunktionen (vgl. Dalby 1991, S.275ff.). Er verweist auf die zentrale Funktion von Außenpolitik und zeigt die Reproduktion der Identität eines Staates in der internationalen Politik und die Herausforderungen dieser Identität auf.

Die Kritische Geopolitik bezieht sich weiterhin auf die wissenschaftliche Arbeit von Agnew und O' Tuathail, die 1992 veröffentlicht wurde. Aus ihrer Sicht handelt es sich bei den geopolitischen Untersuchungen um die Erklärung der internationalen Politik, die durch Großmächte durchgeführt wurde. Sie gehen von den Foucaultschen Grundprämissen aus, dass die Geopolitik als Diskurs eine Form von Macht und Wissen sei, deswegen [*„This led us to the claim that geopolitics should be critically re-conceptualized as discursive practice by which intellectuals of statecraft spatialize international politics in such a way as to represent a world characterized by particular types of places, peoples, and dramas. In our understanding, the study of geopolitics is the study of the spatialization of international politics by core powers and hegemonic states"]* (O' Tuathail 1996, S. 59f.).

Die Kritische Geopolitik thematisiert, dass die Untersuchungen der Geopolitik nicht nur in geographische Kontexte eingebunden werden, sondern auch vor dem sozio-historischen und politischen Hintergrund, in dem die geopolitischen Texte konstituiert werden (vgl. O' Tuathail und Dalby 1998, S. 2ff.). Sie distanzieren sich von den klassisch-geopolitischen Theorien, die den Raum und das Territorium mit ihrer staatenorientierten Perspektive wahrgenommen haben und im Rückgriff auf objektiv-passive Faktoren der geographischen Besonderheiten den Raum, in dem menschliches Handeln stattfindet. Sie heben hervor, dass sich die klassische Geopolitik in den Dienst politischer Zwecke stellte. Im Gegensatz dazu stellen sie einen geopolitischen Diskurs dar, der den sozialen Charakter des politisch-gesellschaftlichen Handels zur Repräsentation des Raumes in den Vordergrund stellt. In der

Folge liegt das Ziel der Kritischen Geopolitik darin, nicht nur die Kritik an dem konzeptionellen Reduktionsmuster der klassischen Geopolitik darzustellen, sondern ein selbstkritisches Denken und eine andere Art des Denkens (vgl. Reuber 2012, S. 164) herbeizuführen und die ideologische Substanz der Rechtfertigung von Weltpolitik herauszuarbeiten.

Die Kritische Geopolitik interpretiert im Foucaultschen Sinne die Geopolitik als Konstruktion um Macht und Raum und setzt sich mit der Frage auseinander, wie Vorstellungen und Ideen über Regionen und Gesellschaften konstituiert werden (vgl. Albert et al. 2010, S. 555). Dabei spielen Sprache, Texte und Kommunikationen eine zentrale Rolle. Die Fragestellungen der Kritischen Geopolitik lauten: wie werden territoriale Ansprüche und die Abgrenzung von Staaten im Raum entworfen und durchgesetzt, wie wird diese ideologische Aufteilung legitimiert, wie wird das dichotomische Raumbild von befreundet-verfeindeten Staaten konstituiert und welche Mechanismen von Ausschließung und Einschließung kommen zur Sprache (vgl. ebd. S.555ff.).

In diesem Zusammenhang zielt die Grundprämisse der Kritischen Geopolitik darauf ab, die geopolitischen Weltbilder und –ordnungen zu dekonstruieren, die durch sprachliche Vermittlungen in einer diskursiven Praxis konstituiert werden (vgl. Albert et al. 2010, S. 551ff.). Aus dieser Perspektive wird jede wissenschaftliche Erkenntnis, die aus einer objektiv gegebenen Realität entsteht, problematisiert und die daraus resultierenden raumpolitischen Strategien und Interessen eines politischen Akteures zum Handeln und Denken in einem wechselseitigen Verhältnis zur politischen Wirklichkeit diskreditiert (vgl. O' Tuathail 1996, S.7 u. 1994, S. 230). Deshalb grenzt sich die Kritische Geopolitik von klassischen Ansätzen der Geopolitik ab und schließt nach ihrem Wissenschaftsverständnis den Raum und seine Entfaltung als objektive vorgegeben Kategorie in der politischen Wirklichkeit aus (vgl. Dalby 1991, S. 274f.; Albert et al. 2010, S. 551). Da sich dieser Ansatz sämtlicher Wissenschaftserkenntnis der politischen Realität im Sinne einer dekonstruktivistischen Analyse entzieht, bleiben ihr Standpunkt und die daraus resultierende theoretische und methodische Grundlage umstritten (vgl. Lossau 2001a, S.58f., 2001b u. 2001c). Darüber hinaus werden die Grundprämissen der Kritischen Geopolitik, bei denen es sich um Aufdeckung raumbezogener Machtdiskurse und Machtverhältnisse handelt, in Nachbarwissenschaften widersprüchlich betrachtet (vgl. O' Tuathail und Agnew 1992, S. 192; Lossau 2002). Einerseits befasste sich die Geopolitik von Anfang an hinsichtlich ihrer wissenschaftstheoretischen Ausgangsposition mit der Analyse der raumbezogenen Machtbeziehungen (vgl. Glasze und Göpfert 2008, S. 28; Lossau 2007; Nissel 2010, S. 15), andererseits problematisiert die Kritische Geopolitik die ontologischen Grundprämissen der

klassischen Geopolitik und zeichnet sich durch einen postmodernen Diskurs aus (vgl. Helmig 2008, S. 60 u. 2007), so dass die Geopolitik aus dieser Sichtweise die geopolitischen Weltbilder bzw. Raumvorstellungen und die dahinstehenden Machtverhältnissen thematisiert (vgl. Albert et al. 2010, S. 562: Lossau 2008).

2.4 Die Annäherung zwischen der klassischen und der Kritischen Geopolitik hin zu einem neuen Konzept struktureller Geopolitik

Jede wissenschaftliche Disziplin hat einige grundlegende Konzepte, die helfen, unsere Erkenntnis über einen Gegenstand zu gewinnen, der alle Objekte dieser Wissenschaft als Knotenpunkt zugrunde liegen. Auf der Basis solcher Konzepte und Perspektiven untersucht Wissenschaft die Welt (vgl. Pickles 1985, S. 15). Die Geopolitik besitzt, wie andere Disziplinen der Sozialwissenschaft, Kenntnis von diesen grundlegenden Konzepten und hat versucht, durch diese Konzepte bestimmte Ereignisse in der internationalen Geopolitik zu erklären (vgl. Hacke 2003a, S. 333f. u. 2003b). In diesem Zusammenhang stehen die Klassische und Kritische Geopolitik im Mittelpunkt der Diskussion. Die klassische und Kritische Geopolitik sind aber in den meisten Punkten unterschiedlich (vgl. Kelly 2006, S. 25f.). Einerseits nimmt der klassische Ansatz eine entscheidende Stellung in Bezug auf das räumliche Denken in globalen Machträumen ein und verdient damit Beachtung als Beitrag zur internationalen Beziehungen und zur Außenpolitik (vgl. Magenheimer 1991, S. 131f.). Andererseits bietet die kritische Sichtweise eine Kritik am klassischen Ansatz. Nach dem klassischen Ansatz wirkt die geographische Lage eines Landes auf seine Außenpolitik. Die klassische Geopolitik bezieht sich in ihrer Ontologie und Erkenntnistheorie auf einen modernistischen Aspekt (vgl. Kelly 2006, S. 32; Helmig 2007, S. 34f.). Im Gegensatz dazu liegt der Kritischen Geopolitik eine postmoderne Sichtweise zugrunde (vgl. Kelly 2006, S. 32f.; Lossau 2001a, S. 62) Die modernistische ontologische Perspektive der klassischen Geopolitik betrachtet die raumpolitische Realität als eine objektive Realität im Draußen, die sich vom Beobachter unterscheidet. Die Kritische Geopolitik geht demgegenüber von einer subjektiv raumpolitischen Wirklichkeit aus (vgl. Kelly 2006, S. 43ff.). Aus diesem Zusammenhang ergibt sich aber auch, dass die politische Wirklichkeit zur Beschreibung und Analyse eine theoretische Perspektive erfordert, die eine erhöhte fachliche Fähigkeit und Plausibilität der wissenschaftstheoretischen und grundlegenden Maximen der Geopolitik in den internationalen Beziehungen und der Außenpolitik ermöglicht (vgl. Oßenbrügge 1993, S. 253). Es stellt sich daher die Frage, inwieweit sich Perspektiven einer klassischen oder einer Kritischen Geopolitik eignen, um weltgeopolitische Strukturen zu beschreiben und Außenpolitik von Staaten zu analysieren, und welche Anhaltspunkte sich daraus für einen

neuen geopolitischen Ansatz ergeben. Deshalb wird hier eine strukturelle Geopolitik thematisiert und dadurch die Fragen nach Macht, Raum und Politik in außenpolitischem Handeln von Staaten konzipiert. Für diese Ziele werden beide Ansätze als ein möglicher Schritt zur Erhöhung der fachlichen Fähigkeit der wissenschaftstheoretischen Grundkenntnisse der Geopolitik in der Außenpolitik berücksichtigt. In diesem Sinne entsteht die politische Wirklichkeit aus einer Kombination von objektiven und subjektiven Dimensionen. Deshalb können sich beide Ansätze in ihren wissenschaftstheoretischen und –methodischen Grundlagen gegenseitig ergänzen. Vor diesem Hintergrund beabsichtigt die vorliegende Studie, im Hinblick auf raumrelevante Faktoren die deutsche Außenpolitik zu untersuchen und deren geopolitische Codierungen in Bezug auf ihre raumpolitischen Beziehungsstrukturen zu thematisieren. Daher wird in dieser Studie eine neue strukturelle Geopolitik nach einem realistischen Muster in Anlehnung an den strukturellen Realismus von Kenneth Waltz in den internationalen Beziehungen und an das erwähnte Konzept des Geopolitischen Codes von Peter Taylor und Colin Flint herausgearbeitet. Vor diesem Hintergrund wird im Rahmen des strukturell-geopolitischen Ansatzes die deutsche Außenpolitik untersucht.

2.5 Geopolitische Codierung aus der Perspektive eines strukturellen Ansatzes

> *„Wäre alles zur selben Zeit, gäbe es keine Entwicklung. Befände sich alles am gleichen Ort, könnte es keine Eigenart geben. Erst der Raum macht das besondere möglich, das sich in der Zeit denn entfaltet. Nur weil wir nicht allem gleich nah sind, weil nicht alles zumal auf uns einstürmt, weil unsere Welt – für jeden Einzelnen, für sein Volk und für die Menschheit als Ganzes – eine beschränkt ist, können wir in unserer Endlichkeit überhaupt bestehen. Der Raum schafft und schützt uns in dieser Begrenztheit. Eigentümlichkeit ist der Preis für unsere Existenz"* (Lösch 1962, S. 364).

Dieser Studie liegt eine Denkweise struktureller Geopolitik als Erklärungsansatz zugrunde. Die strukturelle Geopolitik entwickelt sich in dieser Studie einerseits in Anlehnung an Theorie von Peter Taylor und Colin Flint, andererseits fokussiert sich auf von Kenneth Waltz entwickelte Theorie des strukturellen Realismus. Die vorliegende Studie bezieht sich deshalb für das theoretisch-methodische Verständnis der Untersuchung bei der Analyse der deutschen Außenpolitik grundlegend auf das von Peter J. Taylor und Colin Flint entwickelte Konzept der geopolitischen Codes.

Das Konzept des geopolitischen Codes wurde zum ersten Mal von John Lewis Gaddis (1982) in seiner Analyse über die Sicherheits- und Strategiepolitik der Vereinigten Staaten eingeführt. Er vertritt aus einer geopolitischen Perspektive die These, dass die geopolitischen Codes eine entscheidende Rolle bei der Formulierung von Außenpolitik eines Staates spielen. Er definiert die geopolitischen Codes folgendermaßen: *„* […] *I would suggest that there exist for presidential administrations certain "strategic" or "geopolitical" codes, assumptions about American interests in the world, potential threats to them, and feasible responses, that tend to be formed either before or just after an administration takes office, and barring very unusual circumstances tend not to change much thereafter"* (Gaddis 1982, S. ix).

In diesem Sinne bilden Geopolitische Codierungen eine Basis für das Verständnis der Weltpolitik. Sie verweisen auf die geopolitische Lage eines Staates, in der sein politischer Raum und die daraus resultierende Interessenstruktur zu erkennen sind (vgl. Rae 2007, S. 20). An diesen geopolitischen Maximen orientiert ein Staat sein Handeln in seinen räumlichen Beziehungsstrukturen. Mit anderen Worten werden außenpolitische Strategien eines Staates auf der Grundlage der geopolitischen Codes entwickelt, die raumbezogen abhängig von Annahmen über seine Interessen und potenziellen Bedrohungen und zeitlich von Regierungen eines Staates und ihrer wahrgenommenen politischen Umwelt sind (vgl. Gaddis 1982, S. viii; Taylor 1993a, S. 36).

Für Gaddis sind die geopolitischen Codes eines Staates nicht ein feststehendes und unveränderliches Konzept, sondern ändern sie sich und werden durch Regierungen geprägt (vgl. Gaddis 1982, S. ix). Sie sind abhängig von der Struktur der Staatenwelt bzw. der internationalen Beziehungen, von geopolitischen Ordnungsstrukturen, von den dominanten geopolitischen Diskursen in politischen Raumstrukturen und von der innenpolitischen Lage eines Staates sowie von Leitbildern und historischen Erfahrungen eines Landes (vgl. Dijink 1996, S.11f.).

In Anlehnung an Gaddis beschreibt Gertjan Dijkink die geopolitischen Codes als *„ a map with countries painted in different colours according to their degree of hostility/friendship"* (Dijkink 1998, S. 293). Im Rückgriff auf das Konzept der geopolitischen Codes von Gaddis entwicklte Dijkink den Begriff *„geopolitical visions"*. Aus einer diskurstheoretischen Perspektive definiert Dijkink geopolitische Visionen eines Staates folgendermaßen: *„ any idea concerning the relation between one's own and other places, involving feelings of (in)security or (dis)advantage (and/or) invoking ideas about a collective mission or foreign policy strategy"* (Dijkink 1996, S. 12).

Von einem vergleichbaren Verständnis gehen Peter J. Tylor und Colin Flint von bei ihrem Ansatz von den geopolitischen Codes aus. Für Taylor und Flint sind geopolitische Codes *„*[…] *the set of strategic assumptions that a government makes about other states in forming its foreign policy* […] *Such operational codes involve evaluation of places beyond the state's boundaries in terms of their strategic importance and as potential threats. Geopolitical codes are not just state-centric; they also involve a particular single state's view of the world. They are by definition, therefore, highly biased pictures of the world"* (Taylor und Flint 2000, S. 91). Von diesem Standpunkt aus beschreibt Flint die geopolitischen Codes folgendermaßen: *„The manner in which a country orientates itself toward the World is called a geopolitical code"* (Flint 2011, S. 55).

Ausgehend von theoretisch-wissenschaftlicher Grundlage beschäftigen Tylor und Flint sich mit der Geopolitik als Macht- und Gleichgewichtspolitik in der Weltordnung (vgl. Flint et al. 2009, S. 604f.). Um außenpolitische Strategien von Staaten im internationalen System zu untersuchen, verwenden sie bei der Thematisierung ihres geopolitischen Denkens ein geeignetes analytisches Konzept der geopolitischen Codes, das sich auf nationale Interessen eines Landes mit der Hinwendung zu seinen geographischen Bindungen beziehen (vgl. Taylor und Flint 2000, S. 45). Geopolitische Codierungen sind aus ihrer Sicht raumpolitische Orientierungen eines Landes, die der Außenpolitik zugrunde liegen. Vor diesem Hintergrund ist die Analyse der geopolitischen Codes eine Methode, auf der politische Akteure ihre außenpolitischen Strategien und Interessen in der regionalen und globalen Politik auf

theoretischer Grundlage formulieren können (vgl. Taylor 1993a, S. 36). Ausgehend vom geopolitischen Denken als Machtpolitik entwickelten Taylor und Flint in Bezug auf außenpolitische Entscheidungsprozesse ihren geopolitischen Ansatz, der sich aus struktureller Sicht mit Weltordnungspolitik und Machtrivalitäten im internationalen System befasst (vgl. Flint 2006, S. 43f.).

Mit der Hinwendung zur geopolitischen Codierung nutzen Taylor und Flint bei der Analyse der internationalen Politik eine strukturorientierte Sichtweise (vgl. Flint und Taylor 2007, S. 46). Sie gehen davon aus, dass die zwangsläufige Struktur der internationalen Politik aus der Interaktion von Akteuren erzeugt wird und die Handlungen der Akteure in dieser Struktur eingebettet und eingeschränkt sind (vgl. Flint 2011, S. 51; Taylor 1993a, S. 38 u. 1993b). Ausgehend von dieser politisch-geographischen Annahme thematisieren sie die geopolitischen Codes eines Staates, auf deren Grundlage seine Außenpolitik entwickelt wird (vgl. Taylor und Flint 2000, S.59). Unter diesem Gesichtspunkt stehen hinter außenpolitischen Entscheidungen und Strategien eines Staates seine geopolitischen Codierungen (vgl. ebd. S. 63). Damit wird die geographische Dimension der geopolitischen Codes in der Außenpolitik hervorgehoben. Einerseits spricht Taylor von einer Interessenstruktur, die sich aus der Perspektive der geopolitischen Codes wie folgt darstelle: *„*[A] *national interest is defined and other states are evaluated in terms of whether they are real or potential aids or obstacles to that interest"* (Taylor, 1993a, S. 36). Andererseits berücksichtigt Taylor den geographischen Maßstab, in dem die geopolitischen Codes definiert und erkannt werden. Im Hinblick auf die geopolitischen Codierungen bezieht sich der geographische Maßstab auf Macht- und Kompetenzverteilung eines Staates als Weltmacht, Großmacht oder Regionalmacht (vgl. Flint und Taylor 2007, S. 45). Taylor geht von einem global geopolitischen Modell aus, in dem die geopolitischen Codes von Staaten aus drei unterschiedlichen Ebenen gebildet werden und ihre Operationalisierung durch *„a set of Political geography assumptions"* ausgezeichnet werden (vgl. Taylor und Flint 2000, S. 91).

Dazu gehören erstens die lokalen Codes eines Staates, die für alle Länder definiert sind und zwischen Freund und Feind unterscheidet. Zweitens sind die Regionalcodes für Regionalmächte, die *„their national interests beyond the narrow confines of their borders"* (Taylor, 1993a, S. 37) definieren. Die dritte Ebene bezieht sich auf Weltmächte, deren geopolitischen Codierungen von globalem Maßstab sind und als globale geopolitischen Codes bezeichnet werden. In dieser Hinsicht sind einige Weltmächte, die in der Lage sind ihre Interessenstruktur weltweit zu definieren und auf potenzielle Bedrohungen gegen ihre Interessen mit strategisch- militärischen Lösungen zu reagieren (vgl. Taylor und Flint 2000, S. 91f.). Die Weltmacht, die die Führungsrolle übernimmt, sollte in der Lage sein, die globale

Ordnung, Sicherheit und Stabilität in der Welt zu gewährleisten und auf Herausforderungen bzw. Gefahrenpotenziale angemessen und mit strategischen Lösungen zu reagieren. Dies erklärt Taylor wie folgt: *„any attempt by another country to create a global geopolitical code is interpreted as a challenge to the world leader"* (Taylor und Flint, 2000, S. 59). Ein weiterer wichtiger Punkt aus der Sicht von Taylor besteht darin, dass diese unterschiedlichen Ebenen von geopolitischen Codes miteinander verbunden sind. Mit Blick auf diese Verbundenheit von geopolitischen Ebenen betrachtet Taylor sie als eine hierarchische Struktur von geopolitischen Codes, die sich für ihn wie folgt darstellt: *„the local codes of small states have to fit into the regional codes of medium states which in turn should fit into overarching global codes of world powers"* (Taylor, 1993a, S. 38). Er weist auf einen starken Zusammenhang zwischen geopolitischen Codes und der geopolitischen Weltordnung hin. Er vertritt ausdrücklich die These in seiner Arbeit *„Geopolitical World Orders"*, dass die geopolitischen Codes die Bausteine der geopolitischen Weltordnung sind (vgl. Taylor und Flint 2000, S. 91ff.).

Im Unterschied zum von Gaddis entwickelten geopolitischen Ansatz, dass die geopolitischen Codes nicht ein feststehendes Konzept sind und sich durch die Regierungen ändern (vgl. Gaddis 1982), treten Taylor und Flint mit der folgenden Grundthese auf: Obwohl die geopolitischen Codes in der Regel von bestimmten Regierungen geprägt werden und änderbar sind, ändern sie sich aber nicht so schnell und tragen grundsätzlich einen relativ konstanten Charakter (vgl. Taylor und Flint 2000, S. 91ff.). Mit Verweis auf die geopolitische Weltordnung bzw. Ordnungsstrukturen gehen sie davon aus, dass die Veränderung von geopolitischen Codes eines Staates allmählich und innerhalb der Einschränkungen einer langen historischen Periode, die geopolitische Weltordnung genannt wird, erfolgt (vgl. Flint 2011, S. 40ff.).

Im Gegensatz zu Politikwissenschaftlern, die unter dem Begriff Geopolitik eine Analyse politisch-wirtschaftlicher Phänomene verstehen (vgl. Weber 1992, S. 32), die sich auf geographische Kausalfaktoren konzentriert und auf gewaltträchtige Machtpolitik und militär-geostrategische Interessen ausrichtet (vgl. Scholvin 2014, S. 1f.), entwickeln Taylor und Flint ihren geopolitischen Ansatz in Anlehnung an die klassischen und kritischen Ansätze innerhalb der Geopolitik. Sie bezeichnen die Geopolitik als eine Metatheorie und eine alternative Erklärungsperspektive, die sich in der ontologischen Auseinandersetzung an Ansätzen der klassischen und Kritischen Geopolitik orientiert (vgl. Taylor 1993a, S. 37f.). Darüber hinaus gehen sie davon aus, dass das wichtigste Charakteristikum der Theoriebildung in der Geopolitik ist, dass diese in einem engen Wechselverhältnis mit ihrer benachbarten Disziplin, der IB, steht. Dabei sehen Taylor und Flint in Anlehnung an Konzepte und

Perspektiven der Ansätze der internationalen Beziehungen einen Erkenntnisgewinn für die Geopolitik. Obwohl die beiden Disziplinen das gleiche Erkenntnisobjekt untersuchen, wird die IB auf Grund ihrer *„Raumvergessenheit“* (Werlen 2000, S. 13) von Geopolitikern herausgefordert. Aus ihrer Sicht wird die geopolitische Weltstruktur im internationalen System als Grundlage für das Handeln von Akteuren angesehen (vgl. Taylor und Flint 2000, S. 59). In diesem Kontext gehen Taylor und Flint von Grundannahmen eines neorealistischen Ansatzes aus. In Anlehnung an die von Kenneth Waltz entwickelte Theorie des strukturellen Realismus nehmen sie eine Grundprämisse seiner Theorie, Kompetenzverteilung (*„distributions auf capabilities“),* zur Analyse der Außenpolitik von Staaten an. Gemäß dieser Sicht gilt die internationale Politik unter der Bedingung der Anarchie und ergibt sich aus der Machtverteilung von geopolitischen Akteuren im internationalen System. Charakteristisch für die Grundstruktur des internationalen Systems ist das Prinzip der Anarchie (vgl. Wendt 1992, S. 395). Im Gegensatz zum innerstaatlichen System, das auf der Grundlage hierarchischer Machtstrukturen aufgebaut ist (vgl. Menzel 2004, S. 125ff.), existieren in der anarchischen Struktur des internationalen Systems keine übergeordnete Regelungsinstanz und kein Gewaltmonopol, die über Akteure des Systems Druck ausüben und sie in Bezug auf die Einhaltung von Verträgen und die Einhaltung ihrer Versprechen kontrollieren können (vgl. Waltz 1979, S. 113f.; Jäger und Beckmann 2011, S. 22). Die anarchische Ordnung, in der die Staaten auf Selbsthilfe angewiesen sind (vgl. Waltz 1979, S. 107), um einerseits ihre existenzielle Sicherheit zu gewährleisten und andererseits ihre außenpolitischen Ziele und Interessen verfolgen zu können, ist inhärent kompetitiv. Deshalb streben sie nach Machtmaximierung (vgl. Waltz 1979, S. 232, 1990a u. 1990b). Aus der Perspektive der Geographie sind die Staaten unterschiedlich unter sozial-kulturellen, wirtschaftlichen, technologischen und historischen Aspekten und ungleich nach ihrer Kompetenzverteilung in der geopolitischen Weltordnung (vgl. Waltz 1979, S. 99 u. 1993). Damit haben Staaten unterschiedliche Identitäten, besitzen verschiedene Möglichkeiten und betreiben ungleichartige Außenpolitik (vgl. Menzel 2005, S. 65ff. u. 2010). Die ökonomische Rentabilität und die freie Marktwirtschaft sind Knotenpunkte in der neuen anarchischen Ordnung. Nach dieser Logik schätzen Akteure die Lage des internationalen Systems und gestalten ihre Außenpolitik (vgl. Gilpin 1981, S. 10ff., 1988, S. 592f. u. 1987). Wenn die beteiligten Staaten sich nicht an die Logik der Anarchie anpassen, bringen sie sich in Schwierigkeiten. Staaten, die sich an der bestehenden anarchischen Ordnung orientieren, haben einen hohen Zielerreichungsgrad bei der Verfolgung ihrer außenpolitischen Ziele und nationalen Interessen (vgl. Taylor und Flint 2000, S. 59).

In diesem Kontext bestimmt die Kompetenzverteilung die Machtressourcen im internationalen System und die Form der Struktur der internationalen Politik. Die Staaten unterscheiden sich durch ihre Fähigkeiten und Machtmittel in der Struktur des internationalen Systems. Ausgehend von dieser Grundprämisse bestimmen die Machtressourcen eines Staates dessen Fähigkeiten in Konkurrenz zu anderen Staaten in der internationalen Politik, um seine außenpolitischen Interessen durchzusetzen und seine weltpolitischen Ziele zu erreichen (vgl. Waltz 1979, S. 99). Dieser strukturell-geopolitische Ansatz hebt hervor, dass sich die Anarchie aus der Verteilung der Macht einerseits und der Bedingung der einzelnen dominanten, gemeinsam geteilten Vorstellungen andererseits ergibt. Vor diesem Hintergrund ist die Kompetenzverteilung von Machtressourcen zwischen verschiedenen geopolitischen Akteuren innerhalb des internationalen Systems eines der wichtigsten Merkmale der geopolitischen Weltordnung (vgl. Waltz 1990b, S. 29). Darum müssen die jeweiligen außenpolitischen Akteure bei der Verfolgung ihrer Interessen und Ziel auf dem Feld der internationalen Politik ihre Kompetenzverteilung möglichst genau analysieren, um handlungsfähig und erfolgsreich zu sein (vgl. Waltz 1979, S. 195 u. 1990b, S. 29; Menzel 2004, S. 28ff. u. 2001).

Die Kompetenzverteilung bezieht sich auf Machtressourcen, die in der geopolitischen Weltordnung angesiedelt sind. Die Staaten, die einen erheblichen Anteil an Machtressourcen haben, sind die Pole des internationalen Systems (vgl. Waltz 1979, S. 98). Die Kompetenzverteilung eines Staates ist entscheidend für Bestimmung seiner Machtposition und Durchsetzung seiner eigenen Ziele und Interessen im internationalen System (vgl. Waltz 1979, S. 95ff.; Gilpin 1981, S. 19). Mit anderen Worten ergibt sich die Machtposition eines Staates aus seiner eigenen Kompetenzverteilung und bestimmt seinen Charakter im internationalen System (vgl. Waltz 1979, S. 80). Die Verteilung der Macht, die ein außenpolitischer Akteur auf der Basis seiner Machtressourcen zu den Machtressourcen anderer Staaten wahrnimmt, spielt in zwischenstaatlichen Beziehungen eine wichtige Rolle, wenn ein politischer Akteur gegenüber anderen Akteuren im internationalen System handelt (vgl. ebd. S. 118). Die Fähigkeit eines Akteures, seine geopolitische Agenda festzulegen und seine Außenpolitik optimal zu betreiben, hängt wesentlich von der Wahrnehmung seiner eigenen Kompetenzverteilung und der globalen geopolitischen Weltordnung ab (vgl. Waltz 1979, S. 97ff.; Flint und Taylor 2007, S. 46). Ein hoher Anteil an Machtressourcen führt einen Staat zur Schaffung von Unionen und Bündnissen, in denen der Akteure auch die Führungsrolle wie Deutschland in der Europäische Union oder die USA bei der NATO und der Vereinigten Nationen übernimmt (vgl. Roos 2010. S, 35ff.). Im Gegensatz dazu wird ein

Akteur wegen seines geringeren Anteils an Machtressourcen in der internationalen Politik isoliert.

Zusammenfassend lässt sich für dieses Kapitel festhalten, dass sich das geopolitische Denken historisch in verschiedenen Formen durch den Einfluss des Raumes auf die Gestaltung der Außenpolitik entwickelt hat. Es wurde auf den analytischen Mehrwert der Geopolitik zur Analyse sowohl der internationalen Beziehungen als auch der Formulierung außenpolitischer Handlungslinien im Hinblick auf Einfluss des Raumes auf die Politik hingewiesen. Es lässt sich also sagen, dass die Geopolitik immer noch in der Lage ist, als ein alternativer Ansatz den Anspruch erheben zu können, die politischen Ereignisse, die sich in Räumen entwickeln und in unterschiedlichen Zeiten verlagern, durch wissenschaftstheoretische und methodische Grundlagen in den Griff zu bekommen und der politischen Gesellschaft wissenschaftlich eine raumbezogene Analyse sowie Erklärung zu liefern. In diesem Sinne wurde der handlungsanleitende Charakter der Geopolitik zur Analyse der politischen Wirklichkeit für die Außenpolitik thematisiert.

Im Grunde genommen ist es für die meisten Staaten eine ziemlich unkomplizierte Frage, ihre geopolitischen Codierungen im internationalen System zu definieren und ihre Werte in nationalen Interessen umzuformulieren, da sie den Grund für die Existenz eines Landes repräsentieren. Aber was macht es Deutschland schwer, seine geopolitischen Codierungen sowohl im In- als auch im Ausland zu identifizieren und dafür eine Grand Strategy zu entwickeln. Inwiefern die innerstaatliche Dimension die Entwicklung der geopolitischen Codierungen bzw. eine geopolitische Strategieentwicklung in der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung beeinflusst hat, wird im folgenden Kapitel behandelt.

3 Geopolitische Codierungen der deutschen Außenpolitik in gouvernementaler Dimension

In diesem Kapitel werden die innerstaatlichen Akteure bzw. die gouvernementale Dimension, die sich als Bestimmungsfaktoren auf die deutsche Außenpolitik auswirken, thematisiert. Im Folgenden werden die legimitierten Akutere untersucht, die außenpolitische Entscheidungen treffen und die Richtlinien der deutschen Außenpolitik bestimmen. Um die divergierenden Meinungen über die innerstaatlichen Machtverhältnisse, die sich in den antagonistischen Diskursen artikulieren, einzuordnen, erfolgt zunächst eine analytische Auseinandersetzung mit dem Aufbau des deutschen Gemeinwesens sowie seinen Strukturen in der Bundesrepublik Deutschland, damit wird deutlich, welche verfassungsmäßigen Möglichkeiten einer deutschen Bundesregierung zur Verfügung stehen, um ihre Außenpolitik zu betreiben.

3.1 Das Grundgesetz und die geopolitische Codierung in der deutschen Außenpolitik

Das Staatswesen der Bundesrepublik Deutschland ist als *„ein Bundesstaat“* organisiert (vgl. Art. 20 Abs.1 GG.). Die Grundlage dieser bundesstaatlichen Ordnung ergab sich nach dem Zweiten Weltkrieg aus einem parlamentarischen Rat in Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten (vgl. Laufer und Münch 1998, S. 13f.). Das Staatwesen der Bundesrepublik Deutschland nach Art. 20 Abst. 2 GG ist festgelegt, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht (vgl. Art. 20 Abs.2 GG.). Das Grundgesetz ist die rechtmäßige Grundlage für die Gestaltung der deutschen Außenpolitik (vgl. Wolfrum 2007, S. 157) und bestimmt die Regeln und die Voraussetzungen, welche Staatsorgane für die auswärtigen Beziehungen zuständig sind und welche innerstaatlichen Akteure außenpolitische Zielsetzungen formulieren und Entscheidungen in internationalen Beziehungen treffen sollen (vgl. ebd. S. 158). So kennt das Grundgesetz die Gewaltenteilung, die sich auf verschiedene Staatsorgane – Exekutive, Legislative und Judikative – verteilt (vgl. Hellmann et al. 2014, S. 43f.). Im parlamentarisch-demokratischen System der Bundesrepublik Deutschland spielt das deutsche Parlament, das vom Volk gewählt wird, eine zentrale Rolle. Im Gegensatz zu anderen parlamentarischen Demokratien wird der Bundeskanzler laut Art. 63 Abs. 1 GG direkt vom Parlament gewählt (vgl. Art. 63 Abs. 1 GG.). Deswegen ist der Bundeskanzler bzw. seine Regierung von der Parlamentsmehrheit abhängig (vgl. Ismayr 2007, S. 175). Die Oppositionsfraktion ist im Parlament dazu verpflichtet, die Regierung und ihre Mehrheitsfraktion kontrollieren, kritisieren und der Regierung politischen Alternativen anbieten (vgl. ebd.). Die Willensbildung des Bundestages ist durch die politischen Parteien

geprägt, die innerhalb eines Mehrparteiensystems konkurrieren, um die politischen Entscheidungspositionen zu besetzen und zur politischen Willensbildung beizutragen. In diesem Zusammenhang spielt das deutsche Parlament eine wichtige Rolle in der deutschen Außenpolitik (vgl. ebd. S. 175f.).

3.1.1 Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern

Da die Bundesrepublik Deutschland ein Bundesstaat ist, ist die Bundesrepublik auf zwei Ebenen nämlich dem Bund und den Ländern organisiert. Obwohl der Einfluss auf die Gestaltung der Politik im föderalen System der Bundesrepublik zwischen Bund und Ländern nach Art.30 GG zugunsten der Länder gewichtet ist (vgl. Hellmann 2006b, S. 43), ist die Kompetenzverteilung im außenpolitischen Bereich eindeutig nach Art. 32 Abs.1 GG festgelegt worden: *„die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten ist Sache des Bundes“* (Art. 32 Abs.1 GG.). Auf einer Seite legt das Grundgesetz nach Art.73. Abs.1, 2 GG fest, dass der Bund die *„ausschließliche Gesetzgebung über die auswärtigen Angelegenheiten sowie die Verteidigung“* hat (Art. 73. Abs.1, 2 GG.). Auf der anderen Seite erteilt das Grundgesetz den Ländern ein Anhörungsrecht, dass *„vor dem Abschluss eines Vertrages, der die besonderen Verhältnisse eines Landes berührt,* […] *das Land rechtzeitig zu hören“* ist (Art. 32 Abs. 2 GG.). Darüber hinaus können die Länder nach diesem Artikel *„mit Zustimmung der Bundesregierung mit auswärtigen Staaten Verträge abschließen“* (Art. 32 Abs. 3 GG.).

Aufgrund der zunehmenden Verflechtung der deutschen Außenpolitik innerhalb der EU haben sich die außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten der Länder gemäß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nach Art. 70 Abs. 1 GG erweitert. Das Grundgesetz erweiterte die Mitwirkungsrechte der Länder in EU-Angelegenheiten nach Art. 23 GG, damit die Bundesregierung laut Art. 23 Abs. 2 GG ist verpflichtet dazu, *„in allen EU-Angelegenheiten den Bundestag und den Bundesrat umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu unterrichten“* (Art. 23 Abs. 2 GG.). Das Grundgesetz verstärkt die Mitwirkungsrechte der Länder in Fällen, in denen die, *„Interessen der Länder berührt sind“* (Art.23 Abs. 5 GG.). Ein anderes Mitwirkungsrecht der Länder wurde nach Art. 24 Abs. 1 GG berücksichtigt und legt fest, dass der Bund *„durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatlichen Einrichtungen übertragen“* kann (Art. 24 Abs. 1 GG). Alle genannten Regeln und Rechte zugunsten der Länder verweisen auf eine Kompetenzeinschränkung der Bundesregierung im Bereich von außenpolitischen Aktivitäten. Die Verschiebung der Kompetenzzuweisung zwischen dem Bund und den Ländern ist umstritten und löste heftig kontroverse Auseinandersetzungen bei der deutschen Außenpolitik in EU-Angelegenheiten zwischen der Bundesregierung und den

Landesregierungen aus. Obwohl durch die Neuregelung und Ergänzung die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern festgelegt worden ist, fehlen aber explizite Regelungen für die Gestaltung der deutschen Außenpolitik innerhalb der EU.

3.1.2 Kompetenzverteilung zwischen Exekutive und Legislative

Obwohl der Bundespräsident oberster Repräsentant der Bundesrepublik ist, besitzt er keine formale Macht. Folgende Aufgaben im außenpolitischen Bereich gehören zum Amt des Bundespräsidenten: Er *„vertritt den Bund völkerrechtlich“*, *„schließt im Namen des Bundes die Verträge mit auswärtigen Staaten“* und *„beglaubigt und empfängt die Gesandten“* (Art. 59 Abs. 1 GG.). Der Bundespräsident wird von der Bundesregierung über die Außenpolitik informiert. Da nach Art. 58 GG festgelegt worden ist, dass alle präsidialen Anordnungen die Gegenzeichnung des Bundeskanzlers oder zuständigen Bundesministers benötigen, kann man davon ausgehen: dass seine Aktivitäten in der Regel im außenpolitischen Gebiet eingeschränkt sind und ohne Auswirkung auf die Regierungsentscheidungen bleiben (vgl. Jochum 2007, S. 1699).

Der Bundeskanzler ist zentraler Akteur der deutschen Außenpolitik. Dabei bestimmt er *„die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung“* (Art. 65. Abs. 1 GG.). Für die deutsche Außenpolitik spielt der Bundeskanzler eine Führungsrolle. Er formuliert die Zielsetzungen und Strategien der deutschen Außenpolitik. Das Kanzlerprinzip und seine Führungsrolle in der Außenpolitik werden durch die Koordinationsfunktionen des Ressortprinzips, Kabinettsprinzips, sowie Koalitionsprinzips eingeschränkt (vgl. Korte 2007, S. 204). In diesem Zusammenhang kommt dem Bundesaußenminister und dem Bundesverteidigungsminister aufgrund ihrer hervorgehobenen Position, die im Grundgesetz nach Art. 65 Abs. 1 GG, Art.65a Abs. 1 GG festgelegt worden ist, in den außenpolitischen Entscheidungsprozessen eine wesentliche Rolle zu. Nach Art. 65. Abs. 1 GG *„leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung“* (Art. 65. Abs. 1 GG.).

In diesem Zusammenhang steht dem Bundesaußenminister in der Geschichte der Bundesrepublik das Feld der Außenpolitik zu seiner eigenen Profilierung zu Verfügung. Aufgrund der Stellung gegenüber dem Außenminister war es nicht immer leicht für den Bundeskanzler, seinen Außenminister zurückzudrängen, deswegen interessierten sich viele Bundeskanzler für einen unerfahrenen Außenminister an ihrer Seite, damit sie selbst deutlich und stärker außenpolitische Akzente setzen können (vgl. Hellmann et al. 2006b, S. 47). In kritischen außenpolitischen Entscheidungssituationen kann es aber auch zu offenen

Konflikten zwischen Kanzler und Außenminister kommen. Zum Beispiel kann man auf den so genannten *„Zehn-Punkte-Plan“* der Regierung Kohl im November 1989, die Entsendung der Bundeswehr nach Afghanistan 2001, oder die Sanktionen gegen Russland in der Ukraine-Krise 2014 verweisen.

Darüber hinaus hängt auch das Kanzlerprinzip in der deutschen Außenpolitik vom Kabinettsprinzip ab, das sich neben dem Ressortprinzip auf die außenpolitischen Entscheidungen des Bundeskanzlers auswirkt (vgl. Hellmann et al. 2006b, S. 46; Korte 2007, S. 207). In der Regel besteht das Bundeskabinett aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern. Dabei legt der Chef des Kanzleramtes außenpolitische Angelegenheiten zur Beratung und Beschlussfassung bei der Kabinettsitzung vor, die durch eine Mehrheit abgeschlossen werden.

Obwohl der Bundeskanzler im außenpolitischen Bereich eine zentrale Rolle einnimmt und eine starke Stellung hat, wird seine Machtstellung durch das Kabinetts- und das Ressortprinzip eingeschränkt, da diese Gegengewichte gegen die Machtstellung des Bundeskanzlers bilden. Zwar hat der Bundeskanzler Vorrangstellung in der deutschen Außenpolitik, aber der Bundesaußenminister übernimmt die Zuständigkeit für die deutschen auswärtigen Beziehungen. Einen Blick auf die Entwicklung der Bundesregierungsperioden zeigt, dass das Außenministerium häufig vom kleineren Koalitionspartner übernommen wird, damit werden die Handlungsspielräume des Bundeskanzlers reduziert und gegenüberliegenden Positionen zwischen Kanzler und Außenminister können über außenpolitische Streitpunkte zu Konflikten und Abweichungen führen (vgl. Hellmann et al. 2014, S.48f.). Obwohl die Grundlage jeder Koalition im Koalitionsvertrag festgelegt wird und Koalitionsparteien sich auf die außenpolitischen Grundzüge einigen sollen, werden aber im Laufe der Legislaturperioden solche politischen Vereinbarungen aufgegeben, da sich die Weltpolitik stets verändert und in deren Folge neue Herausforderungen für die Gestaltung der deutschen Außenpolitik auftauchen, auf die sich die Koalitionsparteien nicht einigen können. Diese Abweichungen im Spannungsverhältnis zwischen Koalitionsparteien führen zu einem Zielkonflikt und beschränken den Charakter der deutschen Außenpolitik bzw. ihre Handlungsmöglichkeiten (vgl. ebd.).

Ausgehend von der verfassungsmäßigen Grundlage des Bundesverfassungsgerichtes, dass die Bundesregierung bei der Gestaltung der außenpolitischen Beziehungen eine Vorrangstellung einnimmt, und laut BVerfGE 68, 1 die Pflege die auswärtigen Angelegenheiten zur Aufgabe der Bundesregierung gehört, lässt sich die Frage stellen, welche Rolle das deutsche Parlament in der deutschen Außenpolitik spielt. Das deutsche Parlament

besteht aus Bundestag und Bundesrat, die in außenpolitischen Fragen eine untergeordnete und eingeschränkte bzw. indirekte Rolle spielen (vgl. Hellmann et al. 2006b, S. 53). Im Grundgesetz sind verschiedene Formen für die Kontrolle der Bundesregierung und Mitwirkungsrechte des Parlaments bei der Gestaltung der deutschen Außenpolitik festgelegt worden. Darüber hinaus ist zu beachten, dass der Bundestag seine Mitwirkungsrechte und parlamentarisch-politische Kontrolle direkt durch die Ratifikationen und den Beschluss jährliche Haushaltgesetz durchsetzen kann, sich aktiver an außenpolitischen Entscheidungen, die sich aus Bundeshauhalt ergeben, beteiligt, und einige außenpolitische Entscheidungen der Bundesregierung blockieren kann (vgl. ebd.).

In diesem Zusammenhang änderte sich der klassische Dualismus zwischen Parlament und der Bundesregierung in einen *„neuen Dualismus“* zwischen Regierung und sowohl der Mehrheitsfraktion als auch der Oppositionsfraktion im Bundestag (vgl. Ismayr 2007, S. 175). Die Legislative hat grundsätzlich ein Mitwirkungsrecht bei der Gestaltung der deutschen Außenpolitik, was im Grundgesetz festgeschrieben ist. Bei der Entwicklung und Integration der Europäischen Union (Art. 23 Abs. 1 GG.), bei der Übertragung von Hoheitsrechten an internationale Organisationen (Art. 24. Abs. 1 GG.), und beim Abschluss von völkerrechtlichen Verträgen (Art. 59 Abs. 2 GG.). Darüber hinaus hat das Grundgesetz die Zuständigkeit der Bundesregierung eingeschränkt, damit eine konkrete, aber umstrittene Mitwirkung der Legislative bei der Durchführung von Auslandeinsätzen vorgesehen. Gemäß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994 muss der Bundestagneben völkerrechtlichen Verträgen auch den von der Bundesregierung beschlossenen Auslandseinsätzen der Bundeswehr zustimmen. Hinzu kommt die Feststellung des Verteidigungsfalles (Art. 115a GG) und den Abschluss von Friedensverträgen (Art. 115-1 Abs. 3 GG).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass, obwohl das Grundgesetz explizite Regeln über die deutsche Außenpolitik der Bundesregierung erteilt, es aber zu keiner abschließenden und einheitlichen Regelung zur Kompetenzverteilung kam, was schon zu Konflikten zwischen Bund und Ländern, Bundesregierung und Bundestag sowie Koalitionsparteien in der Regierung geführt haben. Solche Konflikte über auswärtige Beziehungen im Grundgesetz es könnten aufgrund des Fehlens einer ausdrücklichen Abgrenzung der Kompetenzverteilung zwischen Bundestag und Bundesregierung entstehen und in der deutschen Außenpolitik Probleme aufwerfen (vgl. Wolfrum 2007, S. 158, Hellmann et al. 2006b u. 2014). Das Grundgesetz betonte auch seinen transitorischen Charakter und hat auch die Möglichkeit für eine Reform vorgesehen: *„Dieses Grundgesetz,*

das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist" (Art. 146 GG).

3.2 Das parteipolitische System und geopolitische Codierung in der deutschen Außenpolitik

Wie sich die geopolitischen Codierungen in der deutschen Auenpolitik durch die Grundsatzprogramme der an der Regierung beteiligten Parteien charakterisieren lassen, wird im Folgenden diskutiert.

Charakteristisch für das politische System der Bundesrepublik Deutschland ist seine Parteistaatlichkeit (vgl. Oppelland 2007, S. 269). Die politischen Parteien „*wirken* [einerseits] *bei der politischen Willensbildung des Volkes mit*" (Art. 21 GG), binden die Interessen der Gesellschaft zusammen und repräsentieren ihre Meinungen in den politischen Prozessen. Andererseits beeinflussen die im Bundestag vertretenen Parteien ihre Fraktionen über die deutsche Außenpolitik, damit vermitteln sie außenpolitische Entscheidungen in die Öffentlichkeit zurück (vgl. Oppermann und Höse 2011, S. 67). Obwohl die Außenpolitik von der Bundesregierung gestaltet wird, sind aber die Grundlagen der Politik von an der Regierung beteiligten Parteien geprägt, deswegen vertreten sie die Prinzipien und Grundwerte ihrer Parteien. Ein Blick auf die historische Entwicklung und Gestaltung der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland zeigt, dass alle außenpolitischen Strategien und Orientierungen in parteipolitischen Auseinandersetzungen festgelegt worden sind (vgl. Oppelland 2007, S. 269f.). Darüber hinaus bestimmt der Bundeskanzler die deutsche Außenpolitik durch seine Richtlinienkompetenz, trotzdem kann er nicht die Grundwerte seiner eigenen Partei in der Außenpolitik ablehnen, da er auf die Unterstützung und Loyalität seiner Partei sowie der Fraktionsmehrheit angewiesen ist. Zwar wirken die parteipolitischen Auseinandersetzungen auf die Gestaltung der Außenpolitik, aber die Handlungsspielräume für ihre Entscheidungen werden angesichts der Anforderungen des internationalen Systems eingeschränkt.

Die Regierungsparteien befinden sich in einer doppelseitigen Verbindung zwischen den Grundwerten ihrer eigenen Partei, an denen sich orientieren sollen, sowie den Oppositionsparteien und der Struktur der internationalen Geopolitik, auf die sich einstellen müssen. Dieser wechselseitig Zusammenhang zwischen Regierungsparteien bzw. Oppositionsparteien und der deutschen Außenpolitik führt die deutsche Außenpolitik in einer potenziell konfliktträchtigen Situation, in der sich Regierungsparteien als zentraler Akteure entweder ihre Außenpolitik nach den Grundwerten ihrer eigenen Parteien formulieren, sich

nicht an Anforderungen der internationalen Umwelt anpassen und damit ihren Einflussverlust in Kauf nehmen müssen, oder sich auf die Wirklichkeit des internationalen System einstellen und einige Grundüberzeugungen der Partei aufgeben müssen. In dieser Perspektive führt die deutsche Außenpolitik nicht nur zu innerparteilichen und innenpolitischen Konflikten, sondern auch zum Schwanken. Vor diesem Hintergrund arbeitet jede Bundesregierung mit den außenpolitischen Strategien ihres Vorgängers weiter, ohne sie zu korrigieren oder zu revidieren, wenn auch sie als Oppositionspartei mit der jeweils vorausgehenden Außenpolitik nicht einverstanden waren und die außenpolitischen Entscheidungen scharf kritisiert haben (vgl. Oppermann und Höse 2011, S. 67ff.; Hellmann 2006b; Oppelland 2007, S. 270ff.). Einen Blick auf die Außenpolitik der rot-grünen Bundesregierung im Hinblick auf die NATO, die Erweiterung der EU und Bundeswehreinsätze, die Außenpolitik der Unionsparteien oder schwarz-gelben Regierung in Bezug auf die Ostpolitik – besonderes die Russland- und Mittelosteuropapolitik– zeigen, wie die Bundesregierungen die Außenpolitik ihrer jeweiligen Vorgängerregierung kontinuierlich weiterführen und sich an die neuen Herausforderungen sowie Anforderungen der Weltpolitik anpassen. Daher lässt sich die Frage stellen, inwiefern sich die regierungsbildenden Parteien nach der deutschen Wiedervereinigung auf die Gestaltung und die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik auswirken. Dies wird im folgenden Abschnitt behandelt.

3.2.1 Parteipolitischer Grundkonsens und Parteienkonflikte über die geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik

Nach den geopolitischen Verschiebungen in der Weltpolitik haben die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland auf die neue Lage reagiert und ihre Grundsatzprogramme ausgearbeitet oder erneut verabschiedet (vgl. Oppelland 2007, S. 269). Die SPD verabschiedete 1989 das *„Berliner Programm“* und hat im Jahr 2007 wieder durch einen Anpassungsprozess das *„Hamburger Programm“* beschlossen. Die Grünen haben auch 2002 in Berlin nach den heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen ein neues Grundsatzprogramm verfasst. Das Grundsatzprogramm der CDU wurde 1994 in Hamburg erneuert und wieder 2007 in Hannover ausdrücklich nochmal formuliert. Darüber hinaus wurde das Grundsatzprogramm FDP 1997 in Wiesbaden und 2012 in Karlsruhe erneut beschlossen. Die Anpassungsprozesse innerhalb der deutschen Parteien führten zu einem parteipolitischen Konsens in einem gewissen Maße im Hinblick auf die deutsche außenpolitische Orientierung, die sich ausdrücklich in Grundsatzprogrammen der Parteien widerspiegelt.

Die CDU setzt sich für *„Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit“* in der deutschen Außenpolitik ein und verpflichtet sich zu „*Frieden und Freiheit sowie die Geltung der Herrschaft des Rechts und der universellen Menschenrechte*“ (vgl. Grundsatzprogramm der CDU 2007, S. 106). Im Grundsatzprogramm der CDU wurde betont, dass die CDU die *„deutsche Europapartei“* sei, und dass die CDU sich für die *„Fortsetzung der Integration Europas“* einsetzen wolle und Europa als Chance für Deutschland betrachte (vgl. ebd. S. 97). Vor diesem Hintergrund soll einerseits Deutschland eine aktive Rolle bei der *„Vollendung der Einheit Europas“* übernehmen und nimmt ein geeignetes Europa gemeinsam mit transatlantischen Partnern wahr. Während die CDU andererseits versucht hat, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU bzw. eine europäische Armee auszubauen (vgl. ebd. S. 103). In diesem Zusammenhang steht das christliche Bild wesentlich im Vordergrund des Grundsatzprograms der CDU sowohl für die europäische Identität als auch für die Gestaltung der Europapolitik. Damit wird eine Beitrittsperspektive der Türkei in die EU abgelehnt. Grundsätzlich steht die CDU der EU-Erweiterung für Mittelost- und Balkanstaaten offen gegenüber, wenn sie die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen erfüllen können. Aus der außenpolitischen Perspektive sollen Deutschland und die EU eng mit der NATO kooperieren. *„Die NATO bleibt für die Sicherheit Deutschlands und Europas unverzichtbar und das primäre Instrument unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik.“* (vgl. ebd. S. 104, 107).

In Bezug auf die Veränderungen im internationalen System und die Terroranschläge am 11 September 2001 spricht die CDU für den *„Aufbau von und der Einsatz für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in fernen Regionen“* (vgl. ebd. S. 106). In diesem Zusammenhang ist Deutschland bereit, *„gemeinsam mit anderen Demokratien im Rahmen internationaler Organisationen Verantwortung zu übernehmen“*. Konkret gemeint ist, um diese internationalen Verantwortungen gerecht zu werden, *„sind die Mittel und Instrumente für die Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik den Aufgaben und Verpflichtungen entsprechend bereitzustellen.“* (vgl. ebd. S. 106). Damit plädiert die CDU dafür, dass die außenpolitischen Herausforderungen innerhalb der transatlantischen Partnerschaft und der Europäischen Union bearbeiten müssen, um die globale Ordnung zu stärken. Darüber hinaus spricht sich die CDU für Bundeswehreinsätzen *„zur Krisenbewältigung die zivilen und militärischen Instrumente der Vereinten Nationen, der NATO und der EU wirksamer miteinander“* aus (vgl. ebd. S. 110). Die CDU vertritt in ihrem Grundsatzprogramm die Auffassung, dass *„die Bundeswehr ein unverzichtbares Instrument sowohl für die Landes- und Bündnisverteidigung unter neuen Vorzeichen als auch für internationale Krisenvorsorge*

und Krisenbewältigung im gesamten Einsatzspektrum" (vgl. ebd. S. 110) sei. Aufgrund der wachsenden Rolle Chinas und Indiens in der Weltpolitik plädiert die CDU mit China und Indien für die Intensivierung der Zusammenarbeit und Partnerschaften (vgl. ebd. S. 109).

Die CSU vertritt in ihrem Grundsatzprogramm in den meisten Punkten dieselbe Auffassung wie ihre Schwesterpartei die CDU. Die CSU steht als eine konservative heimatverbundene Partei für eine Ordnung in ihrer Außenpolitik, *„die Frieden, Freiheit und Sicherheit in Europa und der Welt befördert"* (vgl. Grundsatzprogramm der CSU 2016, S. 34). Die CSU bekennt sich zu einer Wertorientierung in ihrer Außenpolitik, die sich *„aus dem christlichen Menschenbild"* herleitet (vgl. ebd. S. 4). Auf Basis dieser Werte plädierte die CSU für die Übernahme von mehr Verantwortung der deutschen Außenpolitik zur Gestaltung der Weltordnung. Mit anderen Worten spricht die CSU für eine deutsche Außenpolitik, in der sich Deutschland aktiver engagiert, die Führungsrolle in Allianzen und Partnerschaften zu übernehmen. Vor diesem Hintergrund müsse *„Deutschland sein außenpolitisches Gewicht, seine wirtschaftliche Kraft, seine entwicklungspolitischen Möglichkeiten und seine militärischen Fähigkeiten einsetzen*" (vgl. ebd. S. 35f.). Die CSU sieh sich als *„ein starker und verlässlicher Partner in internationalen Bündnissen"* (vgl. ebd. S. 34) und will *„zu einer verantwortungsvollen internationalen Politik beitragen und Deutschlands Rolle in der Welt aktiv mitgestalten"* (vgl. ebd.). Die CSU *„steht uneingeschränkt zur europäischen Idee"* und plädiert für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (vgl. ebd. S. 35f.). Aus außenpolitischer Perspektive der CSU muss die Erweiterung der Europäischen Union begrenzt werden und nur *„Staaten aufgenommen werden, die die Rechtsstaatlichkeit und alle übrigen festgelegten Beitrittskriterien erfüllen sowie geographisch vollständig in Europa liegen"* (vgl. ebd. S. 38) und zum *„christlich-abendländischen Kulturkreis"* (vgl. ebd.) Europas gehören. Für die Außenpolitik der CSU ist die NATO unverzichtbar (vgl. ebd.). Ausgehend von gemeinsamen Werten und Interessen will die CSU die transatlantischen Beziehungen intensivieren.

Auf die gleiche Weise wie in den Grundsatzprogrammen der Unionsparteien festgelegt, plädiert auch die SPD in ihrem wertgeleiteten Grundsatzprogramm für *„eine friedliche und gerechte Weltordnung"*, indem sie *„auf die Stärke des Rechts* [setzt], *um das Recht des Stärkeren zu überwinden"* (vgl. Grundsatzprogramm der SPD 2007, S. 5ff.). Die SPD strebt nach Schaffung einer Weltinnenpolitik im Rahmen der Vereinten Nationen und einer gerechten Weltwirtschaftsordnung (vgl. ebd. S. 20). Im Mittelpunkt der Außenpolitik der SPD steht nach ihren normativen Grundforderungen der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit das soziale Europa als eine Antwort auf das Zeitalter der Globalisierung (vgl.

ebd. S. 5ff.). Die SPD hebt hervor, dass die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU gestärkt und langfristig eine europäische Armee aufgebaut werden soll. Dafür ist die gemeinsame Sicherheit durch Partnerschaft und Kooperation notwendig. Die SPD plädiert in ihrem Grundsatzprogramm für die diplomatischen und zivilen Mittel zur Krisenprävention und Konfliktbearbeitung und setzt sich für Frieden und Entspannungspolitik ein. Langfristig ist die SPD für den Aufbau einer europäischen Armee (vgl. ebd. S. 19). Die SPD sieht die Voraussetzung dafür in stärkeren Informations- und Kontrollrechte des EU-Parlaments. Sie ist offen für die Erweiterungen der EU und den perspektivischen Beitritt von neuen Mitgliedstaaten, sogar der Türkei, aber nur, wenn sie diese erforderlichen Voraussetzungen erfüllen könnten. Die SPD setzt sich im Hinblick auf eine multilaterale Außenpolitik für eine Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik in engen Beziehungen zu den Ländern in Asien, Lateinamerika und Afrika und den Aufbau einer gerechten Weltordnung in Zusammenarbeit mit Russland, China und Indien ein (vgl. ebd. S. 9ff.). Dabei sollte die Europäische Union eine Schlüsselrolle spielen (vgl. ebd. S. 20). In diesem Zusammenhang betont die SPD in ihrem Grundsatz, dass sie die transatlantische Partnerschaft erneuern will. Sie vertritt die Auffassung, dass nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes die NATO *„eine neue Zielbestimmung, die an den Erfordernissen des globalen Zeitalters ausgerichtet ist“*, brauche (vgl. ebd. S. 21). Die SPD tritt in bilateralen Beziehungen nach ihrem Grundsatzprogramm dafür ein, mit der USA in Freundschaft zusammenzuarbeiten, das deutsch-französische Bündnis als Motor der europäischen Einigung weiter auszubauen und die strategische Partnerschaft mit Russland weiterzuentwickeln (vgl. ebd. S. 21).

Die SPD strebt einerseits nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat für Deutschland und langfristig nach einem Sitz für die Europäische Union. Andererseits plädiert sie dafür, dass das Vetorecht einzelner Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen abgeschafft und ihre Institutionen reformiert und demokratisiert werden sollten, damit ihre Legimitation erneut erhöhen könnte (vgl. ebd. S. 22ff.). Zwar verpflichtet sich die SPD dazu, Waffen in Konfliktregionen nicht zu liefern und künftig *„Besitz und Anwendung von Massenvernichtungswaffen“* einzuschränken und bekennt sich zu einer strengen Rüstungsexportpolitik (vgl. ebd. S. 22ff.), schließt aber den Einsatz der Bundeswehr nicht aus und vertritt die Auffassung, dass Einsatz und Anwendung militärischer Mittel für die deutsche Außenpolitik Ultima Ratio bleibe, und die Bundeswehr *„zur Stabilisierung des Friedens“* eingesetzt werden könne (vgl. ebd. S. 24ff.).

Im Hinblick auf die Europäische Union vertritt die FDP wie alle anderen Parteien die Auffassung in ihrem Grundsatzprogramm, dass die gemeinsame Außen- und

Sicherheitspolitik der Europäischen Union gestärkt werden sollte und die Zusammenarbeit mit der NATO als *„wichtigste Anker“* deutscher Sicherheitspolitik weiterentwickelt werden soll (vgl. Grundsatzprogramm der FDP 2012, S. 98f.). Die FDP sieht auch die Anwendung militärischer Gewalt als Ultima Ratio, aber Rüstungs- und Verteidigungsausgaben und Militäreinsätze innerhalb der Europäischen Union sowie transatlantische Partnerschaft sollen koordiniert werden. Die FDP setzt sich für die deutsche Europapolitik ein. Nach ihrem Grundsatzprogramm soll die EU für geeignete Beitrittskandidaten offen bleiben, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen und ihre rechtsstaatlichen Reformen den EU-Standards entsprechen (vgl. ebd. S. 93ff.).

Genau wie sich fast alle Parteien setzt sich auch die Grünen für eine wertorientierte Außenpolitik in ihrem Grundsatzprogramm für Friedens- und Umweltpolitik und Menschenrechtbewegungen ein (vgl. Grundsatzprogramm der Grünen 2002, S. 143), die sich *„gegen ökologische Krisen, Hunger, Unterdrückung, Unterentwicklung und Verelendung der Menschen in weiten Teilen Afrikas, Lateinamerikas und Asiens“* anwendet (vgl. ebd.). Auf Basis der normativen Grundlagen verpflichten sich die Grünen zu *„der ökologischen Verantwortung, der Selbstbestimmung, der internationalen Gerechtigkeit, der Demokratie und des Friedens“* (vgl. ebd. S. 144). Sie setzen sich für eine deutsche Außenpolitik ein, die mehr Verantwortung sowohl in Europa als auch in der Welt übernimmt (vgl. ebd. S. 150). Sie sehen die deutsche Sicherheitspolitik in *„engen und guten Beziehungen zu den USA und Russland“* (vgl. ebd. S. 151). Zwar unterstützen die Grünen im Rahmen multilateraler Kooperationen *„die Entwicklung eines gemeinsamen und umfassenden Sicherheitsmodells für Europa“* (vgl. ebd.), aber sie wollen die EU im rechtlichen Rahmen der Vereinten Nationen einschränken. Deswegen plädieren sie für einen gemeinsamen EU-Sitz im Sicherheitsrat (vgl. ebd. S. 161). Die Grünen vertreten die Auffassung, dass der Einsatz von militärischer Gewalt ein letztes Mittel zur Konfliktlösung sein und mit einem UN-Mandat verbunden werden sollte (vgl. ebd. S. 160f.). Sie treten dafür ein, Rüstungsexporte in Konfliktregionen zu stoppen und Europa zur atomwaffenfreien Zone zu machen. In ihrem Grundsatzprogramm wurde betont, dass die NATO reformiert und die OSZE gestärkt werden sollte (vgl. ebd. S. 160ff.). Darüber hinaus plädieren sie für eine Präventionspolitik, die die Konflikte und Krisen zivil und friedliche lösen kann (vgl. ebd. S. 163).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die regierungsbildenden Parteien nach der deutschen Wiedervereinigung alle von einer wertgeleiteten Außenpolitik ausgehen, die sich an Werten wie Frieden, Freiheit, Demokratie, Menschenrechten, Solidarität und einem gerechteren außenpolitischen Handeln in der Weltpolitik orientiert. Obwohl diese Werte im

Grundsatzprogramm von allen Parteien betont worden sind, werden sie aber nicht im gleichen Sinne interpretiert und haben Parteien bei Durchsetzung ihrer Werte unterschiedliche Prioritäten (vgl. Oppelland 2007, S. 271). Auf den ersten Blick sehen die formulierten Werte in den Grundsatzprogrammen aller Parteien ähnlich aus, aber sie zeigen ihre grundlegenden Differenzen bei der Konkretisierung dieser Werte in der Wirklichkeit (vgl. ebd.). Im neuen Grundsatzprogramm von allen Parteien wurden unter Berufung auf die Übernahme von mehr Verantwortung der deutschen Außenpolitik in der Weltpolitik Gewaltanwendung und Militäreinsätze der Bundeswehr unter völkerrechtlichen und rechtstaatlichen Bedingungen legitimiert, wenn Menschenrechtverletzungen vorkommen und zu daraus resultierenden fatalen Konsequenzen für Betreffende führen. Zwar setzen sich die SPD und die Grünen theoretisch nach ihren Grundsatzprogrammen für die Konfliktprävention und -bearbeitung ein, haben aber Bundeswehreinsätzen in Kosovokonflikt und Afghanistan zugelassen.

Ein Punkt, in dem alle Parteien einig sind, ist die Europäische Union bzw. die Erweiterung der EU. Zwar gab es an den parteipolitischen Auseinandersetzungen um die deutsche Europapolitik anscheinend bei allen Parteien einen weitreichenden Konsens und es wurde den entscheidenden außenpolitischen Entscheidungen über die EU von allen im Bundestag vertretenen Parteien mit überwältigender Mehrheit zugestimmt. Die Parteien stritten sich aber in Fällen wie Einführung des Euro, der Europäische Verfassungsvertrag, der Lissaboner Vertrag sowie die Erweiterung der EU und die Eurokrise heftig. Diese Streitpunkte führte die deutsche Außenpolitik zu innerparteilichen Konflikten sowohl vom rechten Flügel der CDU/CSU als auch vom linken Flügel der Grünen und der SPD (vgl. Oppelland 2007, S. 272). Obwohl alle Parteien sich für die Europäische Union setzen, spiegelt sich keine Übereinstimmung zwischen Parteien sowohl über ein Grundprinzip für die Europapolitik als auch über Ziele und Richtungen der deutschen Außenpolitik für Gestaltung und Entwicklung der Europäischen Union wider.

In Grundsatzprogrammen aller Parteien wurde festgestellt, dass sie für eine multilaterale deutsche Außenpolitik plädieren, sich zum Frieden und Freiheit im Rahmen der Vereinigten Nationen bekennen und sich für eine Weltgemeinschaft und Freundschaft mit Nachbaren und anderen Staaten in den internationalen Beziehungen aussprechen. Sie verpflichten sich auch dazu, dass die deutsche Außenpolitik die Lage sowohl in unterentwickelten Ländern als auch Schwellenländern durch die Entwicklungszusammenarbeit verbessern sollte. Sie setzen sich für eine Reform der Weltwirtschaftsordnung ein. Zwar wollen die CDU/CSU und die FDP dieses Ziel in der

bestehenden Weltordnung erreichen, die SPD und die Grünen streben dagegen in einer radikalen Herangehensweise nach einer gerechteren Weltordnung.

Im Hinblick auf den Einfluss der gouvernementalen Dimension auf die Entwicklung der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik wird von Geopolitikern darauf hingewiesen, dass die Bestimmung der deutschen Außenpolitik hinsichtlich ihrer innerstaatlichen Ebene in einem engen Zusammenhang mit der Machtpolitik im Rahmen der geopolitischen Weltstruktur steht. Wie die weltgeopolitische Struktur aussieht, in der sich die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik konstituieren und inwiefern sich die Machtverteilung der deutschen Außenpolitik nach der Zeitenwende in den Internationalen Beziehungen weiterentwickelte, wird im folgenden Kapitel thematisiert.

4 Die Weltgeopolitische Struktur und Deutschlands Machtverteilung im internationalen System nach der Zeitenwende

Um ein genaueres Verständnis über die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung zu ihren Raumbeziehungsstrukturen zu ermöglichen, werden in diesem Kapitel die weltgeopolitische Struktur und die Machtverteilung Deutschlands im internationalen System in ihrer Funktion für die Analyse der deutschen Außenpolitik thematisiert. Zunächst wird auf die Frage eingegangen, wie sich das geopolitische Denken in der post-bipolaren Weltordnung entwickelt hat. Danach werden die globalen Machtverhältnisse bzw. die Machtverteilung Deutschlands thematisiert und die Gestaltung seiner Machtstellung gegenüber den anderen Großmächten in der geopolitischen Weltordnung charakterisiert. Demzufolge werden die Machtverhältnisse bzw. die Machtverteilung im internationalen System aus der Perspektive des klassischen und strukturellen Realismus vorgestellt. Abschließend werden die Polarität der weltgeopolitischen Struktur nach der Zeitenwende und die Machtverteilung Deutschlands für die Analyse der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik charakterisiert.

4.1 Das geopolitische Denken in der post-bipolaren Weltordnung

Im Hinblick auf die Globalisierung und die Entwicklungen der Weltpolitik hat das geopolitische Denken einen neuen Perspektivwechsel erfahren. Die Globalisierung und die daraus resultieren Konsequenzen beeinflussen die internationale Politik (vgl. Link 2006, S. 58) und leiten die Staatenwelt zu immer größerer Zusammenarbeit und innerer Verbundenheit an (vgl. Spranger 1999, S.130). Der beschleunigte globale Wandel durch wirtschaftliche Globalisierung erfordert ein neues Paradigma (vgl. Riemer 2006, S.167). Infolge der Globalisierung plädieren Vertreter eines geopolitischen Paradigmenwechsels dafür, dass die Geopolitik infolge der Globalisierung durch die Geoökonomie und Geokultur ersetzt werden solle (vgl. Oßenbrügge 2000, S. 395; Seitz 2000, S. 312; Bergsten 1992, S.3f. u. 1990 S. 97). Entsprechend weisen sie darauf hin, dass die Weltpolitik in die Ära der Geoökonomie eingetreten ist (vgl. Seitz 2000, 311). Ökonomie und Kultur sind die neuen Triebkräfte zur Raumanalyse der Weltpolitik (vgl. Link 1998, S. 143). Aus dieser Perspektive wird das Primat der Ökonomie betont. Darüber hinaus ist die Weltpolitik nicht mehr politisch charakterisiert, sondern zeichnet sich durch eine enorme dynamische Ökonomisierung aus (vgl. Luttwak 1990, S. 18ff.). Ausgehend von der Auffassung, dass die Geoökonomie durch die grenzüberschreitenden Kapitalmärkte sowie den internationalen friedlichen Handel

notwendigerweise internationale Kooperation fordert (vgl. Luttwak 1993, S. 20; Spranger 1999, S. 131), wird von Vertretern der Geoökonomie und Geokultur darauf hingewiesen, dass die Weltpolitik die Ära der Geo-Politik und die daraus entstehenden territorialen und ideologischen Konflikte, bei denen es sich um Macht- und Einflusspolitik sowie Territoriumseroberung handelte, hinter sich gelassen hat. Vielmehr scheint die Geopolitik durch die Geoökonomie ersetzt (vgl. Altvater 2002, S. 25ff.; Luttwak 2000, S.212). Bei der Geoökonomie wird die Weltpolitik durch wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Logik des Wettbewerbes gestaltet (vgl. Zänker 1995, S. 29). Zwar konstatieren Befürworter der Geoökonomie, dass die zwischenstaatlichen Rivalitäten und die damit verbundene politisch-militärische Machtpolitik sowie die Bedrohungen des 20. Jahrhunderts – besonders der Zeit des Kalten Krieges – durch die Geoökonomie abgelöst worden sind (vgl. Seitz 2000, S. 311f.). Es gibt allerdings auch Kritiker, die betonen, dass die Geopolitik und die machtpolitischen Konflikte nicht durch die Geoökonomie abgelöst sind, sondern sich auf wirtschaftliche und finanzielle Konflikte verlagert haben (vgl. Steingart 2006, S. 12). In diesem Sinne widersprechen sie der These von der Geoökonomie als alternativem Paradigma zur Geopolitik (vgl. Link 2001, S.168).

Eine andere Sichtweise, die die Grundlage für eine neue Ausrichtung in der Geopolitik bietet und sich nach dem Ende Ost-West-Konfliktes als ein entscheidender raumbezogener Faktor entfaltet, ist die Geokultur. Die Geokultur wurde an Anlehnung an Hegels Geschichtsphilosophie von Francis Fukuyama in einem Beitrag 1989 mit dem Titel *„The End of History?“* entwickelt. Fukuyama formuliert seine These in Bezug auf den Ost-West-Konflikt und betrachtet ihn als den letzten Kampf zwischen zwei antagonistischen Ideologien (vgl. Fukuyama 1992, S. 104 u. 1989). Da die Geschichte der Entwicklung der menschlichen Freiheit folge und es keine konfliktträchtigen widersprüchlichen weltpolitischen Ideologien mehr gebe, vertritt er die These, dass sich der Liberalismus nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes in Form von Demokratie und Marktwirtschaft als endgültiges Ordnungsmodell durchgesetzt habe (vgl. Fukuyama 1992, S. 105ff. u. 1989/1990). In diesem Sinne verkündete Fukuyama den Sieg der Kultur der liberalen Demokratie. In diesem Zusammenhang hebt er hervor, dass die liberale Demokratie das einzige geokulturelle und demokratische Modell sei, das im Vergleich zu anderen politischen Systemen den universellen Anspruch erheben könne, die menschlichen Bedürfnisse innerhalb der Gesellschaft zu befriedigen, soziale Anerkennung zu verschaffen und Menschenfreiheit abzusichern. Damit sagt Fokuyama, dass das Ende der Geopolitik und die daraus entstehenden Rivalitäten und Konflikten gekommen seien (vgl. ebd. S. 378ff.).

Gegen die These von Fokuyama positioniert sich Samuel Huntington 1993 in seinem Beitrag *„The Clash of Civilizations?“*. Ausgehend von der Auffassung, dass die Weltpolitik des 21. Jahrhunderts nicht mehr von politischen, ideologischen oder wirtschaftlichen Auseinandersetzungen, sondern von Konflikten zwischen unterschiedlichen Kulturkreisen geprägt sein wird (vgl. Huntington 1993a, S. 22 u. 1993b), tritt er im Gegensatz zu Fokuyama mit der Grundthese auf, dass Konflikte zwischen verschiedenen Kulturräumen – insbesondere des westlichen Kulturkreises mit dem chinesischen und japanischen sowie dem islamischen Kulturraum – die neue Weltordnung bestimmen werden (vgl. Huntington 1993, S. 25f. u. 1998, S. 22ff.). Entsprechend konstatierte er in seinem Buch mit dem Titel *„The Clash of Civilizations“,* dass die Weltpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes uni-multipolar bzw. multikulturell geworden sei (vgl. Huntington 1999, S. 36 u. 2003). Aus dieser Perspektive bestimmen nicht mehr die politischen ökonomischen Ideologien die Weltpolitik, sondern diese wird durch Kulturräume konstituiert (vgl. Huntington 1993, S. 24). Vor diesem Hintergrund widerspricht er der These vom Sieg der liberal-demokratischen Philosophie und deren universellen Geltung und plädiert dafür, dass der Westen in der neuen Weltordnung kulturelle Wertvorstellungen anderer Akteuren berücksichtigen müsse, um weltweit potenzialträchtige Konflikte zu vermeiden (vgl. ebd. S. 48f.). Im Gegensatz zu Fokuyama vertritt Huntington die Auffassung, dass die Herrschaft der westlichen Zivilisation nicht auf ihrer Überlegenheit im Hinblick auf universelle Ideen und Werte beruhe, da diese Überlegenheit sich nicht durch Anerkennung der westlichen Kultur, sondern durch organisierte Gewalt etabliert habe (vgl. ebd. S. 39ff.). Aus dieser Perspektive wird die zukünftige Weltordnung durch unterschiedliche Kulturkreise bestimmt.

Trotz der innovativen Bemühungen aus den theoretischen Ansätzen *„Geoökonomie“* und *„Geokultur“*, die versucht haben, nach den Prämissen einer bipolaren Weltordnung weltpolitische Zusammenhänge im Hinblick auf Ökonomie und Kultur zu thematisieren, wurde ihre theoretische und methodische Herangehensweise von Geopolitkern kritisiert, da ihr Umgang mit der geopolitischen Wirklichkeit als reduktionistisch und unbefriedigend erscheint. Die Kritiker der geoökonomischen und geokulturellen Leitbilder gehen davon aus, dass das Ende der Geopolitik nicht gekommen sei (vgl. Zimmer 2015, S. 245) und die vorgestellten Ansätze nicht in der Lage sind, die Bedeutung der Geopolitik als Ansatz zur Analyse der Weltpolitik abzulösen (vgl. Brill 1997, S. 306f.; Buck 1996, S.85). In diesem Sinne betonen sie, dass die internationale Geopolitik nach wie vor durch die machtpolitische Auseinandersetzung um die Räume bestimmt sein werde (vgl. Link 2006, S. 58). Darüber hinaus ist die Geopolitik eine handlungsanleitende Disziplin, die sich mit machtpolitischen, ökonomischen und kulturellen Faktoren auseinandersetzt, um die weltpolitische Realität zu

erfassen (vgl. Brill 1997, S. 290ff.). Zwar wird auf die wachsende Bedeutung der ökonomischen und kulturellen Faktoren im Zeitalter der Globalisierung zur Analyse der Weltpolitik hingewiesen, aber die Geopolitik hat nach wie vor ihre Bedeutung und ihren Einfluss nicht verloren (vgl. Link 2006, S. 57), sondern ihr wissenschaftstheoretischer Anspruch ist im Hinblick auf machtpolitische Gesichtspunkte zur Analyse des außenpolitischen Handels sowie der Weltpolitik sogar wiederendeckt worden (vgl. Hoffmann 2012, S. 44). Zwar spielen Kultur und Ökonomie als raumrelevante Faktoren eine entscheidende Rolle bei der internationalen Politik, die Geopolitik setzt sich aber noch umfassender mit diesen Aspekten auseinander und berücksichtigt als eine Disziplin sowohl mit ihrer umfassenden Perspektive als auch mit ihrem holistischen Ansatz neben machtpolitischen Faktoren auch Kultur und Ökonomie zur wissenschaftstheoretischen und -methodischen Analyse (vgl. Brill 1994a, S. 20).

In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Geopolitik marginalisiert und der Raum in die Vergessenheit verdrängt (vgl. Werlen 2000, S. 13). Weiterhin wurde die Bedeutung der Geopolitik und der daraus ergebenden Begriffe –wie Raum, Identität, Objekt– in wissenschaftlichen Diskussionen ausgeblendet. In den vergangenen Jahren haben die Sozial- und Kulturwissenschaften eine *„räumliche Wende“* erfahren. In diesem Zusammenhang wird von der Geopolitik und der *„Wiederkehr des Raumes“* (Osterhammel 1998, S. 374) gesprochen. In diesem Sinne werden Raum, Identität, Kultur mit Hinblick auf das Konzept des Spatial Turn in den Mittelpunkt der politikwissenschaftlichen und geopolitischen Betrachtungen gerückt (vgl. Reuber und Wolkersdorfer 2004, S. 377; Schlögel 2003). In diesem Sinne soll der handlungsanleitende Charakter der Geopolitik zur Analyse der politischen Wirklichkeit nicht nur in den Internationalen Beziehungen, sondern auch für die Außenpolitik betont werden (vgl. Meyer 2014, S. 66). Zwar wurde die Geopolitik nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund ihrer Wirkung auf die Politik des Nationalsozialismus tabuisiert und ihre theoretischen und methodischen Grundlagen im Hinblick auf den Raum in Frage gestellt und marginalisiert (vgl. Hoffmann 2012, S. 55), aber die Geopolitik erfuhr nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes eine Renaissance und ihr handlungsanleitende Charakter wurde in den Mittelpunkt der Politik zur raumbezogenen Analyse der politischen Realität gerückt (vgl. Schroer 2006, S. 221f., 2007 u. 2008). Somit plädieren Befürworter für die Geopolitik als gestaltungsorientierte und handlungsanleitende Disziplin, die sich mit Raum, Politik und Macht auseinandersetzt (vgl. Lacoste 1990; Schöllgen 1993; Oßenbrügge 1993; und Hacke 2003a). Dabei erfasst die Geopolitik räumliche Verhältnisse und thematisiert die politische Wirklichkeit im Zusammenhang von Politik und Geographie (vgl. Voigt 2008, S.

12f., 2004 u. 2005). Hier wird im Hinblick auf den Spatial Turn argumentiert, dass der Raum und seine Bedeutung für den Analysegegenstand der Politik bzw. Außenpolitik unverzichtbar sind (vgl. Osterhammel 1998, S. 288; Schroer 2008, S. 125f.).

Allerdings relativieren die neuen aufkommenden transnationalen Akteure die These der Bedeutung von Territorialstaaten bzw. Nationalstaaten (vgl. Meyer 2014, S. 332). Vielmehr ist es so, dass die Nationalstaaten im Prozess der Globalisierung und Vernetzung über ihre Grenzen hinweg abgeschottet werden (vgl. Oßenbrügge 1997a, S. 261). Dagegen wird der Einwand erhoben, dass die Staaten in jedem Fall abhängig von ihren äußeren Rahmenbedingungen sind und die Souveränität der Nationalstaaten nicht im Prozess der Globalisierung abgelöst wird, sondern nur die Grenzen der Nationalstaaten überschritten worden sind. In dieser Linie sind auch die politisch- ökonomischen und sozialen Interaktionen nur in einen transnationalen Raum verortet worden (vgl. Oßenbrügge 1997b, S. 1f.). Ausgehend von der Auffassung, dass der Raum auch als Behälter, in dem Staat und Gesellschaft agieren, aufgefasst werden könnte (vgl. Taylor 1994), sind die Staaten nicht durch den Prozess von Interdependenz und Transnationalität aufgehoben, sondern neben dem Raum der Nationalstaaten in einem anderen Raum der Transnationalität gesetzt worden (vgl. Schroer 2007, S. 9ff.). Vor diesem Hintergrund stehen nach wie vor die Territorialstaaten und ihre politischen Räume und die daraus entstehenden Raumbilder und Raumkonzepte als Untersuchungsgegenstand der Politikwissenschaft sowie Geopolitik im Mittelpunkt (vgl. Schulz 1999, S. 273). Darüber hinaus existieren, wenn das räumliche Denken in den Blick genommen wird, neben nationalstaatlichen Räumen auch transnationale Räume. Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich gezeigt, dass das Ende der Geopolitik nicht gekommen ist, sondern dass sie nach wie vor die machtpolitische Konkurrenz zwischen Großmächten die Weltpolitik bestimmt (vgl. Kagan 2008, S. 7f.). Im Spannungsfeld von Hegemoniestreben und Gleichgewichtspolitik ist die Weltpolitik in unterschiedlichen Macht- und Einflussräumen zwischen den Großmächten aufgeteilt (vgl. Lacoste 1990, S. 29).

Aus der Sicht von Lacoste ist die Geopolitik ein sozio-historischer Diskurs. Mit anderen Worten ist sie *„ein Modus der Repräsentation der Welt“*. Er geht davon aus, dass wir in einer Zeit leben, in der der marxistische Ansatz für die zahlreichen Konflikte in der Welt nicht mehr den Anspruch erheben und für die Auslösung der Konflikte eine ausreichende Erklärung anbieten konnte (vgl. Lacoste 1990, S. 15 u. 1994). Lacoste verweist auf den geopolitischen Denkansatz als eine Alternative, bei der es darum geht, dass die politischen Konflikte durch die Geopolitikwissenschaft thematisiert und analysiert werden sollen, weil die Geopolitik besser in der Lage sei, eine ausreichende raumbezogene Analyse und

Erklärung für die politischen Probleme zu liefern (vgl. Lacoste 1990, S. 16f.). Die Grundprämisse seiner Lehre in der Geopolitik entsprechend lautet: „ *die Geopolitik berücksichtigt die Machtrivalitäten in dem Maße, wie diese territorial bedingt sind, was sehr häufig der Fall ist, da ja die Kontrolle (bzw. der Besitz) des Territoriums ein Mittel darstellt, auf die Menschen und Ressourcen, die sich hier befinden, Macht oder Einfluss auszuüben. Gemeint sind damit nicht nur zwischenstaatliche Rivalitäten, die sich um Räume und ganz erhebliche Ausmaßen drehen können, sondern auch Konkurrenzen zwischen anderen Formen von politischen Kräften, bei denen es unter Umständen um Territorien von relative kleinen Dimensionen geht"* (Lacoste 1990, S. 29).

Lacoste hebt in seinem Theorem hervor, dass die geopolitischen Konflikte sich auf allen Ebenen aus historischen Entwicklungen ergeben und deren soziokulturelle Hintergründe thematisiert werden sollen. Schließlich bezieht sich die Geopolitik aus seiner Sicht auf die Machtrivalitäten um Räume zwecks der Kontrolle über Menschen und Ressourcen und die politischen Probleme in seiner geopolitischen Grundlage nicht nur auf globaler Ebene, sondern soll auf einer niedrigen, lokalen Ebene wahrgenommen und analysiert werden (vgl. ebd. S. 28ff.). Aus seiner Sicht wird berücksichtigt, dass Machtfaktor und Machtpolitik bei der Geopolitik in den gegenwärtigen internationalen Beziehungen nach wie vor eine entscheidende Rolle spielen. Lacoste vertrat die Auffassung, dass die Geopolitik Machtrivalitäten um bestimmte Territorien darstelle, um über die und in denen lebenden Menschen sowie befindlichen Ressourcen Macht und Einfluss auszuüben (vgl. ebd. S. 29). Hierin sieht Lacoste *„nicht nur zwischenstaatliche Rivalitäten, die sich um Räume von ganz erheblichen Ausmaßen drehen können, sondern auch Konkurrenzen zwischen anderen Formen"* (ebd. S. 28f.) raumpolitischer Kräfte, bei denen es um die *„Ausdehnung der politischen Einflusszonen der Großmächte und ihre Rivalitäten"*, und um den „*Zusammenschluss verschiedener Staaten zu übergeordneten politischen Gruppierungen"* geht (ebd. S. 28ff.).

Ähnlich argumentiert Werner Link, dass die Weltpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes im geopolitischen Spannungsverhältnis von Hegemonie und Machgleichgewicht, das sich als Grundmuster der gegenwärtigen Geopolitik erweise, bestimmt worden sei (vgl. Link 1998, S. 99ff.). Die internationale gegenwärtige Geopolitik resultiert sowohl aus machpolitischen Rivalitäten als auch aus machtökonomischen Konkurrenzen auf regionaler Ebene, auf der regionale Zusammenschlüsse und die Integration von Nationalstaaten eine bedeutende Rolle spielen (vgl. Link 1999a, S. 175ff.). Durch diesen geopolitischen Regionalismus werden die politische und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit von Nationalstaaten innerhalb einer geographischen Region verstärkt (vgl. Link 1999b, S. 75f.).

Darüber hinaus werden Handlungsspielräume von Regionen durch die Regionalmacht gewährleistet und ihre zunehmende Konkurrenz untereinander sowohl zum regionalen Machtgleichgewicht als auch zur regionalen Hegemonie geführt (vgl. Link 2006, S. 57).

In einem machtpolitischen Sinne entsteht die neue Grundstruktur der Weltpolitik aus Rivalitäten der Großmächte durch Allianzen, Gegenallianzen bzw. regionale Machtbildung und Gegenmachtbildung zwischen zentralen Akteuren in einer machtpolitischen und machtökonomischen Konkurrenz (vgl. Link 1998, S. 159). Die Nationalstaaten verstärken ihre Einflusspolitik in Form von regionalen Strukturen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit internationalen Beziehungen zu gewährleisten (vgl. Link 2004b, S. 37). Mit der Hinwendung zum Regionalismus, der sich in erster Linie auf die Wechselwirkung zwischen von politischer Macht und geographischem Umfeld bezieht, lässt sich das Verhältnis der deutschen Außenpolitik, die von den außenpolitischen Entscheidungsträgern in verschiedenen Regionen gestaltet wird (vgl. Link 2004c, S. 42f.) in den Blick nehmen.

In diesem Sinne befasst sich die gegenwärtige Geopolitik mit machtpolitischen Rivalitäten und Konkurrenzen. Es geht um unterschiedlich aufgeteilte Einflussräume sowohl von globalem als auch von regionalem Ausmaß. In diesem Zusammenhang handelt es sich bei der Geopolitik und deren räumlicher Analyse um Hegemonie, Machtgleichgewicht und Gegenmachtbildung (vgl. Lacoste 1990; Link 2004a, 2004b u. 2004c). Damit kann das Muster von Macht- und Gegenmachtbildung in der deutschen Außenpolitik im Hinblick auf ihren politischen und ökonomischen Gestaltungsspielraum thematisiert werden.

4.2 Macht und Machtverteilung im internationalen System

In diesem Abschnitt wird ein sehr grundsätzliches Thema der Geopolitik, nämlich das Thema der Macht und ihre räumliche Dimension, behandelt. Es wird das Phänomen der Machtpolitik und der Machtverteilung von Staaten in der internationalen Politik diskutiert (vgl. Kost 1988, S. 402f.). Macht ist das zentrale Konzept der Geopolitik für die Analyse der internationalen Politik. Es geht im Politischen wesentlich um Einfluss und Herrschaft im internationalen System (vgl. Nolte 2006, S. 9f.). Die Analyse der Machtverteilung im internationalen System kann eine systematische Analyse zur Polarität, Gleichgewichtspolitik und Machtverschiebung in der Weltpolitik ermöglichen (vgl. Link 2004c, S. 43). Da es unterschiedliche Konzeptionen von Macht und entsprechende Analysemethoden zur Machtverteilung von Staaten gibt (vgl. Nolte 2006, S. 4), beschränkt sich dieser Abschnitt auf zwei relevante systematische Theorien des strukturellen Realismus in den Internationalen Beziehungen, nämlich den von Kenneth Waltz entwickelten Ansatz des defensiven Realismus und den offensiven Realismus von John

J. Mearsheimer, zur Analyse der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik. Aus der Machtverteilungsanalyse von Staaten aus diesen beiden Perspektiven lässt sich das geopolitische Konzept ableiten, das die Hegemonie und Gleichgewichtspolitik als Erklärungsmuster einen Rahmen für die Analyse des außenpolitischen Handelns von Staaten im internationalen System bildet. An dieser Stelle folgt skizzenhaft die Darstellung einiger wesentlicher Unterschiede zwischen wissenschaftlichen Positionen in Bezug auf die Frage der Machtverteilung. Daher konzentriert sich diese Darstellung auf die wichtigen theoretischen Perspektive des strukturellen Realismus im Hinblick auf die Entwicklungslinien der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung im internationalen System.

Der Realismus ist eine systematische Theorie für die Außenpolitikanalyse und für das Verständnis der internationalen Geopolitik. Der politische Realismus konzentriert sich auf eine Tradition der machtpolitischen Analyse, die von Staaten ausgeübt wird (vgl. Morgenthau 1963, S. 77 u. 1977). Die realistische Schule betont, dass die internationale Politik auf dem staatlichen Egoismus und der Anarchie beruht, die vor allem auf Macht und Sicherheit fokussiert ist. Rationalität und Staatszentrismus werden als Kern des Realismus identifiziert. Der Realismus gilt als ein Ansatz, der häufig als die Denkschule der Machtpolitik bezeichnet wurde und für eine lange Zeit als das vorherrschende Paradigma in der internationalen Politik betrachtet wurde (vgl. Donnelly 2005, S. 29f.). In erster Linie setzte sich Hans J. Morgenthau mit dem klassischen Realismus auseinander (vgl. Morgenthau 1963).

Morgenthau fasste es in seinem Hauptwerk, *„Politik among Nations“*, dass die Macht als Fundamentalelement der internationalen Politik im Handeln von politischen Akteure eine wichtige Rolle spielt (vgl. ebd. S. 48ff.). Morgenthau vertrat die Auffassung, dass die Staaten mithilfe von Macht ihre Ziele und Interessen erreichen können. Er glaubte, dass die Zielsetzung der Staaten gegenüber anderen Akteuren nicht von moralischen Werten erhoben wird, sondern durch Kampf um Macht (vgl. ebd. S. 50ff.). Neben dem Machtstreben der Staaten als zentrale Annahme der Realistischen Schule ist die Anarchie eine weitere wesentliche Grundannahme, von der der Realismus bei der Analyse der internationalen Politik ausgeht, dass sich alle Staaten unter der Bedingung der Anarchie darum bemühen, Einfluss aufeinander zu gewinnen (vgl. Morgenthau 1977, S. 80ff.). Für die Beziehung zwischen den Staaten gilt, dass diese nach ihren Interessen handeln. Dennoch vertritt Morgenthau die Auffassung, dass „*Internationale Politik* […] *, wie alle Politik ein Kampf um Macht* [ist]“ *(*ebd.).

Um die Realistische Schule, die von Morgenthau trotz heftiger Kritik aufgebaut wurde, zu erneuern und auf ihre Grundlage eine Theorie aufzubauen wurde der Neorealismus in den 1970er Jahren als Reaktion auf die Kritik am klassischen Realismus durch eine Reihe

von Wissenschaftlern geprägt (vgl. Gu 2010, S. 69f.). Der Neorealismus wurde von Kenneth N. Waltz geprägt und bekannt aufgrund seines erfolgreichen Einflusses mit seinem Buch, *„Theory of International Politics“* (vgl. Schröing 2010, S. 65ff.). Mit diesem Werk hat Waltz vertreten, dass die Schwachpunkte des Realistischen Morgenthaus behoben werden sollten ohne die Grundlage des Klassischen Realismus aufzuheben, um seine strukturelle Realismus-Theorie aufzubauen (vgl. Waltz 1979). Kenneth Waltz ist der bekannteste Theoretiker des Neorealismus oder strukturellen Realismus. Seine Art des Neorealismus kann auch als defensiver Realismus bezeichnet werden, um ihn von John Mearsheimers offensivem Realismus zu unterscheiden. Diese beiden Perspektive und deren Schwerpunkte und Prämissen werden im Folgenden näher behandelt.

4.2.1 Der defensive Realismus und Sicherheitsmaximierung

Der von Waltz entwickelte defensive Realismus argumentiert, dass die Anarchie und die Kompetenzverteilung ausschlaggebend für das Verhalten der Staaten im internationalen System sind. Im Gegensatz zum klassischen Realismus liegt der Fokus der Analyse in seiner Theorie auf der Struktur des internationalen Systems. Waltz geht davon aus, dass jeder Machtmaximierungsstrategie eines Staates eine Gegenmachtbildung anderer Länder entgegengewirkt. Deshalb haben Staaten einen Anreiz, den Status quo beizubehalten (vgl. Waltz 1979, S. 118).

Es ist die Struktur des internationalen Systems, die die Großmächte dazu zwingt, das Gleichgewicht der Kräfte zu beachten. Nach Waltz besteht das internationale System also aus einer Struktur und aus zusammenwirkenden Einheiten (vgl. ebd. S. 80f.). Das internationale System ist stattdessen nach dem Prinzip der Anarchie geordnet und besteht in Bezug auf seine Koordination aus gleichen Einheiten. Die Einheiten unterscheiden sich nicht durch ihre Funktion, sondern durch ihre Fähigkeiten (vgl. Waltz 1996, S. 54f.). Die Kompetenzverteilung ist kein Attribut der Einheiten, sondern des Systems. Daher ändert sich die Struktur eines internationalen Systems mit der Veränderung der Kompetenzverteilung (vgl. Waltz 1979, S.195). Somit bestimmt die Machtverteilung die Struktur des internationalen Systems (vgl. ebd. S. 96ff.), ob es unipolar, bipolar oder multipolar ist, was wiederum beeinflusst, wie sich die Zustandseinheiten zueinander verhalten und welche Ergebnisse ihre Interaktionen ergeben (vgl. Schöring 2010, S. 74). Die Struktur des internationalen Systems bestimmt die Macht der Einheiten, da Macht durch den Vergleich der Kompetenzverteilung einer Reihe von Einheiten geschätzt wird (vgl. ebd. S. 98). Laut Waltz ist das Ziel, das das anarchische internationale System die Staaten zu suchen ermutigt, die Sicherheit (vgl. ebd. S. 114f.). Die erste Sorge der Staaten besteht nicht darin, die Macht zu

maximieren, sondern ihre Positionen im System zu erhalten (vgl. ebd. S. 107). Auf diese Weise argumentiert Waltz, dass Staaten ihr Streben nach Macht einschränken könnten, um ihre Sicherheit zu maximieren (vgl. ebd. S. 161ff.). Nachhaltige Hegemonien werden selten oder gar nicht innerhalb von Multi-Staaten-Systemen aufsteigen, weil sich eine ausgleichende Koalition gegen jeden Staat bilden wird, der eine Hegemonieposition einzunehmen droht (vgl. ebd. S. 118f.). Nach den Vorstellungen des Neorealismus müssen Großmächte darauf achten, nicht zu viel Macht zu erlangen, weil übermäßige Stärke eine Koalition gegen sie auslösen könnte. Das von Waltz entwickelte Konzept des Defensiven Realismus deutet darauf hin, dass Staaten Strategien verfolgen, um Sicherheit zu erreichen (vgl. ebd.).

Waltz führt folgende Punkte, die die Machtverteilung im internationalen System bestimmen, aus: Bevölkerungszahl, Territoriums, Ressourcenausstattung, wirtschaftliche Ressourcen, militärische Stärke, politische Stabilität und Kompetenz (vgl. Waltz 1979, S. 131). Waltz betont, dass Staaten sich auf ihre kombinierten Fähigkeiten verlassen müssen: Ein Staat muss in allen sieben Bereichen punkten, um an die Spitze zu kommen (vgl. Waltz 1990a, S. 22ff. u. 1990b). Die Machterhöhung ist in einigen Bereichen unzureichend und kann mögliche Mängel in anderen Bereichen nicht ausgleichen, da die wirtschaftlichen, militärischen und anderen Fähigkeiten der Nationen nicht in Sektoren aufgeteilt und separat gewogen werden können (vgl. 1979, S. 131). Für Leistungsformeln erfordert dies nicht einen linearen, sondern einen multidimensionalen Ansatz (vgl. Waltz 1986, S. 333f.). Dennoch erkennt Waltz, dass Staaten unterschiedliche Kombinationen von Fähigkeiten haben, die schwer zu messen und zu vergleichen sind, da sich Machtressourcen von Staaten mit der Zeit verändern (vgl. ebd. S. 131ff.). Dies veranschaulicht eine Anzahl machtrelevanter Faktoren, die Waltz für die Analyse und Messung von Macht in theoretischen Diskussionen anbietet.

4.2.2 Der offensive Realismus und Machtmaximierung

Im Gegensatz zur von Waltz Theorie des defensiven Realismus hat John J. Mearsheimer in seiner Theorie des offensiven Realismus entwickelt, dass die Maximierung der Macht die vernünftigste Strategie für einen Staat ist, seine Sicherheit in einem von Anarchie geprägten internationalen System zu erhöhen. Je mehr Macht ein Staat im internationalen System hat, desto höher ist seine Chance auf langfristiges Überleben (vgl. Mearsheimer 2001, S. 20f. u. 2005). Er geht in seiner Theorie nicht von der Annahme einer anarchischen Weltordnung aus, sondern legt der weltpolitischen Struktur aus seiner Sicht das Streben nach Hegemonie zur Bildung einer hierarchischen Weltordnung zugrunde. Das primäre Ziel jedes Staates in diesem System ist es, seine Macht zu maximieren und gleichzeitig die Macht der anderen Akteure zu beeinträchtigen. Hingegen ist das höhere Ziel jeder Großmacht es, in der

internationalen Struktur ein Hegemon zu werden (vgl. Mearsheimer 2001, S. 21). Damit ist die Strategie jeder Großmacht darauf ausgerichtet, sich als Supermacht im System zu etablieren. Angesichts dieses Hegemonialstrebens der Großmächte befindet sich das internationale System in einem permanenten Wettbewerb dieser Mächte, um ihre Vormachtstellung in der Weltpolitik zu sichern. So konstatiert Mearsheimer: *"states quickly understand that the best way to ensure their survival is to be the most powerful state in the system"* (ebd. S. 33).

Mearsheimer vertritt die Auffassung, dass die anarchische Struktur des internationalen Systems Staaten aus Misstrauen gegenüber den anderen Akteuren bzw. aus Angst vor dem offensiven Verhalten der anderen Staaten zu einem offensiven Handeln oder einer expansionistischen Politik zwingt (vgl. Mearsheimer 2001, S. 3). Im Gegensatz zur Grundprämisse des defensiven Realismus, dass Staaten nach ihrer Sicherheitsmaximierung im System streben und ihre Strategie auf der Bewahrung des Status Quo bzw. ihrer Machtposition in der Weltordnung beruht, handeln Staaten aus der Perspektive des offensiven Realismus nach dem Prinzip der Machtmaximierung (vgl. Mearsheimer 2001, S. 21 u. 1990).

Mearsheimer betrachtet aus geopolitischer Sicht die Macht als das Kernkonzept seiner Theorie für die Analyse der internationalen Beziehungen. Eine seiner sechs Hauptfragen in der *„Tragödie der Großmachtpolitik"* ist, wie Macht definiert und gemessen wird. Er behauptet, dass mit geeigneten Machtindikatoren die Machtverhältnisse der Staaten bestimmt werden können, die uns dann erlauben, die Architektur des Systems zu beschreiben (vgl. Mearsheimer 2001, S. 12). Zur Analyse der internationalen Politik fokussiert er auf die Großmächte und deren Machtressourcen, die als dominierender Akteur oder Machtpol definiert werden und die weltpolitische Ordnungsfragen bestimmen. Er definiert die tatsächliche Macht durch die Größe und Stärke der Streitkräfte und latente Macht als die Ressourcen, die ein Staat hat, um seine Streitkräfte aufzubauen (vgl. ebd. S. 44ff.). Mearsheimer berücksichtigt explizit nur materielle Fähigkeiten und nicht immaterielle Faktoren (vgl. ebd. S. 60). Mearsheimer betrachtet wirtschaftliche Ressourcen und Bevölkerungszahl als Indikatoren für latente Macht und Streitkräfte sowie die Anzahl der nuklearen Sprengköpfe als Indikatoren für die tatsächliche Macht (vgl. ebd. 60ff. u. 383).

Im Gegensatz zu den anderen hegemonialen offensiven Ansätzen spielt die Geographie für Mearsheimers Theorie eine entscheidende Rolle. Er geht von der geographischen Sicht aus, dass es keinem Staat möglich ist, globale Hegemonie zu erreichen. Das Beste, was eine Großmacht erreichen kann, ist es laut Mearsheimer, ein regionaler Hegemon zu werden, d.h. die einzige Großmacht in ihrer Region zu sein und möglicherweise eine andere Region zu kontrollieren, die in der Nähe liegt. Staaten, die regionale Hegemonie

erreichen, versuchen Großmächte in anderen Regionen daran zu hindern, ihre Macht und Hegemonie auszuüben, weil sie fürchten, dass eine rivalisierende Großmacht, die ihre Region dominiert, ein besonders mächtiger Feind sein wird. Die regionalen Hegemonen bevorzugen, dass es mindestens zwei Großmächte in anderen Regionen gibt, die sich gegenseitig kontrollieren.

4.3 Der Wandel der Weltpolitik und die Polarität der weltgeopolitischen Struktur

Der Wandel in der internationalen Machtkonstellation und die Debatte über die Polarität der Weltordnung stehen im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Diskussionen (vgl. Nolte 2006, S.17f.). Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde die Polarität des Systems unterschiedlich charakterisiert. Einige Wissenschaftler vertreten den Standpunkt, dass die Weltpolitik sich in einem unipolaren System befindet, die von der hegemonialen Machposition USA dominiert wird (vgl. Khanna 2008a u. 2008b; Layne 2007). Einige Autoren im Hinblick auf die ablehnende Haltung der Großmächte im Irakkrieg (2003), die US-Finanzkriese (2007) und die politischen und militärischen Herausforderungen der USA im Mittleren Osten vertreten die Auffassung, dass sich die von den USA dominierte biopolare Weltordnung im Niedergang befindet (vgl. Fröhlich 2016, S. 524ff.). Sie weisen im internationalen System auf einen strukturellen Wandel von Unipolarität zu einer Multipolarität hin (vgl. Khanna 2008a; Wohlforth 1999).

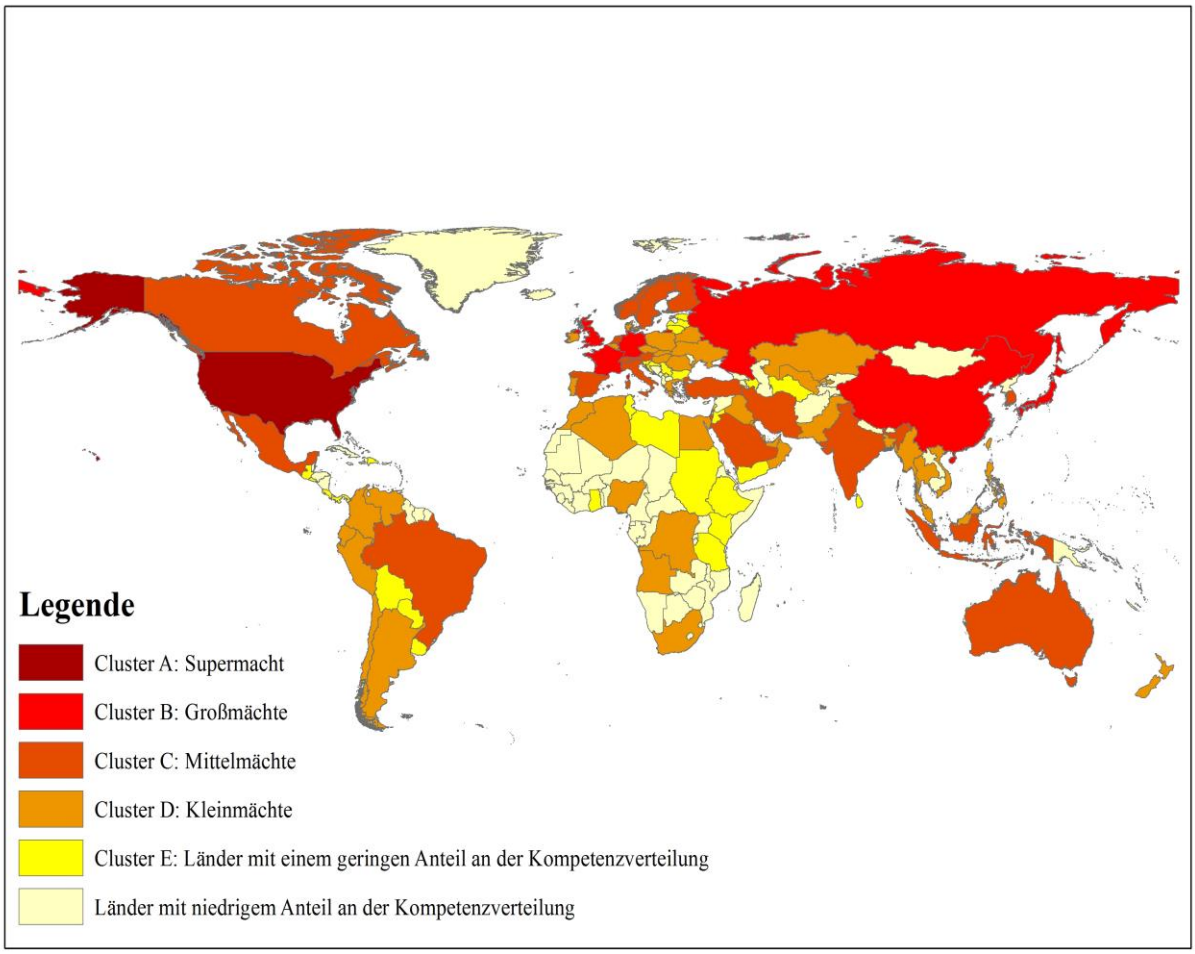
In geopolitischen Diskursen argumentieren die Mehrzahl der Autoren, dass das internationale System aufgrund der Entwicklung und des schnellen Aufstieges China zur Weltmacht als Herausforderer des Hegemonialanspruches der USA auf dem Weg zur neueren Bipolarität zwischen den USA und China sei (vgl. Kaplan 2005; Kagan 2005; Kugler 2006; Mearsheimer 2005). Huntington setzt sich gegenüber den anderen ab. Dabei beschreibt er, dass die Weltordnung von einer *„Uni-Multipolarität“* geprägt wird (vgl. Huntington 1999). Angesicht der uni-multipolaren Weltordnung greift auch Josef S. Nye auf die Argumentation von Huntington zurück, indem er von einem Drei-Ebenen-Modell spricht (vgl. Nye 2002, S. 70f.). Bei diesem Modell befindet sich die USA in militärischer Hinsicht als Supermacht auf der ersten Ebene, die durch eine unipolare Struktur gekennzeichnet sei. Die zweite Ebene bezieht sich auf die Weltwirtschaftsmächte – die USA, Europa, Japan und China –, die sich in einer unipolaren Weltstruktur etabliert haben (vgl. ebd.). Auf der untersten Ebene der Machtverteilung sieht Nye transnationale Beziehungen bzw. nicht staatliche Akteure. Damit zeichnet Nye ein komplexes Bild der Machtverteilung, die im Mittelpunkt seines Konzeptes zur Analyse der Weltpolitik steht (vgl. Nye 2002, S.71ff. u. 2004, S. 4).

Ähnlich argumentiert Werner Link, der die Machtverteilung in der Weltpolitik multidimensional analysiert. In diesem Sinne thematisiert er die Weltpolitik nach den geopolitischen Mustern Hegemonie und Machtgleichgewicht (vgl. Link 1999b, S. 71ff.). Er spricht von politischen Regionen als Hauptakteuren der neuen Weltordnung, die sich auf die machpolitische und ökonomische Konkurrenz orientieren. Für ihn bilden die Vereinigten Staaten, Russland, China, Japan, Deutschland, Frankreich und Großbritannien als *„machtpolitische Spitzengruppe; mit deutlichem Abstand gegenüber den anderen Staaten“*, die auch einen viel höheren Anteil an der Machtverteilung im internationalen System haben und ihre Position, die *durch die politische und ökonomische Multipolarität* [relativiert und] *durch die regionalistischen Substrukturen gestärkt wird* (Link 2004c).

In diesem Kontext wendet sich die vorliegende Studie der Analyse der geostrategischen Machtkonstellation der Weltpolitik von Samuel Huntington zu. Da sich die Weltpolitik immer um Macht und Kampf um Macht zwischen geopolitischen Akuteren dreht, befinden sich die Rahmenbedingungen der Weltpolitik und die Machtkonstellation im internationalen System nach dem Ende der bipolaren Weltordnung in einer strukturellen Veränderung (vgl. Link 1998, S. 12f. u. 2004c). Die entstehende Machtarchitektur ist *„a mixture or hybrid of one superpower, which is not an empire, and several major powers. It might be called a uni-multipolar system“*(Huntington 1999, S. 36f.). Die Vereinigten Staaten sind die einzige Supermacht mit Vorrang in jedem Bereich der Machtverteilung der geopolitischen Weltordnung, und sie können ihre geostrategischen Ziele und Interessen weltweit aufgrund ihrer maßgeblichen Fähigkeiten fördern und durchsetzen (vgl. Huntington 1993b, S. 81ff.). Diese globale Hegemonie der Vereinigten Staaten und ihr hoher Anteil an der Machtverteilung ergeben sich aus ihren wirtschaftlichen, militärischen, technologischen, wissenschaftlichen Fähigkeiten. Diese überragenden Fähigkeiten ermöglichten es den Vereinigten Staaten, die Weltpolitik global bestimmen zu können. Auf der zweiten Ebene befinden sich die Großmächte, die einen großen Anteil an der Machtverteilung in der geopolitischen Weltordnung haben (vgl. Huntington 2003, S. 8). Diese Großmächte können einerseits die Richtlinien der Weltpolitik beeinflussen und andererseits ihre Hegemonie über bestimmte Regionen der Welt ausüben. Sie sind aber nicht in der Lage wie die Vereinigten Staaten ihre Außenpolitik global zu betreiben. Sie werden aufgrund ihres hohen Anteils an der Machtverteilung in der internationalen Politik berücksichtigt, obwohl sie unausgesetzt untereinander in Konkurrenz stehen. Zu den Großmächten, die dieser zweiten Ebene zugeordnet werden, gehören Deutschland, Großbritannien und Frankreich in Europa, Russland in Eurasien sowie China und Japan (vgl. ebd. S. 9).

Auf der dritten Ebene sind Mittelmächte bzw. große regionale Mächte angesiedelt, die in bestimmten Gebieten der Welt überragend sind, ihre Interessen und Fähigkeiten durchsetzen. Dazu gehören Indien in Südasien, den Iran, die Türkei und Israel im Mittleren Osten, Brasilien in Lateinamerika. Diese Länder können aber im Vergleich zu oberen drei Ebenen keine wichtige Rolle in der globalen Machtkonstellation spielen (vgl. ebd. S. 9f.). Es soll auf drei Punkten in einer uni-multipolaren Weltordnung hingewiesen werden: Erstens kann die Supermacht (USA) ein Veto gegen die Handlungen anderer Großmächte schließen oder sich gegen ihre Bündnisse positionieren (vgl. Huntington 1999, S. 38). Zweitens ist die Supermacht auf die Zusammenarbeit und Hilfe der Großmächte angewiesen, um die internationalen Krisen und Konflikten zu lösen (vgl. Kagan 2004, S. 84f. u. 2003). Drittens gibt es die konkurrenzorientierten Beziehungen zwischen den Großmächten und Mittelmächten in dieser Machtkonstellation, die eine Basis für Zusammenarbeit und Antagonismus schaffen (vgl. Link 1998, S. 100ff., 1999b u. 2004c). Mit anderen Worten interessiert die Supermacht zur Sicherung des Status quo der Weltordnung, die potenziellen Herausforderer und Konkurrenten auf diesem Weg gegeneinander auszuspielen. Bei geopolitischer Strategie der Supermacht handelt es sich um die Gleichgewichtpolitik zwischen anderen Mächten, die darauf zielt, um ihre Machtposition zu sichern. In den letzten zehn Jahren hat die USA den Aufstieg Chinas auf die zukünftige Machtstruktur im internationalen System mit der Erweiterung des japanischen Militärs und der Unterstützung der wirtschaftlichen Fähigkeiten Japan ausgeglichen (vgl. Huntington 2003, S. 9). Die aufstrebende Macht eines starken vereinigten Europas unter deutsch-französischer Hegemonie wird mit den amerikanischen Sonderbeziehungen zu Großbritannien (EU-Austritt von Großbritannien) und Polen immer wieder in Frage gestellt. Die USA will die EU und die Ukraine gegenüber Russland ausspielen (z.B. die EU Wirtschaftssanktionen gegen Russland in der Ukrainekrise) (vgl. ebd. S. 9f.). Auf der regionalen Ebene kann man Beispiele wie amerikanische Unterstützung von Saudi-Arabien gegenüber dem Iran im mittleren Osten oder enge Beziehungen in Südamerika mit Argentinien, um die brasilianische Macht auszugleichen, nennen (vgl. ebd. S. 10f.).

Karte 1: Geopolitische Weltordnung und Machtverteilung im internationalen System nach Huntington



Quelle: (Eigener Entwurf.)

4.4 Analysekonzept für die Erforschung der Machtverteilung

Für die Messung von Macht in der geopolitischen Weltordnung besteht keine Einigkeit über die Analysemethoden in der Forschung (vgl. Höhn 2011, S. 3). Bei der Erforschung der Machtmessung von Staaten stehen zahlreiche Studien zur Verfügung, die sich mit der Machtstellung von Staaten und dem Entwerfen von uni-und multivariaten Modellen zur Machtmessung beschäftigen. Trotz großer Bemühungen führten diese Modelle bislang nicht zu einer umfassenden Analyse von Machtpositionen von Staaten in der Weltordnung (vgl. Liao et al. 2015, S. 1673).

Single-Variable-Ansätze sind in der Literatur der internationalen Beziehungen allgegenwärtig. Es ist unmöglich, alle Instanzen aufzulisten, in denen eine einzelne Variable verwendet wurde. Richard Merritt und Dina Zinnes gehen mit dem Verweis auf die Single-Variable-Ansätze davon aus, dass umfangreiche multivariate Datensätze unnötig sind und komplexe mathematische Berechnungen nicht benötigt werden (vgl. Merritt und Zinnes

1988a, S. 143 u. 1988b). Ein weiteres Argument ist, dass jedes Machtelement in verschiedenen Bereichen und Kontexten unterschiedliche Bedeutungen hat (vgl. Lasswell und Kaplan 1950), so dass Ansätze mit einer einzigen Variable geeignet sind, relative und situative Eigenschaften von Macht darzustellen (vgl. Baldwin 2002, S.177ff.). Das Gegenargument zu Ansätzen, die auf einzelnen Variablen basieren, lautet, dass die Macht in der realen Welt kompliziert ist und deshalb Single-Variable-Ansätze nicht für Analyse und Messung von Machtverteilung von Staaten im internationalen System ausreichend sein können (vgl. Lasswell und Kaplan 1950, S. 77ff.).

Harold Lasswell und Abraham Kaplan lehnen die Single-Variable-Ansätze zur Machtanalyse ab und betrachten sie als einseitig (vgl. ebd. S. 92f.). Im Gegensatz zu diesem Verständnis vertreten sie die Auffassung, dass Macht auf verschiedenen Grundlagen beruhen kann und keine der Formen der Macht für sich alleine stehen kann (vgl. ebd. S. 85). Die Kritiker der Einzelvariablen-Ansätze zur Messung der Machtverteilung gehen davon aus, dass diesen Ansätzen ein Verständnis zugrunde liegt, das sich auf Kriterien wie Territorium und Bevölkerung als die offensichtlichsten und verfügbaren Indikatoren zur Darstellung der Macht beziehe (vgl. Höhn 2011, S. 68). Andere Variablen wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das Militärpersonal, die Militärausgaben sowie der Ressourcen- und Energieverbrauch wurden ebenfalls häufig in empirischen Studien eingesetzt (vgl. ebd. 67ff.). Einseitige Ansätze sind jedoch auf einen Aspekt der nationalen Macht beschränkt und können nicht länderspezifische Aspekte der Länder zum Ausdruck bringen (vgl. Liao et al. 2015, S.1674). Um die Gesamtwettbewerbsfähigkeit und die Einflüsse der Länder zu messen, ist daher ein zusammengesetzter Indikator erforderlich. In diesem Zusammenhang argumentieren sie weiter, dass die internationalen Beziehungen in einem multidimensionalen und sich verändernden Kontext stattfinden. Die Methoden der Messung der Machtverteilung spiegelt diese Vielfalt wider (vgl. ebd. S.1674ff.).

Frühere Studien verwendeten einzelne variable Ansätze zur Berechnung der Machtverteilung. In diesen Ansätzen wurden Indikatoren wie Territorium und Bevölkerung Bruttoinlandsprodukt (BIP), Streitkräftepersonal und Militärausgaben zur Machtmessung betrachtet. Die Studien, die die Machtverteilung durch Einzelindikatoren messen, können keine aussagekräftige Analyse über die Gesamtkonkurrenzfähigkeit und die Machtverteilung von Staaten im internationalen System liefern, weil sie sich auf einen Aspekt beschränken. Daher ist es jedoch notwendig, neben den univariablen Methoden die multivariablen Modelle mit zusammengesetzten Indikatoren zur Analyse und Berechnung der Machtverteilung zu verwenden (vgl. Höhn 2011).

Zur Messung der Machtverteilung wurden zahlreiche multivariable Modelle vorgeschlagen. Cline verwendet einen Multivariablen-Ansatz zur Messung der Machtverteilung. Er benutzte die kritische Masse (Gesamtbevölkerung und Landfläche), die wirtschaftliche Fähigkeit, die militärische Macht, die Geostrategie und den nationalen Machtwillen, um Machtverteilung zu quantifizieren (vgl. Cline 1977 u. 1993). In einem ähnlichen Kontext bewertet die Strategic Assessments Gruppe die Macht anhand von vier Indikatoren: Bruttoinlandsprodukt (BIP), Bevölkerung, Verteidigungsausgaben und technologische Innovation (vgl. Treverton und Jones 2005).

Joseph S. Nye, ein weiterer Vertreter multivariablen Modellen, betrachtet Macht aus geopolitischer Sicht als mehrdimensional und daher entwickelte er im Rahmen seines theoretischen Analyseansatzes den Begriff *„Soft Power“* (vgl. Nye 2002, S. 178ff., 2004 u. 2007). Er unterscheidet zwischen *„Soft Power“* und *„Hard Power“* und versucht, diese beiden Konzeptionen von Macht in die quantitative Leistungsmessung zu integrieren (vgl. Nye 2007). Dabei betont Nye, dass die *„Soft Power“* die Fähigkeit sei, Einfluss auf andere Länder durch nicht-gewaltsame Mittel, wie kulturellen Einfluss, Bildungsattraktivität und technologische Ausstattung auszuüben (vgl. Nye 2004, S. 11ff.). In dieser Perspektive ist die *„Soft Power*“ eine Fähigkeit, die durch Anziehung und nicht durch Zwang oder Zahlungen entsteht (vgl. ebd.). Im Gegensatz zu früheren Multivariablen-Ansätzen ist es jedoch schwierig, *„Soft Power“* direkt zu quantifizieren, obwohl einige Indikatoren verfügbar sind (vgl. Höhn 2011, S. 48ff.; Nolte 2006, S. 11f.; Liao et al 2015, S. 1674).

Mit der Hinwendung auf das von Nye entwickelte Konzept *„Soft Power“* verwenden Wissenschaftler einen umfassenden Ansatz zur Nachhaltigkeitsmessung von Macht. Ein bemerkenswerter Ansatz ist der vom Weltwirtschaftsforum entwickelte Wachstumswettbewerbsfähigkeitsindex *„der Global Competitiveness Index“* (GCI). Der Wachstumswettbewerbsfähigkeitsindex misst die wirtschaftlichen Grundlagen der nationalen Wettbewerbsfähigkeit anhand von 12 Säulen, zu denen über 100 Indikatoren gehören. Laut Wachstumswettbewerbsfähigkeitsindex werden globale Volkswirtschaften in faktor-, effizienz- und innovationsgetriebene Phasen eingeteilt (vgl. Liao et al 2015, S. 1674). Die Berechnung des Wachstumswettbewerbsfähigkeitsindexes bezieht sich auf zwei angepasste Indizes: den sozialen Nachhaltigkeitskoeffizienten und den ökologischen Nachhaltigkeitskoeffizienten. Mit deren Hilfe wird die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit durch Multiplizieren des GCI und der angepassten Koeffizienten gemessen.

Ein weiterer Ansatz zur Nachhaltigkeitsmessung von Macht ist der Human Development Index (HDI) des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen. Der HDI verwendet nur drei Dimensionen und berücksichtigt die Indikatoren Gesundheit

(Lebenserwartung bei der Geburt), Bildung (mittlere Schuljahre und erwartete Schuljahre) und Lebensstandard (Bruttonationaleinkommen pro Kopf.) zur menschlichen Entwicklung. Der HDI ist ein Wohlstandsindikator, der durch das geometrische Mittel der dreidimensionalen Indizes die Staaten in Gruppen mit sehr hohen, hohen, mittleren und niedrigen menschlichen Entwicklungsstufen unterteilt. Ähnlich wie der GCI verwendet der HDI auch eine Reihe von angepassten Indizes, um die Ungleichheit und Armut der Geschlechter abzudecken.

Um spezifische Aspekte der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit zu messen, entwickelten Hua Liao und seine Kollegen einen Analyseansatz zur Messung der nachhaltigen Machtverteilung von Staaten *„sustainable national power“* (SNP). Das von Liao et al. entwickelte Konzept setzt sich aus 39 Indikatoren in elf Dimensionen und in drei Kategorien zusammen. Deswegen wird der von Liao et al. 2015 entwickelte multivariate Ansatz zur Analyse ausgewählt, was im Folgenden dargelegt wird.

4.5 Berechnung der nachhaltigen Machtverteilung von Hua Liao et al. (2015)

In diesem Schritt wird eine neue Perspektive basierend auf früheren Untersuchungen zur Berechnung der globalen Machtverteilung präsentiert. In diesem Zusammenhang wird auf Arbeiten von Liao et al. (2015) zurückgegriffen. Sie eröffneten eine neue Perspektive für Berechnung der Machtverteilung von Staaten, da hier die nachhaltige Machtverteilung einbezogen wird. Sie haben aus dieser Perspektive die Machtverteilung Chinas und seine Nachbarländer untersucht. Diese Perspektive setzt sich mit der nachhaltigen Machtverteilung von Staaten *„sustainable national power“* (SNP) auseinander und aus mehreren Variablen berücksichtigt (vgl. Liao et al. 2015). Sie befassten sich sowohl traditionell mit der umfassenden Nationalmacht *„Comprehensive National Power“* (CNP), und als auch mit der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit der Machtverteilung (vgl. ebd. S. 1677). In diesem Kontext definieren sie eine nachhaltige nationale Macht (SNP) als die Fähigkeit eines Landes, durch langfristige soziale und ökologische Nachhaltigkeit Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern (vgl. ebd. S. 1677ff.). Ein höheres Maß an sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit ist für ein Land von entscheidender Bedeutung, da es produktiver, kreativer und weniger anfällig für externe Herausforderungen ist und somit zu seiner nationalen Macht beitragen kann (vgl. ebd.).

Unter Berücksichtigung von umfassenden und nachhaltigen Machtfaktoren werden nach Liao et al. die passenden 39 Variablen, die einen großen Einfluss auf die Kompetenzverteilung von Machtressourcen eines Staates haben, für die Analyse formuliert

und zugeordnet (s. Tabellen 1, 2 u. 3). Es werden die Daten und Informationen in Bezug auf die Machtverteilung von sieben Großmächten gesammelt, die einen bestimmten Einfluss auf ihre Position und Machthierarchie in der Weltpolitik haben. Die Datensammlung stützt sich größtenteils auf die Bestimmung von Faktoren und Variablen aus den Fachzeitschriften, Büchern und Internetquellen. Die Fakten und Zahlen stammen für den internationalen Bereich aus den statistischen Jahrbüchern der Weltbank, dem Weltwirtschaftsforum, dem Human Development Index 2017 (HDI: Bericht für die menschliche Entwicklung), dem *„Global Firepower“* Index für das Jahr 2017; und für den nationalen Bereich aus dem statistischen Jahrbuch des Bundesamtes von 2017. In letztem Schritt werden die Resultate und Klassifikationen zur besseren Übersicht und zu einem besseren Verständnis in Karten und Tabellen dargestellt. Wenn es sich um raumbezogene Daten handelt, ist die Visualisierung der Ergebnisse in Karten ein hilfreiches Mittel, da Visualisierungen einen hohen Informationsgehalt darstellen. Dementsprechend werden die Resultate der Analyse als Karten abgebildet.

Die Machtverteilung ist nach Liao et al. wie folgt berechnet worden: Zunächst wird die umfassende Machtverteilung mit klassischen Ansatz (CNP) berechnet. Danach werden die angepassten Indikatoren zur Messung der nachhaltigen Machtverteilung eingeführt (vgl. Liao et al. 2015, S. 1675f.). Dem folgt die Berechnung der Machtverteilung von Staaten durch die umfassende und nachhaltige Machtverteilung (s. Formel 1).

Formel 1: Formel für die Berechnung der nachhaltigen und umfassenden Machtverteilung

$$\text{SNP} = \text{CNP} \times \text{SNP-Adjusted Index}$$

4.5.1 Berechnung der umfassenden Machtverteilung

Auf der Basis der vorgestellten Untersuchungsmodelle und dem Liao et al. (2015) werden für die vorliegende Arbeit fünf Dimension für die Berechnung der umfassenden Machtverteilung unterschieden und folgende Indikatoren aus vorherigen Studien festgelegt (s. Tabelle 1). Die endgültige Berechnung der umfassenden Machtverteilung wird mit folgender Formel nach Liao et al. berechnet (s. Formel 2):

Formel 2: Formel für die Berechnung der umfassenden Machtverteilung

$$\text{CNP} = \frac{1}{5}\,(CM + E + T + M + CA)$$

Dabei beschreibt CM die Kritische Masse eines Landes, nämlich die Gesamtbevölkerung, die Landfläche, die Energieproduktion und die natürlichen Ressourcen, der Buchstabe E bezieht sich auf die wirtschaftliche Stärke, T steht für die technikwissenschaftliche Stärke, M

bezeichnet die militärische Macht eines Staates und CA repräsentiert die kulturelle Anziehungskraft eines Landes in der Weltpolitik (vgl. ebd. S. 1676).

Für den nächsten Schritt werden die bestimmten Indikatorwerte für die jeweiligen Dimensionen mit den zwei folgenden Formeln in eine Rating-Skala 0-100 normalisiert (s. Formel 3). Es wird die Punktzahl für die umfassende Machtverteilung durch sukzessive Aggregationen berechnet. Die Indikatoren innerhalb einer Dimension werden mit gleichem Gewicht durch das arithmetische Mittel aggregiert. Der Gesamtpunkt der umfassenden Machtverteilung wird auf 0-100 (niedrig-hoch) normalisiert (vgl. ebd. 1676f.).

Formel 3: Formel für die Normalisierung des Indikatorwertes

$$positive\ Indikatorwert = 100 \times \frac{Realwert - Minimalwert}{Maximalwert - Minimalwert}$$

$$negative\ Indikatorwert = 100 \times (1 - \frac{Realwert - Minimalwert}{Maximalwert - Minimalwert})$$

Tab. 1: Liste der verwendeten Dimensionen und Indikatoren für die Berechnung der umfassenden Machtverteilung (CNP)

Ziffer	Dimension	Indikator-Code	Indikator
1	Wirtschaftlich	X1	Bruttoinlandsprodukt
2	Militärisch	X2	Militärausgaben
		X3	Personal der Streitkräfte
		X4	Waffenimporte und -exporte
		X5	Kernkompetenz
3	Technologisch Wissenschaftlich	X6	F & E-Ausgaben
		X7	Forscher
		X8	Wissenschaftliche Beiträge
		X9	Patentanmeldungen
4	Kulturell	X10	Filmproduktion
		X11	Olympische Medaillen
		X12	Weltkulturerbe
		X13	Internationale Messen und Ausstellungen
		X14	ausländische Studierende
5	Kritische Masse	X15	Gesamtbevölkerung
		X16	Landfläche
		X17	Energieproduktion
		X18	Natürliche Ressourcen

Quelle: (Liao et al. 2015, S. 1677)

4.5.2 Die angepassten Indikatoren zur Messung der nachhaltigen Machtverteilung

Die Indikatoren der nachhaltigen Machtverteilung werden als geometrischer Mittelwert von Umwelt- und Sozialindikatoren berechnet (s. Formel 4). Die Verwendung von geometrischem Mittelwert wird von HDI übernommen. Die angepassten Indikatoren werden auf 0-1 (niedrig-

hoch) normalisiert. Es werden drei Dimensionen für Berechnung der sozialen und ökologischen Machtverteilung identifiziert und entsprechende Indikatoren ausgewählt. (s. Tabellen 2 u. 3).

Formel 4: Formel für die Berechnung der sozialen ökologischen Machtverteilung

$$SNP\text{-}adjusted\ Index = (Social\text{-}adjusted\ Index \times Environmental\text{-}adjusted\ Index)^{1/2}$$

Tab. 2: Liste der verwendeten Dimensionen und Indikatoren für die Berechnung der sozialen Machtverteilung

Ziffer	Dimension	Indikator-Code	Indikator
1	Gesundheitssystem	X19	Lebenserwartung
		X20	Gesundheitsausgaben
		X21	Zugang zu verbesserten Sanitäranlagen
2	Bildung	X22	Bildungsausgaben
		X23	Alphabetisierungsgrad
		X24	Einschulung
		X25	Durchschnittliche Schuljahre
		X26	Erwartete Schuljahre
3	ausgeglichene Gesellschaft	X27	Gute Regierungsführung
		X28	Geschlechterungleichheit
		X29	Armut
		X30	Arbeitslosigkeit
		X31	Bevölkerungswachstum
		X32	Alterung der Bevölkerung

Quelle: (Liao et al. 2015, S. 1677f.)

Tab. 3: Liste der verwendeten Dimensionen und Indikatoren für die Berechnung der ökologischen Machtverteilung

Ziffer	Dimension	Indikator-Code	Indikator
1	Erneuerbare Ressourcen	X33	Erneuerbarer Energieverbrauch
		X34	Erneuerbare Süßwasser-Ressourcen
		X35	Anteil Erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch
2	Natürliche Ressourcen und Biodiversität	X36	Wald
		X37	Erschöpfung der natürlichen Ressourcen
		X38	Biodiversität
3	Kohlenstoff-Reduktion	X39	CO2 Emissionen

Quelle: (Liao et al. 2015, S. 1678f.)

4.6 Deutschlands Machtverteilung im internationalen System

In diesem Abschnitt wird die Machtverteilung Deutschlands im internationalen System diskutiert. Daher werden die Ergebnisse wie folgt zusammengefasst: Die Karten 2, 3 und 4 zeigen die umfassende und nachhaltige Machtverteilung von sieben Weltmächten. Nach der Berechnung der umfassenden Machtverteilung (CNP) ist die hegemoniale Stellung der Vereinigten Staaten eindeutig und wird von China, Russland, Japan, Deutschland,

Großbritannien und Frankreich gefolgt. Die USA steht in fünf Dimensionen, die sich aus wirtschaftlichen, militärischen, technologisch-wissenschaftlichen und kulturellen Fähigkeiten ergeben, an der Spitze (s. Tabelle 4 sowie Karte 2).

Anhand sozial-ökologischer Indikatoren für die Berechnung der Machtverteilung zwischen Großmächten steht Deutschland auf Rang 1, gefolgt von Großbritannien auf Rang 2 und von den Vereinigten Staaten von Amerika auf Rang 3. Zwar steht Deutschland nach der Berechnung der umfassenden Machtverteilung (CNP) auf Rang 5, steigt aber aufgrund seiner besseren Bewertung in sozial-ökologischen Indikatoren insgesamt auf Platz zwei der Berechnung der nachhaltigen Machtverteilung der Großmächte (s. Tabelle 4 sowie Karte 3 und 4). Deutschland hat geopolitisch gesehen einen Mangel an Landfläche und natürlichen Ressourcen. Deswegen steht Deutschland im Vergleich zu den anderen Großmächten nach der kritischen Masse-Dimension auf Rang 5 (s. Tabelle 5). In der Analyse der umfassenden Machtverteilung ergibt sich aus den wirtschaftlichen, kulturelleren und technologisch-wissenschaftlichen Fähigkeiten eine führende Rolle Deutschlands, in die auch die Wettbewerbsfähigkeit und die großen Investitionen in Forschung und Entwicklung einzubeziehen sind. Deutschland gehört zu den stärksten Militärstaaten im internationalen Maßstab mit Beteiligung an der NATO und mit hohen Militärausgaben, Waffenexporten und einer mittelgroßen, stark informierten Militärmacht. Deutschland steht im Vergleich zu den Militärausgaben anderer Großmächten auch ohne atomare Waffen auf Rang 6. Schließlich wird die umfassende Machtverteilung von Deutschland durch seinen starken kulturellen Einfluss mit Rang 3 weiter gestärkt (s. Tabelle 5). Deutschland weist auch eine hohe Wettbewerbsfähigkeit in der Dimension der sozial-ökologischen Machtverteilung auf. In Gesundheitssystemindikatoren schneidet Deutschland hervorragend mit langer Lebenserwartung, hohen Gesundheitssaugaben, guter medizinischer Versorgung, moderner Sanitäranlagen und einer hohen HDI-Bewertung ab (s. Tabelle 6). Bei den Bildungsindikatoren steht Deutschland nach Großbritannien und Japan auf dem 3.Platz (s. Tabelle 6). Deutschland hat in Bezug auf die soziale Nachhaltigkeit im Vergleich zu den anderen Großmächten eine ausgeglichene Gesellschaft. Ein großes Problem für die nachhaltige Machtverteilung Deutschlands ist das negative Bevölkerungswachstum und ein hohes Maß an der Alterung der Bevölkerung. Eine stärkere Beteiligung an ökologischer Nachhaltigkeit steht im Interesse der deutschen Politik und Gesellschaft (s. Tabelle 6). Deutschland steht nach der Berechnung der umfassenden Machtverteilung (CNP) in vier Dimensionen (Kritische Masse, wirtschaftliche Stärke, technologische Stärke und kulturelle Anziehungskraft) auf Platz 5. Trotz des Mangels an natürlichen Ressourcen und

Ressourcenproduktivität bilden aber die großen Investitionen in Forschung und Entwicklung die Grundlage für die Entwicklung und überragendes Wirtschaftswachstum des Landes. Daher erhöhen sich die technologischen Ergebnisse in der Forschung für Deutschland in der Analyse. In beiden sozial-ökologischen Indikatoren sprechen die Statistiken für einen langfristig nachhaltigen Machtanteil Deutschlands im internationalen System. Deswegen steht Deutschland in der Rangliste auf dem 1.Platz und rutscht aber insgesamt nach der Berechnung der nachhaltigen Machtverteilung auf Rang 2. Bei zwei Indikatoren (der kritischen Masse und der militärischen Stärke) hat Deutschland ein großes Defizit, deswegen steht in der Rangliste auf dem 5. und 6. Platz. Obwohl Deutschland sich im Hinblick auf seine schwache CNP auf Platz 3 platziert. Die Stärken Deutschlands im Gesundheitssystem (Rang 1), in der Bildung (Rang3) und in einer ausgeglichenen Gesellschaft (Rang 1) führen das Land auf die erste Position. Nach der Berechnung der ökologischen Indikatoren ist festzustellen, dass sich Deutschland nach der Wiedervereinigung kontinuierlich verbessert hat und einen mittleren Platz hinsichtlich der ökologischen Machtverteilung unter den untersuchten sieben Großmächten einnimmt. Tabelle 6 zeigt Punkte der Indikatoren und Rangstufen von sieben Vergleichsländern. Bezogen auf die erneuerbaren Energien steht Deutschland auf Platz 3. Die USA (Platz 1) und China (Platz 2) liegen in diesem Bereich vor Deutschland. Im Bereich der Kohlenstoff-Reduktion steht Deutschland an der 2. Stelle und liegt dabei hinter Frankreich, aber deutlich vor Großbritannien (3) und den USA (4). Bei dem Indikator, natürliche Ressourcen und Biodiversität, liegt Deutschland auf Platz 4 und zwar vor Großbritannien (5), China (6) und Japan (7). Auf dem ersten Platz liegt hier Russland, gefolgt von den USA und Frankreich (s. Tabelle 7).

Tab. 4: Ergebnisse der Berechnung der umfassenden und nachhaltigen Machtverteilung

Kategorie	**CNP**		**SNP-Adjusted Index**		**SNP**	
Land	Punkt	Rang	Punkt	Rang	Punkt	Rang
USA	94.15	1	0.60	3	56.49	1
Deutschland	**68.03**	**5**	**0.67**	**1**	**45.58**	**2**
Großbritannien	65.97	6	0.64	2	42.22	3
China	83.27	2	0.49	6	40.80	4
Japan	69.31	4	0.52	5	36.04	5
Frankreich	60.48	7	0.55	4	33.26	6
Russland	74.22	3	0.44	7	32.65	7

Tab. 5: Ergebnisse der Berechnung der umfassenden Machtverteilung (CNP)

Dimension	Kritische Masse		Wirtschaftlich		Technologisch-wissenschaftlich		Militärisch		Kulturell	
Land	Punkt	Rang	Punkt	Rang	Punkt	Rang	Punkt	Rang	Punkt	Rang
Deutschland	**59.67**	**5**	**75.13**	**4**	**75.84**	**2**	**50.71**	**6**	**74.42**	**3**
USA	85.15	1	95.78	1	91.47	1	100	1	92.53	1
Japan	64.82	4	83.44	3	70.48	4	45.11	7	63.87	5
China	83.77	2	89.37	2	73.01	3	75.07	3	80.09	2
Russland	82.91	3	62.08	7	45.12	7	80.64	2	60.0	6
Großbritannien	56.07	6	69.29	5	65.95	5	63.19	4	72.21	4
Frankreich	50.63	7	67.74	6	58.46	6	60.87	5	58.38	7

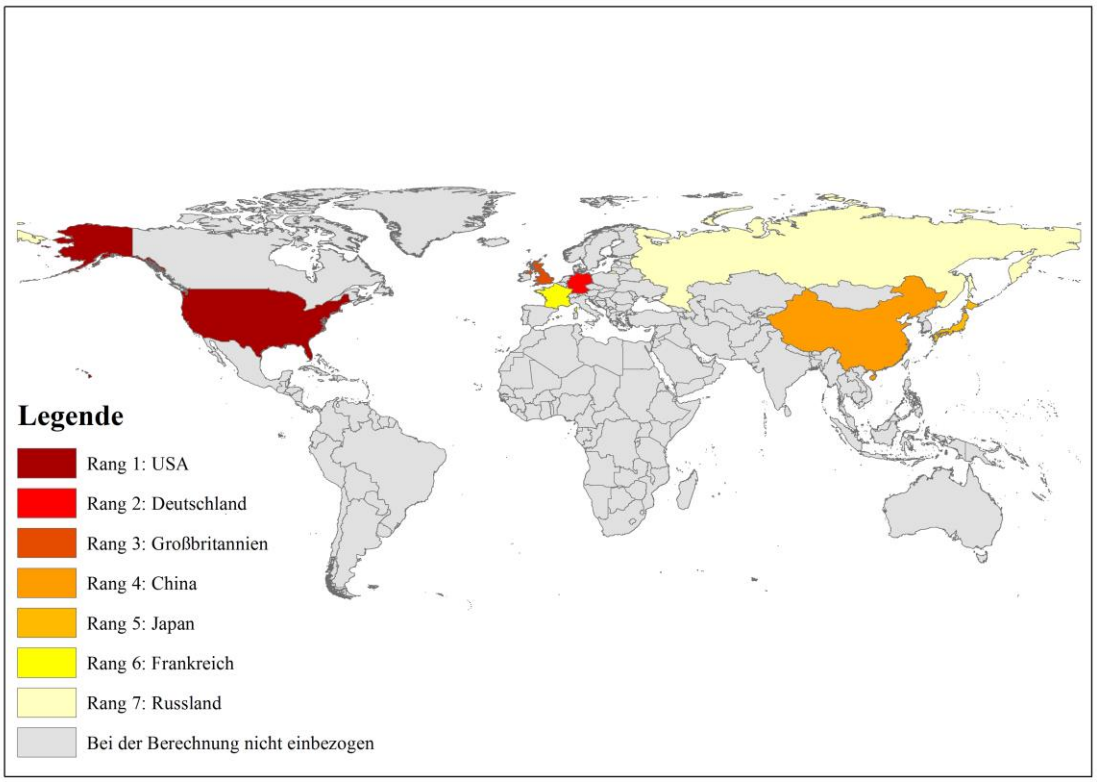
Tab. 6: Ergebnisse der Berechnung der sozialen Machtverteilung

Dimension	**Gesundheitssystem**		**Bildung**		**Ausgeglichene Gesellschaft**	
Land	Punkt	Rang	Punkt	Rang	Punkt	Rang
Deutschland	**1.00**	**1**	**0.80**	**3**	**0.81**	**1**
USA	0.79	4	0.74	5	0.72	4
Japan	0.78	5	0.82	2	0.61	5
China	0.58	7	0.65	7	0.55	6
Russland	0.64	6	0.68	6	0.49	7
Großbritannien	0.89	2	0.87	1	0.79	2
Frankreich	0.85	3	0.75	4	0.75	3

Tab. 7: Ergebnisse der Berechnung der ökologischen Machtverteilung

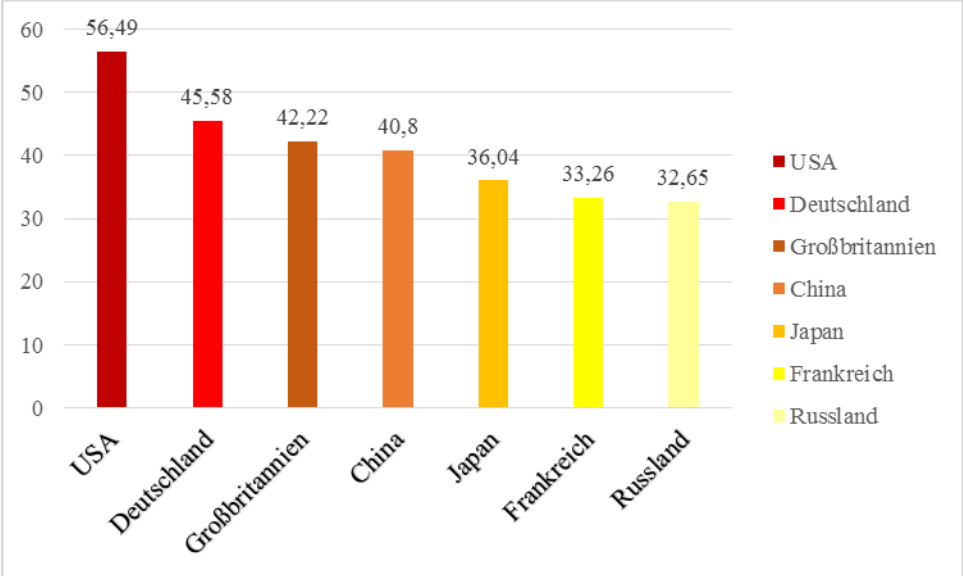
Dimension	**Erneuerbare Ressourcen**		**Natürliche Ressourcen und Biodiversität**		**Kohlenstoff-Reduktion**	
Land	Punkt	Rang	Punkt	Rang	Punkt	Rang
Deutschland	**0.65**	**3**	**0.62**	**4**	**0.78**	**2**
USA	0.75	1	0.75	2	0.65	4
Japan	0.54	5	0.49	7	0.51	6
China	0.72	2	0.50	6	0.58	5
Russland	0.34	7	0.78	1	0.45	7
Großbritannien	0.58	4	0.55	5	0.68	3
Frankreich	0.50	6	0.64	3	0.82	1

Karte 2: Ranking der Weltmächte nach ihrem Anteil an der umfassenden und nachhaltigen Machtverteilung im internationalen System 2017

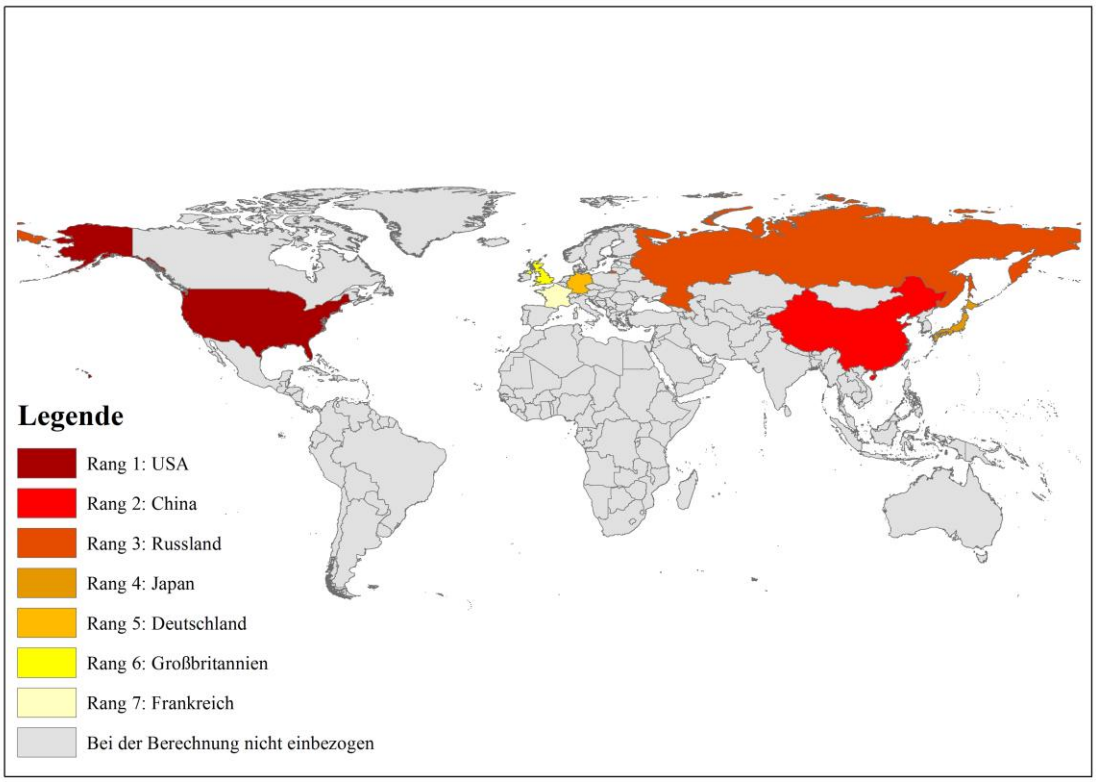


Quelle: (Eigener Entwurf.)

Diagramm 1: Die Weltmächte und ihre umfassende und nachhaltige Machtverteilung im internationalen System 2017

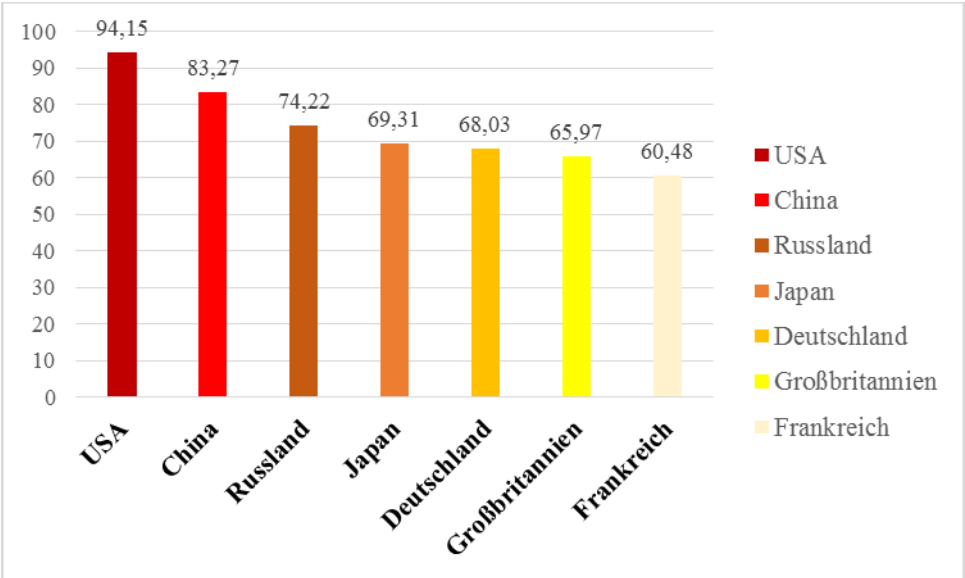


Karte 3: Ranking der Weltmächte nach ihrem Anteil an der umfassenden Machtverteilung 2017

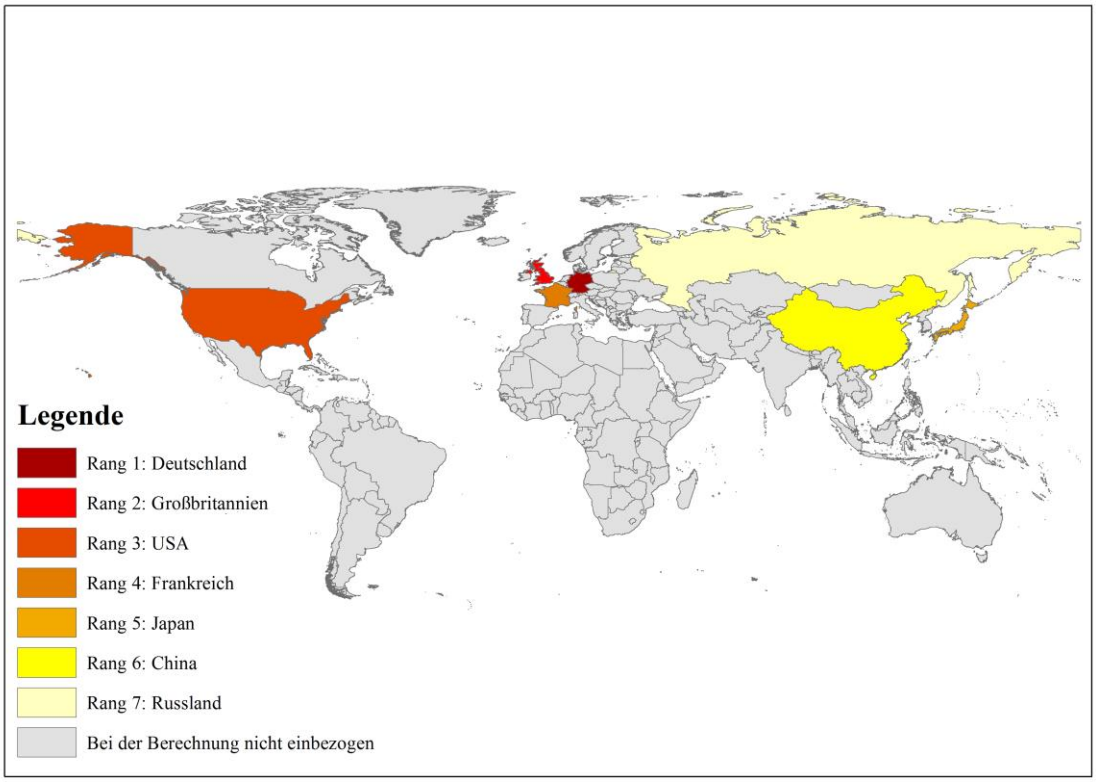


Quelle: (Eigener Entwurf.)

Diagramm 3: Die Weltmächte und ihre umfassende Machtverteilung im internationalen System 2017

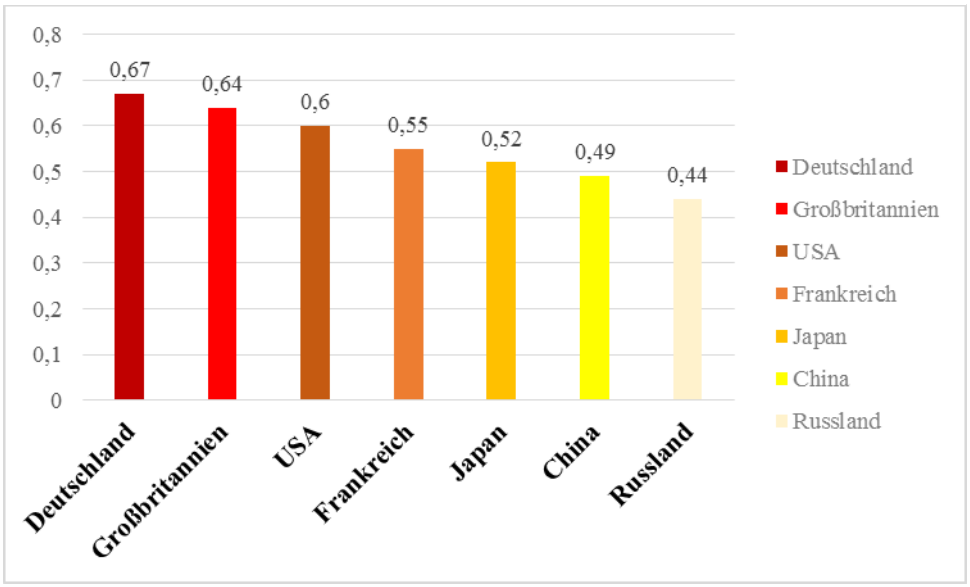


Karte 4: Ranking der Weltmächte nach ihrem Anteil an der nachhaltigen Machtverteilung 2017



Quelle: (Eigener Entwurf.)

Diagramm 5: Die Weltmächte und ihre sozial-ökologische Machtverteilung im internationalen System 2017



Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Deutschland seit dem Ende des 19. Jahrhunderts aufgrund seiner Bevölkerungszahl, seiner Militär- und Hochschulpolitik und seiner fortgeschritten Wirtschafts-Industriestruktur zu den führenden Mächten der Welt gehört. Die machtpolitischen Konflikte der Großmächte bzw. der Flügelmächte Russland und Großbritannien im Ersten und Zweiten Weltkrieg und später der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion im Kalten Krieg um die Vorherrschaft in der Weltpolitik und in Europa trugen aus historischer Perspektive dazu bei, dass sich Deutschland angesichts seiner zunehmenden machtpolitischen Stellung als Zentralmacht Europas etablierte. Daher wird Deutschland oft als ein Land betrachtet, das in der westlichen Kultur verankert, in den transatlantischen Raum intergiert und an der europäischen Union orientiert ist. Gleichzeitig hat es Interesse an der strategischen Partnerschaft mit Russland in einem eurasischen Raum. Diese einzigartige Mittellage Deutschlands ist für die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in seiner Außenpolitik nach der Wiedervereinigung von entscheidender Bedeutung.

Aufgrund der geopolitischen Strukturveränderungen des internationalen Systems nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes haben sich sowohl die geopolitische Weltordnung in den letzten beiden Jahrzehnten als auch die Wahrnehmung der deutschen Außenpolitik geändert. Deutschland erhält durch den Zwei-plus-vier-Vertrag seine volle Souveränität und erweitert sich damit geographisch um das Gebiet der DDR (vgl. Zimmer 2009, S. 68; Haftendorn 2012, S. 16; u. 2007, S. 9). Die deutsche Einheit hat das Machtgleichgewicht in Europa erheblich verändert. Deutschland etablierte sich wieder als dominierende Macht im Zentrum Europas (vgl. Schwarz 1999). Während sich die Sowjetische Union auflöste und das weltpolitische Gewicht Frankreichs und Großbritanniens abnahm, gewann die Bundesrepublik Territorium, Bevölkerung und wirtschaftliches Potential (vgl. Zimmer 2009, S. 72; Schröder 2011, S. 55f.). Einerseits war Deutschland seinerseits vor allem bei der Formulierung eines neuen strategischen Außen- und Sicherheitspolitischen Konzepts wegen seines politischen und wirtschaftlichen Gewichts in der der neuen Mittellage gefordert, anderseits kann die Frage von Nachbarn und Großmächte aufkommen, wie die Rückkehr Deutschlands zu hegemonialen Aspirationen beschränkt werden können.

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der bipolaren Weltordnung entstand eine von den USA geführte unipolare Weltordnung, die sich bis Ende des 20 Jahrhunderts entwickelte. Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 befindet sich die Weltpolitik in einem uni-multipolaren System (vgl. Huntington 1999, S. 36f.). Einerseits erscheint die amerikanische Außenpolitik als Supermacht nicht mehr handlungsfähig zu sein und andererseits verweisen konkurrierende Machtansprüche der Großmächte darauf, dass sich die

geopolitische Weltordnung im Übergang vom uni-multipolaren System zu einem multipolaren Netzwerk befindet. Dieser strukturelle Wandel im globalen System wirkt sich auf die deutsche Außenpolitik seit der Wiedervereinigung aus. Gerade deshalb sollten die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik im Hinblick auf diesen Wandel der Machtverteilung im internationalen System und im Rahmen der makroprozessualen Tendenzen und Strukturen der Weltpolitik erfasst werden.

Bezeichnenderweise bewertet Matthias Zimmer, dass die Rahmenbedingungen der deutschen Außenpolitik komplexer und ihre Wahlmöglichkeiten vielfältiger geworden seien. Er stellte fest, dass die deutsche Außenpolitik „*vor 1989 eine Vorstellung ohne Macht*“ gewesen sei, demgegenüber sei „sie *heute eher Macht ohne Vorstellung*“ (Zimmer 2014, S. 80). Er betonte, dass die Handlungsmaximen der deutschen Außenpolitik bislang nicht von Bundesregierung eindeutig geordnet und ihre Prioritäten nicht festgestellt worden seien. Aus der Sicht von Zimmer fehlt es an einer Traditionslinie der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung, die zu ihrer Unterdeterminiertheit geführt habe. Dabei wendet er sich gegen die beschriebene Unterdeterminiertheit, die für Deutschland als Zentralmacht im Zentrum Europa auf Dauer kontraproduktiv sei (vgl. Zimmer 2014, S. 80).

Aus diesem Hintergrund ergibt sich die Frage, welche Bedeutung die raumrelevanten Determinanten auf internationaler und innerstaatlicher Ebene für die geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik haben und wie sich das geopolitische Denken historisch entwickelt und sich auf geopolitische Codierungen in der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung auswirkt. Mit Fokussierung auf die geopolitische Lage lässt sich zeigen, dass diese geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik auf der Grundlage gerade dieser geopolitischen Gegebenheiten in ihren räumlichen Beziehungsstrukturen begründet wurde und sich historisch weiterentwickelte, was im folgenden Kapitel thematisiert wird.

5 Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik und der weltgeopolitischen Modelle vor und nach 1990

„*Denn von Geburt an befand sich das Deutsche Reich in einer machtpolitischen Lage, die man als halbhegemonial bezeichnet hat, zu stark, um von den anderen ignoriert oder übersehen werden zu können, zu schwach, um aus eigner Kraft die Hegemonie über den Kontinent errichten zu können.* […] *dass diese Erwägung immer wieder eine Rolle spielte, dass die Deutschen wiederholt und mit unterschiedlichen Mitteln und Methoden versucht haben, der geostrategischen Falle durch die Flucht nach vorn zu entkommen* […] *Deutschland seit Jahrelang setzt sich mit der fehlenden Kraft aber immer noch den bestehenden Willen zur Behauptung seiner Stellung in der Mitte des Europäischen Kontinents"* (Schöllgen 2013a, S. 30ff.).

In diesem Kapitel wird zunächst eine kurze Darstellung der Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik hinsichtlich der weltgeopolitischen Struktur in zwei Epochen von der Reichsgründung 1871 bis 1945 und nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur deutschen Wiedervereinigung gegeben und historisch und systematisch erläutert. Da die geopolitische Analyse bzw. die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung nicht nur aus der Betrachtung der geopolitischen Ereignisse der Gegenwart abgleitet werden können und die raumpolitischen Zusammenhänge *„nichts anderes als zeitgebundene Bewertungen der Arena, als grundlegend wichtige Rahmenbedingungen politischen Handelns"* (Boesler 1997, S. 316) sind, wird der historische Abriss mit der deutschen Reichsgründung begonnen, weil diese Epoche der Anfang des modernen Staates Deutschland ist und weil darüber hinaus diese Periode einiges Licht auf die Faktoren wirft, die für die Analyse der Prozesse deutscher Außenpolitik seit der Wiedervereinigung von Bedeutung sind. Diese historischen Erkenntnisse sind wichtig und aufschlussreich, um zu verstehen, wie die geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik historisch entstanden sind und inwiefern sie sich auf die weitere Entwicklung der Außenpolitik des wiedervereinigten Deutschlands ausgewirkt haben. Ausgehend von diesem Grundverständnis wird anschließend die Weiterentwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung ausführlich näher behandelt.

5.1 Die weltgeopolitische Struktur und die deutsche Außenpolitik von 1871 bis 1945

Das Ende des 19. Jahrhunderts war der Höhepunkt des europäischen Imperialismus und die Zeit, in der die neuen außereuropäischen Großmächte – die USA und Japan – sowie Deutschland in der Mitte Europas eine globale Bedeutung erhielten (vgl. Agnew und Muscara 2012, S. 61). In diesem Zeitraum, wie Halford Mackinder erwähnt hatte, war die Erweiterung des weltweiten Imperialismus in die *„offenen Räume“*, die mit Kolumbus Reise 1492 begonnen hatte, zu Ende gegangen (vgl. Mackinder 1904, S. 422). Die Expansionsphase des Kolonialismus mit der Eroberung und Entdeckung der entfernten Regionen wurde durch eine neue Phase, die Mackinder als post-kolumbianische Epoche bezeichnet hatte, ersetzt (vgl. Parker 1982, S. 151f.). Aus diesem Anlass benötigten die Staaten einen neuen Diskurs, um ihr Handeln zu legitimieren. Nach der Entdeckung und Eroberung neuer Räume erreichte das Wettrennen der Großmächte zur Entdeckung weiterer Räume ihren Höhepunkt. Unter diesen Umständen kam die Frage auf, wie diese Räume verwaltet werden können (vgl. Mackinder 1919, S. 65).

Der Zeitraum von 1871 bis 1945 war aufgrund der Entstehung der neuen Großmächte von einer grundlegenden Instabilität in der globalen Ökonomie geprägt, die ihren Weg in die internationalen Märkte hinein entwickeln wollten, die von der wichtigsten kolonialen Macht Großbritannien kontrolliert wurden. Vor diesem Hintergrund forderten die neuen Großmächte Großbritanniens Hegemonie heraus (vgl. Agnew und Muscara 2012, S. 63). Das Ergebnis war auf der einen Seite die Erosion des zentrierten Finanz- und Handelssystems von Großbritannien und die Entstehung einer Reihe von rivalisierenden Imperialstaaten, die die Welt nach ihren geostrategischen Interessen aufteilten (ebd. S. 62f.). Auf der anderen Seite wurde das politische Weltsystem von polarisierten Großmächten in zwei Richtungen eingeteilt. Eine wurde von Großbritannien, Frankreich und USA angeführt und war auf den Freihandel und den Imperialismus ausgerichtet. Die andere Richtung wurde von Deutschland, Italien und Japan zur Erweiterung ihrer kolonialen Besatzungen angeführt und forderte die Dominanz der vorherigen Weltordnung heraus (ebd. S. 61ff.). Der Erste und Zweite Weltkrieg können als eine unvermeidliche Folge der Wettbewerbsverhältnisse zwischen Deutschland auf der einen Seite und den herrschenden Mächten auf der anderen Seite angesehen werden (vgl. O' Tuathail 1996).

Die Geopolitik entstand aus dieser weltpolitischen Struktur in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts überwiegend als eine Art politikwissenschaftlicher Staatstheorie. Ratzel leitete aus physischen geographischen Gegebenheiten die Erklärung raumwirksamen Handelns ab (vgl. ebd.). Aus seiner Perspektive spielten die geographischen Elemente

„Lage“, *„Raum“* und *„natürliche Bedingungen“* eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung der politischen Lebensformen und waren für die Erklärung räumlicher Gegebenheiten von Bedeutung (vgl. Ratzel 1903, S. 4). Anfang des 20. Jahrhunderts nennt Kjellén die Untersuchung der Beziehungen zwischen Mensch und Erde als Wesenspunkt der Disziplin und hebt den Unterschied zwischen Politischer Geographie und Geopolitik hervor. Den Begriff *„Geopolitik“* prägte er in seinem Werk *„Der Staat als Lebensform“* (Kjellén 1924, S. 30). Mit der Entfaltung dieser klassischen Geopolitik betonte der amerikanische Admiral Alfred Thayer Mahen in zwei historischen Untersuchungen die strategische Durchsetzungskraft von Seemacht und spekulierte über deren Wirksamkeit auch gegenüber der eurasischen Landmasse (vgl. Mahan 1897, S. 124). Die Geschichte der Seekriege zeige, so Mahen, dass die Weltmächte auch Seemächte gewesen seien (vgl. Mahan 1905). Halford Mackinder stellte 1904 das Modell der Geopolitik *„Heartland“* bzw. *„Kernland“* her (vgl. Mackinder 1904, S. 431ff.). Der deutsche Musterfall einer solchen Politik war der geplante und begonnene Ausbau der Bagdadbahn vor dem Ersten Weltkrieg (vgl. Scharl 2008, S. 13). Innerhalb der geopolitischen Tradition ist Spykman vor allem dafür bekannt, dass er gegenüber der Mackinder'schen Betonung des *„Heartland“* die Bedeutung des *„Rimland“* Eurasiens hervorhob, insbesondere Westeuropas und Südostasiens (vgl. Ò Tuathail 2001). Darüber hinaus machte sich der deutsche Geopolitiker Karl Haushofer die geodeterministische Argumentation Ratzels zu eigen und ging von der geopolitischen Position aus, dass Geopolitik eine Lehre zur Erklärung politischer Zusammenhänge aus räumlichen Bedingungen ist (vgl. Haushofer 1937, S. 8ff.). Diese geodeterministische Perspektive Haushofers wurde durch die nationalsozialistische Ideologie aufgegriffen und zu einem wesentlichen Begründungsmuster ihrer Taten. Inwiefern sich die geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik sowohl von der weltgeopolitischen Struktur (1871-1945) als auch von diesen beschriebenen geopolitischen Sichtweisen und deren Grundprämissen leiten lassen, wird im folgenden Abschnitt behandelt.

5.2 Geopolitische Codierungen in der deutschen Außenpolitik von 1871 bis 1945

Für die Zeit vor der Reichsgründung im 19. Jahrhundert wird von Historikern ein Machtvakuum im Zentrum Europas konstatiert. Dieses Gebiet hatte immer eine wesentliche Bedeutung für die europäischen Großmächte (vgl. Ullmann 1995, S. 14f.). Das große Interesse der Großmächte verursachte eine andauernde Instabilität, die zur Kollision und zum Schlachtfeld die europäischen Mächte um Hegemonie über dieses Gebiet führte (vgl. Schöllgen 2013a, S. 11ff.; Ullmann 1995, S. 15ff.). Die geopolitischen Bedingungen und Hintergründe der Reichsgründung auf der internationalen Ebene wurzelten in den Ereignissen

wie der *„Dreißigjährige Krieg“*, die*„Wiener Konferenz“*, der*„Krimkrieg“* und die *„Napoleonische Kriege“* einerseits, die sich historisch im kollektiven Gedächtnis des deutschen Volkes etablierten (vgl. Hildebrand 1995, S. 61; Zimmer 1997, S. 25), anderseits geht im Inneren auf wirtschaftliche, soziokulturelle und politische Rahmenbedingungen zurück, die Spielraum für die Deutschen ermöglichten, um ihren fragmentierenden Charakter in seiner labilen und unsicheren Lage in der Mitte Europa zu vereinigen und ihre eigene Sicherheit und Unabhängigkeit in der Konkurrenz mit den europäischen Mächten zu verwirklichen (vgl. Stürmer 1985b, S. 315f. u. 1998, S. 406f.).

Nach dem Krimkrieg hatten zwei Weltmächte, nämlich Russland und Großbritannien, weniger Interesse an Europa und ihre Einflussnahme auf das Zentrum des europäischen Kontinents hatte abgenommen. Aus dieser Situation ergab sich eine vorteilhafte Ausganglage für Deutschland, in der Preußen den deutschen Nationalstaat gründen konnten. Zwar schuf die politische Kluft zwischen Russland und Großbritannien und der Rückzug der beiden Mächte aus dem Zentrum Europas einerseits und der Zusammenbruch der europäischen Pentarchie als ein weltpolitisches System andererseits eine strukturelle Rahmenbedingung in der internationalen Staatenwelt für die Gründung des deutschen Nationalstaates, aber es ergab sich daraus eine paradoxe Lage für die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik, die wesentlich und wechselseitig vom *„ Verhältnis der beiden Flügel- und Weltmächte Großbritannien, später dann der Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und Russland bzw. der Sowjetunion andererseits zueinander und gegenüber Deutschland“* (Hildebrand 1995, S. 62) abhing. Diese internationale Konstellation spielte eine wichtige Rolle für die Entwicklung der geopolitischen Codierung in der deutschen Außenpolitik zu ihren Raumbeziehungsstrukturen zwischen den beiden Flügelmächten, die wesentlich mit der Verortung Deutschlands und seiner Mittellage zusammenhing. Aus dieser Lage entwickelte sich eine deutsche Schaukelpolitik, in der Deutschland zwischen West und Ost oszillierte (vgl. Schulze 1990, S. 68). In diesem Zusammenhang nahm das politische Gewicht der deutschen Außenpolitik zu, in dem Maße wie das geopolitische Interesse der beiden Weltmächte Russland und Großbritannien an Europa abnahm. Hingegen wurde die Bewegungsfreiheit der deutschen Außenpolitik in der Mitte Europas eingeschränkt, wenn sich die miteinander rivalisierenden Flügelmächte auf das europäische Zentrum konzentrierten.

In dieser weltgeopolitischen Struktur war Bismarck der Architekt der deutschen Nationalstaatsbildung. In der Ära des Kolonialismus und in der geopolitischen Mittellage Europas entstand die deutsche *„latecomer“* Macht. Die Nationsbildung geschah mit einer *„Revolution von oben“*, und der Nationalstaat entstand durch den Deutsch-Französischen

Krieg von 1870 bis 1871 (vgl. Ullmann 1995, S. 19ff.). Das Deutsche Kaiserreich war nicht gemäß seinen natürlichen Gegebenheiten in einem erfolgreichen Prozess hervorgegangen, sondern aus seinen innere-äußeren Notwendigkeiten (vgl. Hildebrand 1994b, S. 3f.; Schöllgen 2013a, S. 25ff.). Deutschland befand sich von Anfang an bezüglich seiner inneren und äußeren Rahmenbedingungen in einer ambivalenten Situation, in der Deutschland einerseits in Konflikt mit sich selbst war und anderseits mit den andren geopolitischen Akteuren der Weltpolitik (vgl. Ullmann 1995, S. 20f.). In dieser Perspektive setzte sich Bismarck aufgrund der geopolitischen Mittellage Deutschlands in Europa für eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West bzw. der außenpolitischen Gegensätze der miteinander rivalisierenden Flügelmächte Russland und Großbritannien ein. Sein geopolitisches Konzept war darauf ausgerichtet, den außenpolitischen Spielraum des Landes mit der Zurückdrängung des geopolitischen Einflusses beider Weltmächte gegenüber dem europäischen Zentrum bzw. Deutschland zu vergrößern und die geopolitische Codierung der deutschen Außenpolitik durch eine vermittelnde Position zwischen Ost und West unabhängig, zugleich aber in Anlehnung an die beiden deutschen Raumbeziehungsstrukturen zu gestalten. Der Kanzler lenkte die deutsche Außenpolitik durch seinen konservativen Willen und gestaltete angesichts der deutschen geopolitischen Lage eine Politik, die ihren *„Eigenweg“* im Rahmen der weltgeopolitischen Struktur zwischen Ost und West suchte und ihre Spuren bis zur gegenwärtigen Zeit hinterlassen hatte (vgl. Schöllgen 2013a, S. 30ff.). Für Bismarck erschienen Integration der Bevölkerung im Inneren und Platzierung des deutschen Nationalstaates in das europäische Mächtesystem zwei entscheidende Herausforderungen, die sich besonders auf die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik auswirkten (vgl. Zimmer 1997, S. 25). Die geopolitische Struktur der Machtverteilung zwischen europäischen Großmächten änderte sich mit der Gründung eines deutschen Nationalstaats, und die Großmächte reagierten unterschiedlich auf die neue europäische Großmacht (vgl. Hildebrand 1995, S. 87ff.). Der Kanzler bemühte sich in erster Linie in seiner Außenpolitik um Sicherung der deutschen Machposition und Erhaltung der Gleichgewichtspolitik in Europa (vgl. Schulze 1983, S. 38f.). So hielt sich die deutsche Regierung von ost-westlichen Spannungen und Konflikten fern, die die Interessen der beiden Weltmächte Großbritannien und Russland in eben dieser Zeit berührten. Zur Sicherung der geopolitischen Machtposition Deutschlands in Europa versuchte der Kanzler auf der einen Seite durch ein Bündnissystem zu erreichen (vgl. ebd. 1996, S. 138) und auf der anderen Seite versuchte das Deutsche Reich sich an die geopolitische Codierung von Großbritannien anzupassen und den Status quo zu festigen, um seine Wirtschaftsexpansion nach Übersee zu entfalten und seine Handlungsräume zu erweitern (vgl. Ullrich 1999, S. 93ff.). Im

Vordergrund der geopolitischen Codierungen Bismarcks standen die Isolierung Frankreich in europäischer Machtkonstellation und seine Fernhaltung von Bündnissen mit anderen Großmächten (vgl. Hildebrand 1995, S. 94). Deswegen musste Deutschland das Vertrauen Österreich, Ungarn mit Zweibundesvertrag und Russland durch Rückversicherungsvertrag gewinnen, um Verständigung und Allianz mit Frankreich zu verhindern. Der Kanzler wollte durch diesen geopolitischen Code die Großmächte außer Frankreich von Konflikten in Europa fernhalten und von ihren Interessen an der Mitte Europa ablenken (vgl. Schöllgen 2013a, S. 35ff.). In dieser Perspektive versuchte Deutschland die Großmächte mit außereuropäischen Auseinandersetzungen zu beschäftigen und damit seine Position in Europa zu festigen (vgl. Ullmann 1995, S. 75ff.). In dieser Lage pendelte die deutsche Außenpolitik zwischen Ost und West. Dieser Außenpolitik lag eine geopolitische Codierung zugrunde, die zwischen einer Anlehnung an die beiden Weltmächte durch die west-östlichen Annäherungen und einer Abneigung gegenüber den Flügelmächten durch einen deutschen Alleingang im Zentrum Europas oszillierte.

Diese deutsche Pendelpolitik wurde von der Seite der Großmächte gefürchtet und kritisch betrachtet. Bismarcks Schritt zur Kolonial- und Orientpolitik verschärfte den Antagonismus der Großmächte, weil die deutsche Haltung aus ihrer Sicht problematisch war. Aus ihrer Sicht war Deutschlands neue geopolitische Codierung darauf ausgerichtet, den geltenden Status quo der weltgeopolitischen Struktur zu durchbrechen (vgl. Schöllgen 2013a, S. 45ff.). Deutschland wechselt seine Rolle als Mitläufer der bestehenden Struktur zu einem Herausforderer. Die Entwicklung der geopolitischen Codierung in der deutschen Außenpolitik von einer Mittelmacht zu einer Supermacht kollidierte zwangsläufig mit den Interessen der anderen Großmächte (vgl. Zimmer 1997, S. 25). Es war übersichtlich, dass die anderen Großmächte deutschen Machtzuwachs nicht hinnehmen konnten und seinen Aufstieg zur Hegemonialmacht verhindern wollten. Diese Gemengelage führte dazu, dass Deutschland das bestehende weltgeopolitische Modell in Frage stellte und seinen Aufstieg zur Supermacht gewaltsam durchsetzen wollte (vgl. Hildebrand 1995, S. 90f.). Deutschlands Kolonial- und Orientpolitik beschädigte kurzfristig die Beziehungen zu den beiden Flügelmächten Großbritannien und Russland und wuchs langfristig ein Misstrauen in seinem Verhältnis gegenüber anderen Großmächten auf der internationalen Politik. (vgl. ebd. S. 92f.). Deswegen entschieden sich die Großmächte erneut für enges Zusammenwirken auf dem europäischen Zentrum, das gegen die Interessen Deutschlands im Zentrum Europas war. Bismarcks ambivalente Außenpolitik befand sich in einer geopolitischen Lage, die sich aus dem Konflikt von Interessen und Werten zwischen verschiedenen Akteuren ergibt, die zu einer

Bündnispolitik mit umfangreichen Verpflichtungen und inkompatiblen Erwartungen führte (vgl. Hellmann et al. 2007, S. 25). Schließlich entstand durch diese Schaukelpolitik eine Machtkonstellation, in der sich die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik an einem ambivalenten Ost-West-Verhältnis orientierten (vgl. Bach und Peters 2002, S. 3f.). Bei dieser ambivalenten Haltung verengte sich deutsche Handlungsspielräume zwischen Ost und West und schränkte die machtpolitische Möglichkeiten ein, um aus dieser geopolitischen Mittellage zwischen Ost und West eine eigenständige Außenpolitik zu gestalten.

Bismarck mit seinem geopolitischen Konzept erreichte seine Ziele, sicherte die Machtposition Deutschlands in der Mitte Europa und erhöhte das geopolitische Gewicht Deutschlands trotz seiner späten Beteiligung an der Weltpolitik (vgl. Hildebrand 1995, S. 95f.). In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gehörte Deutschland wegen seiner territorialen Größe, der Masse der Bevölkerung, Militär- und Hochschulpolitik und fortgeschritten Wirtschafts-Industriestruktur zur führenden Mächten der Welt. Die deutsche *„latecomer“* Macht sollte in der Ära des Kolonialismus Energie, Rohstoff und Einflusssphären der überseeischen Regionen besitzen, um die zweite Etappe seiner Machtergreifung abzustecken. Die Nachfolger haben die sowohl die Verbindung zu den Ideen als auch Zielen der Bismarck’schen Bündnispolitik verloren (vgl. Schöllgen 2013a, S. 63; Wehler 1973, S. 19ff.; Nonn 2017). Die geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik des Wilhelminischen Reiches verwandelten sich wegen der Machtkonkurrenz um den Kolonialbesitz mit Großbritannien und Frankreich, der Angst vor Ausweitung der russischen Einflusssphäre nach Osten und der Sorge vor Ungarn und Österreich in einem neuen Diskurs, in dem eine nationalistische Ideologie für imperiale Ideen und Ansprüche aufkamen (vgl. Hildebrand 1995, S. 65ff.). In diesem Diskurs suchte Deutschland nach seinem *„Platz an der Sonne“* (Bülow 1897) und wollte eine Rolle als führende Weltmacht gegenüber Großbritannien übernehmen (vgl. Schöllgen 2013a, S. 72f.). Obwohl im Kreis der neuen aufkommenden Großmächte USA auch Italien und Japan waren, nahm Deutschland die Herausforder-Rolle der weltgeopolitischen Struktur an (vgl. Schöllgen 2013b, S. 12). Wilhelm II. und seine Regierung versuchten, die imperiale Macht Großbritanniens durch ein kontinentales Bündnis herauszufordern (vgl. Hildebrand 1995, S. 32). Der geopolitische Code des Wilhelminischen Reiches entwickelte sich einerseits über die deutsche Mittellage in Europa, die national-imperialistische Ideologie und das Streben nach der weltpolitischen Hegemonialrolle in geopolitischen Theorien von Ratzel und Kjellen, (vgl. Ratzel 1900, 1906 u. 1923; Kjelle′n 1917) und andererseits seine Flottenpolitik beruhte auf der geopolitischen Arbeiten von Alfred Thayer Mahan „*Influence of Seapower upon History*“ (1890) und *„The*

Interest of America in Seapower" (1897), die Kaiser Wilhelm II. für den Griff nach der Kolonial-und Weltmacht beeinflusst haben.

Die neue Ausrichtung der deutschen Außenpolitik war vor allem an der Etablierung ihrer Macht in territorialer Expansion über die Grenzen Europas hinaus interessiert und richtete sich eindeutig gegen geopolitische Interessen Russlands und Großbritanniens. Darüber hinaus strebte Wilhelm II. nach Ausdehnung seiner Hegemonie auf überseeische Regionen. Damit forderte er die geopolitische Agenda des Weltführers Großbritannien existenziell heraus (vgl. Clark 2008, S. 176f.). Vor diesem Hintergrund entwickelte sich die geopolitische Codierung in der Außenpolitik des wilhelminischen Reiches zwischen Hegemonie und Gleichgewicht. Diese geopolitische Codierung beruht auf einer Weltpolitik, in der Deutschland einerseits mit Verzicht auf seine geopolitische Lage und die Rivalität von Großmächten und anderseits im Hinblick auf seine gewachsene Machtverteilung versuchte, seine geopolitischen Ziele zu verwirklichen. (vgl. Stürmer 1998, S. 291ff.). Der Abschied von der Bündnispolitik begann mit der Ablehnung des Antrages der russischen Regierung auf die Verlängerung des Rückversicherungsvertrages, die so entscheidend für Änderung der geopolitischen Rahmenbedingungen war (vgl. Geyer 1984, S. 52). Dieser Kurswechsel der geopolitischen Codierung in der deutschen Außenpolitik führte dazu, dass Russland sich mit Frankreich zusammenschloss und sich Großbritannien annäherte (vgl. Hildebrand 1994c, S. 377). Die europäischen Großmächte schlossen sich gegen Deutschland wegen seiner alarmierenden Haltung zur Bewahrung der etablierten geopolitischen Weltordnung zusammen, weshalb sich keine der Großmächte sich auf ein Bündnis mit dem wilhelminischen Reich einlassen wollte (vgl. Hildebrand 1994c, S. 377). Durch einen raumbezogenen Wahrnehmungsmangel der weltgeopolitischen Struktur ergab sich für die deutsche Außenpolitik eine unberechenbare Konstellation, in der Deutschland sich isoliert zwischen der Selbstüberschätzung und dem zunehmenden Druck der Flügelmächte befand (vgl. Nipperdey 1992, S. 656ff.). Die Handlungsmöglichkeiten der deutschen Außenpolitik wurden durch diese geopolitische Codierung eingeschränkt. Es war ein geopolitisches Gefängnis, aus dem es keine Wahlfreiheit mehr gab, außer kriegerischem Fluchtweg (vgl. Schöllgen 2013a, S. 105f.).

Nach dem Ersten Weltkrieg entstand die Weimarer Republik unter einer neuen geopolitischen Rahmenbedingung und betrieb deutsche Außenpolitik, die sowohl von den Folgen des Krieges und als auch wesentlich vom Versailler Vertrag bestimmt wurde (vgl. Schöllgen 2013a, S. 134ff.). In der neuen weltgeopolitischen Lage wurde Russland vom Konzert der europäischen Großmächte marginalisiert (vgl. ebd. S. 135), Frankreich und

Großbritannien verloren ihre Großmachtstellung und ihre globale Einflusssphäre wurde geschwächt (vgl. Hildebrand 1995, S. 437f.) und die Vereinigten Staaten von Amerika tauchten als neue Weltmacht auf der weltpolitischen Bühne auf (vgl. Hacke 2014). Vor der Versailler Friedenkonferenz gab es eine optimistische Stimmung in Deutschland (vgl. Hildebrand 1995, S. 396). Nach diesem Vertrag waren offensichtlich die Alliierten entschlossen, dass die Handlungsspielräume Deutschlands eingegrenzt werden sollten, um es damit in der Weltpolitik zu isolieren (vgl. Hillgruber 1983, S. 599; Winkler 2000a, S. 400ff.). Es war eine demütigende Niederlage für die Deutschen (vgl. Hildebrand 1995, S. 402). In dieser fragilen geopolitischen Lage übernahm Gustav Stresemann die Führung der deutschen Außenpolitik (vgl. Heinisch 2004, S. 3). In seinem außenpolitischen Konzept versuchte er, einerseits den Zusammenschluss der verbündeten Großmächte gegenüber Deutschland zu verhindern und andererseits die Machtposition Deutschlands in der Mitte Europa wieder zu sichern (vgl. Hildebrand 1995, S. 456). Stresemanns außenpolitische Konzeption ergibt sich zwingend aus der globalen geopolitischen Struktur, in der es vor allem darum ging, um die deutsche Machtposition als Zielsetzung der deutschen Außenpolitik indirekt zu etablieren (vgl. Niedhart 2013, S. 1ff.). Um diese Zielsetzung zu verwirklichen, orientiert er die deutsche geopolitische Codierung offensichtlich an einer multilateralen kooperativen Beziehung *„Verständigungspolitik“* mit den anderen Großmächten (vgl. Hildebrand 1995, S. 455ff.). Er war fest davon überzeugt, dass deutsche Außenpolitik sich vor allem von dieser geopolitischen Isolierung friedlich befreien sollte. Dafür bemühte sich er die Einschränkungen des Versailler Vertrages und Rüstungsbeschränkung zu überwinden- *„Revisionismus“*- und die Besatzung der verlorenen Gebiete zu beenden (vgl. Krüger 1985, S.372ff.).

Stresemann suchte einen Ausweg aus der geopolitischen Mittellage Deutschlands im Zentrum Europas zwischen Ost und West. Er sah eine Lösung für den Umgang mit der deutschen geopolitischen Mittellage in einem außenpolitischen Kompromiss des Machtgleichgewichtes zwischen beiden Flügelmächten (vgl. Hillgruber 1983, S. 600f.). Er versuchte mit einer Schaukelpolitik in seiner geopolitischen Konzeption Deutschland wieder konkurrenzfähig zur Großmacht zu führen und seine Machtposition auf Dauer unter den europäischen Großmächten zu sichern (vgl. Krüger 1999, S. 248). Stresemann führte Deutschland durch seine Ostpolitik gegenüber andren Großmächten aus der internationalen Isolierung (vgl. Hillgruber 1983, S. 608f.). Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion mündete in ein Bedenken auf der Seite der Westmächte und nahm deren Angst vor Deutschland wegen seines Kurswechsels zu (vgl. Hildebrand 1995, S. 502ff.). Um

diese Sorge der Westmächte zu zerstreuen, orientierte Stresemann die geopolitische Codierung in der deutschen Außenpolitik an der Entwicklung der Wirtschafts- und Handelspolitik (vgl. Hillgruber 1983, S. 606f.). Darüber hinaus bestätigte Deutschland mit der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages und Eintritt in den Völkerbund sein Interesse am *„Status quo“* der geopolitischen Weltstruktur (vgl. Hildebrand 1995, S. 460ff.). Die Westbindung Deutschlands war für die Sowjetunion eine Befürchtung. Weshalb wurde die Beziehung zwischen beiden Ländern durch diese deutsch-westliche Annäherung in Moskau in Frage gestellt (vgl. Schöllgen 2013a, S. 161f.). Offensichtlich erfüllte Stresemann nicht nur die Erwartungen der Deutschen, Deutschland als eine gleichrangige Großmacht zu etablieren, sondern machte Deutschland durch seine zwischen Ost und West pendelnde Schaukelpolitik unberechenbar für die Großmächte (vgl. ebd. S. 164f.). Stresemann versuchte in seiner Strategie aus der geopolitischen Mittellage heraus eine Außenpolitik zu entwickeln, die sich sowohl auf den Westen als auch auf den Osten bezog. Da die geopolitischen Codierungen im von Stresemann entwickelten außenpolitischen Konzept eine unmissverständliche Orientierung weder am Westen noch am Osten vermieden, übersahen die Weltmächte die *„Verständigungspolitik“* der Weimarer Republik und wollten nicht, dass Deutschland sich von Einschränkungen des Versailler Vertrages befreien konnte, und richteten ihre Politik zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen auf die Isolierung Deutschlands in der internationalen Politik (vgl. Krüger 1999, S. 263ff.; Schöllgen 2013a; Hildebrand 1999; Hillgruber 1983). Die Nachfolger von Stresemann haben sein außenpolitisches Konzept des Ost-West-Machtgleichgewichtes so früh wie möglich aufgegeben (vgl. Schöllgen ebd. S. 169f.) und mit dem außenpolitischen Kurswechsel, der die deutsche Außenpolitik jahrelang in erhebliche Bedrängnis gebracht hatte, wollten neue aggressive Akzente erneut zum Status ihre Machtposition in der Welt setzen (vgl. Hildebrand 1995, S. 554f.; Schöllgen 2013a, S. 173).

Die außenpolitische Strategie Hitlers ergab sich aus dieser Situation, in der die deutsche Außenpolitik durch fehlende machtpolitische Fähigkeit aufgrund des west-östlichen Gegensatzes geprägt war und die für den Charakterzug der deutschen Schaukelpolitik und der daraus abgeleiteten außenpolitischen Handlungslinien entscheidend war. Deutschland fühlte sich in seiner Existenz bedroht und deswegen entwickelte sich in dieser weltgeopolitischen Lage aufgrund von Faktoren wie der Benachteiligung Deutschlands in den kolonialen Expansionen, der Teilhabe an dem wirtschaftlichen Aufschwung und der Folge des Versailler Vertrages ein deutsches Sonderbewusstsein in politischer und weltanschaulicher Hinsicht, das sich durch einen dritten Weg von den Fesseln der Ost-West-Konstellation befreien wollte (vgl. Hildebrand 1997, S.65f.; Zimmer 1997, S. 27f.). Hitler wollte in seiner geopolitischen

Konzeption die bestehende weltgeopolitische Struktur aufbrechen, die Vormachtstellung der Flügel- und Weltmächte für Deutschland ausschalten und ein deutsches Imperium aufbauen (vgl. Hildebrand 1995, S. 564ff.). Dafür entwickelte er eine Hegemonialpolitik in der geopolitischen Codierung der deutschen Außenpolitik, die sich aus einer geostrategischen Perspektive an dem Aufstieg des Deutschen Reiches zur Weltmacht orientierte. Hitler ließ keinen Zweifel daran, dass die Erreichung seiner geopolitischen Ziele nur durch eine aggressive und starke Revisionspolitik erreicht werden könne (vgl. Schöllgen 2013b, S. 14). Vor allem ignorierte Hitler nicht nur die Voraussetzungen des Versailler Vertrages, sondern alles, was im Vertrag stand: verweigerte die Reparationszahlungen, verließ Deutschland die Abrüstungskonferenz, führte die Wehrpflicht wieder ein (vgl. Schröder 2011, S. 13f.) und machte die deutsche Armee einsatzfähig, remilitarisierte die französische Besatzungszone, trat aus dem Völkerbund aus und schloss ein Dreieck-Bündnis (vgl. Schöllgen 2013a, S. 180ff.; Hildebrand 1995, S.567ff.). Vor diesem Hintergrund lässt sich sagen, dass Hitler Deutschland mit einer machtpolitischen Perspektive zum Zweiten Weltkrieg führte (vgl. Zimmer 1997, S.27; Schöllgen 2013a, S. 216f.).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik von der Reichsgründung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges nie unabhängig von der geopolitischen Mittellage waren. Aber es ergab sich aus dieser Lage, in der Deutschland seine außenpolitischen Handlungsspielräume entwickeln sollte, eine doppelte Herausforderung für die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik, die eine deutsche Schaukelpolitik forderte, die zwischen Ost und West pendelte und die wesentlich und wechselseitig vom Verhältnis der beiden Flügelmächte nämlich Russland und Großbritannien abhängig war. Diese internationale Konstellation spielte eine wichtige Rolle für die Entwicklung der geopolitischen Codierung in der deutschen Außenpolitik in ihren Raumbeziehungsstrukturen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Inwieweit sich die weltgeopolitische Struktur für die deutsche Außenpolitik entwickelt hat und Inwiefern sich die geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg von diesen beiden Räumen nämlich der Ost-West Konstellation leiten lassen, wird im Folgenden dargelegt.

5.3 Geopolitische Codierungen der deutschen Außenpolitik in der bipolaren Weltordnung

Nach dem Zweiten Weltkrieg, der von den Nationalsozialisten in ihrem Hegemonialstreben begonnen und von den Besatzungsmächten gewonnen wurde, entstand eine neue weltgeopolitische Struktur, in der sich die Sowjetunion vom Bündnispartner zum

geopolitischen Rivalen wandelte. In der von den Siegermächten neuen gegründeten Weltordnung herrschte eine Form der Machverhältnisse vor, die eine Aufteilung der Staaten auf zwei Supermächte diktierte (vgl. Geppert und Wengst 2005, S. 9). In dieser weltgeopolitischen Struktur war die Weltpolitik ideologisch und politisch zerfallen, und nicht nur das politische Schicksal der Welt wurde von den USA und der Sowjetunion geprägt, sondern auch die militärischen, wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen in der Weltpolitik wurden von beiden Supermächten getroffen (vgl. Brill 1993a, S. 259f. u. 1994a). Der Ost-West-Konflikt, der später als der *„Kalte Krieg“* bezeichnet wurde, beschreibt einen Zustand, in dem weder Krieg noch Frieden herrschte, und spaltete die Weltpolitik in zwei Machtkonzerte, die mit ihren ungleichen Strategien versuchten, ihre jeweilige Einflusssphäre zu erweitern und ihre Hegemonie über die Welt auszuüben (vgl. Sandner 1993, S. 248, Brill 1993b). Diese geopolitische Konstellation zwischen den USA und der Sowjetunion bestand nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Auflösung der Sowjetunion. Die ideologisch und politisch gegensätzlichen Positionen der beiden Mächte entwickelten sich aus unterschiedlichen Wertvorstellungen und Interessenstrukturen über die Gestaltung der Weltpolitik. Durch diese Spaltung der geopolitischen Weltordnung entwickelte sich die Weltpolitik in eine kapitalistisch westorientierte Konstellation unter der Führung der USA einerseits und eine kommunistisch ostorientierte Konstellation unter der Vorherrschaft der Sowjetunion andererseits (vgl. Cohen 1991, S. 560ff.).

Diese Gegensätze führten auch zur Entstehung von klar definierten Militärbündnissen. Auf der einen Seite waren die Sowjetunion und die Ostblockstaaten im Warschauer Pakt zusammengeschlossen und auf der anderen Seite die USA und ihre Bündnispartner in der NATO. Dieses Spannungsverhältnis zwischen beiden Supermächten spiegelte sich auch in der deutschen Teilung wider. Berlin war der Brennpunkt des Konfliktes und die Berliner Mauer war das Symbol des Kalten Krieges. Das von den Siegermächten aufgeteilte und nicht souveräne Deutschland befand sich in einer geopolitischen Lage, in der Deutschland im Mittelpunkt des Ost-West-Konfliktes stand (vgl. Bach und Peters 2002, S. 3f.). Die deutsche Außenpolitik war nach 1945 von den Besatzungsmächten kontrolliert und ihre Souveränität im internationalen System eingeschränkt worden. Dabei entwickelte sich die deutsche Außenpolitik gemäß dieser weltgeopolitischen Lage bzw. den weltpolitischen Rahmenbedingungen (vgl. Stürmer 1995, S. 60). In dieser Konstellation konnte Deutschland seine geopolitische Codierung bzw. seine Außenpolitik bis Anfang der 1990er Jahre nicht aus freiem Willen, sondern musste nach geopolitischen Rahmenbedingungen von beiden Supermächten bestimmen lassen (vgl. Schöllgen 2013b, S. 36f.).

5.3.1 Die Geopolitische Westbindung der Bundesrepublik Deutschland

> *„daß wir nach dem völligen Zusammenbruch, den uns der Nationalsozialismus beschert hat, mit den Alliierten zusammen wieder den Weg in die Höhe gehen. Der einzige Weg zur Freiheit ist der, daß wir im Einvernehmen mit der Hohen Alliierten Kommission unsere Freiheiten und unsere Zuständigkeiten Stück für Stück zu erweitern versuchen. Es besteht für uns kein Zweifel, daß wir nach unserer Herkunft und nach unserer Gesinnung zur westeuropäischen Welt gehören. "* (Konrad Adenauer 1949).

Nach Kriegsende war Deutschland kein souveräner Staat mehr, sondern in zwei Staaten geteilt, und das Land befand sich geopolitisch unter den Bedingungen einer biopolaren Weltordnung (vgl. Zimmer 2009, S. 68f.). Die neue geopolitische Struktur machte die deutsche Außenpolitik wieder vom Ost-West-Konflikt abhängig. Die deutsche Außenpolitik ließ sich in räumlicher Hinsicht von der geopolitischen Konzeption einer Schaukelpolitik leiten, indem sie zwischen den neuen beiden Flügel- und Supermächten, nämlich den Vereinigten Staaten der USA und der Sowjetunion, oszillierte und nicht aus ihrer Eigenkraft gestaltete. Die innen- und außenpolitischen Entscheidungen der DDR wurden von Anfang bis zu ihrer Auflösung im Rahmen der sowjetischen Einflusssphäre in Moskau getroffen (vgl. Hellmann et al. 2007, S. 30). Die geopolitische Lage und Handlungsspielräume der Bundesrepublik waren eingeschränkt und ihre Außenpolitik war nicht eigenständig, sondern unter Rahmenbedingungen der westlichen Besatzungsmächte bestimmt (vgl. Haftendorn 2001, S. 17f.). Prägend für die deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit war Konrad Adenauer (vgl. Schröder 2011, S. 15). In erster Linie bemühte sich der Bundeskanzler, dass die Bundesrepublik sich völlig von der klassischen Auslegung der deutschen Geopolitik distanzierte und an einem neuen geopolitischen Code orientieren musste, um die deutsche Souveränität wiederherzustellen und das Vertrauen der westlichen Besatzungsmächte in Richtung sowohl der Gleichrangigkeit Deutschlands gegenüber den anderen Großmächten und als auch die Wiedervereinigung zurückzugewinnen (vgl. Schwarz 1986, S. 672ff.).

Der Kanzler versuchte, eine an die neue weltgeopolitische Struktur angepasste Außenpolitik zu finden, die sich am Westen orientierte und eine feste Westbindung anstrebte, die im Interesse der Vereinigten Staaten lag (vgl. Schöllgen 2013b, S. 79f.). Da Deutschland keine geopolitische Wahlfreiheit mehr hatte und unausweichlich auf Sicherheit und wirtschaftliche Unterstützung der westlichen Verbündeten in dieser Lage angewiesen war, stand die Westorientierung im Mittelpunkt der geopolitischen Codierung in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Hellmann et al. 2007, S. 32). Diese außenpolitische

Ausrichtung hat sich politisch und militärisch auf europäischer und internationaler Ebene mit dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO (1955) und die Europäische Atomgemeinschaft (1957) eingebettet und etablierte sich wirtschaftlich und politisch durch sowohl die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1952) als auch den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1957), darüber hinaus die Europäische Währungssystem (1979) (vgl. Schöllgen 2013b, S. 24).

„Für ein besiegtes, besetztes, am Boden liegendes Volk wie das deutsche Volk bedeutet auswärtige Politik etwas ganz anderes, als auswärtige Politik für ein Volk bedeutet, das eben in dem Zustand ist, in dem wir früher einmal gewesen sind. Wir können weder soziale Politik treiben, noch können wir innere vernünftige Politik treiben, wenn wir nur Objekt anderer Mächte sind, und daher muss das erste Streben und das vornehmste Streben einer jeden Regierung dieses Landes, unseres Vaterlandes, darauf gerichtet sein, von Anfang an darauf gerichtet sein, dafür zu sorgen, dass wir nicht mehr Objekt der Politik anderer Länder sind, sondern dass wir Subjekt der Politik werden." (Konrad Adenauer 1952).

Ausgangspunkt der Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit dem Westen war die geopolitische Notwendigkeit, dass Deutschland sich von Isolation befreien und seine Gleichrangigkeit erhalten konnte (vgl. Hanrieder 1995, S. 164). Obwohl die Bundesrepublik sich wesentlich in die westliche Gemeinschaft unter der Führung der USA integrierte, sich als wohlhabendes exportorientiertes Industrieland etablierte, war die Bundesrepublik kein souveräner Staat auf internationaler Ebene und wurde so gezwungen sich auf innere politische Angelegenheiten und wirtschaftliche Entwicklung zu konzentrieren (vgl. ebd. S. 272f.). Es gab keine schlüssige und erreichbare Antwort auf die geopolitische Frage der Überwindung der deutschen Teilung zur vollständigen Souveränität im Atomzeitalter (vgl. Haftendorn 2001, S. 127f.). Aufgrund des Ost-West-Konflikts wurde das Hauptinteresse der deutschen Politik von westlichen Mächten trotz der vollkommenen Westintegration der Bundesrepublik übersehen (vgl. Hanrieder 1989, S. 220ff., 1995, S. 18 u. 176f.). So wie die Dinge lagen, war eine geopolitische Neuorientierung für die Bundesrepublik notwendig und nur in Richtung der sowjetischen Politik sowohl erkennbar als auch realisierbar.

5.3.2 Die Geopolitische Ostorientierung der Bundesrepublik Deutschland

> *„Die deutsche Außenpolitik steht seit 1949 auf einem Bein. Aber da lauert nun die andere Aufgabe, nicht im Gegensatz dazu und nicht im Sinne einer Schaukelpolitik, die man uns mit Recht ankreiden würde, sondern gestützt auf die Freundschaft mit dem Westen und jeden Schritt abgesprochen mit unseren westlichen Freunden, doch auch das andere Bein – und das heißt Ostpolitik – herunterzusetzen."* (Willy Brandt 1958).

Obwohl die Außenpolitik der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft integriert und sich in den wesentlichen politischen und militärischen Fragen an die Agenda der Vereinigten Staaten angepasst hatte (vgl. Haftendorn 2001, S. 94f.), zeigt sich, dass die außenpolitische Ausrichtung der Westbindung einseitig für die Bundesrepublik war. Da Deutschland in einer bipolaren Struktur zwischen den zwei ideologisch und politisch gegensätzlichen Positionen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion angesiedelt war, entsprach die außenpolitische Ostorientierung der Bundesrepublik Deutschland als ein Teil der Lösung für die deutsche Frage den Traditionslinien der deutschen Außenpolitik. Die geopolitische Westintegration bahnte den Weg zur sozial-liberalen Regierungsbildung unter der Führung des Bundeskanzlers Willy Brandt an (vgl. Zimmer 2009, S. 70). Der neue Bundeskanzler entwickelte ein Konzept, das sich an einer Entspannungspolitik in der gefährlichen Lage des Ost-West-Konfliktes orientierte (vgl. Bierling 1999, S. 171ff.). Diese Politik passte sich an die Verständigungs- und Versöhnungspolitik mit den östlichen Ländern an und gehörte zur Grundstruktur von Deutschlands außenpolitischer Konzeption in der politischen Ordnung Europas (vgl. Haftendorn 1983, S. 320ff.).

Der Kanzler suchte einen politischen Weg zur friedlichen Koexistenz zwischen Ost und West in seinem außenpolitischen Konzept, das sich angesichts der geopolitischen Mittellage Deutschlands sowohl am Westen als auch am Osten orientierte. Um dieses Ziel erreichen zu können, dafür hatte er eine langfristige Strategie (vgl. Schöllgen 2013b 135ff.). Er sicherte die deutsche Außenpolitik im Konflikt zwischen Ost und West und erweiterte Deutschlands Handlungsfreiheit (vgl. Hanrieder 1995, S. 201). Brandt war fest davon überzeugt, dass die Ostpolitik nur im Rahmen der atlantisch-europäischen Verankerung der Bundesrepublik im Westen realisierbar sein konnte (vgl. Bredow 2008, S 131). Die Schwerpunkte seiner strategischen Konzeption, die die Außenpolitik der Regierung Brandt geprägt haben, waren die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Rumänien und die Fortsetzung der Verhandlungen mit Jugoslawien, die Unterzeichnung des

Atomwaffensperrvertrages im Jahr 1969, die Gewaltverzichtverhandlungen mit Moskau, die Beitrittsverhandlungen zur EG und Europapolitik, die Ostverträge und die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa (vgl. Zündorf 1979, S. 117ff.; Zimmer 2009, S. 70ff.; Haftendorn 2001 u. 1983; Hacke 1988). Durch seinen außenpolitischen Kurs stellte er Deutschland als ein weltoffenes, vertrauensvolles, rücksichtvolles und friedliches Land in der internationalen Gemeinschaft dar (vgl. Hacke 1988, S. 181; Link 1986, S. 191f.). Der Kanzler bereitete einerseits mit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages im Kreml am 12. August 1970 durch friedliche Mittel die deutsche Wiedervereinigung vor, und anderseits normalisierte er den Konflikt zwischen Ost und West durch vertrauensbildende Politik (Vgl. Schöllgen 2013b, S. 130ff.; Hacke1988; Link 1986). Die außenpolitische Ostorientierung der Regierung Brandt entschärfte durch eine Entspannungspolitik den Ost-West-Konflikt, befreite die Handlungsspielräume der Bundesrepublik durch eine Verständigungspolitik zwischen den beiden Supermähten einigermaßen von der Umklammerung der Ost-West-Konstellation und bildete eine friedliche Basis für die Überwindung der deutschen Teilung (vgl. Hafterdon 2001; Hanrieder 1995).

5.3.3 Die europäische Orientierung der deutschen Außenpolitik

> *„dass man ein Recht habe, mitzureden anzumahnen, und dass man Gewicht in den jeweiligen Bündnissen habe: Wir haben Anspruch auf dieses Gewicht.“* (Helmut Schmidt; zitiert nach Schöllgen 2013b, S. 202).

Der neue Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde vom Bundestag im Jahr 1974 als Nachfolger des zurückgetretenen Willy Brandt gewählt (vgl. Hanrieder 1995, S. 408). In seinem außenpolitischen Konzept versuchte Schmidt, die Anpassung der deutschen Außenpolitik in einer Zeit weltweit wachsender geopolitischer Konflikte durch eine pragmatische Realpolitik an der Wirklichkeit der bestehenden Weltordnung auszurichten (vgl. Hanrieder 1995, S. 338ff. u. 1989). Er charakterisierte seine Außenpolitik auf drei geopolitischen Ebenen: Die Verbesserung der Beziehungen zur Mittel- und Osteuropa, die Entwicklung und die Vertiefung der transatlantischen Partnerschaft und die Erweiterung des Europäischen Einigungsprozesses (vgl. Haftendorn 1983, S. 56ff.; Schöllgen 2013b, S. 185ff.). Der Kanzler sah eine europäische Raumbildung in einer strategischen Perspektive als die Lösung für die Überwindung der deutschen Teilung und eine selbstbewusste Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion und Abhängigkeit von amerikanischer Vormundschaft (vgl. Hanrieder 1995, S. 350ff.). Vor diesem Hintergrund beruhte seine Strategie auf einer Wirtschaftsaußenpolitik

durch strategische Annäherung an Frankreich (vgl. Haftendorn 1983, S. 293ff.). Er war fest davon überzeugt, dass die Wiedervereinigung nicht in einem gespaltenen Kontinent ermöglichet werden könnte, sondern nur in einem vereinigten Europa. Der Kanzler entwickelte ein außenpolitisches Konzept, das sich von der Idee leiten ließ, dass Deutschland mit Frankreich eine europäische politische Raumstruktur jenseits des Ost-Westkonfliktes bilden solle, die die Weltpolitik unabhängig von den beiden Supermächten gestalten könne. Die Gründung des Europäischen Währungssystems (EWS) war der erste erkennbare Schritt in diese Richtung (vgl. Lappenküper 2008, S. 33ff.). Durch das EWS entstand ein neuer geopolitischer Akteur in der Mitte Europa, und die Bundesrepublik mit Frankreich übernahm die Führungsrolle (vgl. Hanrieder 1995, 279). In seinem außenpolitischen Kurs führte der Kanzler den Ostpolitik-Kurs seines Vorgängers weiter. Er orientierte die Interessen der deutschen Außenpolitik an Mittel- und Osteuropa auf Wirtschaft und Handel (vgl. Bierling 1999, S. 200ff.).

Die Bundesregierung befand sich seit dem Ende der 1970er Jahre in einer erneuten angespannten Lage des Ost-West-Konfliktes. Der Einmarsch der Roten Armee nach Afghanistan und der Chinesisch-Vietnamesischer Krieg 1979 verschärften den Ost-West-Konflikt dramatisch (vgl. Kronenberg 2009, S. 26). In dieser Lage war die Bundesregierung trotz aller Bemühungen um die Entspannungspolitik und die Abrüstungskonferenz *“ Salt“* erfolglos. Die Nato Staaten fühlten sich bedroht von der Stationierung einer neuen sowjetischen Atomrakete, deswegen reagierten sie unter Führung der USA darauf mit der Unterzeichnung des so genannten *„NATO- Doppelbeschlusses“* zur Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenraketen im Westeuropa (vgl. Haftendorn 2001, S. 284ff.). Schmidt hielt an seinem Kurs trotz heftig innenpolitischer Kritik und dem eskalierten Streit zwischen Bonn und Washington fest, um die Loyalität der Bundesrepublik gegenüber den westlichen Staaten zu zeigen, wie Bundesrepublik in die NATO und westliche Gemeinschaft integriert war (vgl. Bredow 2008, S. 131f.).

Der Kanzler versuchte durch ein Hin und Her bzw. eine Schaukelpolitik in der deutschen Frage das Machtgleichgewicht zwischen Ost und West zu wahren und die deutsche Wirtschaftsaußenpolitik zu verstärken (vgl. Haftendorn 1983 u. 2001; Hanrieder 1995). Damit erkannte er die Notwendigkeit einer politischen Raumbildung aus dem europäischen Zentrum heraus. Dabei konnte die relative außenpolitische Bewegungsfreiheit der Bundesrepublik zunehmen. Mit dem EWS verfolgte er das Ziel der Wiedervereinigung und die Entwicklung der außenpolitischen Interessen Deutschlands auf europäische Ebene. Die Entspannungspolitik einerseits und die Entwicklung der Eigenständigkeit der Außenpolitik

der Bundesrepublik anderseits erregte nicht nur Misstrauen im Osten, sondern auch im Westen standen die politischen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau unter Verdacht (vgl. Kronenberg 2009, S. 26f.). Aufgrund des umstrittenen *„NATO-Doppelbeschlusses“* und der kritischen Debatte um Wirtschaftspolitik der SPD verließ die FDP die Koalition, womit Schmidts Regierung gescheitert wurde (vgl. Hafterdon 2001, S. 288ff.).

5.3.4 Die multilaterale Orientierung der deutschen Außenpolitik zur deutschen Wiedervereinigung

Nach dem Scheitern der sozialliberalen Koalition durch das von den Unionparteien gestelltes Misstrauensvotum wurde der Parteivorsitzende der CDU/CSU Helmut Kohl vom Bundestag in einer Koalition mit der FDP zum Bundeskanzler gewählt (vgl. Schöllgen 2013b, S. 254f.). Der Kanzler mit seinem erfahrenen Außenminister Hans-Dietrich Genscher handelte nach dem Prinzip der Kontinuität in der deutschen Außenpolitik (vgl. Bredow 2008, S. 115). Sie konzentrierten sich auf die deutsche Einigung durch Friedenspolitik, die durch Konsens zwischen beiden Konfliktparteien erreicht werden konnte (vgl. Hanrieder 1995, S. 160ff.). Der Knotenpunkt ihrer Außenpolitik bestand darin, dass die Zuverlässigkeit und die Berechenbarkeit der deutschen Außenpolitik in einem multilateralen Rahmen von anderen Akteuren wahrgenommen wurden (vgl. Kronenberg 2009, S. 28f.). Mit der Umsetzung des von Schmidts Regierung vereinbarten *„NATO-Doppelbeschlusses“* signalisierte die Bundesrepublik den westlichen Ländern, dass das deutsche Interesse im Einklang mit der atlantischen Sicherheitsallianz gewesen sei (vgl. Bierling 1999, S. 205ff.). Im außenpolitischen Prinzip der Bundesrepublik gegenüber Mittel- und Osteuropa wurde dessen Gültigkeit durch *„Friedenspolitik“* verstärkt. Kohls Außenpolitik zielte darauf ab, den *„NATO-Doppelbeschluss“* durchzusetzen, die europäische Integration zu vertiefen und die deutsche Wiedervereinigung zu verwirklichen (vgl. Schöllgen 2013b, S. 210f.).

Die geopolitisch angespannte Lage zwischen Ost und West, in der sich die politischen Spannungen drastisch von beiden Seiten durch die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen im Europa, die massiven Aufrüstungsprogramme und militärische Aktivitäten zugenommen hatten, wandelte sich fundamental nach dem Amtsantritt Michail Gorbatschows im Jahre 1985 (vgl. Hanrieder 1995, S. 35f.; Bierling 1999). Die sowjetische Außenpolitik änderte sich wegen der wirtschaftlich- und innenpolitischen Schwierigkeiten. Um seine innenpolitischen Reformen zu realisieren, nahm Gorbatschows auf internationaler Ebene wieder die Entspannungspolitik auf (vgl. Schöllgen 2013b, S. 240ff.). Er unterzeichnete den INF-Vertrag und nährte die sowjetische Außenpolitik den westlichen

Ländern an und überführte damit das feindselige Klima zwischen Ost und West in eine freundliche Atmosphäre und Zusammenarbeit in Europa, die schließlich in den Fall der Mauer und die Wiedervereinigung mündete (vgl. Haftendorn 2001, S. 302ff.).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das geopolitische Ordnungssystem in der Mitte Europas ein entscheidender Faktor zur Gründung des deutschen Nationalstaates war, um die prekäre Lage zu überwinden. Aus dieser Lage ergab sich eine Doppelherausforderung für die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik, die wesentlich und wechselseitig vom Verhältnis der beiden Flügel- und Weltmächte in einer West-Ost-Konstellation abhing. Diese weltgeopolitische Struktur war vorbestimmt für die deutsche Außenpolitik und spielte eine wichtige Rolle für die Entwicklung der geopolitischen Codierung in der deutschen Außenpolitik innerhalb ihrer Raumbeziehungsstrukturen zwischen beiden Flügelmächten, die mit der Verortung Deutschlands in der Mitte Europas zusammenhing. Aus dieser weltgeopolitischen Lage entwickelte sich eine deutsche Schaukelpolitik, die zwischen West und Ost pendelte. In diesem Zusammenhang hatte Bismarck Angst vor einer Verständigung der Flügelmächte untereinander auf Kosten Deutschlands, weil sich Deutschland von einem passiven Akteur zu einem Herausforderer des europäischen Ordnungssystems wandelte. Er wollte das Deutsche Reich aus dieser prädeterminierten Lage herausholen und seinen Bewegungsspielraum erweitern. Er verzichtet auf die Herausbildung einer deutschen Hegemonie in der Mitte Europas und entwickelte die deutsche Außenpolitik multilateral in weitreichenden Verflechtungen. Die Nachfolger Bismarcks versuchten, die fragile Mittellage Deutschlands aus dessen eigener Kraft zu überwinden. Sie strebten danach, eine deutsche Hegemonie über die den europäischen Kontinent zu errichten und das bisherige Gleichgewicht der Großmächte im europäischen Systems zu zerbrechen. Der Handlungsspielraum der deutschen Außenpolitik wurde damit völlig eingeschränkt. Diese deutsche Außenpolitik entwickelte eine Konstellation, in der die die Sicherheitsstruktur des europäischen Ordnungssystems in Frage gestellt wurde und die so zum Ersten Weltkrieg führte. Nach dem Krieg wurde die Weimarer Republik in der gleichen Schwächestellung wie die Reichsgründung in der Mitte Europas zwischen Ost und West gegründet. Deutschland musste im Versailler Vertrag demütigende Bestimmungen hinnehmen, wurde entmilitarisiert und neutralisiert. Darüber hinaus übersahen die westlichen Mächte die friedliche *„Verständigungspolitik“* und *„Revisionspolitik“* im Rahmen einer Schaukelpolitik der Weimarer Republik, die einerseits sowohl für West als auch für Ost plädierte und dabei eine eindeutige Festlegung auf eine der beiden Flügelmächte vermied, isolierten Deutschland und erlaubten ihm nicht, sich von Einschränkungen des Versailler

Vertrages zu befreien. Es ist unwahrscheinlich, dass Hitler sich auch für eine friedliche Lösung der deutschen Frage entschieden hätte, wenn der Versailler Vertrag revidiert worden wäre. Er ließ sowohl keinen Zweifel daran, dass es um die deutsche Raumfrage ging, als auch, dass es zur Überwindung der prekären Mittellage nur den Weg der Ausschaltung der Flügelmächte und der Befreiung von Umklammerung der Ost-West-Konstellation gab. Die Außenpolitik Hitlers bildete nicht die deutsche Hegemonie heraus und führte Deutschland zur Einkreisung und Niederlage. Deutschland war am Ende des Zweiten Weltkrieges besiegt, besetzt und geteilt. Demzufolge blieb die Frage der deutschen Mittellage ungelöst, und Deutschland war in einen Schwebezustand geraten. Das Schicksal Deutschlands wurde von den Alliierten als ein nicht souveräner Staat unter weltpolitischen Rahmenbedingungen bestimmt. Im Zeitalter des Kalten Krieges befand sich Deutschland auf der Frontlinie des Ost-West-Konfliktes, damit wurde das Konzept der deutschen Mittellage, sowie des deutschen *„Eigenweg“* für die deutsche Außenpolitik ausgeschlossen. In dieser Situation gab es keine Handlungsmöglichkeiten mehr, demgemäß entschied sich der Kanzler Konrad Adenauer für die Westbindung der Bundesrepublik. Unter Willy Brandt erweiterte die deutsche Außenpolitik der Bundesrepublik ihren Handlungsspielraum nach Osten mit Zustimmung der westlichen Staaten durch Anerkennung der Grenzen ihrer östlichen Nachbarn. Mit der Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses durch Kanzler Helmut Schmidt änderten die Rahmenbedingungen der deutschen Mittellage und in diesem Zusammenhang rückte die deutsche geopolitische Mittellage sogar in den Mittelpunkt der Weltpolitik. Helmut Kohl führte schließlich auf einem friedlichen Weg die Frage der deutschen Mittellage zur Vereinigung.

Zusammenfassend lässt sich für diesen Abschnitt festhalten, dass sich Deutschland von Anfang an in einer weltgeopolitischen Struktur befand, in der sich Deutschland an einem ambivalenten Ost-West-Verhältnis orientierte. Da Deutschland angesichts seiner verspäteten Gründung des Nationalstaates und aufgrund unzureichender Eigenkraft bzw. Machtverteilung einen Schaukelkurs zwischen Ost und West einschlugt. Diese Lage ließ die geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik zwischen Ost und West oszillieren. Dabei lässt sich zeigen, dass die geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik von der Reichsgründung bis zur Wiedervereinigung durch die geopolitische Weltordnung und die Rahmenbedingungen der Weltpolitik vorbestimmt waren und zu einem Schaukelkurs zwischen der geopolitischen Orientierung nach Ost und West geführt wurden. Wie sich die geopolitischen Codes im Zuge der deutschen Wiedervereinigung herauskristallisieren, wird nachfolgend behandelt.

5.4 Geopolitische Codierungen der deutschen Außenpolitik nach 1990 in einer post-bipolaren Weltordnung

Die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik hing seit der Gründung des deutschen Nationalstaates mit den Rahmenbedingungen der Staatenwelt zusammen, in der sich Deutschland angesichts seiner außenpolitischen Bedingungen an den traditionellen machtpolitischen Mustern der Ost-West-Konstellation in der weltgeopolitischen Struktur orientierten sollte. Die weltpolitische Lage wurde im 20 Jahrhundert für die deutsche Außenpolitik durch die weltweiten Auseinandersetzungen zwischen den autoritären und demokratischen Regierungen – nämlich Autokratie und Parlamentarismus – bestimmt und nach dem Zweiten Weltkrieg von dem Antagonismus zwischen Ost und West geprägt. In diesem Zusammenhang wurde von Historikern und Geopolitikern die Vorstellung artikuliert, dass Deutschland angesichts dieser Lage eine Schaukelpolitik entwickelt hatte, in der deutschen Außenpolitik zwischen Ost und West pendelte. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes befindet sich die weltpolitische Struktur in einem Übergang von der bipolaren Weltordnung hin zu einer neuen post-bipolaren Weltordnung, deren Raumstrukturen in den internationalen Beziehungen untersucht werden sollen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie sich die geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik in der neuen sich immer noch formierenden weltgeopolitischen Struktur entwickelt. Diese wird im Folgenden näher erläutert.

5.4.1 Kontinuität und Adaptionsschwierigkeiten der deutschen Außenpolitik

Aufgrund der geopolitischen Strukturveränderungen des internationalen Systems hat sich die Wahrnehmung der deutschen Mittellage nach 1990 grundlegend geändert. Deutschland erhält durch den Zwei-plus-vier-Vertrag seine volle Souveränität und erweitert sich damit geographisch um das Gebiet der DDR (vgl. Zimmer 2009, S. 68; Haftendorn 2012, S. 16). Die deutsche Einheit hat das Machtgleichgewicht in Europa erheblich verändert. Deutschland etablierte sich wieder als dominierende Macht im Zentrum Europas (vgl. Schwarz 1994 u. 1997). Während sich die Sowjetische Union auflöste, gewann die Bundesrepublik Territorium, Bevölkerung und wirtschaftliches Potential (vgl. Zimmer 2009, S. 72; Schröder 2011, S. 55f.). Einerseits war Deutschland seinerseits vor allem bei der Formulierung eines neuen strategischen Außen- und Sicherheitspolitischen Konzepts wegen seines politischen und wirtschaftlichen Gewichts in der der neuen Mittellage gefordert, anderseits kann die Frage von Nachbarn und Großmächte aufkommen, wie die Rückkehr Deutschlands zu hegemonialen Aspirationen beschränkt werden können (vgl. Schmalz 2004, S. 21ff.). Um die Sorge von Nachbarn vor einem übermächtigen Deutschland zu beseitigen und

innenpolitischen Spaltung zu überwinden, sah der Bundeskanzler Helmut Kohl mit seinem Außenminister Hans-Dietrich Genscher die Lösung in der Integration Europas: *„Für uns ist die Entwicklung Europas nicht irgendein Thema der Tagespolitik. Europa ist für Deutschland eine Schicksalsfrage; ich behaupte: die Schicksalsfrage“* (Kohl 1992). Aufgrund dieser Überzeugungen führte Kohl die bisherige außenpolitische Traditionslinie der Kontinuität fort: „*Die Politik der von mir geführten Bundesregierung steht fest in der Tradition der europäischen Einigung“* (Kohl 1997), die sich auf *„Verlässlichkeit und Berechenbarkeit“* (Kronenberg 2009, S. 28) der deutschen Außenpolitik bezog: *„Missverständnisse und Unberechenbarkeit unserer Politik wären für uns in unserer geopolitischen Lage besonders gefährlich. Eben deshalb ist die Politik unseres Landes auf Klarheit, auf Festigkeit und auf Verlässlichkeit ausgerichtet“* (Kohl 1982).

Im zentralen Fokus seines außenpolitischen Konzeptes standen die Europapolitik und die Europäische Integration. Im ersten Schritt baute der Kanzler eine vertrauensvolle Beziehung mit Frankreich auf, deren Folge zu der Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht 1992 führte (vgl. Roos 2012, S. 18f.), auf dessen Grundlage sich die europäische Gemeinschaft zu einer europäischen politischen Union weiterentwickelte (vgl. Haftendorn 2012, S. 16). Ein nächster Schritt war die Einführung des Euro als gemeinsame europäische Währung (vgl. Schmalz 2004, S. 350ff.), die Kohl in einem entscheidenden Maße für die Beschleunigung des europäischen Einigungsprozesses betrachtete: *„Das zweite große Ziel, vor dessen Verwirklichung wir jetzt stehen, ist die gemeinsame europäische Währung. Sie wird der europäischen Einigung eine neue Qualität verleihen“* (Kohl 1998).

Aus französischer Sicht war aber im Gegensatz zur Perspektive des deutschen Bundeskanzlers die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung eine Strategie, um die Macht der Bundesbank zu begrenzen und die deutsche Hegemonie in Europa zu verhindern (vgl. Haftendorn 2012, S. 16; Schröder 2011, S. 56). Außerdem machte der französische Präsident François Mitterrand deutlich, dass er der deutschen Wiedervereinigung unter bestimmten Bedingungen zustimmen könne. Mitterand forderte für die Fortsetzung der europäischen Integration die Schaffung einer europäischen Gemeinschaftswährung, damit ein *„europäisches Deutschland“* anstatt eines *„deutschen Europas“* entstehen solle (vgl. Haftendorn 2012, S. 16f.; Ross 2012, S. 21).

Ein weiterer wichtiger Punkt, der im Vertrag von Maastricht verankert wurde und im Interesse der Deutschen und Franzosen lag, war die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, die Deutschland trotz zahlreicher Bemühungen aufgrund

Interessendivergenz der Mitgliedstaaten der EU nicht durchsetzen konnte (vgl. Harnisch und Schieder 2006, S. 105f.). Obwohl der Bundeskanzler für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik plädierte, war ihm aber ganz bewusst, dass ohne Zustimmung der USA keine Wiedervereinigung möglich gewesen wäre, deswegen trat er für eine enge deutsch-amerikanische Partnerschaft (vgl. Haftendron 2012, S. 16f.). Kohl vertrat die Auffassung, dass die Pflege der deutsch-amerikanischen Beziehungen nicht nur für die atlantische Sicherheitsgemeinschaft, sondern auch für die Interessen der USA und Europas zur Konflikt- und Problembearbeitung in der Weltpolitik eine entscheidende Rolle spiele (vgl. ebd. 2012, S. 17): *„Es gibt für uns Deutsche kein Entweder- Oder zwischen transatlantischer Partnerschaft und europäischer Integration. Es geht vielmehr um ein Sowohl-als-auch. Unsere Bemühungen um eine substantielle europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität sollen die Allianz stärken und ergänzen“* (Kohl 1996). Da die Machtressourcen Deutschlands zugenommen hatten und Deutschland als ein souveräner Staat in die Völkergemeinschaft aufgenommen war, forderte diese neue weltpolitische Lage einerseits von Deutschland eine neue Außenpolitik, die seinem Gewicht und seinen Möglichkeiten aus der neuen geopolitischen Mittelage heraus entsprach (vgl. Bredow und Jäger 1993, S. 103ff.). Andrerseits erwarteten die Bündnispartner, besonderes die USA, von Deutschland die Übernahme mehr weltpolitischer Verantwortung und die aktive und direkte Beteiligung an ihren politischen und militärischen Einsätzen, weil die indirekte Art der Unterstützung der Bundesrepublik, die so genannte *„Scheckbuchdiplomatie“*, nicht mehr annehmbar war (vgl. Haftendron 2012, S. 17). Infolgedessen bewilligte das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil aus dem Jahr 1994 die Bundeswehrauslandseinsätze (vgl. ebd.). Es soll darauf hingewiesen werden, dass sich die Bundeswehr schon seit 1990 an Friedenseinsätzen im Ersten Golfkrieg sowie im Jugoslawienkrieg beteiligte. Helmut Kohl und seine Regierung waren für die Bundeswehrauslandseinsätze (vgl. Calic 2007, S. 474). Damit wurden die Bundeswehr und ihre Auslandeinsätze als Instrument der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik wahrgenommen (vgl. Krause 2000, S. 395).

In seiner außenpolitischen Konzeption intensivierte der Bundeskanzler die deutschen Beziehungen mit den mittelosteuropäischen Staaten. Aufgrund der politischen Ereignisse im Mittelosteuropa sowie auf dem Balkan übernahm Deutschland eine entscheidende Rolle und betrieb eine aktive Außenpolitik (vgl. Dauderstädt 2007, S. 422ff.). Die Bundesregierung bemühte sich darum, die historisch belasteten Beziehungen zu Polen und Tschechien durch bilaterale Verträge wiedergutzumachen und zum anderen die Handlungsspielräume der

deutschen Außenpolitik mit Unterstützung der Transformprozesse von osteuropäischen Staaten zu eröffnen (vgl. ebd. S. 426f.). Um die Transformationsstaaten politisch und ökonomisch zu stabilisieren und neu zu orientieren, wollte die Bundesregierung die mittelosteuropäischen Staaten weitgehend an die EU und die NATO anbinden (vgl. Katzenstein 1997c, S. 26ff.). Bald zeigte sich aber, dass eine neue geopolitische Mittelage in Europa entstand, die nicht mehr mit der alten außenpolitischen Koordination der Bunderepublik vereinbar war. Daher ergab sich Anpassungsbedarf für eine deutsche Außenpolitik, die Deutschlands neuer Mittelage entsprach. Zum Schluss führte der hier beschriebene Anpassungsprozess der deutschen Außenpolitik zu einer Kursveränderung (vgl. Haftendorn 2012, S.18).

5.4.2 Geopolitische Codierungen in der deutschen Außenpolitik unter der rot-grünen Regierung

Nach der Bundestagwahl im September 1998 trat der neue Bundeskanzler Gerhard Schröder unter einer rot-grünen Koalition sein Kanzleramt an (vgl. Raschke 2004, S.25). Der Bundeskanzler und sein Außenminister Joschka Fischer gehören einer Generation von Politikern an, die Deutschland von seiner Geschichte als Gefangene der Weltpolitik entfesseln wollten, daher richteten sie ihren Blick in die Zukunft und betrieben eine selbstbewusste und pragmatische Außenpolitik (vgl. Schöllgen 2005, S. 3ff.; Hacke 2002a, S. 7ff.).

Seit seinem Amtsantritt setzte Schröder die von Kohl begonnene Außenpolitik fort, und knüpfte damit auch in dieser Hinsicht an die Außenpolitik seines Vorgängers an. Daher baute er die transatlantische Beziehungen aus, vertiefte die europäische Integration, erweiterte die europäische Union nach Mittelosteuropa und unterstützte die Bundeswehrauslandseinsätze (vgl. Hilz 2009, S. 35ff.). Einerseits verwiesen diese außenpolitischen Grundzüge, die den Interessen der deutschen Außenpolitik entsprachen, auf *„realpolitischem Anpassungsdruck“*, andrerseits orientierte sich die rot-grüne Außenpolitik an weltpolitischen Problemen und setzte sich mit globalen Fragen auseinander (vgl. Hacke 2005a, S. 9f.). Damit setzte die Bundesregierung allmählich einige neue Akzente, im Hinblick auf Werte und moralische Maßstäbe, Multilateralismus sowie Verrechtlichung des internationalen Systems, und plädierte für Menschenrechtspolitik und Rüstungskontrolle (vgl. Hacke 2002a, S. 8). Der Bundeskanzler hielt 1999 eine Rede zur offiziellen Eröffnung des Sitzes der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, in der er die Grundzüge der deutschen Außenpolitik so formulierte:

„es gibt kaum einen Politikbereich, für den der Begriff der „Kontinuität“ so häufig beschworen wird wie für das Gebiet der Außenpolitik. Verlässlichkeit in den internationalen Beziehungen ist gerade dann besonders wichtig […] *Dabei bleiben die Grundorientierungen unserer Außenpolitik unverändert. Wir wissen: der wirtschaftliche und der politische Erfolg Deutschlands ist untrennbar mit der Integration in die westliche Staatengemeinschaft, in die Europäische Union und in die NATO verbunden. Unseren Verbündeten und Freunden werden wir deshalb weiterhin verlässliche Partner sein. Gemeinsam mit unseren Nachbarn in Mittel- und Osteuropa müssen wir entschlossen die Chancen einer noch intensiveren Zusammenarbeit nutzen.“* (Schröder 1999).

Bundeskanzler Gerhard Schröder stimmte wenige Monate nach seiner Amtseinführung mit einer Mehrheit im Bundestag der Beteiligung der Bundeswehr an NATO-Einsatz im Kosovokrieg 1999 zu (vgl. Schöllgen 2005, S.3f.). Zum ersten Mal seit 1954 beteiligten sich die Soldaten und Kampfflugzeuge der Bundesregierung an einem Krieg, gegen den sowohl China und Russland im UN-Sicherheitsrat waren, und für den außerdem kein UN-Mandat bestand (vgl. Hacke 2005a, S. 9). Schröder rechtfertigte die Beteiligung der Bundeswehr am Kosovokrieg: *„Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.“* (Schröder 1999).

Zunächst pflegte Schröder gemäß seinem außenpolitischen Konzept die deutsch-amerikanischen Beziehungen und sorgte für engeren Schulterschluss sowie vertiefte eine verlässliche Partnerschaft. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 versprach der Bundeskanzler den USA *„uneingeschränkte Solidarität“* und die Bundesregierung unterstützte die USA mit der Unterzeichnung des Afghanistanabkommens auf der Petersberg-Konferenz im Dezember 2001 im Kampf gegen den Terror sowie in der Kriegsführung gegen Afghanistan (vgl. Schöllgen 2005, S. 4f.). Dabei entwickelten sich die Handlungsspielräume der deutschen Außenpolitik und brachten damit das außenpolitische Ansehen Deutschlands auf einen Höhepunkt und infolgedessen wurde Deutschland zum ersten Mal in seiner Geschichte als gleichrangige Großmacht in der Weltpolitik betrachtet (vgl. ebd.). Trotz der uneingeschränkten Solidarität der Bundesregierung mit den USA im Kampf gegen den Terrorismus änderte Schröder 2002 in einer 180-Grad-Drehung seiner außenpolitischen Strategie (vgl. Hacke 2005a, S. 9f.). Als der Kanzler mit einem Großteil der rot-grünen Parlamentarier die Beteiligung der Bundesregierung am Irak-Krieg ablehnte: „*Wir leisten Solidarität mit unseren Partnern, stehen für Abenteuer aber nicht zur Verfügung.“* (Schröder 2002). Er sprach vom einen deutschen Weg*:* „*Wir machen einen deutschen Weg und lassen*

uns nicht vereinnahmen“ (Schröder 2002) und betonte, dass Deutschland ein *„selbstbewusstes Land“* sei sowie eine *„erwachsene Nation“* geworden sei, und setzte in seinem neuen außenpolitischen Kurs antiamerikanische Akzente und kritisierte deutlich die amerikanische Außenpolitik (vgl. Link 2004a, S. 3ff.): „*Wir sind nicht der Mündel der Vereinigten Staaten“*(Schröder 2002), damit erklärte er das Ende der Gefolgschaft der USA in der Weltpolitik und suchte durch die Intensivierung der deutsch-französischen Beziehungen in Europa und den Ausbau der Beziehungen mit Russland und China im Osten nach neuen Bündnissen, um mögliche außenpolitische Handlungsspielräume Deutschlands neu zu gestalten (vgl. Schöllgen 2004b, S. 11f.) .

Dieser radikale außenpolitische Kurswechsel war entweder eine Strategie, um die Bundestagswahl zu gewinnen, oder Aufnahme der öffentlichen Meinung der großen Mehrzahl der deutschen Bevölkerung (vgl. Schöllgen 2005, S. 5). Dieser Kurswechsel führte zu kontroversen Debatten in Deutschland und beschädigte nicht nur die transatlantischen Beziehungen schwer, sondern machte Deutschland auch wieder unberechenbar und unzuverlässig für die transatlantischen Partner in seiner Außenpolitik. Die rot-grüne Regierung betrachtete das unipolare System unter der Führung der USA nicht mehr als Chance (vgl. Hacke 2005a, S. 10f.), sondern bemühte sich mit Frankreich, Russland und China darum, die Weltpolitik zu einem multilateralen System umzuwandeln und durch eine Gegenmachtbildung das unilaterale System unter der Führung der USA aufzulösen (vgl. Link 2004a, S.3ff.). Im Mittelpunkt der strategischen Beziehungen mit Russland und China stand die wirtschaftliche, politische Anbindung Eurasiens an Europa (vgl. Hacke 2005a, S. 10). Schröder war davon überzeugt, dass die neuen Handlungsspielräume im Eurasien und Europa für die deutsche Wirtschaft Perspektiven eröffneten und Deutschland im Schulterschluss mit Frankreich die Führungsrolle und die Verantwortung für die europäische Integration und Erweiterung übernehmen kann.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Politikwissenschaftler hinsichtlich einer Bilanz der deutschen Außenpolitik unter der rot-grünen Regierung unterschiedliche Positionen vertreten. Einerseits wird von Befürwortern einer selbstbewussten deutschen Außenpolitik die Außenpolitik der Regierung Schröder positive bewertet. Mit Verweis auf die neue deutsche Mittellage kommen sie zu dem Schluss, dass Deutschland in der Ära Schröder unabhängiger von anderen Großmächten geworden ist und sich selbstbewusst und souverän an deutschen nationalen Interessen orientieret hat. Andererseits konstatieren Kritiker der deutschen Außenpolitik in der Ära Schröder, dass eine zuverlässige Außenpolitik ihre Interessen deutlich und funktional auf der Grundlage von Kontinuität und Glaubwürdigkeit

formulieren und klare Prioritäten in ihren Handlungen setzen sollte, damit die Allianz mit anderen Akteuren des internationalen Systems anschließen kann. Schröder wiederholte einen historischen Fehler in der Gestaltung seiner Außenpolitik. Es hätte ihm klar sein müssen, dass Deutschland als Zentralmacht in Europa wegen seiner prekären geopolitischen Mittellage einen starken Verbündeten brauchte. In der geopolitisch bestehenden Weltordnung war und ist die USA sowohl aus Sicherheitsgründen als auch aufgrund gemeinsamer wirtschaftlich-politischer Interessen viel wichtiger für Deutschland als Frankreich oder Russland. Für sieben Jahre prägte die rot-grüne Bundesregierung die deutsche Außenpolitik in einem Schwebezustand zwischen *„modifizierter Kontinuität und selektivem Wandel“* (vgl. Hacke 2002a, S. 7) sowie interessen- und moralorientierter Außenpolitik.

5.4.3 Der Geschmeidigkeitsmanöver-Diskurs der Zweiten Großen Koalition

Die CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel führte die Unionsparteien bei der Bundestagwahl 2005. Sie gewann die Wahl und löste die rot-grüne Regierung Schröder-Fischers ab und übernahm die Regierung mit der SPD unter einer Großen Koalition bis 2009 (vgl. Seemann 2010, S. 43). Die Bundeskanzlerin war nach ihrem Amtsantritt mit großen Herausforderungen konfrontiert. Der Handlungsspielraum der deutschen Außenpolitik war aufgrund der rot-grünen Außenpolitik in einen Schwebezustand geraten. Die deutsche Außenpolitik schwankte und wurde wieder von transatlantischen Verbündeten unberechenbar und unzuverlässig betrachtet. Die deutsch-transatlantischen Beziehungen befanden sich in einer tiefen Krise und Europa war gespalten (vgl. Gareis 2010, S. 228). Nach einem breiten parteipolitischen Konsens, der sich im Koalitionsvertrag wiederspiegelte, fanden die Bundeskanzlerin und ihr Außenminister Frank-Walter Steinmeier die Lösung für die deutsche Außenpolitik in einer neuen Einbindungs-und Gestaltungspolitik (vgl. Koalitionsvertrag 2005). Sie bemühten sich, die deutsche Außenpolitik an Werte, wie Menschenrechte und Demokratie zu orientieren und an das Prinzip des Multilateralismus anzupassen (vgl. Fröhlich 2006, S. 226f.). Zunächst pflegte die Kanzlerin die deutsch-amerikanischen Beziehungen und versuchte, das Misstrauen zwischen beiden Ländern wegen der Irakkrise abzubauen und die Beziehungen in eine *„selbstbewusste Partnerschaft“* zu verwandeln (vgl. Haftendorn 2012, S. 18f.).

Einerseits plädierte die Bundeskanzlerin für die transatlantischen Beziehungen und betonte in ihrer Regierungserklärung: dass sich die neue Bundesregierung *„mit aller Kraft für ein enges, ehrliches, offenes und vertrauensvolles Verhältnis in der transatlantischen Partnerschaft“* einsetzen wolle (Merkel 2005). Dabei stellte sie besonders die gemeinsamen Werte heraus, die diese Partnerschaft kennenzeichen: *„Frieden und Freiheit, Demokratie und*

Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit und Toleranz" (ebd.). Sie betonte den besonderen Stellenwert der transatlantischen Beziehungen auf diese Weise explizit:" *Wir haben das gleiche Verständnis von der Würde des Menschen. Das schweißt uns zusammen und bildet auch das Fundament."* (ebd.). Andrerseits sprach sie für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, die im Grunde genommen eine Entkoppelung von der NATO im Westen bedeutete und der NATO-Strategie der USA in Europa wiedersprach: *„Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit* […] *werden immer fließender. Deshalb brauchen wir eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik innerhalb der Europäischen Union, und das auf der Grundlage einer europäischen Sicherheitsstrategie."* (Merkel 2005). Am Anfang der Großen Koalition schien es so, dass sich die Bundesregierung nicht für den ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinigten Nationen interessierte, um den sich die rot-grüne Regierung beworben hatte (vgl. Gareis 2010, S. 237). Die Bundeskanzlerin hielt 2007 eine Rede zur Eröffnung der 62. VN-Generalversammlung in New York, in der sie überraschenderweise von Reformbedarf der Vereinigten Nationen sprach: „*Aber die Vereinten Nationen haben Reformbedarf. Der betrifft insbesondere den Sicherheitsrat."* Darüber hinaus kritisierte sie die Struktur des UN-Sicherheitsrates: *„In seiner jetzigen Zusammensetzung spiegelt der Sicherheitsrat nicht mehr die Welt von heute wider. Es führt deshalb kein Weg daran vorbei, ihn den politischen Realitäten anzupassen"* (Merkel 2007). Infolge ihrer Kritik bestand sie auf einen ständigen Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat, damit Deutschland in der Weltpolitik mehr Verantwortung übernehmen kann: „*Deutschland ist bereit, auch mit der Übernahme eines ständigen Sicherheitsratssitzes mehr Verantwortung zu übernehmen."* (ebd.). In der deutsch-transatlantischen Beziehung gab es eine Interessengemeinschaft zwischen der Großen Koalition und der Zweiten Bush Regierung, um in den Politikfeldern NATO-Erweiterung und Stabilisierung des mittelosteuropäischen Raumes, Kampf gegen Terrorismus und Außenwirtschaftspolitik zu kooperieren, aber die Interessendivergenzen waren zwischen beiden Ländern noch vorhanden (vgl. Harnisch 2009, S. 17). Die Bundeskanzlerin versuchte in ihrem außenpolitischen Kurs, der im Koalitionsvertrag festgelegt worden war, die transatlantischen Beziehungen wieder konstruktiv zu gestalten, Deutschland als verlässlichen Partner für die USA zu präsentieren, bilaterale Konfrontationen zu vermeiden und eine multilaterale Außenpolitik zu betreiben (vgl. Harnisch 2010a, S. 60ff.).

Ein Blick auf die Europapolitik der Großen Koalition zeigt, dass sich Europa politisch und wirtschaftlich in einer Krise befand und im Hinblick auf gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gespalten war (vgl. Haftendorn 2012, S. 21). Einerseits wurde das

Referendum des Europäischen Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden 2005 abgelehnt, andererseits gab es den Schulterschluss der deutsch-französischen Initiative nicht mehr, außerdem entstand Uneinigkeit in der deutsch-französischen Führung der EU im Hinblick auf die Lösung der Wirtschafts- und Finanzkrise, was infolge zur Verschärfung der Krise in Europa führte (vgl. Harnisch 2009, S. 19f.). Die Bundeskanzlerin übernahm in dieser Lage die Verantwortung und betonte die Kontinuität in der Verfolgung der deutschen Interessen. 2007 gewann Nicolas Sarkozy die französische Präsidentenwahl, worauf sich Deutschland und Frankreich einander annäherten. Sarkozy unterstützte die Bundesregierung bei der Übernahme der deutschen EU-Präsidentschaft 2007 (vgl. Harnisch 2010b, S. 517f.). Merkel übernahm die Führungsrolle in Europa, womit die Basis sowohl für eine wesentliche Inhaltsreform des EU-Verfassungsvertrages als auch die Ausarbeitung der Grundzüge des Lissaboner Vertrages gelegt wurde (vgl. Maull 2015, S. 220). Deutschland spielte als Führungsmotor bei der Integration und Erweiterung der EU eine entscheidende Rolle (vgl. ebd.). Die Bundeskanzlerin erstellte eine neue Agenda für die Zukunft Europas durch rücksichtvolle Verhandlungen und umsichtige Vermittlungen im Europäischen Rat. Auf deren Grundlage richtete sie Europa neu aus und verstärkte wieder die Rolle Europas als eines wichtigen weltpolitischen Akteurs (vgl. Gareis 2010, S. 232). Mit großen Geschmeidigkeitsmanövern brachte Merkel die deutsche Europapolitik in eine komplexe und ambivalente Lage. Obwohl die Bundeskanzlerin einerseits für eine deutsch-französische Initiative im Vorfeld Europas plädierte (vgl. Harnisch 2009, S. 16f.), löste sie andererseits aber in ihrem außenpolitischen Konzept die deutsche Abhängigkeit von Frankreich, die unter der rot-grünen Regierung praktiziert worden war, um eine Achsenbildung mit Frankreich gegen die USA und die NATO aufzubauen (vgl. Harnisch 2010a. S. 71f.). Darüber hinaus gab es noch Streitpunkte und Uneinigkeit in der Europäischen Union in Bezug auf die Ausrichtung der EU in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, die sich mit der Finanzkrise 2008-2009 und im Streit zur Gründung einer vom französischen Präsidenten Sarkozy vorgeschlagenen Mittelmeer-Union deutlich zeigte. Die Kanzlerin schaffte neue Handlungsmöglichkeiten für die deutsche Außenpolitik durch die Erweiterung der EU nach Osteuropa, aber sie änderte im Jahr 2009 ihre Osteuropapolitik und forderte strenge Auflagen für Erweiterung der EU (vgl. Gareis 2010, S. 232ff.).

Merkel führte bilaterale Gespräche mit den EU-Skeptikern Polen und Großbritannien und versuchte deren Sorge zu zerstreuen und ihr Vertrauen für die Integration und Erweiterung der EU wiederzugewinnen (vgl. ebd. S. 233). Die Bundesregierung setzte ihre weltpolitische Gewichtzunahme außerhalb der EU ein und versuchte eine aktive und

selbstbewusste Außenpolitik im Hinblick auf Sicherheits- und Energiepolitik gegenüber Russland und in Zentralasien zu betreiben (vgl. Harnisch 2010b, S. 520). Deshalb vertiefte die rot-grüne Regierung die Beziehung zu Russland und führte aufgrund der Energiepolitik und enger wirtschaftlichen Kooperationen eine *„strategische Partnerschaft“* mit Russland (vgl. Kalinin 2015, S. 150ff.). Die Bundeskanzlerin setzte die Russlandpolitik ihres Vorgängers fort und Russland spielte für Deutschland eine wichtige Rolle als zuverlässiger Bündnispartner insbesondere bei der Energiepolitik (vgl. Harnisch 2010b, S. 520). In Bezug auf die deutsch-russischen Beziehungen gab und gibt es immer noch einen parteipolitischen Dissens zwischen der SPD und den Unionsparteien (vgl. Kalinin 2015, S. 150). Diese Differenz zeigte sich konkret in der Großen Koalition im Georgienkrieg 2008, danach war Russland kein strategischer Partner mehr für die Bundesregierung (vgl. Haftendorn 2012, S. 21; Harnisch 2009, S. 21ff.; Gareis 2010, S. 234) .

Insgesamt lässt sich zeigen, dass die *„Einbindungspolitik“* der Großen Koalition sowohl im euro-transatlantischen Raum als auch in der eurasischen Raumstruktur wieder einigermaßen das Vertrauen zurückgewann und die deutsche Position in der Mitte Europas verstärkte. Obwohl die Große Koalition über einen breiten überparteipolitischen Grundkonsens verfügte und dem Koalitionspartner durch Zusammenarbeit bei der deutschen Außenpolitik ein aktives Handeln im internationalen System ermöglichte, aber lähmte die deutsche Außenpolitik. Diese ambivalente Haltung der Großen Koalition schränkte die Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit der deutschen Außenpolitik ein.

5.4.4 Der Zickzack-Kurs der deutschen Außenpolitik unter der schwarz-gelben Regierung

Angela Merkel gewann zum zweiten Mal die Bundestagwahl am 27. September 2009, damit löste sie die Bundesregierung unter der Großen Koalition auf. Sie erzielte die Mehrheit zusammen mit der FDP und bildete eine christlich-liberale Regierung (vgl. Saalfeld und Zohlnhöfer 2015, S. 9f.). Die Europäische Union insbesondere die Eurozone befand sich in einer tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise bzw. *„Verschuldungskrise“* (vgl. Maull 2015, S. 221). Einige EU-Mittgliedstaaten waren überschuldet. Am Anfang an drohte Griechenland eine Staatspleite, danach weitete sich die Krise auf den anderen Ländern der Eurozone wie Portugal, Spanien, Italien und Irland aus (vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2012a, S. 16; Niclauß 2015, S. 381f.). Mit anderen Worten waren diese Länder nicht mehr in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen und unausweichlich auf die Unterstützung der Europäischen Zentralbank (EZB), sowie des Internationalen Währungsfonds (IWF.) angewiesen (vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2012a, S. 16f.). Europa geriet unter der Führung

von Angela Merkel in den Mittelpunkt ihrer Außenpolitik (vgl. Niclauß 2015, S. 382f.). Obwohl die Bundeskanzlerin betonte, dass die Überwindung der Eurokrise im Mittepunkt der deutschen Außenpolitik stehe, fehlte aber der deutschen Europapolitik eine Gesamtstrategie im Hinblick auf das Management der Krise (vgl. Daase 2015, S. 555). Die Bundeskanzlerin wurde kritisiert, dass sie eine situationsbedingte Außenpolitik zur Lösung der Wirtschafts- und Finanzkrise betrieb, die durch eine Anpassungsreaktion im Zuge der Finanzkrise gekennzeichnet war (vgl. Maull 2011; Kleine-Brockhoff und Maull 2011; Sandschneider 2012; Daase 2015; Staack 2014a). Merkel rechtfertigte ihre Position zur Finanzkrise im Hinblick auf die Globalisierung (vgl. Haftendorn 2012, S. 22). Sie wies darauf hin, dass sich die Globalisierung und ihre unbeabsichtigten Konsequenzen auf die Krise auswirkten. Am Anfang der Finanzkrise zögerte die Bundeskanzlerin. Dabei stellte sie besonders im Fall Griechenland heraus, dass *„die Stabilitätsgemeinschaft im Vordergrund steht und dass wir nicht eine vorschnelle Hilfe leisten, die uns langfristig überhaupt nicht weiterbringt, sondern den Euro immer weiter schwächt“* (Merkel 2010), und die Bundeskanzlerin hoffte, dass die Krise der Eurozone durch eine Sparpolitik mithilfe der internationalen Währungsinstitutionen hätte gelöst werden können. Als die Krise in Griechenland ausbrach und sich auf die Eurozone ausweitete, stand die Europäische Union kurz vor dem Zusammenbruch, deshalb änderte die Bundeskanzlerin ihren Kurs (vgl. Kallinich und Schulz 2015, S. 442f.). Sie hob in einer Rede 2011 zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel vor dem Bundestag hervor, dass die Bundesregierung dazu verpflichtet ist *„alles dafür zu tun, dass Griechenland die Möglichkeit gegeben wird, wieder zu wachsen.“* (Merkel 2011). Sie sorgte dafür, dass *„Griechenland schnell auf die Beine kommt“.* Die Bundesregierung wurde aufgefordert, eine starke Führungsrolle zu übernehmen (vgl. Wendler 2010, S. 531ff.). Schließlich entschloss sich die Bundesregierung 2011 im Schulterschluss mit Frankreich auf die schwere Krise angemessen zu reagieren und eine umfassende Lösung voranzubringen (vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2012, S. 20f.). Zunächst plädierte die Bundeskanzlerin für einen Krisenmechanismus zur Rettung des Euro, damit ein Wirtschaftsrettungsplan für die Mitgliedländer mit der höchsten öffentlichen Verschuldung als Stabilitätsmechanismus der Eurozone festgelegt wurde (vgl. Kallinich und Schulz 2015, S. 443f.). In der Fortsetzung der Strukturanpassung des Finanz- und Haushaltsystems der Mitgliedstaaten forderte Frau Merkel sowohl die Bildung einer europäischen Wirtschaftsregierung als auch die Revision des Lissabonner Vertrages (vgl. ebd.). In der europäischen Finanzkrise bewies sich die Kanzlerin als Krisenmanagerin, rettete einigermaßen durch ihr Programm die verschuldeten Staaten der Eurozone und brachte das Wirtschafts- und Finanzsystem der Europäischen Union bzw. die europäischen Banken in Sicherheit (vgl. Haftendorn 2012, S. 24f.). Gleichwohl baute der

CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder in einer Rede auf dem Parteitag in Leipzig, in der darauf hingewiesen hat: „*in Europa wird Deutsch gesprochen"* (Kauder 2011), wieder das Misstrauen der anderen europäischen Länder auf, in deren Folge wurde die Deutsche Führung skeptisch betrachtet, denn damit schien Deutschland für die Mitgliedstaaten wieder unberechenbar.

Während die Bundeskanzlerin auf das Management der Wirtschafts-und Finanzkrise in Europa konzentrierte, fokussierte ihr Außenminister Guido Westerwelle auf eine wertorientierte Außenpolitik, die *„Kompass- und Orientierungslos"* zeigte (vgl. Brössler 2011): *„Aber wir werden deswegen zu keiner Zeit auf Werte, auf Menschenrechte, auf Bildung, auf Religionsfreiheit, auf Pluralität und auf Minderheitenschutz verzichten. Wir machen in der Sache der Menschenrechte keine Kompromisse"* (Westerwelle 2010). Der Bundesaußenminister wies in seinem Kurs auf die Friedens- und Abrüstungspolitik hin, die in der schwierigen Zeiten der Realität der Weltpolitik nicht entsprach (vgl. Kallinich und Schulz 2015, S. 444): „Deutsche *Außenpolitik ist Friedenspolitik* […] *weil deutsche Außenpolitik Friedenspolitik ist, setzen wir auf Abrüstung*." (Westerwelle 2010). In der Ära der christlich-liberalen Bundesregierung befand sich die Weltpolitik in einer gravierenden Krise, in der der Arabische Frühling in Tunesien begann und sich bald über den Nahen Osten und Nordafrika ausbereitete, die Finanzkrise sich tiefgreifend auf die Europäische Union auswirkte und der israelische- palästinische Konflikt wieder aufflammte (vgl. Saalfeld und Zohlnhöfer 2015, S. 19ff.). Darüber hinaus etablierten sich China, Indien und Brasilen als neue Großmächte der Weltpolitik. In dieser Lage entsprach die außenpolitische Ausgangposition Westerwelles auf der Grundlage von Werte und moralischen Ansätze nicht den tiefgreifenden internationalen Veränderungen des internationalen Systems und keine internationalen Partner sich dafür interessierte (vgl. Hafterndon 2012, S. 23). Nach der Enthaltung der Bundesregierung zur NATO-Aktion in Libyen 2011 stellte die Bundesregierung sowohl ihre multilaterale Außenpolitik und ihre Solidarität mit den euro-transatlantischen Partnern in der Frage und verursachte Zweifel an deutscher Bereitschaft und Zuverlässigkeit zur Übernahme der globalen Verantwortung (vgl. Haftendorn 2012, S. 23; Daase 2015). Gleiches galt auch für die französische Aktion in Mali, als Deutschland zögerlich auf die Unterstützung Frankreich in Mali-Einsatz reagierte, womit kam es wieder zu Missverständnissen zwischen beiden Ländern (vgl. Kaim 2013, S. 1ff.). Die Bundesregierung wurde sowohl von den transatlantischen Partnern als auch der Opposition im Bundestag kritisiert, dass sie ihre euro-atlantischen Partner nicht unterstütze und dass ein Zickzack-Kurs in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik herrsche (vgl. Daase 2015, S. 555 u. 575; Haftndorn 2012, S. 23; Kallinich und Schulz 2015).

Darüber hinaus löste der Abhörskandal eine Vertrauenskrise in der deutsch-amerikanischen Beziehung aus (vgl. Maull 2015, S. 222). Die Bundeskanzlerin verweigerte beim Gipfel der G20-Staaten am 5-6.September 2013 in Sankt Petersburg im Zuge ihrer zurückhaltenden Außenpolitik, die gemeinsame Syrien-Erklärung zu unterzeichnen, obschon die Erklärung von allen anderen europäischen Staaten unterschrieben wurde, und die euro-atlantischen Partner zu unterstützen (vgl. Kallinich und Schulz 2015, S. 441f.). Die Bundesregierung schloss sich nachträglich mit der verspäteten Unterschrift der Bundeskanzlerin der amerikanischen Syrien-Erklärung an. Diese deutsche Zickzack-Außenpolitik fehlte es an Glaubwürdigkeit (vgl. Daase 2015; Haftndorn 2012; Kallinich und Schulz 2015). Die andauernde Finanzkrise in südeuropäischen Staaten forderte die deutsche Außenpolitik heraus und mit dem Einzug François Hollande in den Élysée-Palast hat sich die deutsch-französische Beziehungen abgekühlt (vgl. Pfeil 2016, S. 36). Die deutsche Außenpolitik schränkte mit einer enormen Schwankungsbereite ihre Handlungsspielräume und geriet in Isolierung (vgl. Varwick 2011, S. 275ff.; Staack 2014a).

5.4.5 Die außenpolitische hin- und hergehende *„Diskursoffensive“* unter der Dritten Großen Koalition

Nach der Bundestagwahl 2013 verfehlte die CDU/CSU knapp die absolute Mehrheit und konnte nicht mehr mit dem bisherigen Koalitionspartner FDP die Bundesregierung fortführen, weil die FDP zum ersten Mal seit der Gründung der Bundesrepublik nicht mehr im Bundestag vertreten war. Die CDU führte deshalb Koalitionsverhandlungen mit der SPD und am 28. November 2013 wurde der Koalitionsvertrag abgeschlossen und die Bundeskanzlerin trat zum dritten Mal unter einer Großen Koalition ins Kanzleramt ein (vgl. Niclauß 2015, S. 403ff.). Nach vier Jahren zurückhaltender und enttäuschender Außenpolitik der Legislaturperiode unter der schwarz-gelben Regierung entschloss sich die neue Bundesregierung zu einer selbstbewussten und verlässlichen Außenpolitik (vgl. Maull 2015, S. 222) und setzte sich dafür ein, dass sich Deutschland aktiver in der Weltpolitik engagieren und mehr Verantwortung in Europa und in der Welt übernehmen sowie die globale Weltordnung mitgestalten wollte (vgl. Roos und Rungius 2016; Artman et al. 2016; Keller und Gleichmann 2016). Die neue Bundesregierung versuchte in ihrer außenpolitischen Strategie, die im Koalitionsvertrag festgelegt worden war, *„als Grundmitglied der EU und vertrauensvoller Partner eine verantwortungsvolle und integrationsfördernde Rolle in Europa“* durch die Verbesserung der Beziehungen zu Frankreich zu übernehmen, das *„Infrage gestellte Vertrauen“* in den transatlantischen Beziehungen wieder herzustellen und die *„strategische*

Partnerschaft“ mit Russland weiterzuentwickeln (vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD 2013). Darüber hinaus setzte sich die Bundesregierung dafür ein, dass Deutschland eine konstruktive und entscheidende Rolle im Mittleren und Nahen Osten in Bezug auf die Atomverhandlungen mit dem Iran und die Zwei-Staaten-Lösung beim israelische-palästinischen Konflikt, sowie den Syrienkrieg übernahm (vgl. ebd. S. 171ff.). Ein anderer wichtiger Punkt, der im Koalitionsvertrag betonte wurde, war die Intensivierung der wirtschaftliche-politischen Beziehungen zu China und der Ausbau der Zusammenarbeit mit Lateinamerika, sowie die Unterstützung der Staaten Afrikas, um ihre regionale Probleme selbst lösen zu können (vgl. ebd. S. 173f.). Diese aktive Außenpolitik begann mit einer Rede am 31. Januar 2014 über *„Deutschlands Rolle in der Welt“* (Gauck 2014), die der Bundespräsident auf der Münchner Sicherheitskonferenz hielt. Er plädierte für eine Kurskorrektur in der deutschen Außenpolitik in Bezug auf die Globalisierung und permanente Veränderungen der Welt, weil *„Deutschland* […] *überdurchschnittlich globalisiert“* [sei, und] *„Veränderungen in der Welt schneller Wirklichkeit werden als von ihnen prognostiziert“*(ebd.). Er wies in seiner Rede auf Folgen der Globalisierung für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik hin und warf der zurückhaltenden deutschen Außenpolitik vor: *„man könne in Deutschland einfach weitermachen wie bisher das überzeugt mich nicht“*(ebd.). Gleichzeitig sprach er sich für neue Ausrichtungen der euro-atlantischen Allianz aus. Er setzte sich dafür ein, dass Deutschland als ein „*Garant internationaler Ordnung und Sicherheit*“ (ebd.) mehr Verantwortung bei den internationalen Konfliktbearbeitungen übernehmen könne und sich darüber hinaus an Militäreinsätzen beteiligen wolle. Die Position des Bundespräsidenten für eine neue und aktive deutsche Außenpolitik wurde von der Bundesregierung, insbesondre der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und dem Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, in ihren Reden unterstützt. Beide Minister betonten auch, dass die deutsche Außenpolitik mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen solle (vgl. Staack 2014b, S. 2; Roos und Rungius 2016, S. 39).

Im Hinblick auf die vermehrte Verantwortung und hinsichtlich einer neuen und aktiven deutschen Außenpolitik stand Deutschland vor einer großen Herausforderung. Nach einer Weile verschärfte sich die Krise in der Ukraine, die sich schrittweise im Herbst 2013 entwickelte. In der Ukraine-Krise ging es um die außenpolitische Orientierung der Ukraine und daran beteiligten sich aktiv die geopolitischen Akteure (USA, Russland und Europäische Union) (vgl. Staack 2014b, S. 8). Die Krise entfaltete sich mit der Einverleibung der Krim durch Russland und bereitete sich durch andauernden bewaffneten Konflikt in Donezk und Luhansk aus. Die prorussischen Kräfte, die von den russischen Truppen unterstützt wurden, kämpften für die Abspaltung Donezk und Luhansk von der Ukraine gegen das ukrainische

Militär (vgl. Hedenskog 2014, S. 21f.). Mit der Eskalation in der Ukraine-Krise kamen die kooperativen Sicherheitsstrukturen Europas in Gefahr und bedroht wesentlich die Interessen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in der Mitte Europas (vgl. Grabau 2018, S. 319ff.). Die Ukraine-Krise führte durch die aggressive Außenpolitik und Territoriumseroberung Russlands zu einem neuen internationalen Konflikt. Der Ukraine-Konflikt zog einen Kurswechsel in der deutschen Außenpolitik nach sich und in dessen Folge wurden Sanktionen von Deutschland im Schulterschuss mit westlichen Partnern gegen Russland angekündigt und diplomatische Beziehungen eingeschränkt (vgl. Rinke 2014, S. 41ff.), damit der Westen durch Dialog zwischen den Konfliktparteien einen Weg zur politischen Lösung aus der Krise finden können (vgl. Staack 2014b, S. 18f.). Im Gegensatz zur Perspektive der Kanzlerin und der Unionsparteien vertrat der sozialdemokratische Außenminister Steinmeier die abweichende Auffassung, dass Russland ein Teil der Lösung in dieser Krise sei (vgl. Rinke 2014, S. 35f.). Deswegen plädierte er für den Dialog mit Russland: *„in angespannten Zeiten, halten wir fest am Weg der Diplomatie, am Weg des Dialogs* […] *auch wenn er mühsam ist – und wir werden mehr Dialog mit Russland führen und nicht weniger.“* (Steinmeier 2015a). Darüber hinaus wurde im Koalitionsvertrag festgelegt, dass die Sicherheit in Europa nur mit Russland und nicht gegen Russland erreichbar sein werde (vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD 2013, S. 170). Deutschland übernahm die Führungsrolle mit Frankreich in der Ukraine-Krise, um eine friedliche Lösung zu finden (vgl. Hellmann 2016, S. 11; Hedenskog 2014, S. 20f.). Mit der Unterzeichnung des Minsk-Abkommens I am 5. September 2014 erreichten die Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit der Ukraine, Russland und den Separatisten (vgl. Grabau 2018, S. 328ff.). Der Waffenstillstand hielt nicht so lange und die Eskalation verschärfte sich wieder, was zum einen erneuten Waffenstillstandsabkommen Minsk II am 12. Februar 2015 führte, das Blutvergießen in der Ukraine stoppte (vgl. Rinke 2015, S. 19f.). Der Konflikt zwischen Russland und dem Westen verschärfte sich weiter und die dritte Stufte der Wirtschaftssanktionen traten in Kraft. In dieser Lage scheint es, dass die Konfliktparteien in der Ukrainekrise von einer friedlichen Lösung weit entfernt sind (vgl. Staack 2014b, S.18f.).

In Bezug auf die Europapolitik betonte die Bundesregierung unter der zweiten großen Koalition die Europäische Integration als Grundlage ihrer Außenpolitik (vgl. Maull 2015, S. 232) und setzte sich dafür ein, dass sich die Europäische Union durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als weltpolitischer Akteur im internationalen System etabliert (vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD 2013, S. 156f.). Um dieses Ziel zu erreichen näherte sich die Bundesregierung Frankreich an und pflegte die deutsch-

französischen Beziehungen. Die Bundesregierung unterstützte Frankreich in der EU-Mission in Mali und die Bundeswehr beteiligte sich gemeinsam mit Frankreich an die EU-Missionen in Afrika (vgl. Staack 2014b, S.19f.). Obwohl die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Ukraine-Krise und die Afrikapolitik einigermaßen einig und erfolgreich war, befand sich wieder die deutsch-französische Kooperation in der Finanzkrise in Griechenland in einer tiefen Krise (vgl. Link 2015, S. 293ff.).

Die Finanzkrise begann schon 2015 erneut in Griechenland. Wieder stand Griechenland aufgrund der hohen Staatsverschuldungen vor der Pleite. Die Finanzkrise in Griechenland war innerhalb der Europäischen Union umstritten (vgl. Papagiannopoulos und Agridopoulos 2016, S. 1f.). Griechenland war als ein Grundmitglied der Eurozone nicht in der Lage wegen seiner Haushaltdefizite und nicht der handlungsfähigen Bürokratie mehr Kredite von Finanzmärkten erhalten zu können. Die Finanzkrise in Griechenland brachte Deutschland in Bedrängnis, da keine Einigkeit in der Bundesregierung herrschte (vgl. Illing 2017, S. 185ff.). Einerseits spricht der deutschen Finanzminister Schäuble von einem *„Grexit“* aus der Europäischen Union andererseits versuchte die Bundeskanzlerin den Austritt Griechenlands auszuschließen, dazwischen war der deutschen Außenminister solidarisch gegenüber Griechenland und bezeichnete *“Grexit“* als ein *„verheerendes Signal“* für das Aussehen der Europäischen Union (Steinmeier 2015b). Trotz heftiger Streitigkeiten zwischen Kritikern und Befürwortern wurde das neue Hilfsprogramm am Anfang von einem großen Teil der EU-Mitgliedstaaten abgelehnt und die deutsche Außenpolitik von der französischen Seite kritisiert (vgl. Staack 2014b). Schließlich haben sich die EU-Staaten, die EZB und der IWF am 11. August 2015 unter harten Bedingungen über eine Lösung für Finanzkrise in Griechenland geeinigt und in deren Folge einem dritten Hilfsprogramm zugestimmt (vgl. Illing 2017, S. 164ff.). Als Gegenleistung verpflichtete sich Griechenland dazu, grundlegende Strukturreformen für seine Finanz- und Wirtschaftsverwaltung voranzubringen, Steuern zu erhöhen und Privatisierungen im Land vorzunehmen (vgl. ebd. 170ff.).

Ein anderer umstrittener Aspekt der deutschen Außenpolitik unter der zweiten großen Koalition war die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin, die die politische Situation innerhalb der EU polarisierte und nicht nur die innenpolitische Lage in Deutschland tief gespalten hat, sondern auch die Unionsparteien (vgl. Mück 2017, S. 245). Zwar versuchte die Bundeskanzlerin, ihre Flüchtlingspolitik in der Neujahresansprache 2016 zu rechtfertigen, in der sie folgendes hervorhob: *„Dabei wollen und müssen wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Unsere Werte, unsere Traditionen, unser Rechtsverständnis, unsere Sprache, unsere Gesetze, unsere Regeln – sie tragen unsere Gesellschaft“* (Merkel 2016a). Gleichzeitig konnte Merkel den Deutschen aber nicht die Richtigkeit ihrer Entscheidung in

der Flüchtlingspolitik erklären. Die Kanzlerin war davon überzeugt, dass sie durch ihre Flüchtlingspolitik der heillosen historischen Verstrickung der deutschen Geschichte in den Nationalsozialismus bzw. ihren Konsequenzen für die deutsche Außenpolitik ein Ende setzen, die dunkele Seite der deutschen Kultur bewältigen und die Handlungsmöglichkeit der deutschen Außenpolitik im internationalen System erweitern müsse. Diese Entscheidung der Bundeskanzlerin war der Anfang einer neuen Ära in der deutschen Geschichte in der Weltpolitik (vgl. Mück 2017, S. 265). Obwohl die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin im Ausland hohen Respekt einbrachte (vgl. Kämper 2015), löste diese aber Skepsis in der Gesellschaft und Misstrauen in ihrer eigenen Partei aus. Insgesamt war die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin widersprüchlich (vgl. Mück 2017, S. 261ff.). Einerseits plädierte sie mit ihren berühmten Satz *„Wir schaffen das"*(Merkel 2016a) für die Willkommenskultur Deutschlands, andererseits schloss sie das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei (vgl. Çopur 2018, S. 139). Sie betonte in einer Rede 2016 beim CDU-Parteitag, dass *„sich eine Situation wie Spätsommer 2015 nicht wiederholen darf"* und in einer anderen Rede, die sie vor dem Bundestag hielt, sagte die Bundeskanzlerin: *"Deutschland wird Deutschland bleiben mit allem, was uns lieb ist"*(Merkel 2015b). Merkel zweifelte damit an der Richtigkeit ihre Entscheidung und betrachtete sie als einen Fehler. In einer solchen schwierigen Zeit und Krise entschloss sich Großbritannien in einem Referendum aus der Europäischen Union auszutreten. Diese Entscheidung, der Brexit, erschütterte die Europäische Union tief und setzte die Zukunft Europas aufs Spiel (vgl. Welfens 2017, S. 1ff.)

In den deutsch-amerikanischen Beziehungen blieb die Zusammenarbeit trotz des Abhörskandals und seiner Folgen sachlich (vgl. Szabo 2015, S.446f.), Obwohl diese Spionageaktivitäten der USA in Deutschland nach dem Irakkrieg und die Amtseinführung von Donald Trump 2017 als 45. Präsident der Vereinigten Staaten zur zweiten Etappe der transatlantischen Entfremdung in der deutschen Außenpolitik führten, bemühte sich die Bundesrepublik, ihre Interessen selbstbewusst gegenüber der USA zu formulieren. Einerseits setzte sich die Bundesregierung weiter für eine gemeinsame sicherheitspolitische Kooperation innerhalb der NATO ein, beteiligte sich aktiver an weltpolitischen Konflikten und übernahm mehr Verantwortung (vgl. Rizzo 2016, S. 22ff.; Maull 2015, S. 222ff.). Andererseits verfolgte die Bundesregierung ihre wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen in Eurasien, baute die strategische Partnerschaft mit China und Japan aus und entwickelte ihre Beziehungen in Lateinamerika und Afrika weiter (vgl. Szabo 2015, S. 443ff.). Trotz der Interessendivergenz zwischen beiden Ländern in Bezug auf die Werte gibt es aber viel Interessengemeinschaft zwischen beiden Staaten (vgl. Staack 2014b, S. 30ff.).

Zum Schluss lässt sich zeigen, dass die deutsche Außenpolitik unter der zweiten großen Koalition gleichzeitig von schwierigen Krisen bestimmt wurde. Die Bundesregierung hat ihre internationale Verantwortung wahrgenommen und beteiligte sich aktiver an der Weltpolitik. Obwohl die Europäische Union als Grundlage der deutschen Außenpolitik stand, bewegte sich die Bundesregierung aber hin und her, um ihre Rolle zu gestalten und ihre Außenpolitik neue zu formulieren. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich die neue geopolitische Mittellage nach der Wiedervereinigung auf die deutsche Außenpolitik und ihre Rolle in der Weltpolitik auswirkte. Deutschland etablierte sich wieder als dominierende Macht im Zentrum Europas. Um die Sorge von Nachbarn vor einem wieder übermächtigen Deutschland in der Mitte Europas zu beseitigen, sah der Bundeskanzler Helmut Kohl die Lösung in der Integration in Europa, Deswegen führte er die bisherige außenpolitische Strategie der Kontinuität fort. Bald zeigte sich aber, dass eine neue geopolitische Mittelage in Europa entstand, die nicht mehr mit der Außenpolitik der Bunderepublik kompatibel war, deswegen führte die deutsche Außenpolitik unter der rot-grünen Regierung zu einer radikalen Kursveränderung. Dieser radikale außenpolitische Kurswechsel belastete die transatlantischen Beziehungen. Die deutsche Außenpolitik schwankte und wurde wieder von westlichen Verbündeten unberechenbar und unzuverlässig betrachtet. Nach einem breiten parteipolitischen Konsens fanden Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr Außenminister Frank-Walter Steinmeier unter der ersten großen Koalition die Lösung für die deutsche Außenpolitik in einer neuen Einbindungs-und Gestaltungspolitik. Insgesamt lässt sich zeigen, dass die *„Einbindungspolitik“* der Großen Koalition durch einen breiten überparteipolitischen Grundkonsens im euro-atlantischen Raum einigermaßen wieder das Vertrauen zurückgewann, gleichzeitig schwankte die geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik wieder aufgrund der Differenzen im Parteiprogramm der Koalitionspartner und der Konkurrenz zwischen dem Kanzleramt und dem Auswärtigen Amt, damit lähmte die deutsche Außenpolitik bei Durchsetzungsfähigkeit. Die deutsche Außenpolitik unter schwarz-gelben-Regierung war kompasslos und schränkte mit einer enormen Schwankungsbreite ihre Handlungsspielräume ein und stellte die Führungsrolle Deutschland in Europa und der Weltpolitik in Frage.

6 Konstruktion der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik zwischen Atlantizismus, Europäismus und Eurasismus

Um die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik in Bezug auf die aufgeworfene Fragestellung dieser Studie zu untersuchen, behandelt das sechste Kapitel aus diskursiver Sicht die Konstruktion der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik. Dieses Kapitel zeigt die Ergebnisse der diskursiven und empirischen Analyse von Material und Dokumente, wie in vorangegangen Kapiteln dieser Studie beschrieben wurden, für die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik. Der nächste Schritt zur Erreichung des Forschungsziels besteht in der Identifizierung der auf die geopolitische Codierung wirkenden Einflussfaktoren, welche Bedeutung sie haben und wie sich daraus die Konstruktion und die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik ableiten lassen. Aus der Analyse und Bewertung der raumpolitischen und historischen Kriterien auf innerstaatlicher und internationaler Ebene aus der wissenschaftlichen Literatur bzw. aus den Untersuchungen in vorangegangen Kapiteln lassen sich Einflussfaktoren gewinnen. Dabei werden die historischen und politischen Faktoren skizziert, die die Konstruktion geopolitischer Codes in der deutschen Außenpolitik beeinflussen. Diese gelten nach nationalem, regionalem und globalem Maßstab, nach denen die geopolitischen Codes funktionieren.

6.1 Identifizierung von Einflussfaktoren auf die Konstruktion der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik

Um diese Konstruktion und den Wandel der geopolitischen Codierung zu beleuchten, erlaubt dies die Berücksichtigung von Faktoren in räumlicher und zeitlicher Hinsicht, die die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik beeinflussen, den deutschen außenpolitischen Kontext definieren und zu seinen sich entwickelnden Codes beitragen. Nach der theoretischen und empirischen Analyse in vorangegangen Kapiteln werden die wichtigen Faktoren, die zur Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung beigetragen haben, herausgearbeitet und identifiziert. Die geopolitischen Codierungen werden an der Schnittstelle von drei Skalen entwickelt und sind daher das Produkt von nationalen, regionalen und globalen Faktoren. Diese Faktoren, die historisch verarbeitet und in langfristigen nationalen Vertretungen und Politiken festgelegt worden sind, werden in diesem Kapitel näher erläutert. Daher werden die Faktoren, die auf nationaler Ebene identifiziert und historisch entstanden sind, thematisiert. Auf regionaler Zwischenebene werden die Komponenten, die sich auf die Entwicklung der

geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik auswirken, ausgeführt. Danach befasse ich mich mit der globalen Ebene und identifiziere die wichtigsten Elemente für die Konstruktion der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik. Der letzte Abschnitt beschäftigt sich mit den räumlichen Beziehungsstrukturen der deutschen Außenpolitik nach der Zeitenwende auseinander und befasst sich mit der Frage, wie sich die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik in ihren Raumbeziehungsstrukturen entwickelt haben. Das Vorgehen zur Identifizierung von Einflussfaktoren auf die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik gründet sich auf die wissenschaftliche Literatur über die deutsche Außenpolitik bzw. Geopolitik. Die Literaturanalyse und die Analyse des publizistischen Schrifttums von Geopolitikern und Politikwissenschaftlern bilden eine wichtige Grundlage bei der Identifizierung der Einflussfaktoren. Folgendes Bild zeigt fünfzehn Faktoren in deutschen Dokumenten und der deutschen Literatur über die deutsche Außenpolitik nach nationalem, regionalem und globalem Maßstab, die im Folgenden ausgeführt werden.

Abb. 3: Einflussfaktoren auf die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik

Nationaler Maßstab	Regionaler Maßstab	Globaler Maßstab
• Werte und Interessen • Kontinuität und Wandel • Zentralismus und Föderalismus	• Europäische Raumstruktur • Mittelosteuropäischer Raum • Führungsmacht • Zentralmacht • Gestaltungsmacht	• Globalisierung und Transnationalisierung • Multilateralismus • Wirtschaftsmacht • Zivil- und Friedenmacht • Streben nach einer multipolaren Weltordnung • Transatlantischer Raum • Eurasischer Raum

6.2 Geopolitische Codierungen der deutschen Außenpolitik im nationalen Maßstab

Der wichtigste Punkt, über den von der Reichsgründung bis zur Gegenwart in politischen und wissenschaftlichen Debatten gestritten wurde, war und ist immer noch die Frage nach der deutschen außenpolitischen Orientierung (vgl. Roos 2010, S. 10 ff.). In deutschen wissenschaftlichen Debatten gibt es unterschiedliche kontroverse Ansätze innerhalb eines breiten Spektrums, die die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik prägen und die die damit verbundene Rolle in der Weltpolitik thematisieren wollen (vgl. Hellmann et al. 2014, S. 193 ff.). Im Rückgriff auf die deutsche außenpolitische Orientierung lässt sich dabei die Frage stellen, wie die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung aussehen. Dabei werden unterschiedliche Identitätsvorstellungen in der Forschung für die deutsche Außenpolitik vertreten, nämlich dass die deutsche außenpolitische Rolle eine *„Zivilmacht“*, *„Mittelmacht“*, *„Wirtschaftsmacht“*, *„Gestaltungsmacht“*, ein „*Schlüsselstaat“* sei (vgl. Stark Urrestarazu 2015, S. 174). In diesem Zusammenhang wird bei der deutschen Außenpolitik auf einen Wandel in der Kontinuität hingewiesen (vgl. Risse 2004, S. 24 f.). Es wird auch heftig und umstritten debattiert, dass die deutsche außenpolitische Orientierung zwischen einer *„Zivilmacht“* und einer *„potenziellen Hegemonialmacht“*, zwischen der gezähmten Macht und einer multilateralen Hegemonialmacht (vgl. Hellmann 2016, S. 4), zwischen einer *„Kultur der Zurückhaltung“* und der Übernahme der Führung (vgl. Link 2015, S. 290 f.) und zwischen den Werten und Interessen, sowie zwischen *„Verantwortung“* und *„Führungsrolle“* schwanke (vgl. Risse 2007, S. 49 ff.). In diesem Abschnitt werden die drei wichtigen Einflussfaktoren nach dem nationalen Maßstab auf die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik in der Fachliteratur diskutiert.

6.2.1 Geopolitische Codierungen in der deutschen Außenpolitik zwischen Werten und Interessen

Mit den deutschen nationalen Interessen haben sich viele Wissenschaftler auseinandergesetzt. Angesichts des deutschen Interesses, Deutschland zu einem eigenständigen souveränen Akteure in der Weltpolitik zu machen, argumentierte Hans W. Maull, dass die Kategorie des nationalen Interesses bei der deutschen Außenpolitik zu Missverständnisse geführt und dessen „*Bedeutung als außenpolitische Handlungsorientierung stark überschätzt*“ habe (vgl. Maull 2006a, S. 63). Da dieser Begriff für Deutschland historisch belastet sei und sich auf Kategorien wie Nation, Macht und Gleichgewicht beziehe, solle sich das nationale Interesse in der deutschen Außenpolitik zunächst gegen Missverständnisse abgrenzen und mit den

Interessen anderen Staaten vereinbaren (vgl. Maull 2006a S. 63 u. 2014a). Maull betrachtet mit Verweis auf die Ausrichtung der deutschen außenpolitischen Kontinuität und deren Erfolgsbilanz kritische die Betonnung einer machtbewussten bzw. machtvollen deutschen Außenpolitik, die nur auf nationale Interessen im klassischen Sinne beruhe (vgl. Maull 2006a, S. 66f.). Damit greift er das Argument auf, dass Deutschland infolge seiner veränderten weltpolitischen Rahmenbedingungen seine Interessen artikulieren solle. Damit könne die deutsche Außenpolitik Berechenbarkeit und somit Verlässlichkeit gegenüber anderen Staaten schaffen. Aus der Sicht von Hans W. Maul liegt aber ein fundamentales Paradox darin, dass die Erwartungen und die Absichten sowohl im In- als auch im Ausland widersprüchlich seien (vgl. Maull 2006a, 2014a u. 2014b).

Einerseits wird dafür plädiert, dass Deutschland mehr internationale Verantwortung aufgrund seines gewachsenen Gewichts in der Weltpolitik übernehmen solle, andererseits wird der deutschen Vormachtstellung in Europa entgegengehalten und das Streben Deutschlands nach seinen Interessen als Machtpolitik betrachtet. Entsprechend betonte Maull, dass, obwohl die Formulierung der deutschen Interessen für die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik notwendig gewesen sei, die Interessen zunächst hätten legitimiert werden sollen. In diesem Zusammenhang spricht er sich für eine wertorientierte Außenpolitik im Hinblick auf das normative Vorgaben des Grundgesetztes aus, „*die auf die Verwirklichung der europäischen Idee und von Demokratie, Menschenwürde und Menschenrechten zielte und das Friedensgebot des Grundgesetzes erst zu nehmen suchte*.“ (Maull 2014a). Ausgehend von der Auffassung, dass die deutschen Interessen *„verflochtene Interessen“* seien, plädierte Maull für eine wertorientierte Außenpolitik im Rahmen des prinzipiellen Multilateralismus insbesondere mit Blick auf die NATO und die EU (vgl. ebd.).

Allerdings fügt Maull hinzu, dass die deutschen Interessen auf der Grundlage dieser wertgeleiteten Außenpolitik definierbar gewesen sein können (vgl. Maull 2014a u. 2006a, S. 74f.). Zwar konzediert Maull, dass die deutsche außenpolitische Kontinuität richtig sei und die deutschen Interessen durch die Werte und Normen des Grundgesetzes definiert werden müssen (vgl. Maull 2014a). Aber in dieser Perspektive plädierte er dafür, dass das Konzept der nationalen deutschen Interessen mit Vorsicht verwendet werden soll und „*durch den klareren, assoziativ weniger aufgeladenen Begriff des außenpolitischen Gemeinwohls*“ ersetzte werden müsse (vgl. Maull 2006a, S.75).

Im Gegensatz zu der dargestellten Position plädieren eine Reihe von Geopolitkern und Politikwissenschaftlern für eine machtbewusste deutsche interessenorientierte Außenpolitik. Es soll darauf hingewiesen werden, dass sie Werte und Normen bei der Formulierung der

geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik nicht völlig ausschließen, aber sie betonen in ihren Argumenten, dass die deutsche Außenpolitik nicht nur durch Werte und Ethik dominiert sein sollte. Entsprechend weist Hans-Peter Schwarz daraufhin, wie schwer es Deutschland fällt, seine Außenpolitik machtbewusst auszurichten und seine Interessen selbstbewusst wahrzunehmen (vgl. Schwarz 1995, S. 30ff. u. 1985, S. 164ff.). Er wendet sich gegen eine ausschließliche Wertorientierung der Bundesrepublik, die die deutsche Außenpolitik zur *„Machtvergessenheit“* geführt habe (vgl. Schwarz 1985), in deren Folge die Handlungsspielräume Deutschlands eingeschränkt und die Beziehungen mit seinen Verbündeten innerhalb der EU und der NATO belastet wurden. Daran anschließend ging Schwarz auf die Frage ein, weshalb Deutschland auf seine nationalen Interessen verzichte und inwiefern es die nationalen Kategorien in seiner Außenpolitik ablehnte. Er sieht die Gründe für diese Haltung, die ihre Ursprünge zur Reichsgründung 1871 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges zurückging, in der Vergangenheit Deutschlands, als die Deutschen sich darum bemühten, ihre außenpolitischen Ziele und Aktionsräume zu definieren. Schwarz argumentiert weiter, dass Deutschland nach der Katastrophe des Dritten Reiches die nationalen Kategorien und Verwendung der nationalen Interessen in seiner Außenpolitik abgelehnt habe, und ihrer außenpolitischen Ziele in einer idealistischen und humanitären Hinsicht formuliert habe (vgl. Schwarz 2005, S. 50ff.). Damit kommt Schwarz zum Schluss, dass diese wertorientierte Außenpolitik, die auf den hohen Zielen und universellen Werten sowohl in der alten Bundesrepublik als auch nach der Wiedervereinigung beruht habe, die nationalen Interessen ausgeblendet habe (vgl. Schwarz 1994, S. 107ff.). Solange die Bundesregierung eine auf universellen Werten beruhende Außenpolitik betreibe und ihre nationalen Interessen nicht selbstbewusst im Hinblick auf ihre geopolitische Mittellage ansprechen könne, bewege sie sich orientierungslos und instabil in der Weltpolitik hin und her (vgl. ebd.). In diesem Sinne plädiert er dafür, dass Deutschland in Folge der veränderteren weltpolitischen Rahmenbedingungen seine nationalen Interessen im Rahmen einer machtbewussten Außenpolitik betreiben müsse (vgl. Schwarz 2005, S. 52f.). Darüber hinaus schloss Schwarz die Werte in der deutschen Außenpolitik nicht aus, aber er betonte, dass die wertgeleitete deutsche Außenpolitik erfolgreich sein könnte, wenn sie sich in internationalen Interessen umformulieren würde (vgl. Schwarz 1985, S. 165ff.).

Ähnlich wie Schwarz konstatieren Gregor Schöllgen und Michael Stürmer, dass die deutsche Außenpolitik ihre nationalen Interessen selbstbewusst auf der Grundlage der neuen geopolitischen Mittellage präzisieren müsse. Sie betonen, dass die deutschen nationalen Interessen im Kontext der Machtpolitik definiert werden müssen. Da sich die deutsche

Außenpolitik aus der Sicht von Schöllgen zum Gefangenen ihrer Vergangenheit gemacht habe, plädierte er dafür, dass sich die deutsche Außenpolitik vom Last und Schuldgefühl der Vergangenheit befreien und ihren Blick in die Zukunft richten müsse (vgl. Schöllgen 1997, S.1ff.). Zwar konzedierte Stürmer, dass das Prinzip der *„Kultur der Zurückhaltung"* die sich nach dem zweiten Weltkrieg im Kontext der Wertestruktur als ein Merkmal der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik etablierte, die deutsche Außenpolitik zu Passivität geführt habe. Aber für ihn entsprach die wertorientierte Außenpolitik sowohl nicht der Rahmenbedingungen der deutschen Außenpolitik als auch der Realität der Weltpolitik nach der Wiedervereinigung. Darüber hinaus gilt aus seiner Sicht das Prinzip der *„Kultur der Zurückhaltung"* nicht mehr für die deutsche Außenpolitik (vgl. Stürmer 1995, S. ff.). Stürmer vertrat die Auffassung, dass die geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik nicht mehr allein durch die Werte und Normen bestimmt werden könne, deswegen forderte er aus einer realistischen Sicht, dass die deutsche Außenpolitik eine Macht- und Interessenpolitik sein solle (vgl. Stürmer 1994, S. 268ff.).

Vor diesem Hintergrund sieht Christian Hacke eine schwankende Haltung in den geopolitischen Codierungen Deutschlands zwischen einer wertorientierten und einer interessenorientierten Außenpolitik. Für Hacke stellen die Werte und Interessen in den geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik zwei Seiten derselben Medaille dar, die miteinander verbunden seien (vgl. Hacke 1996, S. 4ff.). Er hebt die Verbindung zwischen Werten und Interessen hervor und betrachtet beide als handlungsleitende Faktoren der deutschen Außenpolitik. Damit plädiert er dafür, dass die deutsche Außenpolitik auf der Grundlage ihrer Interessen und im Kontext ihrer Wertestruktur betrieben werden müsse (vgl. Hacke 2012, S. 75ff.). Hacke sieht die deutsche Außenpolitik als eine „ *Zivilmacht ohne Zivilcourage*" (ebd.). An dieser Vorstellung hält Hacke fest: die deutsche Außenpolitik sei „*an Stimmungen statt Werten*" und Interessen orientiert und es fehle ihr an geostrategischen Perspektiven, in denen die deutsche Außenpolitik ihre Interessen folgerichtig definieren kann. Dabei argumentierte er weiter, dass die deutsche Außenpolitik nach der Wiedervereinigung versäumt habe, „*die eigene Bevölkerung von der Notwendigkeit der Opferbereitschaft im Bündnis zur Wahrung der Werte und Interessen zu überzeugen*" (ebd. S. 74). Deshalb forderte Hacke eine deutsche außenpolitische Courage, mit der die Werte und Interessen in Einklang gebracht werden sollten, da die deutsche Außenpolitik von den Verbündeten skeptisch und als unerwünscht angesehen werde, wenn Deutschland entweder seine Verantwortung im Bündnis mit seinen Verbündeten nicht wahrnehme und sich zurückhalte oder dominant auftreten wolle. Somit kritisiert Hacke die deutsche außenpolitische Kultur, die sich nur an

idealistischen Werten orientiert, zu wenig Verständnis für außenpolitische Gesamtzusammenhänge hat und sich auf den neuen Realitäten der Weltpolitik nicht einstellen kann (vgl. ebd. S.75ff.).

Im Hinblick auf die Ambivalenz der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik formuliert Matthias Zimmer, dass die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik „*ein unklares Verständnis des Zusammenhang von Macht und Verantwortung*" pflegen wolle. Zimmer konzediert, dass dieses Verhalten die deutsche Außenpolitik „*zu ihrer Zerfaserung* " geführt habe, „*in der sie unreflektiert mal Werte verteidigt, mal Interessen wahrnimmt*" (Zimmer 2015, S. 239). Damit hebt er hervor, dass sich die deutschen außenpolitischen Zielsetzungen widersprechen. In diesem Sinne vertritt er die Auffassung, dass die deutsche Außenpolitik handlungsfähig sein wolle und auch ihre Werte sinnvoll und erfolgreich im internationalen System umsetzen könne, wenn sie die Werte, die ihren nationalen Interessen zu Grunde liegen, auf eben diese Interessen zuschneiden und umformulieren könne (vgl. ebd. S 239ff.). Er ging in seiner Studie auf die Fragen ein, ob sich die Grundstrukturen der Weltpolitik im 21. Jahrhundert grundlegend geändert haben und inwiefern sich die Werte in den geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik als Interessen bestimmen lassen. Im Ergebnis wies Zimmer darauf hin, dass sich die Weltpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes nicht grundlegend geändert habe (vgl. Zimmer 2009, S. 78ff.). Er stellt sowohl die Macht als auch die Souveränität der Staaten als Hauptakteure der Weltpolitik nach wie vor als entscheidende Faktoren des internationalen Systems dar, und betont, dass nach 1990 das Ende sowohl der Geopolitik als auch der räumlichen bzw. geostrategischen Kategorien nicht gekommen sei (vgl. Zimmer 2015, S. 245). Auf dieser Grundlage vertrat er die Auffassung, dass die Werte und Normen nicht in den Mittelpunkt der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik gestellt werden sollten, sondern Interessen im Kontext einer selbstbewussten Machtpolitik (vgl. ebd. S. 255). In diesem Zusammenhang dürfen die Werte und Normen in einem internationalen System, das von der Anarchie geprägt gewesen sei, bei der Formulierung der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik betont werden. Für Zimmer sind die Werte und Interessen solange sinnvoll und erfolgreich, die als *„Interessen umformuliert und in eine vernünftige, das heißt weitgehend widerspruchsfreie Präferenzordnung gebracht werden können"* (Zimmer 2015, S. 255).

In diesem Zusammenhang greift Benjamin Herborth das Argument auf, dass „*Werte und Interessen, normative und egoistisch-rationale Rechtfertigungsformen, in der außenpolitischen Begründungspraxis nicht getrennt auftreten, sondern immer ein komplexes*

Wechselverhältnis eingehen“ (Herborth 2015, S. 267). Er argumentiert, dass es sich zunächst bei den Werten und Interessen in der deutschen Außenpolitik um politische Rechtfertigungsformen handele, die nicht einander gegenüber stehen, sondern im Einklang miteinander sein, damit die außenpolitischen Positionen und Handlungen begründen können (vgl. ebd. S. 267 ff.).

In der Auseinandersetzung um die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik im Spannungsverhältnis zwischen einer wertorientierten und einer interessengeleiteten Orientierung vertritt Eberhard Sandschneider die Auffassung, dass er die zivilmächtige und multilaterale Rolle der deutschen Außenpolitik auf die Grundlage einer wertorientierten Außenpolitik nicht als falsch betrachte. Aber er weist darauf hin, dass sich die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik nicht nur auf wertorientierte Gesichtspunkte einschränken lassen dürfen. Er greift das Argument auf, dass die Regeln der internationalen Politik nicht nur von idealistischen Aspekten bestimmt werden. Deswegen bringt er die Interessenidentität für die deutsche Außenpolitik zum Ausdruck und plädierte gleichzeitig für einen dringend notwendigen Realitätsabgleich der deutschen Außenpolitik (vgl. Sandschneider 2012). Kritisch betrachtet er die „*Bezüge zu einer angeblichen Kultur der Zurückhaltung, die -gelegentlich noch durch das Adjektiv militärisch eingeschränkt – besonders gerne in außenpolitischen Grundsatzreden auftauchen*“ (ebd. S. 1 f.). Vor diesem Hintergrund greift er das Argument auf, dass die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik nicht nur in Zusammenhang mit idealistischen Positionen formuliert werden müssen, sondern auch die eigenen Interessen vertreten und in der Weltpolitik durchsetzen solle (vgl. ebd. S. 1 ff.). Mit Blick auf diese Stellung der Bundesrepublik und die damit verbundene Rolle, die sowohl wertenorientierte als auch interessengeleitete Außenpolitik harmonische zusammengehen zu können, sieht er die Rolle Deutschland „*erst auf der Grundlage einer Politik, die Selbstbewusstsein mit historischer Verantwortung und dem Willen zu eigenständiger Gestaltung von Außenpolitik paart*“ (ebd. S. 1). Sandschneider plädierte dafür, dass sich die deutsche Außenpolitik auf schnelle und komplexe Veränderungen in der Weltpolitik einstellen und in Zusammenhang von Interessen und Werten einer Politik der Prioritätensetzung verfolgen muss, die im innenpolitischen Diskurs Konsens finde und in der internationalen Arena legitim sei (vgl. ebd. S. 1 ff.).

Im Gegensatz zu bisher den diskutierten Debatten implizierte Stark Urrestatazu, dass einer der wichtigsten Aspekte der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik ihre wertorientierte Struktur sei, die sich aus dem deutschen Grundgesetz ergab und sich an Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Frieden orientierte (vgl. Stark Urrestatazu 2015,

S. 174 ff.). Sie sieht die *„Kultur der Zurückhaltung“* und den Verzicht auf Machtpolitik in den geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik als außenpolitische Maxime Deutschlands und dieser deutschen außenpolitischen Grundorientierung sollten nicht mit die Verfolgung einer realpolitischen Machtpolitik und die Betonung der deutschen nationalen Interessen entgegensetzt werden (vgl. ebd. S. 178 ff.). Sie bewertet die Überlegungen, die behaupten, dass die deutsche wertorientierte Außenpolitik vor und nach der Wiedervereinigung die deutschen nationalen Interessen aufgegeben hat, als falsch und naiv, weil die Bundesregierung nicht nur in ihrer Interessenverfolgung zurückhaltend gewesen sei, sondern ihre außenpolitischen Zielsetzungen in Bezug auf wirtschaftlichen Interessen und Rüstungsexporte im Wesentlichen aktiv und machtbewusst formuliert habe (vgl. ebd. S. 180). Mit der thematischen Hinwendung zur außenpolitischen Kultur und Identität wendete sich Stark Urrestatazu gegen eine Trennung der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik von Werten und Interessen in der deutschen Außenpolitik. Im Gegensatz dazu weist sie darauf hin, dass die „*Werte und Interessen und ihre Bedeutung eher als kulturelle Ressourcen*“ wahrgenommen werden müssen, „*die eben nicht gegeben sind, sondern für jedes außenpolitische Handlungsprobleme neu definiert werden müssen*“ (ebd. S. 180 f.).

In diesem Kontext geht sie auf die Frage ein, wie die neue deutsche außenpolitische Identität bezüglich der deutschen geopolitischen Codierungen verstanden werden kann. Sie beantwortet diese Frage damit, dass sich die deutsche außenpolitische Rolle situativ und handlungsbasiert konstituierte habe, die nicht von vorgegebenen Interessen und Werten geprägt worden sei, sondern in *„einem offenen politischen Prozess“* (Stark Urrestarazu 2015, S. 173). In ihrer Leseart konstituiert sich die deutsche außenpolitische Identität „ *aus einer Vielzahl unterschiedlicher kultureller Bedeutungsmuster, die in verschiedenen außenpolitischen Handlungsproblemen auch zu unterschiedlichen Identitätsbildern zusammengefügt werden*“ (ebd. S. 176). Im Gegensatz zu politischen und wissenschaftlichen Debatten über Kontinuität und Wandel der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik und ihrer Rolle verweist Stark Urrestarazu auf einen instabilen und uneinheitlichen Charakter der deutschen Identität, die „*sich in vieldeutigen Spannungsfeldern bewegt*“. In diesem Sinne wird einerseits die Analyse der deutschen außenpolitischen Orientierung vom „*entweder (Kontinuität) oder (Wandel)“* befreit und andererseits wird diese Rolle „*als situations- und handlungsbezogene Synthese kulturell konstituierter Identitätsnarrative*“ betrachtet (ebd. S. 177 f.). Damit vertritt sie die These, dass die geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik weder *„auf einem kontinuierlichen Identitätsbild* [noch] *auf einer Rolle*“ in der Weltpolitik basieren. In diesem

Zusammenhang argumentiert Stark Urrestarazu, dass die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik aufgrund der unterschiedlichen Bedeutungsressourcen und im Hinblick auf ihre verschiedenen Identitätsbilder ambivalent und mehrdeutig seien, deswegen könnten sowohl die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik als auch die deutsche außenpolitische Rolle *„ja nach Situation erheblich variieren"* (ebd. S. 177 ff.).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik nicht mit der Wahrnehmung der Außenpolitik einer bestimmten Gruppe – besonders Führungseliten eines Landes – gleichgesetzt werden kann. In Bezug auf das geopolitische Denken sollte die Außenpolitik eines Staates in Übereinstimmung mit den Prozessen seiner historischen Entwicklung sowie dem Willen seiner Bevölkerung sein. Die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik sind entweder ein Spiegelbild ihrer nationalen Interessen oder ihrer Werte, die kombinierbar oder in Konflikt sind. In der bipolaren Weltordnung gab es nur wenige Missverständnisse zwischen Deutschland und anderen Staaten, da die Welt in zwei Pole geteilt war und die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik sich nach den Regeln einer bipolar strukturierten Welt zwischen Ost und West abspielten. Mit der deutschen Wiedervereinigung und dem Ende des Ost-West-Konfliktes wurde die deutsche Außenpolitik von den Zwängen des Ost-West-Konfliktes befreit und der deutschen Außenpolitik wurden neue Gestaltungschancen ermöglicht. Während dieser Zeit bewegt sich die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik zwischen einer idealistischen Außenpolitik, die die höheren Werte der Republik, die nach dem Zweiten Weltkrieg im deutschen Grundgesetzt festgelegt worden sind, reflektierte, und einer realistischen Außenpolitik, die deutschen nationalen Interessen, die sich aus der neuen weltpolitischen Lage ergaben, reflektierte. Daher lässt sich festhalten, dass die deutsche außenpolitische Rolle, über die in Bezug auf die deutsche Vergangenheit und die deutschen nationalen Interessen bis heute gestritten wird, im Spannungsverhältnis einer politisch-wissenschaftlichen Kontroverse zwischen einer wertgeleiteten und einer interessengeleiteten deutschen außenpolitischen Identität schwankte. In diesem Sinne orientierte sich die deutsche außenpolitische Orientierung nach dem Zweiten Weltkrieg an idealistischen Werten und zeichnete sich als eine Zivilmacht aus, die auf Grundprinzipien der westlichen Kultur und Demokratie aufbaute und nach multilateralen Kooperationen strebte. In diesem Zusammenhang argumentieren die Befürworter der zivilmächtigen Rolle der deutschen Außenpolitik, dass die deutsche Identität bzw. ihre Werte und Interessen nicht objektiv und vorgegeben sind, sondern sich aus sozialen Konstrukten im gesellschaftlichen Umfeld konstituieren. Die Kritiker der zivilmächtigen Identität plädieren im Hinblick auf die

geopolitischen Verschiebungen der Weltpolitik für eine machtbewusst interessengeleitete deutsche außenpolitische Identität. Aus ihrer Sicht sind die Interessen und Werte der deutschen Außenpolitik nicht subjektiv, sondern objektiv und vorgegeben, wobei sie aus den Gegebenheiten der geopolitischen Weltordnung abgleitet werden. Die deutsche außenpolitische Identität ist zwischen Werten und Interessen gespalten und an ihr zeichnete sich ein ambivalentes Merkmal ab, das sich instabil und uneinheitlich in unterschiedlichen Spannungsfeldern hin und her bewegt und sich nicht in bestimmten Situationen mit verschiedenen Identitätsbilder entscheiden kann.

6.2.2 Geopolitische Codierungen zwischen einer zentralisierten und dezentralisierten Außenpolitik

Ein anderer Faktor, der sich auf die Entwicklung der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik nach dem nationalen Maßstab auswirkt, resultiert aus einer wichtigen Frage zwischen einer zentralisierten und dezentralisierten Außenpolitik. Obwohl auf das Primat der Bundesregierung in der Außenpolitik im Grundgesetz hingewiesen wurde und darüber hinaus das Bundesverfassungsgericht die Vorrangstellung der Bundesregierung bei der Gestaltung der außenpolitischen Beziehungen betonte, ist aber in der Hierarchie nicht festgelegt, dass der Bundeskanzler die vollständige und abschließende Kontrolle über die deutsche Außenpolitik besitzt. Die deutschen Interessen sind im internationalen System nicht statisch, weil die geopolitischen Rahmenbedingungen und weltpolitische Verschiebungen als ein Faktor nicht statisch sind. Deshalb wurden sie ganz von Judikative und Legislative ignoriert. Das Parlament und das Bundesverfassungsgericht würden eher bereit sein, den Wert der Zentralisierung in auswärtigen Angelegenheiten zu bezahlen, wenn das internationale Umfeld multipolar wäre, und es eine Vielzahl von Bedrohungen für Deutschlands Einfluss und Ziele gäbe. In diesem Fall sollte die Bundesregierung in der Lage sein, ihre Macht effektiver zu projizieren und ihre Interessen durchzusetzen (vgl. Abebe und Huq 2013, S. 724ff.).

Zu den Befürwortern eines dezentralisierten Föderalismus bei der Gestaltung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik gehören auch jene Beobachter, die sich für eine Regulierungsdezentralisierung in der deutschen Außenpolitik aussprechen (vgl. Laufer und Münch 1998). Sie plädieren dafür, dass zunächst die Länder die vielfältigen Präferenzen der nationalen Bevölkerung für auswärtige Angelegenheiten besser als eine einzige nationale Politik erfüllen können. Sie sehen einen dezentralisierten Föderalismus als Katalysator für Regierungsreaktionen auf abweichende Interessen und Präferenzen der

Bundesländern und gehen davon aus, dass eine nationale Politik unweigerlich durch heterogene Präferenzen sowie Interessen der Länder gekennzeichnet sein sollte, und ein dezentralisierter Föderalismus einen Alleingang von Bundesregierung in der auswärtigen Angelegenheiten beseitige. Damit werden die Interessen der Länder eher als wichtig angesehen, um eine effiziente nationale Politik zu identifizieren, da sie einen Anreiz haben, um bei der Bevölkerung um Wählerstimmen zu konkurrieren (vgl. Hinsch 2002). Darüber hinaus wird betont, dass die Länder motivierter als die Bundesregierung sind, um die Meinung der Bevölkerung und ihre Interessen im Bereich der Außenpolitik zusammenzubinden und in den politischen Prozess einzubringen. Schließlich wird argumentiert, dass die Dezentralisierung notwendig sei, um individuelle Freiheiten zu schützen und damit die Bundesregierung besser bei ihren Entscheidungen zu kontrollieren.

Gegenüber dem dezentralisierten Föderalismus bei der Entwicklung der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik gibt es Befürworter, die sich gegen eine derartige Betonung der Dezentralisierung und der daraus erwachsenen Folgen für die deutsche Außenpolitik wenden (vgl. Püttner 2000). Sie gehen davon aus, dass das Interesse der nationalen Regierung an der außenpolitischen Kontrolle mit wechselnden geopolitischen Rahmenbedingungen über die Zeit variiert. Während einerseits sowohl die Länder und die Bundesregierung als auch die Exekutive und Legislative daran interessiert sind, außenpolitische Föderalismusstreitigkeiten zu regeln, bestimmt andererseits in der Regel die Polarität der internationale Geopolitik die deutsche Außenpolitik. Daher steht in den internationalen Beziehungen das Interesse der Bundesregierung im Vordergrund, wenn die Bundesregierung in einem uni-multipolaren globalen Umfeld ist, deswegen sollte von den Ländern und der Legislative im Besonderen das Bundesverfassungsgericht am meisten beachtet werden. In diesem Zusammenhang ist die Bundesregierung aufgrund der fehlenden Zentralisierung des deutschen Staatsapparates deutlich bei der Gestaltung einer Gesamtstrategie in der deutschen Außenpolitik eingeschränkt. Aus dieser Perspektive wird argumentiert, dass das Bundesverfassungsgericht bei der Erteilung der Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte der Länder und des deutschen Parlamentes in EU-Angelegenheiten sowie mit dem Beschluss zum Parlamentsvorbehalt bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr bei seiner Analyse der verfassungsmäßigen Grundlagen nicht das internationale System als Ausgangpunkt berücksichtigte. Darüber hinaus wird von Befürwortern des zentralisierten Föderalismus in Bezug auf die deutsche Außenpolitik auf das Problem des kollektiven Handelns in einer dezentralen Organisationsstruktur hingewiesen. Sie betonen, dass sowohl die militärische Sicherheit als auch aus ökonomischer Perspektive die Wettbewerbspolitik am

besten durch eine national zentralisierte Außenpolitik und nicht subnationale Interventionen erreicht werden könnten (vgl. Weichelein 2012).

Befürworter eines zentralisierten Föderalismus kritisieren zurzeit die Abwesenheit einer konzertierten deutschen Stimme in der internationalen Politik als eine große Charakterschwäche des deutschen Föderalismus (vgl. Sargentich 1993). Obwohl das Grundgesetz und das Bundesverfassungsgericht dementsprechend die Kompetenz der Länder beschränken, internationale Vereinbarungen und Verträgen zu unterzeichnen (sie können nur mit Zustimmung der Bundesregierung mit auswärtigen Staaten Verträge abschließen) oder sich an militärische Einsätze der Bundeswehr zu beteiligen, wird aber trotzdem für die Zentralisierung der Außenpolitik plädiert, da die Geschwindigkeit der außenpolitischen Entscheidungen durch die Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte der Länder und des deutschen Parlamentes beim Einsatz der Bundeswehr sowie Abschluss der internationalen Verträge beschränkt wurde. Deswegen sprechen sie sich für die Zentralisierung der diplomatischen, militärischen der deutschen Außenpolitik bei einem einzigen institutionellen Akteur aus. Sie argumentieren weiter, dass die Erhaltung und der Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft in der internationalen Politik sowie die Führungsrolle und Durchsetzungsfähigkeit der Bundesregierung aus geografischen, demografischen und technologischen Gründen eine national zentralisierte geopolitische Codierung in der deutschen Außenpolitik erfordern, damit sich die soziale Wohlfahrt erhöhen könne, weil in einem dezentralisierten System vielfältige Verpflichtungen der Bundesregierung auf Länderebene zu konkurrierenden Interessen in den Spannungsfeldern freier Handel, Tarife, Steuern und handelsbezogene Subventionen führen und die Handlungsmöglichkeiten und Effektivität der Bundesregierung einschränken.

Allerdings fehlt der deutschen Außenpolitik ein Rahmen, internationale politische Faktoren in ihren Entscheidungen berücksichtigen zu können. Dieser Mangel führt zu einer Art Außenpolitik von *„Ad-hoc- Entscheidungen“* (Sandschneider 2005, S. 62). In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass der Legislative und der Judikative die Kompetenz fehlt, um das internationale politische Umfeld zu analysieren und zu integrieren. Als Ergebnis ihrer Mitentscheidungsrechte in auswärtigen Angelegenheiten sind diese Mitwirkungsrechte nicht hilfreich oder sogar kontraproduktiv, weil sie keine Fähigkeit besitzen, die auswärtigen Angelegenheiten im Hinblick auf internationale Geopolitik zu identifizieren und zu berücksichtigen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der entscheidende Punkt hier die Struktur des internationalen Systems ist. Da Deutschland sich in einem uni-multipolaren System befindet, ist die Lage, in der die deutsche Außenpolitik agiert, um ihre Ziele zu erreichen, schwieriger und komplexer geworden. In dieser Ordnung beschränken die Interessen der anderen Großmächte die Fähigkeit der Bundesregierung und konkurrieren mit Deutschland bei der Verfolgung seiner Ziele. Deswegen verfolgt einerseits jedes Land seine eigenen außenpolitischen Ziele. Andererseits fehlt aber jedem die Möglichkeit, einseitig zu handeln. Die Komplexität der internationalen Politik in einer uni-multipolaren Welt stellt damit eine ernsthafte Herausforderung für die Erreichung der deutschen Interessen. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass Multipolarität direkt jede Einschätzung der auswärtigen Angelegenheiten des föderalen Systems beeinflusst. In der Tat muss Deutschland sich bei der Entwicklung seiner geopolitischen Codierungen im internationalen System zwischen einer zentralisierten und dezentralisierten Außenpolitik entscheiden. In dieser Lage lässt sich feststellen, dass eine zentralisierte Außenpolitik viele Vorteile für die Bundesrepublik Deutschland haben könnte, wenn die Bundesregierung auch die Interessen der Länder im außenpolitischen Umfeld bündeln und in einer geeigneten Politik bestimmen könnte.

6.3 Geopolitische Codierungen der deutschen Außenpolitik im regionalen Maßstab

In diesem Abschnitt werden die wichtigsten Elemente für die Konstruktion der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik auf regionaler Ebene thematisiert.

6.3.1 Geopolitische Codierungen der deutschen Außenpolitik in der europäischen Raumstruktur

Auf regionaler Ebene ist der erste Einflussfaktor die europäische Raumstruktur, die bei der Entwicklung der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik eine entscheidende Rolle spielt. Die Europäische Union ist ein regionalgeografisches Gebilde, die sich durch transnationale Organisationsstrukturen auszeichnet. Sie umfasst 27 Mitgliedstaaten und rund 500 Millionen Einwohner bildet gemessen am Bruttoinlandsprodukt in Bezug auf den europäischen Binnenmarkt den größten Wirtschaftsraum der Welt (vgl. Schmalz 2007, S. 92). Im Hinblick auf ihre Bevölkerungszahl und ihre Wirtschaftskraft etablierte sich die Europäische Union als ein globaler geopolitischer Akteur (vgl. Fröhlich 2008a, S. 11 f.). Die Schaffung der Europäischen Union geht auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zurück, die mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) für Kohle und Stahl begonnen hat (vgl. Hellman et al. 2014, S. 91), um einen dauerhaften Frieden und die Stabilität auf dem Kontinent durch die wirtschaftliche und politische Vereinigung der europäischen Länder

abzusichern (vgl. Link 2007a, S. 126). Die Gemeinschaft vertiefte sich durch das erste Schengener Abkommen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen weiter. Demzufolge traten weitere Staaten im Laufe der folgenden Jahrzehnte der Gemeinschaft bei (vgl. ebd. S. 127 ff.).

Die geopolitische Lage bzw. die Gemeinschaftsstrukturen des europäischen Raums erfuhren nach dem Fall des Eisernen Vorhangs eine grundlegende Veränderung (vgl. Bredow 2008, S. 15 f.). In dessen Folge wurde 1992 der Vertrag von Maastricht abgeschlossen und damit die Europäische Union gegründet (vgl. Guérot und Witt 2004, S. 7). Der Vertrag von Maastricht führte die Europäische Union zur Vertiefung der Integration und Erweiterung im Osten (vgl. Link 2007a, S. 129 f.). Mit weiteren Reformverträgen (Amsterdam, Nizza und Lissabon) setzte sich die EU intensiv mit anderen Politikfeldern auseinander, damit wurden die überstaatlichen Zuständigkeiten der Europäischen Union weiterentwickelt und die Mitgliedstaaten sind bereit, einige ihrer Kompetenzen auf europäische Ebene zu übertragen und Souveränitätsrechte innerhalb der Europäischen Union wahrzunehmen (vgl. Algieri 2012, S. 126 f.). Darüber hinaus bilden 19 Mitgliedstaaten eine Wirtschafts- und Währungsunion und seit 2002 wurde der Euro als gemeinsame Währung für diese Länder eingeführt. Die Europäische Union setzt sich für Frieden, Demokratie, Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit ein. Dem folgend hilft die EU Entwicklungsländern bei Stabilisierungsmaßnahmen für Entwicklungs-, Sicherheits- und Umweltpolitik (vgl. Hellmann et al. 2014, S. 110 ff.). Die Mitgliedstaaten arbeiten auch im Rahmen der Wirtschaft-, Sicherheits- und Justizpolitik zusammen. In sicherheitspolitischer Hinsicht ist die Europäische Union auf die Unterstützung der Vereinigten Staaten angewiesen. Deswegen spielt die NATO für Europa eine entscheidende Rolle und die EU und NATO betreiben gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (vgl. Fröhlich 2008a, S. 11 ff.).

Die europäische Raumstruktur ist für die Entwicklung der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik eine wichtige Komponente, an der sich die deutsche Außenpolitik seit der Wiedervereinigung orientiert. Zwar hat sich die deutsche Außen-und Sicherheitspolitik mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes als Teil der Integrationsprozess der Europäischen Union weiterentwickelt und die neue geopolitische Lage Europas fordert nicht nur die deutsche Außenpolitik heraus (vgl. Hilz 2009, S. 33 f.), sondern andere Mitgliedstaaten auf supernationaler Ebene auch, um eine gemeinsame Sicherheits-und Verteidigungspolitik zu schaffen, aber es fehlt seit den 1990er-Jahren trotz intensiver deutsche-französischer Bemühungen an Einigungsfähigkeit der Mitgliedstaaten (vgl. Müller-

Brandeck-Bocquet 2012b, S. 119 f.). Damit führte die europäische Außen- und Sicherheitspolitik zu einem Spannungsfeld, auf dem Deutschland und Frankreich immer noch auf der Suche nach einer Lösung für gemeinsame Sicherheits-und Verteidigungspolitik sind (vgl. Rudischhauser et al. 2018, S. 198).

In dieser Perspektive bemühte sich die deutsche Außenpolitik im zentralen Fokus ihrer Gestaltung um die Integration. Dabei setzte sich die deutsche Außenpolitik dafür ein, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ausgebaut werden, da die deutsche Außenpolitik diesen deutsche-französischen Schulterschluss als Motor der Integration in Europa sieht (vgl. Haftendorn 2012, S. 16 f.). Es gibt Befürworter eines europäischen Machtpoles in einer multipolaren Weltordnung, die die Zukunft sowohl der deutschen Außenpolitik als auch der Europäischen Union weder in einem euro-transatlantischen Raum noch in einer euro-eurasischen Struktur sehen (vgl. Schöllgen 2004b, S. 11). Deswegen setzt sich die deutsche Außenpolitik für eine europäische Raumstruktur ein. Dabei setzt sie die europäische Integration fort und verankert die europäische Union durch die Erweiterung in Mittelosteuropa. In deren Folge übernimmt die deutsche Außenpolitik mit Frankreich die Führungsrolle (vgl. Link 2004a, S. 3 f.; Hacke 2005a, S. 10).

Um Europa aus der politisch-wirtschaftlichen Krise herauszuholen und als einen Machtpol im internationalen System zu etablieren, setzte sich die deutsche Außenpolitik für eine Einbindungs- und Gestaltungspolitik innerhalb der Europäischen Union ein (vgl. Harnisch 2009, S. 19). In dieser Lage will Deutschland die Führungsrolle in Europa übernehmen. Dabei setzt Deutschland mit einer neuen Außenpolitik die Inhaltsreform des EU-Verfassungsvertrages durch. In deren Folge will Deutschland Europa neu ausrichten und wieder in seiner Rolle als ein wichtiger weltpolitischer Akteur stärken (vgl. Algieri 2012, S. 137). Dafür fehlt es an Einigungsfähigkeit und einer Gesamtstrategie der Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine europäische Raumstruktur als ein Machtpol im internationalen System. Deswegen gibt es eine große Verzögerung in der deutschen Außenpolitik und die Frage, ob sie sich noch einmal aktiv an der Führung Europas beteiligen oder tatenlos den Zusammenbruch der Europäischen Union ansehen sollte (vgl. Daase 2015, S. 555). Vor diesem Hintergrund setzt sich die deutsche Außenpolitik für die Europäische Integration als Grundlage ihrer geopolitischen Codierungen ein und plädiert dafür, dass sich die Europäische Union durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als weltpolitischer Akteur im internationalen System etabliert (vgl. Roos und Rungius 2016, S. 40 ff.).

6.3.2 Geopolitische Codierungen Deutschlands im mittelosteuropäischen Raum

Die deutsche Außenpolitik wurde nach der Biopolarität durch drei geopolitische Verschiebungen, die Wiedervereinigung, die Europäische Union sowie die Mittel- und Osterweiterungspolitik entscheidend geprägt (vgl. Roos 2010, S. 22 ff.). Nach dem Umbruch der Weltpolitischen Ordnung entwickelte es sich eine geopolitische Lage in Mittelosteuropa, in der die deutsche Wiedervereinigung und die Auflösung der Sowjetunion für die Entwicklung der neuen Machverhältnisse des Europäischen Kontinentes prägend waren (vgl. Dauderstädt 2007, S. 422). Diese geopolitischen Verschiebungen und die neuen nationalstaatlichen Tendenzen öffneten den Weg für Deutschland und die anderen Großmächte, um ihren Einfluss über diese Region auszuüben (vgl. Hilz 2009, S. 35). Aus deutscher Sicht sind die mittelosteuropäischen Staaten in einem Transformations- und Reformprozess, weshalb sich die deutsche Außenpolitik um die ökonomische Stabilisierung Mittelosteuropa bemüht. Deutschland interessiert sich zunächst sowohl aus geografischen und historischen als auch politischen und wirtschaftlichen Gründen für eine aktive Außenpolitik in Mittelosteuropa, um Außenwirtschaftsbeziehungen zu entwickeln und von Märkten für deutsche Produkte und Waren zu profitieren (vgl. Dauderstädt 2007, S. 429 f.).

Deutschland hat Initiative zu mittelosteuropäischen Ländern im Wirtschaft- und Kulturbereich ergriffen und spielte eine Vermittlungsrolle zwischen der EU und Mittelosteuropa. Deutschland ist der größte Geldgeber in Mittelosteuropa für wirtschaftliche und politische Entwicklung und als einer der wichtigsten Ordnungsmächte beteiligt sich an der NATO und spielt eine wichtige Rolle im Rahmen der EU in der Mittelosteuropapolitik (vgl. ebd. S. 430 f.). Deutschland verstärkte seine Position als Wirtschaftspartner und wichtigster Investor in Mittelosteuropa und baute einseitige Wirtschaftsdominanz auf (vgl. Katzenstein 1997c, S. 22 f.). Darüber hinaus lassen sich die mittelosteuropäischen Staaten von Deutschland im Rahmen bilateral- und multilaterale Beziehungen beraten. Deutschland unterstützte die Transformation dieser Länder wirtschaftlich, politisch und kulturell, um ihre Demokratie und Marktwirtschaft nach deutschem Modell aufzubauen (vgl. Dauderstädt 1996, S. 41 f.). Die deutsche Außenpolitik in Mittelosteuropa beruht auf dieser geopolitischen Lage, in der Deutschland versucht, die ökonomischen und politischen Strukturen mittelosteuropäischen Staaten dem deutschen Wirtschaft- und Finanzsystem im Rahmen der Europäischen Union anzuschließen, den mittelosteuropäischen Raum zu stabilisieren, und in der Folge seine politische und wirtschaftliche Führungsrolle zu übernehmen (vgl. Dauderstädt 2000, S. 287 ff.) Die deutschen außenpolitischen Eliten sind sich einig darin, dass die Verbesserung der Stellung und Machtposition Deutschlands nur durch die Europäische

Integration erfolgen könnte, da auf diesem Weg dieses Ziel unumstritten realisierbar und für die anderen großen EU-Mitgliedstaaten akzeptable seien (vgl. Hilz 2009, S. 35 ff.; Katzenstein 1997c).

Neben der europäischen Orientierung gehört Mittelosteuropa zu einem Kernelement der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik. Die von der sowjetischen Hegemonie befreiten Länder in Mittelosteuropa befanden sich in einer geopolitischen Lage, in der sicherheitspolitische und ökonomische Destabilisierung herrschte und durch die nationalstaatliche Spaltungspolitik die kulturell-religiösen Konflikte zunahmen (vgl. Dauderstädt 2007, S. 425 ff.). Diese Konflikte könnten durch Deutschland als die einzige Zentralmacht in Mitteleuropa aufgrund seiner historischen Nachbarschaftsverständnis und räumlichen Verbundenheit einerseits und ausreichend ökonomischen und politischen Kompetenzen andererseits lösen (vgl. Pradetto 2015, S. 46 f.). Mittelosteuropa erscheint als diffuse Gemengelage für Gestaltung der Machtstruktur Deutschlands. In Mittelosteuropa existieren geostrategische Zonen, in denen Deutschland seine Außenpolitik betreiben kann (vgl. Hilz 2009, S. 36). Im Mitteleuropa existieren die historisch an deutschen Raum gebundenen Staaten wie Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien und Kroatien, die von deutscher Wirtschaft unmittelbar abhängig sind und auf die Deutschland auf friedlichem Weg mit wirtschaftlicher und finanzieller Hilfe zur Entwicklung dieser Länder seinen Einfluss ausüben kann (vgl. Dauderstädt 2007, S. 426 f.).

Die deutsche Außenpolitik wurde ökonomisch und politisch wegen der geopolitischen Lage in Mittelosteuropa gefordert, und die Krisen und Konflikte zeigen die Möglichkeiten der Stärkung der geopolitischen Stellung Deutschlands auf, um eine strake Außenpolitik durchzuführen, und diese Herausforderungen, die sich aus geopolitischer Lage der Region ergeben zu begegnen (vgl. ebd. S. 428 f.). Da Deutschland Interesse an diesen Gebieten hat, will nicht aber in Konkurrenz zu dem Interesse anderer Großmächte stehen, allein deshalb spielt Deutschland unverkennbar eine Ergänzungsrolle in Mittelosteuropa anstatt eine selbstbewusste Außenpolitik im Hinblick auf seine geostrategischen Interessen zu vertreten, um seine Stellung in Mittelosteuropa zu verbessern.

Einerseits bemühte sich Deutschland um Verstärkung seiner machtpolitischen Stellung durch Erweiterung und Integration der Europäischen Union, andererseits sollte die deutsche Außenpolitik seinen Einfluss in den geografisch nahliegenden Gebieten besonderes in Mittelosteuropa ausbauen. Mittelosteuropa stellt nicht nur keine sicherheitspolitische Gefahr für die Entwicklung der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik dar, sondern

steht im wirtschaftliche-politischen Interessen Deutschland (vgl. Pradetto 2015, S. 47 ff.). Die deutschen Regierungen sind sich nicht in der Mittelosteuropapolitik einig darin, dass die Stärkung der deutschen Machtposition in dieser Region entweder durch die enge euro-atlantische Bindung erfolgen kann oder mit Verzicht auf eine NATO-Osterweiterung und durch gemeinsame europäische Außen- und Verteidigungspolitik realisierbar ist, um der Einfluss der deutschen bzw. deutsch-französischen Außenpolitik herauszubilden (vgl. Dauderstädt 2007, S. 434).

Mittelosteuropa spielt in der deutschen Außenpolitik für die Stärkung der einflussreichen Machtposition eine entscheidende Rolle. Trotz des geschlossenen Vertrages *„gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“* zwischen Deutschland und der ehemaligen Tschechoslowakei und entwicklungspolitischen Engagements sind die historisch-politischen Vergangenheitsbeziehungen zwischen beiden Ländern problematisch (vgl. ebd. S. 426 f.). Die ambivalente Haltung der deutschen Außenpolitik entwickelte sich deutlicher in deutsch-polnischer Partnerschaft. Die deutsch-polnische Beziehungen waren stets von widersprüchlichen Gefühlen geprägt und seit der Wiedervereinigung bis heute ist immer noch brüchig (vgl. Kerski 2007, S. 405). Die deutsch-polnischen Beziehungen sind historisch stark belastet und anstelle einer Interessengemeinschaft stehen die Interessenunterschiede im Vordergrund. Trotz der großen Bemühungen Deutschlands um vertrauensbildende Maßnahmen, Unterstützung des EU und NATO-Beitritts Polens; zwischen beiden Ländern hat aber die deutsche Partnerschaft keine Priorität für Polen (vgl. Gießmann 2008, S. 48 ff.). Die polnischen Regierungen stellten ihre außenpolitische Priorität im Irakkrieg mit einer protransatlantisch-amerikanischen Haltung gegenüber Deutschland, Frankreich und der EU dar (vgl. Freudenstein 2004, S. 38 ff.)

Deutschland aus der polnischen Außenpolitik war und ist nur der wichtigste Handelspartner Polens. In anderen Bereichen wie, die Außen- und Sicherheitspolitik, die Energie- und Klimapolitik und die Flüchtlingspolitik herrscht eine erhebliche Wahrnehmungsunterschiede von der Internationalen Politik zwischen den beiden Ländern (vgl. Raabe 2010, S. 32 f.). Neben den weltpolitischen Wahrnehmungsdifferenzen sollte nicht übersehen werden, dass seit 1990 wirtschaftlich und kulturell bilaterale Beziehungen zwischen beiden Ländern aufgenommen wurden. Darüber hinaus entwickelte sich die deutsche- polnische Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Bereichen im Rahmen der EU, der NATO des *„Weimarer Dreiecks“* (vgl. Fürst 2008, S. 81 ff.).

In außenpolitischen Beziehungen hat Deutschland kaum Probleme mit Bulgarien, Ungarn, Rumänien und der Slowakei. Deutschland hat seine regionale Führung durch Partnerschaftsverträge im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftshilfe und entwicklungspolitische Aktivitäten befähigt (vgl. Markovits und Reich 1998, S. 184 ff.). Mit baltischen Staaten betrieb Deutschland vor der Wiedervereinigung eine Entspannungspolitik, da die Stärkung der einflusspolitischen Position Deutschlands in dieser Zone mit dem Interesse der sowjetischen Außenpolitik kollidieren konnte, vermied die deutsche Außenpolitik eine Konfrontation mit Russland und verzichtet auf seine geostrategischen Interessen. Nach der Ablösung der Sowjetunion ist das geostrategische Interesse der westlichen Länder und auch Deutschlands in den Vordergrund getreten (vgl. Willenz 1993, S. 62 ff.). Die Durchsetzung dieses Interesses, das durch den NATO-Betritt der osteuropäischen Länder und Osterweiterung der Europäischen Union verwirklicht wurde, verschärfte die Spannungen zwischen Russland und die westlichen Länder. Die deutsche Außenpolitik befindet sich in einer fragilen Konfliktpotenzial-Lage, in der es verschiedene Akteure gibt, die unterschiedliche Interessen und Ziele haben. Einerseits wollen die baltischen Staaten wirtschaftliche Beziehungen mit Deutschland aufbauen, andererseits akzeptieren sie nicht die politische Führung Deutschlands (vgl. Dauderstädt 2007, S. 429). Das Streben nach deutscher Hegemonie wurde jedoch durch das Engagement der anderen Großmächte verhindert.

Aufgrund der Interessendivergenz wird die Vermittlungsrolle Deutschlands eingeschränkt und die Führungsrolle vermieden. Die Diskrepanz zwischen dem Anspruch auf Führungsrolle als Zentralmacht in Europa und der fehlenden Handlungsmacht trotz höheren Machtressourcen bei der Umsetzung seiner außenpolitischen Ziele führte zu einer Gemengelage in der deutschen Außenpolitik herbei. Die deutsche Mittelosteuropapolitik wurde und wird von östlich- und westlichen Staaten skeptisch betrachtet. Sie haben Angst vor dem starken souveränen Deutschland im Mitteleuropa und befürchten, dass Deutschland durch die Mittelosteuropapolitik wieder seine Hegemonie aufbauen würde (vgl. Kiss 1994, S. 24 f.). Allein deshalb haben die außenpolitischen Eliten auf die bilateralen Beziehungen im Hinblick auf die geostrategischen Interessen Deutschlands zu den mittelosteuropäischen Staaten verzichtet und versuchen ihre Ängste und Sorgen vor der deutschen Hegemonie herabzuspielen. Daher führt Deutschland eine multilaterale und europäische Außenpolitik in Mittelosteuropa durch und unterstützt den Beitritt der osteuropäischen Staaten in einen rechtlich-institutionellem Rahmen in die EU (vgl. Katzenstein 1997c, S. 26 ff.). Charakteristisch für die deutsche Osteuropapolitik ist ihre ambivalente Haltung gegenüber der

Aufnahme dieser Länder in die EU und die NATO. Deutschland interessierte sich einerseits für die EU-Osterweiterung und will Beitrittsverhandlungen beschleunigen, andererseits formuliert es notwendige Reformen für den Beitritt in die EU und verknüpft den Beitrittsprozess mit notwendigen Voraussetzungen, die von osteuropäischen Staaten erfüllt werden mussten (vgl. Dauderstädt 2007, S. 433). Deutsche Außenpolitik fordert in Mittelosteuropa heraus und schwankt sich zwischen der Zustimmung zur EU-Osterweiterung und der Aufrechthaltung der Rahmenbedingungen der EU. Deutschland setzt sich mit finanziellen Voraussetzungen und der grundlegenden Reform der Wirtschaft- und Strukturpolitik der osteuropäischen Länder auseinander und hofft sich darauf, dass die Stärkung der Osterweiterung und der EU durch Herausbildung supernationaler und gemeinschaftlicher Entscheidungsstrukturen erfolgen könnte (vgl. ebd. S. 433 f.). Problematisch war für die geopolitische Codierung der deutschen Außenpolitik in Mittelosteuropa die doppelte Integration Osteuropas in die NATO und die EU.

6.3.3 Deutschland als *„Zentralmacht“*, *„Führungsmacht“* und *„Gestaltungsmacht“*

Eine andere wichtige Determinante für die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik auf regionaler Ebene ist die deutsche *„Zentralmacht“*. Den Zusammenhang von machtpolitischer Außenpolitik und der deutschen Rolle betonte Hans-Peter Schwarz. Er plädierte für eine deutsche interessengeleitete Außenpolitik. Somit formulierte Schwarz die deutsche außenpolitische Orientierung als *„Zentralmacht“*. In dieser Leseart ist die deutsche geopolitische Mittellage ein wichtiges Merkmal bei der Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik (vgl. Schwarz 1994, S. 11 f.). Jedoch umriss Schwarz die geopolitische Kompetenzverteilung und den deutschen Anteil davon als bestimmenden Faktor der deutschen Außenpolitik und nach wie vor bedeutsames Element in den internationalen Beziehungen (vgl. Schwarz 1985, S. 165 ff.). Schwarz zweifelte nach der deutschen Wiedervereinigung an der Relevanz der zivilmächtigen Rolle der deutschen Außenpolitik und ihre Bevorzugung vor geopolitischen Interessen Deutschlands an (vgl. Schwarz 1997, S. 119 ff.). Er beschrieb in seiner Studie erneut die politische Macht Deutschlands im Hinblick auf seine räumlichen Gegebenheiten in der Mitte Europas als eine zentrale Kategorie der Gestaltung der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik (vgl. Schwarz 1994, S. 75). Obwohl Schwarz sich für eine interessengeleitete Außenpolitik im Hinblick auf die deutsche geopolitische Mittellage einsetzte, schloss er nicht Werte und Normen als Leitlinien der deutschen Außenpolitik aus. Entsprechend zielte die These von Schwarz auf eine Versöhnung zwischen Werten und

Interessen als handlungsleitende Faktoren bei der Formulierung der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik ab. Damit plädiert er im Hinblick auf die *„Zentralmacht“* im Zusammenhang von Interessen und Werten für eine selbstbewusste Rolle der deutschen Außenpolitik (vgl. Schwarz 1985, S. 155 ff.). In diesem Sinne müsse Deutschland infolge sowohl der geopolitischen Verschiebungen und als auch der veränderten außenpolitischen Rahmenbedingungen auf der Grundlage der Wertvorstellungen, die im deutschen Grundgesetzt festgestellt worden ist, seine geopolitischen Interessen machtbewusst artikulieren.

Ähnlich wie Schwarz bewertet Anne-Marie Slaughter die deutsche außenpolitische Rolle. Sie bezeichnete die deutsche außenpolitische Ausrichtung als „*zentrale Mittlermacht*“ (vgl. Slaughter 2014, S. 1 ff.). Sie geht davon aus, dass Deutschland *„die unverzichtbare Katalysator-Macht im Zentrum“* sei, die die europäischen Integrationsprozesse beschleunigen könne (vgl. Slaughter 2011, S. 57 f.). Hierbei verweist Slaughter darauf, dass die deutsche Außenpolitik erfolgreich sein könnte, wenn Deutschland selbstbewusst seine Interessen innerhalb Europas suche. Deshalb liege die Zukunft Deutschlands in Europa. Im Rückgriff auf die Mittlermacht Deutschlands betonte Slaughter, dass Deutschland seine Interessen mit der Machtstruktur Europas verknüpfen und selbst durch eine machtbewusste und multilaterale Zusammenarbeit sowohl die Zukunft Europas und als auch die europäische Politik mitgestalten sollte. Demnach könne die deutsche Außenpolitik im Rahmen der Europäischen Union seine Rolle aktiver auf der globalen Ebene spielen (vgl. Slaughter 2014, S. 2 ff.).

In derselben Linie wie Schwarz und Slaughter liegt Thomas Risse, aber er beklagte den Umstand, dass die deutsche außenpolitische Identität einen verfehlten *„Gestaltungswillen“* zeige (vgl. Risse 2003, S. 3 ff.). So betrachtet Risse die deutsche außenpolitische Identität in Bezug auf Werte und Interessen als problematisch. Für ihn hat die Unterscheidung von geostrategischen bzw. geoökonomischen Interessen und Werten bei der deutschen Außenpolitik keinen Sinn. Aus seiner Sicht setzten Werte und Interessen nicht gegeneinander, sondern Werte als Grundlage der Interessenbildung (vgl. ebd. S. 7 ff.). Im Hinblick auf Werte und Interessen wies er auf ein hohes Maß an materiellen bzw. ideellen Kompetenzverteilungen der deutschen Außenpolitik in puncto Machtausübung hin. In dieser Hinsicht sieht er Deutschlands als „*Führungsmacht*“, die „*über eine hohe Attraktivität und Legitimität in der Welt*“ verfüge (vgl. Risse 2007, S. 56 ff.). In dieser Perspektive argumentiert er, dass sowohl die Verbündeten und als auch die weltpolitischen Akteure „*eine aktivere Gestaltung und Führung in der internationalen Politik*“ von der deutschen Außenpolitik erwarten (vgl. ebd.).

In diesem Kontext betrachtet Eberhard Sandschneider die deutsche außenpolitische Rolle als *„Gestaltungsmacht"*. Er sieht Deutschland bzw. seine außenpolitische Rolle „*ob es will oder nicht, [als] eine Gestaltungsmacht*" (Sandschneider 2012, S. 3). Entsprechend kritisiert Sandschneider in seiner These Deutschland als *„Gestaltungsmacht"* die Orientierungslosigkeit und fehlende Gesamtstrategie der deutschen Außenpolitik (vgl. ebd. S. 3 f.). Damit widerspricht er der These der Kontinuität der Grundorientierung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik der alten Bundesrepublik. Er betonte, dass „*das Denken in Kontinuitäten den Blick für die notwendigen Reaktionen auf Wandel verstellt*" (ebd. S. 3) und plädiert im Hinblick auf sowohl die Globalisierung und als auch neue geopolitische Rahmenbedingungen, sowie Anforderung von den Schwellenländern an die Übernahme globaler Verantwortung Deutschlands für die Gestaltung der internationalen Beziehungen (vgl. ebd. S. 4 ff.). Sandschneider spricht für die Anpassung und Neuausrichtung der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik, die sich aus der vollen deutschen Souveränität nach der Wiedervereinigung, der geopolitischen Mittellage und der wirtschaftlichen Voranstellung in der Mitte Europas ergab. Er formulierte die Politik der deutschen Gestaltungsmacht als eine Politik, die sich an geoökonomischen Interessen statt geopolitischer Interessen orientiere, die zurückhaltend ihre Machtpotenziale einsetze. Sie setzte sich für multilaterale Kooperationen auf regionaler und globaler Ebene, um ihre außenpolitischen Ziele verfolgen und ihre Interessen durchzusetzen (vgl. ebd. S. 7). So wendet sich Sandschneider gegen die Überbewertung der wertgeleiteten deutschen Außenpolitik, da dies zum doppelten Standard bei der deutschen außenpolitische Rolle führe. Damit wendet sich Sandschneider gegen eine wertgeleitete deutsche Außenpolitik und wirft den deutschen außenpolitischen Entscheidungsträgern vor: „*Wer den Eindruck vermittelt, Werte zwar zu propagieren, sie aber bei Bedarf gegen wichtigere Interessen zurückzustellen, schadet eben diesen Werten – und der eigenen Glaubwürdigkeit – mehr als er nutzt" (ebd. S. 8).*

6.4 Geopolitische Codierungen der deutschen Außenpolitik im globalen Maßstab

Eine umfassende Betrachtung der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik darf sich nicht nur auf die nationalen und regionalen Dimensionen beschränken. Aus struktureller Sicht wirken auch die historisch bedingten Leitideen der Weltpolitik auf die Gestaltung der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik im internationalen System und prägen sowohl die Struktur der Weltpolitik als auch das deutsche außenpolitische Handeln. Im Folgenden werden diese makroprozessualen Komponenten, die sich auf globaler

Ebene auf die Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik auswirken, näher erläutert.

6.4.1 Transnationalisierung und Globalisierung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik

Die Globalisierung fordert die traditionelle Logik und Auslegung der deutschen Außenpolitik heraus, in der nicht nur die Bedeutung der räumlichen Entfernung und der Grenzen zwischen Staaten, sondern auch die Formulierungen von Interessen und Zielen verändert hat (vgl. Jäger und Beckmann 2011, S. 26 f.). Sie verwischt die Unterscheidung zwischen Innen und Außen, die für die Bestimmung des Fremden in der Außenpolitik von zentraler Bedeutung ist (vgl. Hill 2003, S. 13). Obwohl die Weltordnung sich in einem deterritorialisierten Prozess befindet, wird die Differenzierung zwischen *„wir“* und *„die anderen“* bleiben. Vor diesem Hintergrund wird die geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik nicht nur im Spannungsfeld zwischen internationalen und innenpolitischen Handlungen von staatlichen Akteuren im Hinblick auf die Machtverteilung im internationalen System formuliert, sondern auch durch zunehmenden zwischengesellschaftliche Interdependenzen entwickelt (vgl. Hellmann 2016, S. 6 f.). Aufgrund von Globalisierungsprozessen hat sich die Struktur des internationalen Systems, die sich nur von zwischenstaatlichen Beziehungen entwickelt habe, mehr und mehr zu einem miteinander verbunden global-multipolaren System verändert (vgl. Albert et al. 2018, S. 6 f.). Im Kontext der Globalisierung handelt es sich nicht nur mehr bei der Außenpolitik um die Formulierung von Interessen und Zielen im Hinblick auf die Machtverteilung von Staaten und die materielle Struktur der Weltordnung, sondern um die strukturellen Machtnetzwerke, die im internationalen System miteinander verknüpft sind. (vgl. Clark 1999, S. 54 ff.; Webber und Smith 2002, S. 23).

Mit der Globalisierung und Transnationalisierung entwickelt sich die Weltpolitik in einer neuen Weltordnung der räumlichen Organisation (vgl. Hippler 2012, S. 29), in der die Formulierung von Interessen und Zielen die deutsche Außenpolitik herausfordert (vgl. Hellmann 2016, S. 6 f. u. 2014, S. 38 f.). In diesem Prozess wird die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik nicht nur auf territorial-internationaler Ebene bestimmt, sondern auch von funktionalem Aspekt auf globaler Ebene im Hinblick auf relationaler Machtverteilung betrachtet (vgl. Messner 2015, S. 381). Die Vielfalt der transnationalen Organisation verweist auf Komplexität und Ungewissheit im internationale System, in dem die deutsche Außenpolitik nicht nur nach ihrer materiellen Machtverteilung die globale Struktur der Weltpolitik beeinflussen kann, sondern das Kerninteresse der deutschen Außenpolitik besteht in einer globalisierten Welt darin, dass ihre Ziele mit Zugang

zu allen globalen Machtnetzwerken formulieren und mit der Beteiligung an transnationalen Organisationen in verschiedenen Bereichen ermöglichen (vgl. Messner 2015, S. 381 f. u. 2011; Wilhelm 2006, S. 347 f.; Sandschneider 2012). Aus dieser Situation ergibt sich eine Art der deutschen Außenpolitik, die auf eine schwierige Gemengelage zwischen verschiedenen Akteuren und unterschiedlichen Bereichen hinweist (vgl. Zimmer 2015, S. 239) und sich auf ein Feld erstreckt, auf dem die Außenpolitik nicht unabhängig von anderen handeln kann, sondern als Teil der weltpolitischen Strukturen auf mehreren Ebenen und mit unterschiedlichen Akteuren (vgl. Stark Urrestarazu 2015, S. 177 ff.). Daher formulieren die außenpolitischen Akteure des internationalen Systems immer noch auf traditioneller Art ihre Interessen und Ziele und berücksichtigen nicht die nachhaltigen Beziehungen und strategisch langfristiges strukturelles Denken in ihrer Außenpolitik, bezieht sich diese Art der Formulierung der Außenpolitik auf die deutsche Außenpolitik (vgl. Kaiser 2015, S. 41 f.; Zimmer 2015, S. 255).

Bei der Frage, wie die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik im Kontext der Globalisierung und Transnationalisierung formuliert haben, wird hervorgehoben, dass sie sich in einer uni-multipolaren Weltordnung befinden, die durch die beschleunigte Globalisierung beeinflusst ist (vgl. Nolte 2006, S. 6 f.). Die deutsche Außenpolitik hat sich nach der Wiedervereinigung als ein wichtiger Hauptgründer der Europäischen Union im Zeitalter der Globalisierung sowie auf globaler Ebene als Mitglied der internationalen Wirtschaft- und Finanzorganisationen, Weltbank und WTO zu postmodernen Staaten etabliert (vgl. Baumann 2007, S. 446 f.). Die deutsche Außenpolitik verzichtet auf ihre hegemoniale Stellung trotz erheblicher Machtpotenziale gegenüber den USA und anderen Großmächte (vgl. Hacke 2012, S. 88 f.). Sie bemüht sich durch Fortsetzung der europäischen Integration zu Machtpolen aufzusteigen (vgl. Sandschneider 2012, S. 5 ff.). Die deutschen Regierungen bauen machtpolitische Schwächen Deutschlands durch die Abtretung nationalstaatlicher Souveränitätsrechte an supernationale Institutionen ab und damit gewinnt großen Einfluss aufgrund eines höheren Anteils an Machtressourcen (vgl. Risse 2007, S. 53 ff.). Die deutsche Außenpolitik hat sich durch die ökonomisch-politischen Intensivierung in transnationale Organisationen zu einer hegemonialen Gestaltungsmacht verwandelt (vgl. Sandschneider 2012, S. 6; Maull 2007, S. 77). Vor diesem Hintergrund geht es in der deutschen Außenpolitik als postmoderne Gestaltungsmacht mehr um ökonomische Interessen als um geopolitische Interessen (vgl. Sandschneider 2012, S. 7; Maull 1990a). Die außenpolitischen Entscheidungsträger betrieben eine multilaterale Außenpolitik auf regionaler und globaler Ebene. Sie setzten die deutschen Machtpotenziale zurückhaltend ein und übernehmen viel

Verantwortung in der Weltpolitik (vgl. Sandschneider, 2012). Die Supernationalität verstärkt einerseits internationale Kooperationen mit zunehmender Interdependenz zwischen Mitgliedstaaten und andererseits wirkt sie sowohl auf ihre Außenpolitik als auch ihre Innenpolitik durch die Entwicklung der transnational rechtlichen Rahmenbedingungen (vgl. Sørensen 2004, S. 87 ff.). Deutschland befindet sich in einer Lage zwischen westfälischer und postmoderner Staatlichkeit. In dieser Lage gibt es trotz des bestehenden kollektiven Willens zur Kooperation und Bearbeitung der weltpolitischen Probleme keine umfassende Supernationalität, weil die ausgeprägt westfälischen Staaten auf ihre Souveränitätsrechte in Bezug auf inneren Angelegenheiten nicht zugunsten transnationaler Organisationen verzichten wollen. Deutschland im Rahmen der Europäischen Union entwickelte mit den anderen Mitgliedstaaten eine supernationale Organisation (vgl. Risse 2007, S. 56 f.), die sich auf zunehmende Vernetzung der ökonomisch-politischen Dimensionen bezieht und sich an wesentliche Organe wie die Europäische Kommission, das Europäische Parlament (EP), die Europäische Zentralbank und der Europäische Auswertige Dienst (EAD) etc. wiederspiegelt (vgl. Rittberger et.al. 2010, S. 169 ff.). Im Mittelpunkt der Europäischen Union steht die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung zwischen Mitgliedstaaten. Diese Verflechtung intensivierte das internationale Handel, Kapitel- und Dienstleistungsverkehr im europäischen Binnenmarkt und Investitionen von Unternehmen. Die EU ist durch diese wirtschaftliche Verflechtung die größte Wirtschaft der Welt mit einem Anteil über 20 % am Welthandel (vgl. European Union Trade and Investment 2014, Kommission, 2014, S. 3). Die Europäische Union etabliert sich ökonomisch als eine internationale Organisation und ermöglichte gemeinsame Wirtschaftspolitik gegenüber anderen Regionen durch ökonomische Integration der Mitgliedstaaten, Einführung einer gemeinsamen Währung für die Euro-Zone und gemeinsame Handels- und Finanzpolitik. Die Wirtschaft- und Finanzpolitik der Europäischen Union beschränkt wesentlich die finanzpolitischen Handlungsspielräume der Nationalstaaten (vgl. Rittberger et.al. 2010, S. 171 ff.).

Im Hinblick auf den sozial-kulturellen Aspekt und europäische kollektive Identität zeigen zahlreiche Studien, die sich mit öffentliche Meinung von Bürgern der Mitgliedstaaten beschäftigt haben, dass ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung der Mitgliedstaaten ihre nationale Identität nicht durch eine supernationale kollektive Identität ersetzen wollen (vgl. Sørensen 2001, S. 87 f.; Rittberger et.al. 2010, S. 171 ff.). Bezogen auf Deutschland ist das Verhältnis sowohl der meisten Deutschen als auch der deutschen Regierungen zur Europäischen Union primär ökonomischer funktionaler Art (vgl. Möbius 2003, S. 365 ff.). Aus den Daten *„Eurobarometer-Studien“* von 2000, 2005 und 2012, die von Europäischer

Kommission erhoben werden, geht hervor, dass sich die Mehrzahl nicht nur der Deutschen, sondern auch der Bevölkerung anderer Mitgliedstaaten ausschließlich mit ihrer nationalen Identität als europäische Identität identifizieren. Etwa 60 % der Befragten fühlen sich ehr als Deutsch als als Europäer. Immerhin erklärten sich 20 % der Befragten, dass sie sich eher als Europäer fühlen, sowie 17 % der Befragten fühlen sich eher als Deutsche und Europäer. Interessenterweise sind die Hälfte aller Deutschen im Gegensatz zu ihren etablierten und regierenden Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne) gegen sowohl eine gemeinsame europäische Regierung als auch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (vgl. Möbius 2003, S. 367 ff.; Eurobarometer 52, 2000, S. 49). Darüber hinaus sind beinah 90 % der Befragten der Meinung, dass ihre deutsche Staatangehörigkeit im Vordergrund des *„Deutschen Europäers“* steht. Die Daten und Ergebnisse dieser Studien beziehen sich darauf, dass die Bevölkerung in Deutschland sich verunsichert fühlt und Angst vor dem Verlust ihrer sozialen Identität hat. (vgl. Kaufmann und Zauner 2004, S. 3). Deutschland bewegt sich zwischen nationaler und multilateraler Identität. Die Hälfte der Befragten fühlen sich von der Regierung mit der nicht durchsichtigen politischen Entscheidungen wie der Zusammenschluss zur Europäischen Union, Aufhebung der nationalen Grenzen und andere Entscheidungen der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik überfordert.

Die gleiche Strategie verfolgt die deutsche Außenpolitik zur Revision der Verträge mit der Forderung nach gemeinsamer außenpolitischen Entscheidungen der EU (vgl. Wagner 2007, S. 147). Die deutsche Außenpolitik entwickelte sich paradoxerweise im Rahmen der Europäischen Union (vgl. Maull 2012, S. 38 f.; Algieri 2011, S. 143). Obwohl die außenwirtschaftliche Dimension der deutschen Außenpolitik weitgehend der Außenwirtschaftspolitik der Europäischen Union entspricht (vgl. Maull 2012, S. 39), ist aber uneins und nicht anpassbar an der Außenpolitik anderen Mitgliedstaaten (vgl. Rudischhauser et al. 2018, S. 189 ff.). Bezogen auf gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik innerhalb der Europäischen Union fehlt eine außenpolitische Gesamtstrategie (vgl. Kagan 2003, S. 65 ff.; Fröhlich 2008a, S. 15 ff.). Die deutsche Außenpolitik spricht sich dafür immer aus, dass die Mitgliedstaaten ihre Souveränitätsrechte in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik sowie Sozialpolitik an die gemeinschaftlichen Organisationen der Europäischen Union abtreten sollen (vgl. Keller und Malté 2018, S. 114 f.; Rudischhauser et al. 2018, S. 197). Die Übertragung der nationalstaatlichen Rechte erfolgte nur im wirtschaftlichen Bereich und brachte keinen Erfolg in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (vgl. Fröhlich 2008a, S. 11). Charakteristisch für die deutschen Regierungen war sowohl die Bildung einer einheitlichen Rechtgrundlagen für den

außenpolitischen Bereich der europäischen Union als auch die Umwandelung der außenpolitischen Struktur zu einer supernationalen Organisation (vgl. Algieri 2011, S. 135). Die deutsche Außenpolitik bemüht sich folgerichtig auf diesem Weg, die Stellung des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission als handlungsfähiger internationaler Akteure zu stärken und die nationalstaatlichen Interessen der Mitgliedstaaten zu beschränken (vgl. ebd. S. 137 ff.). Deutschland unterstützt die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit der EU-Erweiterung durch intergouvernementale Entscheidungsfindung (vgl. Maull 2012, S. 39 f.) und legt großen Wert auf föderalen Charakter der Europäischen Union und bemüht sich um die Flexibilisierung der europäischen Integration, damit der Widerstand der Mitgliedstaaten wie Großbritannien und Dänemark gegen die gemeinsame internationale Politik der EU verhindern würde (vgl. ebd. S. 139 ff.). Bezogen auf die gemeinsame europäische Außenpolitik setzen sich die europäischen Außenpolitiker mit der Fragen über den institutionellen Rahmen der inneren EU-Außenpolitik auseinander (vgl. Fröhlich 2008a, S. 22 f.). Von diesem Standpunkt ausgehend sind die Umwelt und Handlungsspielräume der europäischen Außenpolitik außer Acht gelassen (vgl. Schmalz 2007, S. 105). Aus struktureller Sicht geht die deutsche Außenpolitik davon aus, dass der strukturelle Wandel der Weltpolitik durch einen kontinuierlichen Wechselwirkungsprozess ermöglicht werden kann, und außenpolitische Zielsetzung in Gestaltung und Veränderung der weltpolitischen Strukturen formuliert werden soll, damit das Verhalten von Akteuren einschränken und ihre Einflusssphäre auf Strukturen gestalten würde. (vgl. Wagner 2007, S. 147 ff.). In dieser Perspektive ist der nachhaltige Strukturwandel möglich, wenn die anderen Akteure ihre Außenpolitik von traditionellen Ansätzen in einen multilateralen Charakter verwandeln. Die deutsche Außenpolitik bemüht sich auf diesem Weg supranationale Strukturen zu schaffen, in denen die politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu prägen und gemeinsame Sicherheitsfelder zu gestalten (vgl. Bolsinger 2009, S. 343 ff.; Algieri 2011, S. 140 ff.).

6.4.2 Multilateralismus der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik

Eines der anderen zentralen Merkmale der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik ist der Multilateralismus (vgl. Baumann 2002; Katzenstein 1997; Harnisch und Maull 2001), der sich aus der Verarbeitung historischer Erfahrung der deutschen Außenpolitik ergab (vgl. Risse 2003, S. 7) und sich statt einer unilateralen und machtorientierten Außenpolitik auf multilaterale Kooperation im internationalen System bezog (vgl. Maull 1991; Kriste und Maull 1996). Der Multilateralismus der deutschen Außenpolitik prägte einen

Multicharakter, der sich mit verschiedenen staatlichen und transnationalen Akteuren befasst (vgl. Baumann 2006, S. 168 ff.).

Die deutsche Außenpolitik sieht Rainer Baumann vor allem durch die multilaterale Identität charakterisiert. Die multilaterale Ausrichtung der deutschen Außenpolitik fing mit der Westorientierung der deutschen Außenpolitik an und galt zunächst in Bezug auf den Beitritt Deutschlands in die NATO und in die europäische Gemeinschaft und weitete sich mit der Ostpolitik über die Staaten in Mittelosteuropa aus und entwickelte sich danach in euroasiatischen Ländern weiter und wurde schließlich gegenüber den Länder im Süden praktiziert (vgl. Risse 2003, S. 7 f.). In diesem Sinne wird auf den Multilateralismus als einen der wesentlichen Aspekte der deutschen geopolitischen Codierungen verwiesen, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der deutschen Außenpolitik etablierten und auf deren Grundlage die deutsche Außenpolitik sich für aktive Interdependenz und multilaterale Kooperation auf globaler Ebene einsetzte (vgl. Baumann 2002). Auf den Multilateralismus als eine der wesentlichen Grundorientierungen der deutschen Außenpolitik machte Rainer Baumann aufmerksam und vertrat dieser These in seiner Studie über den *„Wandel des deutschen Multilateralismus“,* dass der Wandel der multilateralen Rolle der deutschen Außenpolitik seit 1990 begonnen habe (vgl. Baumann 2006, S. 11 f.). Baumann widerspricht den Grundlagen der These der Kontinuität der deutschen multilateralen Orientierung der alten Bundesrepublik, die sich an der Westbindung, der Kultur der Zurückhaltung beim militärischen Einsatz der Bundeswehr orientierte (vgl. ebd. S. 167 f.). Er stellt das Festhalten der deutschen Multilateralismus mit der Hinwendung zur der gewachsenen politischen Kultur der deutschen Außenpolitik in die Frage. Damit wird in seiner These der Begründungsmuster der Kontinuität der multilateralen Identität der deutschen Außenpolitik angezweifelt und spricht Baumann von einem selbstbewusst gewachsenen Multilateralismus bei der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik aus, die sich statt der universellen Werte und Normen auf nationale Interessen und Verantwortung bezog (vgl. Baumann 2007, S. 449 ff.). Aus konstruktivistischer Sicht und mit Verwendung von Methoden der qualitativen Inhaltsanalyse zeigte Baumann die Veränderung der Leitideen der deutschen multilateralen Ausrichtung in einem diskursiven Prozess auf (vgl. Baumann 2006, S. 165 f.). Baumann betonte mit dem Verweis auf den deutschen Multilateralismus vor 1990, dass sich die deutsche Außenpolitik in einer internationalen Interdependenz an den universellen Werten und Normen orientierte. Er begründet, dass sich die Schlüsselbegriffe des deutschen Multilateralismus geändert haben. Dabei werden ernsthaft und nachdrücklich die neuen Begriffe Verantwortung und Interesse in den Mittelpunkt des neuen deutschen multilateralen

Diskurses gerückt (vgl. ebd.). Baumann formuliert die Verschiebungen der deutschen multilateralen Rolle wie folgt: *„Multilateralismus als kulturell bedingter und kaum hinterfragter Habit, der vor allem auf Normen und Werte rekurriert“*; […] *als Strategie der Einflusssicherung, bei der nationale Interessen betont werden“*; [und] *als vertrauensbildende Maßnahme, die historisch bedingtes Misstrauen abbauen und deutsche Handlungsspielräume dadurch erweitern soll“* (Baumann 2005, S. 103 ff.).

6.4.3 Wirtschaftsmacht der geopolitische Codierungen in der deutschen Außenpolitik

Einer der entscheidenden Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik ist die deutsche *„Wirtschaftsmacht“*. Sowohl die alte Bundesrepublik besaß als auch das wiedervereinigte Deutschland besitz ein hohes Maß an wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen (vgl. Staack 2007, S. 85). Michael Staatck zeichnete für die Wirtschaftsmacht Deutschlands das Bild einer friedlichen Handelsmacht, die anstelle der Rückeroberung, Machtpolitik durch ihre ökonomische globale Ressourcen, wirtschaftsliberale Perspektive und Konkurrenz ihren Einfluss ausüben wolle (vgl. ebd. S. 87 f.). In diesem Zusammenhang kann Deutschland mit seiner Wirtschaftsmacht politische Gestaltungspotenziale vollziehen und seine Interessen auf globaler Ebene verfolgen (vgl. ebd. 89 f.). Charakteristisch für Deutschland als Wirtschaftsmacht ist ein großer Anteil am Welt-Bruttonationaleinkommen, an exportinduziertem Bruttoinlandsprodukt, an Währungsreserven, und an ausländischen Direktinvestitionen, sowie an der Erwerbstätigkeit (vgl. zur Machtverteilung Deutschlands in der geopolitischen Weltordnung Kapitel 4.). Im Hinblick auf diese wirtschaftlichen Indikatoren wird Deutschland als die größte europäische Wirtschaftsmacht betrachtet, die darüber hinaus eine der vier großen Wirtschaftsmächte der Welt ist. In dieser Hinsicht befindet sich Deutschland als Wirtschaftsmacht in einer überlegenen Position, in der *„die deutsche Volkswirtschaft die globalen Waren- und Dienstleistungsströme, die Geld- und Kapitalmärkte sowie den Zahlungsverkehr entscheidend“* mitbestimmen könne (vgl. Staack 2007, S. 91 ff.). Auf dieser Grundlage verfüge die deutsche Außenpolitik über die Fähigkeit, ihren Einfluss auszuüben, die weltwirtschaftlichen Entwicklungen aktiver mitzugestalten und auf die Strukturen und Prozesse sowohl der Weltwirtschaft als auch der Weltpolitik zu wirken (vgl. ebd.). Im Hinblick auf die deutsche Wirtschaftsmacht wird die Weltpolitik aus einer deutschen politischen Perspektive nicht mehr geopolitisch wahrgenommen, sondern ist charakterisiert durch Geoökonomie (vgl. Luttwak 1990, S. 17 f.). In diesem Sinne ist die Geoökonomie die Sichtweise der deutschen Außenpolitik, die sich aus dieser Perspektive an ökonomischen Faktoren orientierte (vgl. Link 1998, S. 143 f.). In deren Folge bemühte sich

die deutsche Außenpolitik um die Ökonomisierung der Weltpolitik. In diesem Zusammenhang werden zwei Vorzüge angeführt: zum ersten geht es zunächst um die multilaterale Zusammenarbeit bzw. friedlich wirtschaftliche Austauschbeziehungen. Demnach zielte die deutsche Außenpolitik aufgrund der globalen wirtschaftlichen Lage auf die zwischenstaatlichen Wettbewerbsvorteile in Handel statt national politisch-militärischer Konkurrenz im internationalen System ab (vgl. Bredow und Jäger 1993, S. 216 ff.). Vor diesem Hintergrund spielen traditionelle Machtrivialitäten für die deutsche Außenpolitik keine entscheidende Rolle und bestimmen nicht die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik. Im Gegensatz zur machtpolitischen Perspektive wird die deutsche Außenpolitik als Wirtschaftsmacht Kapitel, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation in einer friedlichen, multilateralen Weltwirtschaft charakterisiert (vgl. Staack 2007, S. 85 f.).

6.4.4 Zivil- und Friedenmacht der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik

Hans W. Maull beschrieb am Anfang der 1990er-Jahre in Anlehnung an Norbert Elias und das von ihm geprägtem Zivilmachtkonzept die deutsche außenpolitische Grundorientierung vor und nach der deutschen Wiedervereinigung als Zivilmacht bzw. Friedensmacht (vgl. Maull 1991/1992, Kriste und Maull 1996; Maull 2007). Maull ging mit der Hinwendung auf die Zivilmacht von einem Perspektivenwechsel in der deutschen außenpolitischen Nachkriegsidentität aus. Er stellte fest, dass sich Deutschland nach dem Ende des zweiten Weltkrieges bei der Innen- und Außenpolitik aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit, des geopolitischen Ost-West-Konfliktes, der deutschen Teilung und die politischen Vorgaben der Alliierten in einer Identitätskrise befand (vgl. Maull 2007, S. 76). Deswegen sei Deutschland aufgrund seiner außenpolitischen Handlungszwänge nur eine Zivil- und Friedensmacht geblieben (vgl. ebd. S. 73 ff.). Um seine neue außenpolitische Grundorientierung gerecht zu werden, trat Deutschland sowohl 1955 dem westlichen Militärbündnis als auch 1957 der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bei, richtete sich auf die Grundprinzipien der westlichen Demokratie auf, verankerte sich in der westlichen Kultur und Gemeinschaft und strebte nach Berechenbarkeit und Verlässlichkeit gegenüber seine Verbündeten (vgl. ebd. S. 76 f.). In Bezug auf die deutsche außenpolitische Orientierung gilt außerdem nach Maull die Westorientierung als einer der wichtigsten Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik. Bei der Westorientierung der Bundesrepublik geht es um das Bündnis mit den Vereinigten Staaten und die europäische Integration. Deutschland integrierte sich während des Kalten Krieges und aufgrund seiner geopolitischen Interessen in die transatlantische und in die europäische Gemeinschaft, damit bildete Deutschland eine

erfolgreiche Grundorientierung seiner Außenpolitik (vgl. Maull 2015, S. 214 f.). Dabei profitierte Deutschland von der außenpolitischen Westorientierung und baute seinen Einfluss nicht nur auf Europa, sondern auf der globalen Ebene auf (vgl. Maull 2007, Bredow/Jäger 1993, Katzenstein 1997; Banchoff 1999a). Damit bezeichnet sich die deutsche Außenpolitik durch die Zivilisierung des internationalen Systems und durch Orientierung an der Friedenspolitik als Zivil- und Friedensmacht. Nach Auffassung von Hans W. Maull, der die These von der Wirksamkeit sowohl der immateriellen Faktoren und als auch der Überzeugungskraft der Ideen und Werte, sowie die kulturellen Hintergründe in Bezug auf die deutsche außenpolitische Zivilmacht in ihrer konstruktivistischen Ausprägung vertritt, zielte die Zivil-und Friedensmacht als die neue deutsche außenpolitische Grundorientierung *„auf die Zivilisierung der Politik insgesamt und der internationalen Beziehungen im Besonderen“* (Maull 1991/1992 u. 2006/2007; Kriste und Maull 1996). In diesem Sinne betreibt Deutschland bei der Gestaltung seiner geopolitischen Codierungen eine multilaterale Außenpolitik statt einer nationalen Machtpolitik, tritt seine Souveränitätsrechte an supernationale Organisationen ab, verzichtet auf militärische Mittel in seiner Außenpolitik und verwendet bei Konfliktbearbeitungen Diplomatie, friedliche Lösungen und gewaltlose Mittel. Dabei fördert die deutsche Zivilmacht eine aktive internationale Interdependenz. Im Hinblick auf Interdependenz und Multilateralismus der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik sind die Europäisierung und die Transatlantisierung als wesentliche Bestandteile der zivilmächtigen Identität der deutschen Außenpolitik. Davon ausgehend bewertet Maull, dass *„die Krönung der Erfolgsbilanz“* der zivilmächtigen Identität der deutschen Außenpolitik die deutsche Wiedervereinigung und die europäischen Vereinigung waren (vgl. Maul 2007, S. 77). Obwohl die deutsche außenpolitische Strategie der Zivilmacht nach dem Zweiten Weltkrieg erzwungen war und Deutschland keine eigenständige Außen- und Sicherheitspolitik besaß, war aber die außenpolitische Strategie der Zivilmachtorientierung der Bundesrepublik klug und erfolgreich und darüber hinaus innenpolitisch gewollt (vgl. ebd.).

Obwohl seit 1990 die Identität militärischer Zurückhaltung bei der deutschen Außenpolitik leitend blieb, remilitarisierte sich erneut die deutsche Außenpolitik nach der Wiedervereinigung und beteiligte sich aktiv im Rahmen der NATO-Missionen in Afghanistan, im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika. Die deutsche Außenpolitik steht vor neuen Herausforderungen (vgl. Risse 2004, S. 26 ff.). In dieser Situation kommt folgerichtig die Frage auf, ob die Perspektiven der deutschen Außenpolitik in der neuen Lage mit ihrer zivilmächtigen Rolle bleiben konnten und sich an der deutschen außenpolitischen

Orientierung der alten Bundesrepublik orientieren sollten (vgl. Gareis 2011, S. 148 f.). Damit die deutsche Außenpolitik ihrer zivilmächtigen Identität mit den daran gestellten Herausforderungen gerecht werden kann, soll eine neue Weg für die deutsche zivilmächtige Identität gefunden oder die deutsche Zivilmachtidentität erneut definiert werden (vgl. Maull 2014, S. 1 f.). Im Gegensatz zu Befürwortern einer machbewussten deutschen Außenpolitik, die sich an *„nationalen Interessen“* bzw. *„deutschen Interessen“* orientiert, sprechen der Vertreter der Zivil- und Friedenmacht der deutschen Außenpolitik im Hinblick auf die deutsche Zivilmachtidentität von dem deutschen *„außenpolitischen Gemeinwohl“* bei der Gestaltung ihrer geopolitischen Codierungen, um der deutschen Außenpolitik und ihrer zivilmächtigen Identität in der neuen weltpolitischen Lage gerecht zu werden (vgl. ebd. S. 63 ff.).

6.4.5 Geopolitische Codierungen der deutschen Außenpolitik in der transatlantischen Raumstruktur

> *„Wenn man die deutsch-amerikanischen Beziehungen auf ihre Struktur hin untersucht, stößt man auf eine Merkwürdigkeit, nämlich eine Mischung aus Distanz und Nähe, wobei das eine nicht etwa das andere ablöst, um dann nach einiger Zeit wieder von ersterem abgelöst zu werden. Vielmehr existiert beides nebeneinander. Je nach dem Aspekt, dem man besondere Aufmerksamkeit widmet, steht das eine oder andere im Vordergrund“* (Bredow 2008, S. 229).

In der Ära der bipolaren Weltordnung herrschten in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland zwei entscheidende Grundlinien vor: die aktive Mitgliedschaft und die Beteiligung an der Nordatlantischen Allianz unter der Führung der USA für Frieden und Sicherheit in Europa sowie die Bemühung um die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft und die Vertiefung der Europäischen Integration (vgl. Krause 2005, S. 17). Die beiden geopolitischen Orientierungen waren sehr eng miteinander verbunden und spielten bei der Überwindung der deutsch-europäischen Teilung eine entscheidende Rolle (vgl. Risse 2007, S. 54 ff.). Deutschland wirkte an der NATO aufgrund sicherheitspolitischer Interessen mit und übernimmt eine Vorreiterrolle in der Europäischen Union im Hinblick auf seine machtpolitischen Interessen (vgl. Fröhlich 2008b, S. 15 ff.). Vor diesem Hintergrund lässt sich die Fragen stellen, welchen Einfluss der transatlantische Raum auf die deutsche Außenpolitik nach der deutschen Wiedervereinigung hat und welche geopolitischen

Interessen die deutsch-transatlantischen Beziehungen prägen. Dazu gehört auch die Frage, inwieweit sich die deutsch-transatlantischen Beziehungen in der neuen Weltordnung verändert haben.

Aus sicherheits-politischen Gründen spielten die deutsch-transatlantischen Beziehungen in der Ära des Kalten Krieges und spielen immer noch nach der deutschen Wiedervereinigung bei der geopolitischen Orientierung der deutschen Außenpolitik eine wichtige Rolle (vgl. Schwarz 2007, S. 569). Darüber hinaus wird die Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa und ihre Bedeutung nicht nur in militärisch-politischer Hinsicht, sondern auch aus kulturell-ökonomischer Perspektive für die deutsche Außenpolitik als einen Machtfaktor betrachtet, um eine stabile Weltordnung zu errichten und die europäische Sicherheit zu gewährleisten (vgl. Stürmer 1995, S. 55 ff. u. 2006). Somit integrierte sich die deutsche Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg in die transatlantische Gemeinschaft und etablierte in deren Folge den transatlantischen Raum als geopolitische Grundausrichtung in die deutsche Außenpolitik (vgl. Schwarz 2007, S. 569 ff.). Damit wird dafür plädiert, dass Deutschland sich weiter an die hegemoniale Macht der Vereinigten Nationen anlehnen solle (vgl. Schwarz 2007, S. 581 ff.; Baring 2006 u. 1994). Da nach den geopolitischen Verschiebungen in Europa und in der Weltpolitik die USA die einzige Supermacht ist, die in der neuen unberechenbaren und unübersichtlichen geopolitische Lage sowohl auf globaler als auch europäischer Ebene als ordnungs- und friedensstiftende Macht wirken kann (vgl. Hacke 2002b, S. 243 ff.; Stürmer 1994 S. 235 f.).

Geopolitische Verschiebungen und die neuen nationalstaatlichen Tendenzen öffneten den Weg für Deutschland und die anderen Großmächte, ihren Einfluss über die Weltpolitik auszuüben (vgl. Baring 1991, S. 140 ff.). So befindet sich Deutschland wieder als zentrale Macht einer geopolitischen Mittellage (vgl. Schwarz 1994). Die neue veränderte Weltordnung forderte die deutsche Außenpolitik dazu auf, ihre räumliche Orientierung im Hinblick auf ihre fragile Lage und die daraus resultierten Interessen zu formulieren (vgl. Hellmann 2004a, S. 80; Maull 2006a u. 2014). In dieser Perspektive wird der deutschen Außenpolitik die Aufgabe zugeschrieben, sich an den Vereinigten Staaten zu orientieren (vgl. Schwarz 1994, S. 118). Damit werden das Gleichgewicht und der Frieden durch die Präsenz der Vereinigten Staaten als Garantimacht in Europa und in der Welt abgesichert, um machtpolitische Rivalitäten unter europäischen Staaten zu verhindern (vgl. Schwarz 2007, S. 570 ff.).

Aus dieser Perspektive wird von den Befürwortern der euro-transatlantischen Raumstruktur argumentiert, dass Deutschland in einer kompetitiven Weltordnung eine

geopolitische Codierung entwickeln sollte, um seinen globalen Einfluss zu erhöhen, ohne die USA als die globale Macht zu provozieren, weil die Vereinigten Staaten als Supermacht in der Lage sind, der Welt eine innovative geopolitischen Ordnung sowie Sicherheit anzubieten (vgl. Baring 1997; Schwarz 1994; Stürmer 1994). Die geopolitische Agenda der USA wirkt sich auf die Weltpolitik und den Weltfinanzmarkt aus. Sie ist die Grundlage amerikanischer Hegemonie (vgl. Schwarz 2007, S. 572 f.; Hacke 2002b). Deswegen sollte die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik mit Blick auf die weltpolitische Struktur, darüber hinaus auf die herrschende Agenda der Vereinigten Staaten getroffen werden. So wird die Stabilität im Zentrum Europas angelehnt an die USA als ordnungs- und friedensstiftende Macht dauerhaft abgesichert (vgl. Moravcsik 2005, S. 510 ff.; Schwarz 1994 u. 2007).

Angesicht der unübersichtlichen politischen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa und der hegemonialen Ansprüche Russlands auf diese Region beeinträchtigen die Stabilität und Sicherheit in Europa (vgl. Zänker 1991, S. 187 f.; Hahn 1995, S. 342 ff.). Deswegen sind Stabilität und Sicherheit zwei zentrale Interessen der deutschen Außenpolitik, die nur im Schulterschluss mit der Vereinigten Staaten sowohl in europäischer als auch globaler Ebene erreicht werden können (vgl. Berninger und Jäger 2017, S. 307 ff.). Aus diesem Grund kann Deutschland seinen Handlungsspielraum sowie seine geopolitischen Codierungen an der Seite der Vereinigten Staaten entwickeln (vgl. Schwarz 2007, S. 582). Darüber hinaus fordert der Aufstieg neuer Großmächte wie China, Indien und Brasilien die bestehende Weltordnung heraus. Sie könnten als machpolitische Rivalen und Konkurrenten des Westens und den Vereinigten Staaten auftreten (vgl. Masala 2018, S. 333 ff.). Damit führen ihre Machtansprüche zu der Destabilisierung der Weltordnung und wirken künftig als potenziell konfliktträchtiger auf globaler Ebene. Der Linie folgend, wird die Orientierung der deutschen Außenpolitik an transatlantischen Beziehungen betont (vgl. Rühl 2007, S. 600 f.).

Neben den sicherheitspolitischen Interessen bilden die ökonomischen Faktoren auch Rahmen und Richtung für die Gestaltung der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik innerhalb der transatlantischen Beziehungen (vgl. Schwarz 2007, S. 572 f.). Für Deutschland spielt die transatlantische Gemeinschaft durch eine wirtschaftspolitische Integration mit der Europäischen Union eine entscheidende Rolle (vgl. Falke 2007, S. 368). Damit könnte Deutschland an der Seite des Westens zum einen seine sicherheitspolitische Lage zum anderen seine machtökonomische Wettbewerbsfähigkeit absichern (vgl. Bierling und Steiler 2011, S. 631), um im Zeitalter der Globalisierung und die daraus entstehenden Herausforderungen durch wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb einer transatlantischen Gemeinschaft zu bewältigen (vgl. Steingart 2006, S. 363 ff.). Trotz der wachsenden Märke im

asiatisch-pazifischen Raum sind die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zwischen den USA und Deutschland eng verflochten (vgl. Rieß 2018, S. 278 f.). Angesichts der deutschen Exporte in die USA, des kontinuierlich steigenden bilateralen Handelsverkehrs zwischen den USA und Deutschland und der gegenseitigen Direktinvestitionen sind die beiden Länder in ökonomischer Hinsicht stets aufeinander angewiesen und beide Länder stellen den jeweils wichtigsten Handelspartner füreinander dar (vgl. Berninger und Jäger 2017, S. 308; Schwarz 2007).

In dieser Perspektive wird die Rolle der Vereinigten Staaten als Garant der globalen Weltordnung sowie der Großmächte bei der neuen Ausformung von Strukturen des internationalen Systems von Geopolitikern diskutiert. Aus ihrer Sicht zeichnet sich die neue Weltordnung nach dem Ende der bipolaren Konstellation durch eine Uni-Multipolarität aus (vgl. Huntington 1999, S. 36), die aus einer Supermacht –die USA– und einigen Großmächten – China, Deutschland, Großbritannien, Japan, Russland und Frankreich– gekennzeichnet ist (vgl. Huntington 2003, S. 8). In dieser neuen internationalen Struktur bildet die oberste Ebene die Machtstellung der Vereinigten Staaten als Supermacht. Auf zweiter Ebene der Machkonstellationen kommen die Großmächte (vgl. ebd. S. 8 f.). Charakteristisch für diese Form der Weltordnung ist ihre verbundene und verflochtene Struktur, in der die Großmächte in wirtschaftlich-politischer Hinsicht sowohl stark vernetzt als auch in Konkurrenz zueinander stehen (vgl. Nye 2002, S. 70 f.). In dieser Linie wird argumentiert, dass die Struktur der Weltpolitik nach der Auflösung der Sowjetunion zur hegemonialen Vormachtstellung der USA und ihrer Führungsrolle auf der Welt geführt habe (vgl. Menzel 2001, S. 153 f.). Damit haben sich die Vereinigten Staaten zum ersten Mal in der Geschichte der Großmächte als eine Supermacht etabliert, die in der Lage ist, ihre Hegemonie auf der ganzen Welt auszuüben (vgl. Krauthammer 1991, S. 23 f.). Vor diesem Hintergrund wird dafür plädiert, dass der Erhalt der hegemonialen Macht der Vereinigten Staaten als das vitale Interesse der Weltpolitik notwendig ist (vgl. Wohlforth 1999, S. 38 f.). Damit könne die USA aufgrund ihrer friedens- und ordnungsstiftenden Macht Stabilität und Sicherheit in der Staatenwelt gewährleisten (vgl. Wohlforth 2002, S. 306 ff.). In diesem Sinne sprechen sich zahlreiche Befürworter nicht nur für die Anlehnung Deutschlands an die amerikanische Vormachtstellung aus, sondern auch die Europäische Union (vgl. Schwarz 1994 u. 2007; Baring 1997; Hacke 2002b; Stürmer 1994). Die Befürworte einer euro-transatlantischen Orientierung der deutschen Außenpolitik argumentieren, wenn die Hegemonialmacht der Vereinigten Staaten unterginge, würde die Weltpolitik ins Chaos und in Unordnung geraten (vgl. Mearsheimer 1990; Huntington 1993b). So müssen die Vormachtstellung und die

globale Präsenz der USA im Interesse der deutschen Außenpolitik liegen (vgl. Brzezinski 2003, S. 26 ff.).

In dieser Perspektive greifen Befürworter einer Vormachtstellung der Vereinigten Staaten in der internationalen Geopolitik das Argument auf, dass die Erhaltung der globalen Führungsrolle der USA für Sicherheit und Frieden entscheidend sei (vgl. Brzezinski 2004, S. 2 f.). Deswegen plädieren sie für eine deutsch-transatlantische Orientierung, die aus ihrer Sicht einen notwendigen Vorrang vor jeder außenpolitischen Alternative für Deutschland hat (vgl. Schwarz 2007, S. 582). Darüber hinaus sehen sie die transatlantische Orientierung der deutschen Außenpolitik notwendig und produktiv für das internationale System, wenn sie sich innerhalb einer euro-transatlantischen Raumbildung formuliere (vgl. Hacke 2002b, S. 240 f.). In dieser Linie warnen sie vor dem Machtverlust der Vereinigten Staaten, die Instabilität und drohende Unordnung in der Weltpolitik auslösen könne. Damit sehen sie das Streben der deutschen Außenpolitik – unter der rot-grünen Regierung – im Schulterschluss mit Russland, Frankreich und China sowohl nach einer multipolaren Weltordnung als auch einer Gegenmachtbildung gegenüber den USA kontraproduktiv (vgl. Hacke 2005a; Schwarz 2007; Kagan 2004). Dementsprechend kritisieren sie auch die amerikanische Hegemonie, weil die USA aufgrund ihrer Vormachtstellung auf der Welt nicht nur ihre eigene nationalen Interessen berücksichtigen könne (vgl. Kagan 2004, S. 85). Deswegen sollte die USA auf einer Weise ihre Interessen formulieren und dem Frieden und Wohlstand der Welt dienen. Anderenfalls könne ein Alleingang der USA zur Legitimationskrise der hegemonialen Macht der Vereinigten Staaten führen und würde zu Misstrauen aufseiten der engen Verbündeten und der Alliierten führen (vgl. Kagan 2004; Brzezinski 2004 u. 2003; Huntington 1993b).

Die Wiedervereinigung Deutschlands und Intensivierung seiner Außenpolitik innerhalb der EU deutet erneut auf die globale Rolle Deutschland (vgl. Bredow 2009, S. 235). In einigen Fällen ist diese Rolle erkennbar und in anderen aber durch seine Kultur der Zurückhaltung auffällig (vgl. ebd.). Auf der einen Seite hat die deutsche Außenpolitik Einfluss auf internationale Verhandlungen über die globale Erwärmung, Handel-und Finanzmärkte und politische Konfliktlösungen. Deutschland hat in den 1990er-Jahren die Führung bei der Lösung des Krieges im ehemaligen Jugoslawien übernommen, aber nach anfänglichen erfolglosen Bemühungen übernahmen die USA militärisch und diplomatisch die Initiative (vgl. Berninger und Jäger 2017, S. 316). Auf der anderen Seite hat die wachsende Macht der deutschen Außenpolitik mit Frankreich in der EU das Selbstvertrauen aufgebaut, gegenüber der US-Politik im Irakkrieg und Konflikten des mittleren Ostens kritisch zu sein (vgl. Hacke 2004d, S. 373 ff.). Außerdem hat Deutschland innerhalb der EU

im Jahr 1992 das Eurokorps gegründet, das von den USA skeptisch angesehen wurde (vgl. Algieri 2007, S. 107 f.). Obwohl im Eurokorps-Dokument betont wurde, dass die Rolle des Eurokorps im Rahmen der geopolitischen Strukturen der EU und der NATO angesiedelt ist, ist das Eurokorps aber ein Beweis für die Delegitimation der amerikanischen Militärstrategie in Europa (vgl. ebd. S 110).

Insgesamt zeigt die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik bei der Sicherheitspolitik eine schwankende Haltung: Einerseits bemüht sich die deutsche Außenpolitik um die Aufrechterhaltung der engen sicherheitspolitischen Bindung an die USA, und andererseits stellt die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU unabhängig von der von der Sicherheitspolitik der USA als Priorität der deutschen Außenpolitik dar (vgl. Szabo 2007, S. 363 ff.). Deutschland versucht aufgrund der Verbesserung seiner geopolitische Lage mit Schulterschluss Frankreich und Italien, eine gemeinsame Sicherheit- und Verteidigungspolitik zu entwickeln (vgl. Zyla 2012, S. 118 f.), wurde aber von einigen europäischen Länder wie, Großbritannien, Polen und die baltischen Staaten abgelehnt, weil sie diese Politik als Alternative zur NATO betrachten. Die deutsche Außenpolitik behauptet, dass Europa sich als wichtiger geopolitischer Akteure mit seiner eigenen Sicherheitsstrategie im internationalen System darstellen kann (vgl. Szabo 2007, S. 361 f.), wenn Deutschland und Frankreich die Führungsrolle übernehmen würden (vgl. Kempin 2012, S. 205 ff.), aber die EU-Mitgliedstaaten, auf die oben bereits hingewiesen wurde, befürchten die Herausbildung einer deutsch-französischen Hegemonie im Europa, deshalb wollen sie nach wie vor auf die amerikanische Sicherheitspolitik im Rahmen der NATO angewiesen sein. Sie betrachten die militärische und politische Präsenz der USA in Europa aufgrund ihrer geringeren Machtressourcen im Vergleich zu Deutschland als Gegengewicht zur befürchteten engen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. Vor diesem Hintergrund ist die deutsche Außenpolitik trotz ihrer größeren Machtressourcen eingeschränkt, unabhängig von der USA zu handeln, und die USA bleiben als anhaltende Machtpräsenz in Europa. Obwohl es von deutscher Seite Kritik an der Außenpolitik der USA gibt, passen sich die deutsche Außenpolitik und die der EU den weltpolitischen Entscheidungen der US-amerikanischen Politik an, weshalb Deutschland und die EU nach wie vor die wichtigsten Verbündeten der USA sind (vgl. Kagan 2003, S. 64 ff.).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass nach dem Ende des Kalten Krieges eine Abwendung der Vereinigten Staaten von euro-transatlantischen hin zum asiatisch-pazifischen Raum vorgezeichnet ist und eine Entfremdung zu deutschen bzw. euro-transatlantischen Beziehungen stattgefunden hat (vgl. Kissinger 2004). Zwar wird vor diesem Hintergrund von

beiden Seiten die NATO kritisiert und für ihre Abschaffung plädiert, aber es gibt auch Befürworter, die auf die wichtige Bedeutung der NATO für Stabilität und Sicherheit in Europa und auf der Welt hinweisen (vgl. Rühl 2005, S. 334 u. 2007). Gleichzeitig sprechen sie sich für eine Reform der Bundesstruktur in Bezug auf die Rolle Europas aus. Sie stellen fest, dass die NATO ihre Identität von einer Verteidigungsgemeinschaft hin zu einer Wertegemeinschaft wandeln sollte (vgl. Hamliton 2005, S. 518 ff.). In diesem Sinne wird von gemeinsamen geteilten Werten und der gegenseitigen wirtschafts-und sicherheitspolitischen Abhängigkeit gesprochen, die dem euro-transatlantischen Raum neue strategische Bedeutung im Zeitalter der Globalisierung verleihen (vgl. Sloan und Borchert 2005, S. 535; Smyser 1995). Im Gegensatz zum raumpolitischen Euro-Atlantizismus in der deutschen Außenpolitik wird von Befürwortern des Euro-Gaullismus für eine multipolare Weltordnung plädiert, in der Deutschland und Frankreich eine europäische Gegenmacht zu der hegemonialen Vormachtstellung der USA aufbauen. Inwiefern sich Deutschland an diesem raumpolitischen Euro-Gaullismus orientiert, wird im folgenden Abschnitt näher behandelt.

6.4.6 Deutschland und Streben nach einer multipolaren Weltordnung

Die Befürworter einer multipolaren Weltordnung lassen sich von der Idee leiten, dass sich Deutschland innerhalb der europäischen Union für den Aufbau einer multipolaren Weltordnung angesichts ihrer zunehmenden Machtressourcen nach dem Fall des Eisernen Vorhang einsetzt. Da eine multipolare Weltordnung im Interesse der deutschen Außenpolitik liegt, strebt Deutschland im Schulterschluss mit Frankreich nach der Etablierung Europas als einen geopolitischen Akteur (vgl. Link 2007b, S. 586 f.). Damit wollen sie ihre eigenen Interessen eigenständig, selbstbewusst und unabhängig von den USA formulieren. In diesem Sinne kann die deutsche Außenpolitik ihre Macht auf globaler Ebene im Konzert der Großmächte durchsetzen und die Weltpolitik mitgestalten (vgl. Fröhlich 2008a, S. 34).

Im Hinblick auf einer wertegeleiteten Politik strebt Deutschland allmählich nach einer multipolaren Weltordnung, die sich nicht an machtpolitischen Rivalitäten orientiert, sondern an machtökonomischen Konkurrenzen (vgl. Link 2006, S. 58 u. 2007b, S. 587 f.). Damit verabschiedet sich von den Spielregeln traditioneller Machtpolitik, die sich auf militärischen Machtmittelen beruht, und setzt sich für institutionelle Einbindung, Diplomatie und ökonomische Kooperation im Kontext multilateraler Zusammenarbeit ein (vgl. Sloan und Borchert 2005, S. 526 f.). Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass Deutschland dieses Ziel durch multilaterale Kooperationen erreichen will. In dieser Linie lehnt Deutschland eine gegen die USA gerichtete Politik ab, die sich von den transatlantischen Beziehungen

abwendet (vgl. Rühl 2007, S. 597 f.). Deutschland will als eigenständiger Akteur unabhängig von anderen machtpolitischen Räumen bzw. Akteuren handeln (vgl. Link 2004b, S. 37; Sloan und Borchert 2005, S. 527). Demnach setzt Deutschland in diesem Zusammenhang auf multilaterale Kooperation sowohl mit der Europäischen Union als auch mit den Vereinigten Staaten sowie mit anderen Großmächten (vgl. Stürmer 1994, S. 244 f.). In diesem Sinne spricht sich die deutsche Außenpolitik für Frieden und Demokratie aus und plädiert für die Verrechtlichung des internationalen Systems im Hinblick auf den machtökonomischen Wettbewerb (vgl. Piazolo 2006, S. 243 f.; Link 2007b, S. 593 f.).

Es gibt Kritiker, die das Streben der deutschen Außenpolitik nach einer Multipolarität nicht positiv betrachten. Sie gehen davon aus, dass die Etablierung einer multipolaren Weltordnung zur Instabilität der Welt führen könnte (vgl. Hacke 2002b, S. 246 f.). In einer multipleren Struktur versuchen die Machtpole der Weltpolitik, ihre hegemoniale Stellung zu etablieren. Deswegen sehen sie die Multipolarität als in hohem Maße konfliktträchtig und für die Stabilität der Weltordnung und den Weltfrieden als gefährlich an (vgl. Huntington 1999, S. 35 f.; Nye 2002; Mearsheimer 2001; Umbach 2006). Aus dieser Perspektive wird betont, dass Deutschland nur an der Seite der USA handlungsfähig sein könne. In einer multipolaren Welt könne Deutschland marginalisiert werden und nicht in der Lage sein, ihre Sicherheit zu bewahren. Sie befürchten, dass die Weltordnung durch die Multipolarität zerstört werden könne und den Weltfrieden in Gefahr gebracht werden könne (vgl. Schwarz 2007, S. 569 f., 2003 u. 2005; Hacke 2004b u. 2002b; Stürmer 1994 u. 1995), da die Machtzentren und Machtpole untereinander in einer multipolaren Welt in Konkurrenz stehen, um ihre Machtpotenziale durch machtpolitische Rivalitäten zu erhöhen (vgl. Mearsheimer 2001, S. 346 f.; Schuller 2003). So wird eine mögliche Annäherung zwischen Deutschland und Russland als kontraproduktiv betrachtet, da Deutschland auf Machtressourcen Russlands angewiesen ist und darüber hinaus sein politisches Identitätsverständnis und die daraus resultierenden Interessen von tiefen Differenzen geprägt sind. Deswegen werden Spielregeln in einem euro-russischen Raum von Russland beeinflusst werden und den Aufstieg Deutschlands verhindern (vgl. Stürmer 1995, S. 57 f., Schwarz 1994, S. 220 ff.). In dieser Perspektive wird betont, dass Deutschland in einer multipolaren Welt nicht in der Lage sei, sich als ein geopolitischer eigenständiger Akteur in der Weltpolitik zu etablieren. Vielmehr wird auf einer Marginalisierung der deutschen Außenpolitik hingewiesen (vgl. Schwarz 2007, S. 582 f.; Hahn 1995).

In diesem Zusammenhang befindet sich die deutsche Außenpolitik im Schwebezustand. Einerseits wird dafür plädiert, dass Deutschland sich an einem euro-

transatlantischen Raum unter der machtpolitischen bzw. militärischen Vormachtstellung der Vereinigten Staaten orientieren solle (vgl. vgl. Schwarz 2007, S. 569 f. u. 2003; Hacke 2004b u. 2002b; Stürmer 1994). Andererseits wird begründet, dass Deutschland seine geopolitischen Codierungen innerhalb der Europäischen Union definieren solle, um nicht nur sich, sondern auch Europa als ein Machtpol in einer multipolaren Weltordnung zu etablieren (vgl. Baring 1988, S. 333 f.; Schulze 1990, S. 68). Dieses Konzept wird auch als eine Gegenmachtbildung und Entfremdung der transatlantischen Beziehungen bewertet (vgl. Schwarz 2007, S. 568 f.; Stürmer 1994, S. 244). Im Gegensatz zu diesen Sichtweisen thematisieren einige geopolitische Denker, dass die deutsche Außenpolitik neue Horizonte im eurasischen Raum durch die Relativierung ihrer Position innerhalb der westlichen Gemeinschaft suchen sollte (vgl. Detlefs 1998, S. 220; Zänker 1995). Dies wird im Folgenden näher erläutert.

6.4.7 Geopolitische Codierungen der deutschen Außenpolitik im eurasischen Raum, insbesondere Russland- und Chinapolitik,

In Bezug auf die geopolitische Orientierung der deutschen Außenpolitik am eurasischen Raum vertreten Geopolitiker und Wissenschaftler unterschiedliche Auffassungen. In den Augen der Kritiker einer eurasischen Raumbildung als einer Option für die deutsche Außenpolitik wird Russland als eine expansive Macht betrachtet, die ihren Einfluss auf den europäischen Kontinent ausüben und darüber hinaus ihre Einflussgebiete erweitern will (vgl. Rühl 1997, S. 53 f.; Stürmer 1995, S. 59 f.). Nach der Auflösung der Sowjetunion fehlen der russischen Politik ausreichende Machtressourcen. Dennoch sieht sich Russland als eine große Nation bzw. ein bestimmender Pol der Weltpolitik. Mit einer Haltung expansiver Macht versucht die russische Geopolitik, ihre Rolle als Gegenüber der Vereinigten Staaten zu definieren und ihre Politik einigermaßen gegen den Willen der Europäischen Union durchzusetzen. Damit will Russland erneut seinen Machtverlust im internationalen System ausgleichen.

Im Gegensatz zu Kritikern der russischen Einflussmacht auf dem europäischen Kontinent sehen zahlreiche Befürworter die Zukunft Deutschlands bzw. der Europäischen Union in Eurasien. Damit plädieren die Befürworter für eine Annährungspolitik und strategische Partnerschaft mit Russland (vgl. Voigt 2005, S. 225 ff.). In dieser Perspektive gilt Russland im eurasischen Raum als entscheidender Akteur der deutschen Außenpolitik (vgl. Zänker 1995, S. 9 f.). Aus der Sicht von einigen Geopolitkern wird bewertet, dass die Zukunft der deutschen Außenpolitik durch eine strategische Partnerschaft mit Russland abgesichert werden könne (vgl. Kraus und Schulak 2003, S. 116 ff.). Um die Zukunft Deutschlands zu bewahren und die Weltordnung zu multilateralisieren, rückt Russland im eurasischen Raum in

den Vordergrund der deutschen Außenpolitik (vgl. Bastian 2006, S. 186 ff.). Die Fragen danach, welche Interessen die deutsche Außenpolitik mit Eurasien und Russland verbindet, welche Außenpolitik das vereinigte Deutschland gegenüber Russland betreiben solle (vgl. Straub 2003, S. 13 f.), und wie die deutsche Außenpolitik Russland europäisieren könne, werden damit beantwortet, dass Frieden und Stabilisierung in Europa auf die enge deutsche Kooperation mit Russland angewiesen sei (vgl. Kraus und Schulak 2003, S. 119; Voigt 2005; Zänker 1995; Bastian 2006). In dieser Perspektive wird Russland historisch für die deutsche Geopolitik als strategische Wahl betrachtet (vgl. Spanger 2011, S. 668 f.). Für die Kritiker dieser strategischen Überlegungen wird jegliche Annährung zwischen Russland und Deutschland als Gefahr und betrachtet und zwar sowohl von Befürworten einer euro-transatlantischen Gemeinschaft als auch von mittel-osteuropäischen Staaten (vgl. Rotfeld 1997, S. 146; Bastian 2006, S. 95 ff.). Es wird davon ausgegangen, dass diese geopolitische Möglichkeit zu einer Abwendung Deutschlands von Europa führen könne. Darüber hinaus wird darauf verwiesen, dass eine enge deutsch-russische Zusammenarbeit die Interessen und Handlungsspielräume der mittel- osteuropäischen Staaten einschränken könne (vgl. Rühl 1997, S. 53; Rotfeld 1997, S. 146).

Gleichzeitig wird die deutsch-russische Verständigung von den Vereinigten Staaten kritisch bewertet. Deshalb wird von der amerikanischen Seite betont, dass mögliche Bindung der deutschen Außenpolitik an Russland die transatlantischen Beziehungen infrage stelle und die Europäische Union vernachlässige (vgl. Spanger 2011, S. 648 f.). Zwar wird eine deutsch-russische Annährung von euro-transatlantischer Seite her kritisiert (vgl. Weißmann 2003, S. 15), aber die Einbeziehung Russlands ist aus deutscher Sicht für Frieden und Stabilität in Gesamteuropa notwendig. Darüber hinaus ist die Vorstellung einer Friedensordnung auf Basis normativer Grundlagen für die deutsche Außenpolitik im Grundgesetz verankert, dass sich die Wahrung von Frieden und Sicherheit nicht nur auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Union beziehen, sondern auf Gesamteuropa und die Welt (vgl. Kraus 1990, S. 52 f.). Vor diesem Hintergrund spielt Russland eine entscheidende Rolle für die deutsche Außenpolitik nicht nur in sicherheitspolitischer Hinsicht, sondern auch ökonomisch (vgl. Buck 1998, S. 364 f.).

Befürworter einer eurasischen Raumstruktur in der deutschen Außenpolitik verweisen auf fragile Lage Deutschlands im Zentrum Europas aufgrund seiner geografischen Gegebenheiten. Sie sehen die Zukunft Deutschlands bzw. Europas in Gefahr (vgl. Béhar 1994, S. 202 ff.). In dieser Linie plädieren sie für die Bestimmung neuer Perspektiven in den deutsch-russischen Beziehungen. Damit vertreten sie die Auffassung, dass Deutschland eine

Zukunft in neuer Konstellation der Großmächte haben könnte und darüber hinaus Frieden und Wohlstand innerhalb Europas gesichert werden könnten (vgl. Straub 2003, S. 8 ff.), wenn Deutschland nicht nur sich selbst, sondern auch Europa an den eurasischen Raum anschließe und Russland in die Europäische Union einbezogen werde (vgl. Béhar 1994, S. 221; Rahr 2009, S. 45 ff.).

In Bezug auf den eurasischen Raum kommen einige deutsche Geopolitiker überein, dass die deutsche Außenpolitik sich von dem Einfluss der USA befreien sollte (vgl. Straub 2003, S. 8 f.) und mit Russland innerhalb Gesamteuropas eine multipolare Weltordnung etablieren sollte (vgl. Zänker 1992, S. 9). So könnte Deutschland mit Europa als ein entscheidender Pol seine Interessen durchsetzen (vgl. Detlefs 1998, S. 220). Sie heben hervor, wenn Deutschland beabsichtige, sich als ein Pol in der Weltordnung zu etablieren, Deutschland seine Interessen in einer multipolaren Welt nur innerhalb der Europäischen Union in enger strategischer Kooperation mit Russland bzw. dem eurasischen Raum durchsetzen könne (vgl. Link 2006, S. 62; Buck 1998, S. 360 f.). Damit ist Russland mit Hinwendung auf die multipolare Weltordnung und die machtpolitische Möglichkeit der deutschen Außenpolitik von entscheidender Bedeutung (vgl. Bahr 2002 u. 2004). Diese geopolitische Ausrichtung der deutschen Außenpolitik wurde im Hinblick auf den Irakkrieg 2003 deutlicher, als Frankreich, Deutschland und Russland gemeinsam die militärpolitische Strategie der Vereinigten Staaten gegenüber dem Irak abgelehnt haben (vgl. Schöllgen 2004b, S. 11). Diese strategische Neuausrichtung in der deutschen Außenpolitik wurde von der rot-grünen Regierung unter der Führung Schröders avanciert, damit visierte er die Zukunft Deutschlands in einer multipolaren Weltordnung an (vgl. Spanger 2011, S. 648 f.).

Leitmotiv, der deutschen Außenpolitik sich hin zu dem eurasischen Raum zu bewegen, besteht im wirtschaftlichen Wert dieser Region (vgl. Bastian 2006, S. 78 f.). So spielt Russland aufgrund seiner Energieressourcen und als Atomweltmacht für die deutsche Außenpolitik eine wichtige Rolle (vgl. Stent 2007, S. 452 ff.). Für die Orientierung Deutschlands nach Eurasien werden von Geopolitkern auf russische Rohstoffvorkommen, Bevölkerungszahl und territoriale Größe verwiesen (vgl. Spanger 2011, S. 657 f.). Sie konstatieren, dass der eurasische Raum ein sehr dynamischer Raum sei und zu einem Machtpol der Weltwirtschaft aufsteigen könnte, wenn sich Deutschland wirtschaftlich und industriell dort engagiere. Diese Region könne die Energieversorgung Deutschlands und Europas absichern und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Ökonomie stärken (vgl. Bahr 2008, S. 189 ff.). Nach erwähnten Punkten wird deutlich, dass Deutschland aufgrund seiner geopolitischen Mittellage in Europa ein vitales Interesse an diesem Raum hat (vgl. Béhar

1994, S. 219 ff.). Vor diesem Hintergrund kommt der deutschen Außenpolitik die Aufgabe zu, sich an diesem Raum zu orientieren, durch seine Investitionen und Industrie die Infrastrukturen im eurasischen Raum aufzubauen und wirtschaftlich-politische Beziehungen weiterzuentwickeln (vgl. Bahr 2002, S. 317 ff.). In dieser Perspektive hat die strategische Partnerschaft Deutschland innerhalb der Europäischen Union mit Blick auf Energie und in ökonomischen und sicherheitspolitischen Bereichen mit Russland eine entscheidende Bedeutung. Damit wird für eine enge deutsch-russische Partnerschaft im eurasischen Raum plädiert (vgl. Bastian 2006, S. 126; Hoffmann 2012, S. 320)

Aufgrund seiner territorialen Größe, seiner Bevölkerungszahl und seiner historisch-politischen Rolle auf europäischer und globaler Ebene ist Russland eine Großmacht. Dazu kommt seine Militärpotenzial sowie seine Bodenschätze und Naturressourcen (vgl. Béhar 1994, S. 219; 2009). Aus geografischer und historisch-politischer Sicht gehört Russland zu Europa und ist ein unverzichtbarer Akteur für die deutsche Außenpolitik in Europa (vgl. Hoffmann 2012, S. 271 f.). Die deutsch-russische Beziehung ist historisch von einer Ambivalenz geprägt. Einerseits sprechen die deutschen Wirtschaftsinteressen in Bezug auf machtökonomische Konstellation für eine Verflechtung der Beziehungen bzw. ein strategisches Bündnis mit Russland. Auf der anderen Seite werden die demokratischen Werte der deutschen Außenpolitik aufgrund des aggressiven außenpolitischen Konfrontationskurses Russlands im internationalen System gefährdet (vgl. Kalinin 2016, S. 1 ff.). Deswegen erweist sich Russland nach dem Kalten Krieg weder als Gegner noch Verbündeter Deutschlands (vgl. Spanger 2011, S. 657). Vor diesem Hintergrund erfuhr die deutsch-russische Partnerschaft historisch eine Diskontinuität (vgl. Stent 2007, S. 436). Aber nach dem Ende des Kalten Krieges in Bezug auf die sowjetische Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung verstärkte sich die deutsch-russische Partnerschaft. Dementsprechend baute die deutsch-russische Partnerschaft auf eine konkrete wirtschaftliche Kooperation auf (vgl. ebd. S. 438 f.). Die deutsche Außenpolitik zielt darauf ab, Russland in Europa durch wirtschaftlich-politische Entwicklungsprozesse zu integrieren, da Russland aus historischen und geografischen Gründen zu Europa gehört und Deutschland sich nach der friedlichen Wiedervereinigung für Russland verantwortlich fühlt (vgl. Rahr 2008, S. 189 f.). Aber es fehlt der deutschen Außenpolitik eine Gesamtstrategie, damit die deutsch-russischen Beziehungen und in deren Folge den russischen Reformprozess beeinflussen könnten. Während Deutschland mehr weltpolitische Verantwortung übernahm und eine aktive Rolle auf der weltpolitischen Bühne spielt (vgl. Kalinin 2016, S. 138), befindet sich Russland nach der

Auflösung der Sowjetischen Union in einer politischen Identitätskrise und bemüht sich darum, seine Position und Rolle in der Welt neu zu definieren (vgl. Stent 2007, S. 439 f.).

Unterschiedliche Interessen und Werte bilden den Konflikt der deutschen Außenpolitik und Russland. Die Frage, wie die deutsche Außenpolitik Russland wahrnimmt, wird in der deutschen Politik von zwei unterschiedlich außenpolitischen Gruppen beantwortet (vgl. Kalinin 2016, S. 138 f.). Einerseits von der Mehrheit der SPD-Politiker und einem Teil der CDU Politiker, die sich aus einer pragmatistischen Perspektive für die Ökonomisierung der deutsch-russischen Beziehungen aussprechen. Aus einer interessengeleiteten Sichtweise sehen sie Russland als wichtigen Lieferanten von Energie und Rohstoffen und als einen wachsenden Absatzmarkt für die deutsche Wirtschaft (vgl. Spanger 2011, S. 658 ff.). Im Vordergrund ihre Russlandpolitik wird nicht eine gemeinsame Wertgrundlage nicht betonnt. Anders die CDU-Abgeordneten, FDP und die Grünen. Sie gehen von einer wertegeleiteten Außenpolitik gegenüber Russland aus. Die Befürworter einer gemeinsamen Wertgrundlage in der Russlandpolitik setzten sich für die politische und sozio-kulturelle Demokratisierung Russlands ein und plädieren für eine Notwendigkeit eines gemeinsamen Wertfundaments, um Russland in Gesamteuropa zu integrieren (vgl. Kalinin 2016, S. 146 ff.).

Mit Blick auf den asiatisch-pazifischen Raum, insbesondere in Bezug auf den Aufstieg Chinas auf globaler Ebene (vgl. Schmidt und Heilmann 2012, S. 15) wird seit Beginn 1990er in Deutschland diskutiert, ob sich Deutschland am pazifischen Raum orientieren sollte, oder ob China die Interessen Deutschlands bzw. der Europäischen Union herausfordere und Chinas politisches Modell im asiatisch-pazifischen Raum als Gefahr für das westliche Modell betrachtet werden müsse (vgl. Kraus 1990, S. 141). In dieser Perspektive wird von Befürworten einer eurotransatlantischen Raumstruktur in der deutschen Außenpolitik dafür plädiert, dass Deutschland und die EU gemeinsam mit den USA dem Aufstieg Chinas und seinem großen Potenzial die Weltordnung zu destabilisieren entgegentreten müssen (vgl. Brzezinski 2003/2004, S. 10 f.; Sommer 2018, S. 1).

Darüber hinaus sollte die deutsche Außenpolitik innerhalb einer euro-transatlantischen Struktur die sicherheitspolitische Garantiemacht der Vereinigten Staaten in Asien unterstützen. Während sich Deutschland mit der Europäischen Union beschäftige, verschiebe sich das Gravitationszentrum der Geopolitik nach Osten (vgl. Kissinger 2004, S. 9f.). Der Aufstieg Chinas zur Großmacht ist ein zentrales Element in der Verschiebung der geopolitischen Gewichte nach Asien (vgl. Rühl 2005, S. 334). China entwickelt sich zu einem ordnungspolitischen Modell, wobei es eine herausragende strategische Bedeutung in der Weltpolitik gewonnen hat. Entsprechend wird darauf hingewiesen, ob China eine

ordnungsstiftende Rolle an der Seite der Vereinigten Staaten übernehmen könne oder aufgrund seines wirtschaftlichen und militärischen Aufstiegs zur Großmacht eine neue bipolare Weltordnung entstehen könne und zur Rivalität zwischen den USA und China führen könne (vgl. Sommer 2018, S. 1 f.).

Der Aufstieg Chinas auf globale Ebene und die deutsche außenpolitische Haltung gegenüber China werden von deutschen Politikern unterschiedlich wahrgenommen. Einerseits wird China aufgrund seiner alten Traditionen, seiner Bevölkerungszahl und damit sein riesiger potenzieller Markt als große Chance für die exportorientierte Wirtschaft Deutschlands betrachtet (vgl. Heilmann 2007, S. 580 f.). Andererseits wird Chinas Wirtschaftsdynamik angesichts von Arbeitsplatzverlagerungen nach China, seinem steigenden Energiebedarf und daraus resultierende Umweltschutzprobleme, um sein anhaltendes Wirtschaftswachstum zu sichern, sowie Menschenrechtsprobleme in Bezug auf das Einparteisystem und Defiziten, negativ bewertet. Vor diesem Hintergrund ist die deutsch-chinesische Beziehung in einem Spannungsverhältnis (vgl. Schmidt und Heilmann 2012, S. 148 f.). Deutschland wird in China in Hinblick auf sein technisches, wirtschaftliches und kulturelles System positiv wahrgenommen und die deutsch-chinesischen Beziehungen sind nicht in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg belastet (vgl. Heilmann 2007, S. 580). Darüber hinaus haben sich die deutsche und die chinesische Wirtschaft im Laufe der Zeit stark miteinander verbunden. In wissenschaftlichen und kulturellen Bereichen sind die Beziehungen zwischen den beiden Ländern eng verbunden. Zwar ist China für Deutschland ein wichtiger Handelspartner im asiatisch-pazifischen Raum und umgekehrt Deutschland für China in Europa, aber die Nachhaltigkeit und Ökologie sowie das geistige Eigentumsrecht sind potenziell problemträchtige Felder in den deutsch-chinesischen Beziehungen (vgl. Heberer und Senz 2011, S. 673 ff.).

Aus chinesischer Sicht wird die bestehende internationale Ordnung akzeptiert und gleichzeitig auch die Wahrung nationaler Souveränität, territorialer Integrität und Einheit. Deswegen wird von der chinesischen Regierung die Kritik von westlichen Ländern in Bezug auf Menschenrechte und Demokratie als Einmischung in innere Angelegenheiten empfunden und im Sinne der bestehenden internationalen Beziehungen bagatellisiert. Die chinesische Regierung spricht sich für die Sicherung einer friedlichen und stabilen Weltordnung aus und geht von einer interessengeleiteten Außenpolitik aus, die sich auf machtökonomischen Wettbewerb auf globaler Ebene bezieht (vgl. Heilmann 2007, S. 582 ff.). Damit zielt China darauf ab, sein Image in der Weltpolitik zu verbessern und seine Mitsprache in der Staatengemeinschaft bei Bestimmung des internationalen Systems zu erhöhen und in

politischen und wirtschaftlichen Bereichen mehr Verantwortung zu übernehmen (vgl. Sommer 2018, S. 1 f.). In dieser Perspektive strebt die chinesische Außenpolitik nach einer multipolaren Weltordnung und bemüht sich darum, durch strategische Partnerschaften auf regionaler und globaler Ebene im Rahmen der ASEAN oder der EU als Großmacht zu etablieren (vgl. Schmidt und Heilmann 2012, S. 150 f.).

Die rot-grüne Regierung setzte die Außenpolitik der Regierung Helmuth Kohls fort. Die beiden Bundeskanzler waren sich bewusst, dass die wachsende wirtschaftliche Entwicklung des asiatisch-pazifischen Raumes, insbesondere Chinas, für die Zukunft der deutschen Außenpolitik eine entscheidende Bedeutung hat. Deswegen standen die deutsch-chinesischen Beziehungen in wirtschaftlicher Hinsicht im Vordergrund. Schröder formulierte seine Chinapolitik auf der Grundlage einer *„Dialogkultur“* und befreite die Beziehungen durch bilaterale Gespräche von Problemfeldern indem. Er konzertierte in seiner Chinapolitik nur auf wirtschaftliche Kooperationen Bundeskanzler Schröder baute ein enges vertrauensvolles Beziehungen mit China und vertiefte die Beziehungen weiter (vgl. Heberer und Senz 2011, S. 676 ff.). Angela Merkel setzte neue Akzente in ihrer Außenpolitik gegenüber China. Unter der Großen Koalition gab es keine Einigkeit über die Auseinandersetzung mit autoritären Staaten. Einerseits plädierte der Koalitionspartner SPD für die Fortsetzung einer interessegeleiteten Chinapolitik, die unter den beiden Regierungen Kohl und Schröder durch Politik der *„leisen Töne“* durchgeführt wurde, andererseits waren die Unionsparteien der Auffassung, dass ausgehend von einer wertgeleiteten Außenpolitik China in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte und Demokratie eingefordert werden sollte (vgl. ebd. 678 f.). Die deutsch-chinesischen Beziehungen haben ihren Tiefpunkt unter der schwarz-roten Koalition erreicht. In der Asienstrategie 2007 der Fraktion wurde betont, dass sich die deutsch-asiatischen Partnerschaften auf Dauer nur auf Grundlage gemeinsam geteilter Werte entwickeln könnten (vgl. Schmidt und Heilmann 2012, S. 152 f.). Darüber hinaus wurde China gleichzeitig als Herausforderung und Chance für Deutschland und Europa bezeichnet. Im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen und die Tibet-Problematik nahm Deutschland in Anlehnung an die wertorientierte Außenpolitik gegenüber China durch die stärkere Betonung von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten vor. Vor diesem Hintergrund und in Bezug auf drei Ereignissen – Diskussion über die Olympischen Spiele 2007-2008, die Proteste in Tibet und Der Empfang des Dalai Lama durch Angela Merkel 2007 – verschlechterten die deutsch-chinesischen Beziehungen (vgl. Heberer und Senz 2011, S. 680 f.). Unter der schwarz-gelben Regierung 2010 verbesserte sich das deutsch-chinesische Verhältnis wieder deutlich. Es wird aber diskutiert, dass China nicht mehr Entwicklungshilfe

benötige. Die Bundesregierung setzte sich in deutsch-chinesischen Beziehungen für Entwicklungszusammenarbeit und die Begleitung des Transformationsprozesses in den Bereichen Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung ein. Merkel besuchte 2010 China, damit pflegte die Kanzlerin die deutsch-chinesischen Beziehungen und baute das Vertrauen zwischen beiden Ländern aus. Die beiden Länder haben sich dazu verpflichtet, von einer interessengeleiteten Politik auszugehen und das gegenseitige Verständnis zu stärken (vgl. Schmidt und Heilmann 2012, S. 156 f.).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die deutsch-chinesischen Beziehungen in wirtschaftlicher Hinsicht eng verflochten sind. Deutschland hat seine Asienstrategie reformiert und wendet sich zu asiatisch-pazifischen Raum hin. In dieser Line benötigt Deutschland eine verlässliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit China auf Grundlage einer interessenorientierten Außenpolitik. Damit versucht Deutschland innerhalb der Europäischen Union, China als verantwortlichen Akteur in die internationalen Organisationen einzubeziehen und sich so in Richtung demokratische und rechtstaatliche Prinzipien entwickeln zu können.

7 Schlussbetrachtung und Ausblick

> *"Geopolitical agents work toward their goals, but their chances of success and the form of their strategy is partially dependent upon their context. They do not have freedom of choice, but they do have choice. They also do not act within a geopolitical vacuum; they make calculations based upon other agents"* (Flint 2006, S. 25).

Die vorliegende Studie hat die Frage untersucht, wie sich geopolitische Codierungen in der deutschen Außenpolitik in ihren räumlichen Beziehungsstrukturen nach der deutschen Wiedervereinigung herauskristallisiert haben. Deswegen ist die Studie von der Annahme ausgegangen, dass die geopolitischen Raumstrukturen der Weltpolitik bzw. die Struktur der Staatenwelt vor der Wiedervereinigung in einer bestimmten räumlich-politischen Struktur zwischen Ost und West geprägt wurden. Dadurch waren die geopolitischen Codes in der deutschen Außenpolitik vorbestimmt. Aber nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes eröffneten sich neue raumpolitische Strukturen in Bezug auf den transatlantischen, europäischen und eurasischen Raum, die noch in Bewegung und im Wandel sind und einen unbestimmten komplexen Charakter tragen. Deswegen sind die geopolitischen Codierungen bzw. geopolitischen Perspektiven der deutschen Außenpolitik angesichts dieser offenen geopolitischen Raumstrukturen und einer unbestimmten post-bipolaren Welt unterdeterminiert. In der Analyse der Ergebnisse dieser Studie ist zusammenfassend festgestellt worden, dass diese einerseits zu ambivalenten geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik geführt haben und andererseits auf die Notwendigkeit einer neuen außenpolitischen Orientierung hinweisen. In welche Richtung sich die Neuorientierung entwickelt, hängt einerseits von möglichen geopolitischen Konstellationen, der Machtverteilung sowie dem Machteinfluss auf internationaler Ebene und andererseits von innerstaatlichen Strukturen und Rahmenbedingungen der deutschen Außenpolitik auf nationaler Ebene ab. Dabei erweisen sich nach der Zeitenwende die geopolitische Orientierung in der deutschen Außenpolitik bzw. die außenpolitische Rolle der Bundesrepublik zwischen Kontinuität und Wandel als problematisch, da nach der Berücksichtigung der Positionen von Geopolitikern und Politikwissenschaftlern in dieser Studie keine Einigkeit darüber besteht, wie diese Ausrichtung nach der deutschen

Wiedervereinigung strategisch gestaltet sein sollte und an welchen geopolitischen Räumen sie sich orientieren soll. Vor diesem Hintergrund sollte sich die deutsche Außenpolitik an die Realitäten bzw. Ordnungsfragen nach der Wiedervereinigung anpassen. Diese geopolitische Orientierung in der deutschen Außenpolitik schien nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Stabilität der internationalen Ordnung von entscheidender Bedeutung zu sein. In diesem Kontext wurden die Entwicklung und die Neubewertung der geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung untersucht. Im Folgenden werden zunächst die Ergebnisse dieser Studie zusammenfassend dargestellt. In einem abschließenden Ausblick wird auf die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Debatte um eine raumbezogene Identität für die deutsche Außenpolitik eingegangen.

7.1 Schlussbetrachtung

> *„Deutschland befindet sich* [nach der Vereinigung] *in einem historischen Dilemma. Niemals in der Geschichte hatte Deutschland wirklich effektive multilaterale Beziehungen. Im Kaiserreich fühlte es sich belagert, unter Versailles diskriminiert, unter Hitler dominant und nach dem Krieg schuldig. Nie war eine Partnerschaft auf Augenhöhe möglich, aber Deutschland hat diese Albträume hinter sich gelassen, ist jetzt frei von Fesseln* […].*Deutschland muss mehr tun, jetzt muss die Bundesregierung nur definieren, was das heißt. Man wird ja keine Führungsnation, indem man sagt, man sei eine. Man wird es, indem man etwas tut, dem andere folgen. Deutschland muss seine Rolle finden und das wird ein Prozess der Selbsterziehung sein. Deutschland muss sich jetzt fragen: Was wollen wir für die Welt?"*(Kissinger 2016, S. 3).

7.1.1 Entwicklung der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik vom Schaukeln zum Schwanken

Seit der Reichsgründung war die Geographie der Mittellage viel mehr ein Gegner für Deutschland und der geschichtliche Lernprozess ein Verbündeter. „*Deutschlands Schicksal ist die Geographie*" – mit dieser Aussage begründet Schulze, dass sich die Geschichte der deutschen Außenpolitik aus dieser Sicht entwickelt habe und ihre Identität durch die deutsche Mittellage geprägt wurde (vgl. Schulze 1985, S. 166 ff.). Die Gründung des deutschen

modernen Staates war nicht das Ergebnis der natürlichen Prozesse und der kulturell-sozialen Transformationen, sondern Produkt einer geopolitischen Notwendigkeit auf die Grundlage des Westfälischen Staatssystems, um das Machtvakuum in der Mitte Europas zu füllen. Deutschland war verspätet in die Epoche der Nationalstaaten eingetreten (vgl. Plessner 1974), aber es ist zu früh in einer postnationalen Ära angekommen (vgl. Bracher 1983, S. 544). Deutschland befindet sich damit in einer Lage zwischen Westfälischer und postmoderner Staatlichkeit. Diese Situation hängt vor allem mit der deutschen Mittellage zusammen. Das einzigartige Merkmal der deutschen Außenpolitik ist ihre geopolitische Mittellage (vgl. Bracher 1983, S. 17; Schulze 1983, 1987, S. 39; Stürmer 1981, S. 259 u. 1983, S. 205), die als ein wichtiger Faktor die deutschen geopolitischen Weltbilder prägte und immer noch dazu beiträgt (vgl. Schulze 1996, S. 268 f.; Stürmer 1985 S. 255 f.), wie die Deutschen die Weltpolitik anschauen. Am Anfang befand sich Deutschland in der Bruchzone der Weltpolitik, war geostrategisch von östlichen und westlichen Großmächten umkreist (vgl. Stürmer 1985, S. 327f.) und passte sich nicht an das bestehende Machtgleichgewicht in Europa an (vgl. Schöllgen 2013a, S. 15). Schon deshalb bestimmten äußere Bedingungen und politischer Druck der europäischen Großmächte die Außenpolitik des modernen deutschen Staates (vgl. ebd. S. 21). Unter den gegebenen Umständen und aufgrund dieser Fremdbestimmung wurde die Gestalt der deutschen Außenpolitik von der Reichsgründung bis zum vereinigten Deutschland häufig verspätet festgelegt (vgl. Plessner 1974; Schöllgen 2013a, S. 318; Bracher 1983, S. 17; Schulze 1998, S. 16).

Nach der deutschen Wiedervereinigung befreit sich Deutschland von Fesseln der alten geopolitischen Mittellage und von einer fremdbestimmten abhängigen Außenpolitik hin zu einer selbstbestimmten eigenständigen Gestaltungsmacht. Das geopolitische Denken der Mittellage hat einen grundlegenden Wandel erfahren und unterscheidet sich von seinem historischen Kontext vor 1990 (vgl. Zimmer 1997, S. 23; Schwarz 1995, S. 86; Zänker 1992, S. 12). In dieser neuen deutschen Mittellage richtet Deutschland seinen Blick in die Zukunft und betrachtet sich in der Weltpolitik als erwachsen, selbstbewusst und vernünftig. Deutschland erhält wieder seine volle Souveränität, gewann Territorium, Bevölkerung und wirtschaftliches Potenzial (vgl. Zimmer 2009, S. 72; Küsters 2005, S. 3), hat effektive multilaterale Beziehungen und etabliert sich wieder nicht nur als dominierende Macht im Zentrum Europas (vgl. Schwarz 1999), sondern auch als eine *„Gestaltungsmacht“* im internationalen System. Diese Machtposition ergibt sich aus seinem großen Anteil an umfassenden und nachhaltigen Machtressourcen in der neuen geopolitischen Weltordnung. Da sich die Machtressourcen Deutschlands im internationalen System weiterhin erhöhten und dessen Handlungsspielraum sich vergrößerte, wurden aber eine Reihe von politischen

Problemen, institutionellen Grenzen, normativen Fragen und politischer Polarisierung zentral für die Gestaltung und Einschränkung der Rolle der Bundesrepublik Deutschland. Die deutsche Außenpolitik wird auf internationaler und nationaler Ebene eingeschränkt. Auf internationaler Ebene werden die Handlungsmöglichkeiten der deutschen Außenpolitik trotz höherer vorhandener Machtressourcen sowohl von Rahmenbedingungen transnationaler Organisationen und deren vertraglichen Verpflichtungen als auch von Interessendivergenzen anderer staatlicher Akteure begrenzt. Deswegen kann Deutschland seinen außenpolitischen Einfluss bzw. seine Interessen nur situativ und bedingt durchsetzen.

In räumlicher Hinsicht kann von drei geopolitischen Raumstrukturen in der deutschen Außenpolitik nach der Zeitenwende gesprochen werden, die sich nach geopolitischem Muster als Macht- und Gegenmachtbildung reflektieren lassen. Die erste geopolitische Orientierung in der deutschen Außenpolitik bezieht sich auf den transatlantischen Raum, in dem die geopolitische Codierung eine schwankende Strategie zwischen Anlehnung und Emanzipation zeigt. Eine zweite Alternative baut auf dem europäischen Raum auf. Diese Option und die europäische Orientierung in der deutschen Außenpolitik können als strategische Machtbildung entweder den euro-transatlantischen Raum ausbauen oder als Gegenmachtbildung gegenüber den Vereinigten Staaten als ein eigenständiges Europa die atlantische Partnerschaft bewirken. Die dritte außenpolitische Ausrichtung geht weit über den euro-transatlantischen Raum hinaus in Richtung des eurasischen Raums. Insbesondere von Russland wird das als Möglichkeit gesehen, dass Deutschland seine Rolle als globale Führungsmacht etabliert. Die deutsche geopolitische Codierung bewegt sich im Verhältnis zum eurasischen Raum zwischen Annäherung und Abgrenzung.

Im Hinblick auf geopolitische Verschiebungen der Weltpolitik änderte sich auch der Handlungskontext der deutschen Außenpolitik. Der Machtzuwachs Deutschlands veränderte seinen Beziehungskontext mit der EU und der NATO. Einerseits ist Deutschland ein wichtiger Verbündeter der USA im Konzept des *„Partner in der Führung“* in Europa geworden (vgl. Molitor 2012, S. 58ff.). Andererseits hat sich dabei auch die deutsch-amerikanische Beziehung geändert. Nach dem Ende des Kalten Krieges ist eine Abwendung der Vereinigten Staaten vom euro-transatlantischen hin zum asiatisch-pazifischen Raum vorgezeichnet und eine Entfremdung zu deutschen bzw. euro-transatlantischen Beziehungen hat stattgefunden. Zwar wird vor diesem Hintergrund von beiden Seiten die NATO kritisiert und für ihre Abschaffung plädiert (vgl. Schöllgen 2004a u. 2005), aber es gibt auch Befürworter, die auf die wichtige Bedeutung der NATO für Stabilität und Sicherheit in Europa und auf der Welt hinweisen. Gleichzeitig sprechen sie sich für eine Reform der Bundesstruktur in Bezug auf die Rolle Europas aus. Sie stellen fest, dass die NATO ihre

Identität von einer Verteidigungsgemeinschaft hin zu einer Wertegemeinschaft wandeln sollte (vgl. Hacke 1991, S. 27f.; 2004a, 2004b u. 2004c). In diesem Sinne wird von gemeinsamen geteilten Werten und der gegenseitigen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Abhängigkeit gesprochen, die dem euro-transatlantischen Raum neue strategische Bedeutung im Zeitalter der Globalisierung verleihen (vgl. Bredow und Jäger 1993, S. 27). In dieser Linie wird begründet, dass Deutschland seinen historischen Fehler nicht wiederholen darf. Deswegen wird der deutschen Außenpolitik zugeschrieben, dass sie sich derzeit alternativlos an den Vereinigten Staaten als einzige Supermacht orientieren muss. Deutschland soll eine Gegenmachtbildung im Schulterschluss mit Frankreich gegenüber den USA vermeiden (vgl. Stürmer 1994, S. 236f.). Dennoch könne die deutsche Außenpolitik nur in Anlehnung an die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten in einer strategischen Partnerschaft eine Hegemonialposition in Europa anstreben. In dieser Perspektive könne Deutschland an der Seite der Vereinigten Staaten eine selbstbewusste Außenpolitik innerhalb der Europäischen Union unternehmen, eine Führungsrolle übernehmen und mit Frankreich seine Einflusspolitik legitim im Osten ausüben (vgl. Kagan 2008, S. 103). Darüber hinaus wird in diesem Zusammenhang postuliert, dass Deutschland seine Schlüsselrolle sowohl auf europäischer als auch globaler Ebene spielen könne. Deswegen soll Deutschland im Hinblick auf seine geopolitische Lage jeder alternativen Gegenmachtbildung von französischer Seite oder Großbritannien, die die Machtstellung der Vereinigten Staaten schwächt, ablehnen (vgl. Schwarz 2007, S. 581 ff.; Baring 2006 u. 1994). Da die deutsch-transatlantischen Beziehungen in sicherheitspolitischer Hinsicht wesentlich im Interesse der deutschen Außenpolitik liegen, sollen die europäische Integration und Kooperationen das transatlantische Bündnis ergänzen. Dementsprechend soll Deutschland im Schulterschluss mit den Vereinigten Staaten die strategische Kooperation vertiefen und durch seine Führungsrolle die Europäische Union mitgestalten. Einerseits spielt die NATO historisch für die deutsche Außenpolitik eine entscheidende Rolle, da die NATO in der Zeit des Kalten Krieges Deutschlands Sicherheit und Stabilität in Europa vor der sowjetischen Bedrohung garantierte. Andererseits betrachtet die USA die NATO als entscheidende institutionelle Einflussmöglichkeit in Europa, um ihre hegemoniale Macht über Europa abzusichern und der Entstehung einer multipolaren Weltordnung durch Europa entgegenzuwirken (vgl. Hacke 2002b, S. 243 ff.; Stürmer 1994 S. 235 f.).

Die Machtstellung der Vereinigten Staaten wurde durch ihre Präsenz und hegemoniale Stellung in Europa bewahrt, ihr Status als Supermacht hängt wesentlich von ihren Interessen in Europa ab. Darüber hinaus sind ihre Einflussmöglichkeiten und die Kontrolle über Osteuropa und Eurasien auf eine euro-transatlantische Raumstruktur angewiesen (vgl.

Wohlforth 2002, S. 306 ff.). Um den gegenwärtigen geopolitischen Status quo zu bewahren und die mögliche gegen die USA gerichtete Gegenmachtbildung bzw. Bündnisse, die durch eine mögliche Koalition zwischen Europa und Eurasien entstehen könnten, zu verhindern, spielt die euro-transatlantische Raumstruktur für die amerikanische Außenpolitik eine entscheidende Rolle und wird für die Stabilität der Weltordnung als vitales Interesse der Vereinigten Staaten betrachtet (vgl. Mearsheimer 1990; Huntington 1993b). Zwar wird Deutschland als potenzielle Gefahr für die Abwendung der euro-transatlantischen Beziehungen betrachtet und seine Außenpolitik und jeder Versuch deutscher Außenpolitik in Richtung Osten wird von Befürwortern der transatlantischen Gemeinschaft kritisiert (vgl. Hartenstein 2015, S. 13). Da sich Deutschland nach der Zeitenwende wieder in der alten Mittellage befindet, die historisch zum Schaukeln zwischen Ost und West führte, wird die deutsch-russische Außenpolitik bzw. deutsch-russische Annäherung sowohl problematisch als auch die Ablehnung gegen den Westen bewertet. Es wird von der französischen Seite eine euro-transatlantische Orientierung Europas heftig infrage gestellt und für die Etablierung einer euro-gaullistischen Raumstruktur in einer multipolaren Weltordnung plädiert, indem Frankreich nach einem europäischen Pol in einer neuen multipolaren Weltordnung strebt, damit Frankreich und Deutschland im Schulterschluss die Führungsrolle in Europa übernehmen und sich von der Vormachtstellung der USA befreien (vgl. Hacke 2004d, S. 373 ff.).

Die Spannungspunkte in den deutsch-transatlantischen Beziehungen ergeben sich aus ihrer Kompetenzverteilung bzw. Machtressourcen und ihren unterschiedlichen weltpolitischen Wahrnehmungen. Zwar spielen für die amerikanische Außenpolitik bei Konflikt- und Problembearbeitungen der Weltpolitik sicherheitsmilitärische Strategien im Hinblick auf traditionelle Machtpolitik eine wichtige Rolle, aber deutsche Außenpolitik spricht sich für Friedensansätze und Diplomatie im Hinblick auf eine multilaterale und vernetzte Welt aus (vgl. Berninger und Jäger 2017, S. 307ff). Ausgehend von einer wertegeleiteten Außenpolitik im Gegensatz zu der amerikanischen Strategie sieht die deutsche Außenpolitik den Einsatz der militärischen Gewalt nicht als die richtige Lösung für zunehmende komplexe Konflikte der Weltpolitik (vgl. Algieri 2007, S. 107 f.). Deswegen setzt sich Deutschland einerseits kritisch mit dem amerikanischen außenpolitischen Kurs auseinander, andererseits plädiert Deutschland für Krisenprävention und Konsolidierung von Friedensprozessen. In dieser Linie hat der amerikanische Alleingang auf dem Balkan, im Irak-Konflikt und mit dem Einsatz der militärischen Gewalt in Afghanistan und Libyen das amerikanische Bild als ordnungs- und friedensstiftende Macht nicht nur in der deutschen Öffentlichkeit, sondern auf der Welt

beschädigt (vgl. Kagan 2003, S. 64 ff.). Demnach wird die deutsche Außenpolitik von der amerikanischen Seite dahingehend kritisiert, dass Deutschland seinen Bündnisverpflichtungen nicht völlig nachgekommen sei, da deutsche Außenpolitik aufgrund ihrer wertegeleiteten Orientierung und ihrer zurückhaltenden Art nicht in der Lage ist, die weltpolitische Realität wahrzunehmen. Damit könne sie nicht die Erwartungen ihrer Verbündeten erfüllen und bei Konflikten und Krisen entsprechende Lösungen anbieten. Diese Diskrepanz zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, die aus unterschiedlichen Auffassungen von der weltpolitischen Realität entsteht, führte zu einer steigenden Entfremdung in den deutsch-transatlantischen Beziehungen (vgl. Fröhlich 2017, S. 299ff.).

Ein weiterer Konfliktpunkt entsteht im Rahmen der NATO und der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Obwohl sich die deutsche Außen- und Verteidigungspolitik nach der Wiedervereinigung verändert habe und Deutschland sich an Friedensmissionen der NATO, die humanitären Zielen dienen, aktiv beteiligte, sind aber diese militärischen Einsätze der Bundesrepublik immer noch auf innenpolitischer Ebene und auch in transatlantischen Beziehungen umstritten geblieben (vgl. Ross 2010, S. 248ff.). Zwar gibt es Höhen und Tiefen in der deutsch-transatlantischen Beziehung, die Spannungsverhältnisse zwischen den beiden Ländern verstärkten und die Vereinigten Staaten aufgrund ihrer hegemonialen Stellung in Europa die Außenpolitik der europäischen Staaten beeinflusst haben, aber die bilateralen Beziehungen entwickelten sich innerhalb multilateraler Rahmenbedingungen und die deutsche Außenpolitik multilateralisierte einigermaßen die amerikanische Außenpolitik innerhalb der Europäischen Union durch zunehmende Verflechtung der Weltpolitik. Damit bemühte sich Deutschland um mehr Einflussnahme auf die außenpolitischen Entscheidungen der Vereinigten Staaten im und Besonderen auf ihre militärische Gewalt (vgl. ebd. S. 258ff.).

Die deutsch-transatlantischen Beziehungen haben ihre konstruktiven Kräfte einigermaßen verloren und ihre Hauptfunktion wird nach der Wiedervereinigung auf unterschiedliche Weise von deutschen Regierungen skeptisch betrachtet (vgl. Szabo 2007, S. 353; Zimmer 2009, S. 78). Die Sicherheitsgarantie der USA spielt nicht mehr eine entscheidende Rolle für Deutschland, da Deutschland keine unmittelbare Bedrohung durch Russland sieht (vgl. Mearsheimer 1990; Stent 2007, S. 439; Böckenförde 2011, S. 79). Deshalb muss sich Deutschland nicht an einer Vormundschaft der USA orientieren, wenn es um Interessendivergenzen geht. Aus diesem Grund wird von Deutschland erwartet, in Bezug auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Unabhängigkeit anzustreben. Zwar gab es in den vergangenen Jahren Meinungsverschiedenheiten über die Entspannung mit Russland, die

Lastenteilung und die Handelspolitik, aber die sicherheitspolitischen Gründe hatten verhindert, dass diese Unterschiede die Beziehungen insgesamt gefährden. Da Deutschland nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes nicht mehr auf amerikanische Unterstützung angewiesen ist, gewinnt die Meinungsverschiedenheit über weltpolitische Fragen an Bedeutung. Durch den Irak-Krieg 2003, die Libyen-Krise 2011 und den NSA-Abhörskandal im Jahr 2013 haben sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen als besonders gespalten erwiesen. Zwar traten Probleme in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Sicherheit in den deutsch-amerikanischen Beziehungen auf, trotzdem wird weiterhin für die deutsch-transatlantische Partnerschaft plädiert (vgl. Kai und Niedermeier 2011, S. 110).

Aus neorealistischer Sicht tritt ein Staat kaum seine Souveränität je freiwillig an supernationale Organisationen ab. Ein souveräner Staat wird seine Autonomie aufrechterhalten und eine Einbindung in institutionelle Rahmen vermeiden, um seine außenpolitischen Ziele und geostrategischen Interessen ausüben zu können. Deutschland hat seit der Wiedervereinigung einen Teil seiner Souveränitätsrechte an inter- und supernationale Organisationen abgetreten, so hat Deutschland beispielsweise im Fall der EU seine außenpolitische Handlungsfreiheit eingeschränkt. Deutschland wollte zu einem der bestimmenden Machtpole der Weltpolitik aufsteigen und seine machtpolitische Stellung verbessern, wegen fehlender Akzeptanz seitens der Großmächte war aber eine deutsche Hegemonie unvorstellbar. Deshalb wurde Deutschland friedlich dazu gezwungen, den Weg der EG/EU zu gehen. Obwohl dieser Weg in der Geschichte der deutschen Außenpolitik nicht sehr wünschenswert war, aber voller Hoffnung, hat Deutschland seine machtpolitische Position mit dieser Hoffnung und trotz erheblicher Machtressourcen durch die Vertiefung der europäischen Integration verbessert. Durch die Abtretung wesentlicher nationalstaatlicher Souveränitätsrechte an supernationale Institutionen wie die EU änderte Deutschland weitgehend seine außenpolitischen Geschichtsbilder für andere Akteure im internationalen System. Deutschland hat trotz des beschriebenen Autonomieverlusts einen relativ großen Einfluss gewonnen, obwohl es in diesem Kontext seine Handlungsmacht stetig eingeschränkt hat.

Für Deutschland zählt der europäische Raum als starker Anziehungspunkt, entweder in Anlehnung an die Vereinigten Staaten von Amerika oder in Zusammenarbeit mit Frankreich in Europa als eigenständiger Akteur (vgl. Janning 2007, S. 747; Müller-Brandeck-Bocquet 2011, S. 605). Die Nachkriegsversöhnung mit Frankreich war seit 1950 grundlegend. Deutsche Politiker arbeiteten eng mit Frankreich zusammen bei der Planung und Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, des Gemeinsamen Marktes, der

Europäischen Gemeinschaft, der Europäischen Union und der Einführung des Euro. Für die Erweiterung der EU waren Frankreich und Deutschland zusammen die treibende Kraft hinter der Einheit Europas. In den letzten Jahren hat sich die Partnerschaft mit Frankreich jedoch zunehmend als unzureichend erwiesen. Zwar besitzt Frankreich im Gegensatz zu Deutschland nukleare Waffen und einen Sitz als eines der fünf ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat, in einem stark vergrößerten Europa ist es aber auf ein einheitliches und mächtigeres Deutschland für seine globale Rolle innerhalb der EU angewiesen. Für Deutschland war diese neue Machtposition jedoch ein zweischneidiges Schwert. In ökonomischen, politischen und sicherheitspolitischen Fragen bleibt Deutschland zögernd. Da es keine politische Union gibt, bleibt ein gemeinsames außen- und sicherheitspolitisches Handeln in weiter Ferne. Es soll darauf hingewiesen werden, dass Europa ohne eine europäische Armee, die die Sicherheit und Abschreckung unterstützt, die Effektivität und die Wirkung im internationalen System, sein geopolitisches Gewicht durchzusetzen, fehlen (vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2011, S. 626; Algieri 2011, S. 143).

Die europäische Integration spielt für die deutsche Außenpolitik noch eine wichtige Rolle, obwohl die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union als ein wichtiger geopolitischer Akteur aufgrund der nationalstaatlichen Außenpolitik der EU-Mitgliedstaaten eingeschränkt ist und Deutschland sich in einer komplexen Gemengelage und krisenhaften Zuspitzung innerhalb der EU befindet, die von einem Konsens über gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik weit entfernt ist. Die neue Gemengelage bietet Deutschland die Grundlage für asymmetrisches Handeln und beeinflusst seine Außenpolitik (vgl. Hellmann 2012, S. 45).

Die Erweiterung der EU, insbesondere nach Osteuropa, und die EU-Vertragsänderungen haben einerseits neue Möglichkeiten für die deutsche Machtausübung in dieser Region eröffnet, andererseits ist die Osterweiterung der EU eine große wirtschaftliche, politische und soziokulturelle Herausforderung für Deutschland. Die osteuropäischen Staaten befinden sich in einer wirtschaftlich-politisch-sozialen Übergangszeit, in der sie von Deutschland nicht nur wirtschaftliche Unterstützung erwarten, sondern auch Deutschland als Vertreter ihrer Interessen für den Beitritt in die EU und die NATO betrachten. Deutschlands Rolle ist für die Entwicklung und Transformation in Osteuropa und die Stabilität und *„Europäisierung Russlands“* (vgl. Erler; Schultze 2012) entscheidend . Deswegen hat Deutschland den Transformationsprozess dieser Länder bereits durch bilaterale Verträge mit finanzieller, administrativer und technischer Hilfe unterstützt, um seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluss auf die Region auszubauen (vgl. Dauderstädt 2007, S. 432 f.).

Deutschland versucht auf diesem Weg, ein politisches Programm strukturell für die Stärkung internationaler Organisationen im multilateralen Kontext voranzutreiben. Die

deutsche Außenpolitik fordert innerhalb der Europäischen Union nachhaltige Wertestandards und geht davon aus, dass der Umweltschutz und die ökologischen Werte im internationalen System berücksichtigt werden sollten. Aus dieser Perspektive verlangt die deutsche Regierung eine gewisse Einschränkung der Handlungsfreiheit, Gerechtigkeit zwischen armen und reichen Ländern und Sorge um die Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen.

Die deutsche Außenpolitik akzeptiert die institutionelle Machtbeschränkung durch die Einbindung Deutschlands in die EU, um ihre Stellung auf friedlichem Weg ohne Konflikt mit Nachbarstaaten und Großmächten zu verbessern. Die EU ist aber eine supernationale Organisation auf regionaler Ebene, deswegen betreibt die deutsche Außenpolitik weltweit und innerhalb der EU auch bilaterale Beziehungen. Obgleich die deutsche Außenpolitik zur EU und zu supernationalen Organisationen von multilateralen Strukturen geprägt ist, kann eine ambivalente Haltung in der deutschen Außenpolitik gegenüber diesen Organisationen festgestellt werden. Wegen fehlender Integrität anderer Mitgliedstaaten und aufgrund der Verfolgung nationalstaatlicher Interessen wird ein instrumenteller Multilateralismus erkennbar, der je nach Themengebiet auf Interessenlage orientiert ist (vgl. Wagner 2007, S. 149 f.; Algieri 2011, S. 129).

Aufgrund der Interessendivergenz wird die Vermittlungsrolle Deutschlands eingeschränkt und die Führungsrolle vermieden. Die Diskrepanz zwischen dem Anspruch auf Führungsrolle als Zentralmacht in Europa und der fehlenden Handlungsmacht trotz höherer Machtressourcen bei der Umsetzung seiner außenpolitischen Ziele führte zu einem Schwanken in der deutschen Außenpolitik. Die deutsche Mittelosteuropapolitik wurde und wird von östlichen und westlichen Staaten skeptisch betrachtet. Sie haben Angst vor dem starken souveränen Deutschland im Mitteleuropa und befürchten, dass Deutschland durch die Mittelosteuropapolitik wieder seine Hegemonie aufbauen würde. Allein deshalb haben die außenpolitischen Eliten auf die bilateralen Beziehungen im Hinblick auf die geostrategischen Interessen Deutschlands zu den mittelosteuropäischen Staaten verzichtet und versuchen, ihre Ängste und Sorgen vor der deutschen Hegemonie herabzuspielen. Daher führt Deutschland eine multilaterale und europäische Außenpolitik in Mittelosteuropa durch und unterstützt den Beitritt der osteuropäischen Staaten in einen rechtlich-institutionellem Rahmen in die EU. Charakteristisch für die deutsche Osteuropapolitik war seine schwankende Haltung gegenüber der Aufnahme dieser Länder in die EU und die NATO. Deutschland interessierte sich einerseits für die EU-Osterweiterung und will Beitrittsverhandlungen beschleunigen, andererseits formuliert es notwendige Reformen für den Beitritt in die EU und verknüpft den Beitrittsprozess mit notwendigen Voraussetzungen, die von osteuropäischen Staaten erfüllt

werden mussten. Deutsche Außenpolitik fordert in Mittelosteuropa heraus und schwankt zwischen der Zustimmung zur EU-Osterweiterung und der Aufrechterhaltung der Rahmenbedingungen der EU. Deutschland setzt sich mit finanziellen Voraussetzungen und der grundlegenden Reform der Wirtschafts- und Strukturpolitik der osteuropäischen Länder auseinander und hofft darauf, dass die Stärkung der Osterweiterung und EU durch Herausbildung supernationaler und gemeinschaftlicher Entscheidungsstrukturen erfolgen könnte. Problematisch war für die deutsche Außenpolitik die doppelte Integration Osteuropas in die NATO und die EU. Die osteuropäischen Staaten wollten gleichzeitig neben der EU-Osterweiterung ihre sicherheitspolitische Lage durch die NATO-Osterweiterung verbessern. Die osteuropäischen Staaten unterstützten die amerikanische Intervention im Irakkrieg im Gegensatz zur ablehnenden Haltung Deutschlands und Frankreichs. Die Weltrolle für Deutschland als Führungsmacht in einer relativ fortgeschrittenen und wohlhabenden EU kann eine Alternative gewesen sein, aber sie ist sowohl durch die Schwäche der Institutionen als auch durch das Fehlen einer politischen Union in der EU nicht möglich, ebenso wie durch die Zurückhaltung Deutschlands selbst und eine tiefe Abneigung gegen den Einsatz militärischer Gewalt. Deutschland bleibt daher seiner europäischen Berufung und der Notwendigkeit einer anhaltenden, aber unruhigen Beziehung zu den Vereinigten Staaten verbunden. Aus deutscher Sicht werden eine enge Partnerschaft mit Frankreich in einem vereinten Europa und eine starke transatlantische Allianz in Bezug auf Sicherheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit als Eckpfeiler der deutschen Außenpolitik angesehen.

Während Deutschland sich in einem transatlantischen Raum als Juniorpartner der Vereinigten Staaten als globale ordnungsstiftende Macht orientiert und seine Interessen einer europäischen Raumstruktur als Juniorpartner Frankreichs nach dem Konzept der Gegenmachtbildung durchsetzt, wird von Befürwortern einer selbstbewussten deutschen Außenpolitik für eine neue strategische Ausrichtung in einem eurasischen Raum plädiert. Die Hinwendung zu einer hegemonialen Rolle Deutschlands in der Weltpolitik zeigt, dass Deutschland sich zwar vom euro-transatlantischen Raum emanzipiert, aber gezwungen ist, seine globale Rolle in einer engen ostorientierten eurasischen Raumstruktur aufzubauen. Jenseits der Idee einer eurasischen Raumbildung im Hinblick auf Russland als Alternative zu den atlantischen oder europäischen Ansätzen liegt das Konzept einer ambitionierten globalen Rolle.

Die deutsch-russischen Beziehungen haben sich seit 1990 mit den Verträgen zur deutschen Einheit verbessert, aber diese Beziehungen waren und sind immer noch problematisch aufgrund der Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg, der deutschen

Westbindung und der Erweiterung der mittelosteuropäischen transatlantischen Beziehungen (vgl. Spanger 2011, 648). Die deutsch-russischen Beziehungen sind nach der Wiedervereinigung in den Politikfeldern Wirtschafts- und Energiepolitik eng verbunden, wurden aber auf politischer Ebene aufgrund der unterschiedlichen Wahrnehmung von der Weltpolitik und konfliktträchtigen Beziehungen nicht weiter ausgebaut. Darüber hinaus schwankt die deutsche Außenpolitik gegenüber Russland aufgrund der parteiischen Außenpolitik und der ambivalenten Haltung der deutschen Regierungen. Deshalb fehlt der deutschen Außenpolitik eine langfristige außenpolitische Position zu Russland, stattdessen entwickelten sich die Beziehungen nur auf wirtschaftlicher Ebene (vgl. Kalinin 2016, S. 137 ff.).

In Anbetracht der weltpolitischen Entwicklungen im internationalen System und des strukturellen Wandels auf europäischer Ebene wird von Geopolitikern hinsichtlich der deutschen Mittelage nach der Wiedervereinigung für eine strategische Neubewertung der deutschen geopolitischen Codierungen im Verhältnis zu den drei Raumstrukturen, nämlich dem transatlantischen, europäischen und eurasischen Raum, plädiert. Vor diesem Hintergrund sprechen Geopolitiker sich sowohl für eine machtorientierte als auch interessengeleitete geopolitische Codierung in der deutschen Außenpolitik aus. Dabei lassen sich nach geopolitischem Muster Macht- und Gegenmachtbildung dieser drei geopolitischen Raumstrukturen im Mittelpunkt der deutschen Außenpolitik sehen. Zwar werden auf einer Seite die Bedeutung und Wichtigkeit des transatlantischen Raums hinsichtlich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik betont, aber auf der anderen Seite wird von Befürwortern einer multipolaren Weltordnung die transatlantische Vormachtstellung nicht nur positiv, sondern auch als eine Bedrohung für die Zukunft der Weltordnung betrachtet. Daher ist es notwendig, dass die deutsche Außenpolitik ihre geopolitische Codierung nach dem geopolitischen Muster einer Gegenmachtbildung auf eine europäische Raumstruktur hin, in der sich Europa als ein weltpolitischer Akteur etabliert, gegenüber dem transatlantischen Raum orientiert. Es wird aber von euro-transatlantischen Befürwortern darauf hingewiesen, dass diese Machtverschiebung von der transatlantischen Struktur zu einem europäischen Raum nicht konfrontativ sein sollte, sondern kooperativ. Deswegen sollte die ordnungsstiftende Macht der Vereinigten Staaten nicht infrage gestellt werden. In diesem Kontext fokussiert Deutschland seine Interessen auf eine europäische Raumstruktur in Zusammenarbeit mit dem transatlantischen Raum, um seinen Einfluss wieder aufzubauen und seine Position gegenüber anderen Großmächten in einer multipolaren Weltordnung innerhalb Europas zu festigen.

Wenn Deutschland seine Machtstellung aufbauen und sich vom Schatten der Vergangenheit befreien will, wird diese Möglichkeit in einer multipolaren Weltordnung realisierbar, in der Deutschland durch eine Gegenmachtbildung die Macht der Großmächte, insbesondere der Vereinigten Staaten, ausgleicht. Dafür benötigt die deutsche Außenpolitik eine strategische Ausrichtung in einem eurasischen Raum, und zwar im Schulterschluss mit Frankreich und unter der Einbeziehung Russlands, um als eigenständiger Akteur nicht nur selbstbewusst, sondern auch machtbewusst auf internationaler Ebene aufzutreten. Für die Vereinigten Staaten von Amerika wird diese Konstellation unabhängig von ihrer friedlichen oder antagonistischen Ausrichtung als Gefahr betrachtet, da sie ihrer weltpolitischen Machtstellung gegenübersteht.

In diesem Kontext sind keine bestimmten Strategien bzw. geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik gegenüber der transatlantischen oder eurasischen Raumstruktur erkennbar. Deswegen trägt die geopolitische Codierung in der deutschen Außenpolitik in dieser Lage einen schwankenden Charakter, da sie sich zwischen drei unterschiedlichen geopolitischen Beziehungsstrukturen bewegt, die sich aus der historischen Grundlage der deutschen Außenpolitik und der bestehenden Weltordnung ergaben. Aufgrund dieser Konstellation verzichtet Deutschland auf eine Grand Strategy hinsichtlich seiner räumlichen Beziehungsstrukturen und versucht situationsbedingt und nach Interessenlage seine geopolitischen Handlungsmöglichkeiten durch eine multilaterale Strategie zu erweiterten und Ordnungsfragen nach der Zeitenwende flexibel zu gestalten. **Ich ziehe aus der Untersuchung das Fazit, dass die geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik von einem schwankenden Charakter sind, der die deutsche Außenpolitik nach der Wiedervereinigung kennzeichnet. Dieses schwankende Merkmal der geopolitischen Codes in der deutschen Außenpolitik lässt sich in den drei geopolitischen Raumstrukturen charakterisieren und wird auch in Zukunft die deutsche Außenpolitik prägen.**

Das Schwanken in der deutschen Außenpolitik kann sowohl als eine Form von Politik als auch als ein wichtiges Merkmal der deutschen Außenpolitik betrachtet werden. Bevor im Folgenden auf eine Begriffsdefinition für das Schwanken der geopolitischen Codierungen in der deutschen Außenpolitik eingegangen wird, ist es ratsam, zunächst den Begriff des Schaukelns, der die Identität der deutschen Außenpolitik vor der Wiedervereinigung geprägt hat, näher zu betrachten.

Die deutsche Schaukelpolitik war vor der Vereinigung abhängig von der Struktur des internationalen Systems. Diese weltpolitische Lage hängt mit der Verortung Deutschlands im Zentrum Europas zwischen Ost und West zusammen (vgl. Stürmer 1985b, S. 326 f., u. 1994,

S. 19; Schulze 1996, S. 137 f.). Die deutsche Außenpolitik hatte zwei Optionen und Handlungsmöglichkeiten, um ihre Ziele und Interessen zu verfolgen. Deswegen wurde in der Fachliteratur vor 1990 von einem *„Schaukeln“* der deutschen Außenpolitik zwischen West und Ost gesprochen. Diese Ost-West-Konstellation ließ die deutsche Außenpolitik nicht ihre eigene Linie verfolgen (vgl. Stürmer 1995; S. 60; Schwarz 1989). Damit betrieb Deutschland eine Außenpolitik zwischen Ost und West und geriet dabei unter den Einfluss der weltpolitischen Mittellage (vgl. Voigt 2005, S. 231f.; Schöllgen 2013b, S. 36f.). In diesem Sinne hatte die deutsche Außenpolitik keinen festen Standpunkt, passte sich der weltpolitischen Lage an oder schaukelte zwischen der östlichen und westlichen Frontlinie. In dieser Konstellation beeinflussten die äußeren Rahmenbedingungen die deutsche Außenpolitik, weswegen sich die deutsche Außenpolitik sowohl nach Westen als auch Osten orientierte. In der bipolaren Weltordnung gab es nur wenige Missverständnisse zwischen Deutschland und anderen Staaten, da die Welt in zwei Pole geteilt war und die deutsche Außenpolitik nach den Regeln einer bipolar strukturierten Welt zwischen Ost und West ablief (vgl. Zimmer 2009, S. 68).

Mit der deutschen Wiedervereinigung und dem Ende des Ost-West-Konfliktes befand sich die Weltpolitik in einem Umbruch (vgl. Brill 1994, S. 49), indem einerseits die deutsche Außenpolitik von den Zwängen des Ost-West-Konfliktes befreit wurde und der deutschen Außenpolitik neue Gestaltungschancen ermöglicht wurden (vgl. Harnisch 2000, S. 1), während andererseits diese Gestaltungsmöglichkeiten die deutsche Außenpolitik zu einer schwankenden Haltung in dieser neuen Lage führten. In diesem geopolitischen Kontext sind die Rahmenbedingungen der deutschen Außenpolitik komplexer und ihre Wahlmöglichkeiten vielfältiger geworden (vgl. Zimmer 2009, S. 80). Die deutsche Außenpolitik kann sich nicht entscheiden und ihre geopolitischen Orientierungen nicht richtig einordnen. Deshalb bewegt sich die deutsche Außenpolitik orientierungslos und instabil in der Weltpolitik hin und her.

Dieses Schwanken entwickelt sich durch einen Konflikt zwischen den Interessen und Identitäten des Handelns der deutschen Außenpolitik. Ursachen des Schwankens finden sich auf der einen Seite im strukturellen Kontext einer bestimmten politischen Position und auf der anderen Seite in den unterschiedlichen Funktionen, die mit einer politischen Position verbunden sind. In einem engeren Sinne ergibt sich das Schwanken aus einem Konflikt von Interessen und Werten der politischen Akteure bzw. aus einem Konflikt zwischen verschiedenen Rollen, die mit unterschiedlichen räumlichen Beziehungsstrukturen für die deutsche Außenpolitik verbunden sind. Das Schwanken wird in unterschiedlich-strukturelle Verschiebungen eingebettet und die deutsche Außenpolitik ist innerhalb ihres Verhaltens mit widersprüchlichen Normen konfrontiert.

In dieser beschriebenen Situation sind eine deutsche Führungsrolle und Übernahme von Verantwortung bei der Gestaltung der Weltpolitik nicht nur unerlässlich, sondern es wird auch von anderen Akteuren im internationalen System dafür plädiert. In dieser Lage wird von Befürwortern einer multilateralen Codierung in der deutschen Außenpolitik bzw. einer multipolaren Weltordnung betont, dass Deutschland nach der Zeitenwende aufgrund seiner neuen geopolitischen Mittellage aufgefordert ist, die Zwischenstellung in dieser geopolitischen Konstellation und damit die Vermittlerrolle bzw. die globale Führungsmacht zwischen Ost und West einzunehmen. Mit anderen Worten solle Deutschland seine geopolitischen Codierungen nicht mehr nach dem geopolitischen Muster der Hegemonie und Gegenmachtbildung ausrichten, sondern nach einer multipolaren Weltordnung, in der Konflikte und Probleme durch multilaterale Strategien gelöst werden können. In diesem Sinne solle Deutschland *„die Europäische Union revitalisieren, Russland europäisieren und Amerika multilateralisieren“* (Mahbubani 2014).

Vor diesem Hintergrund sollen sich die geopolitischen Codierungen der deutschen Außenpolitik an die Realitäten bzw. Ordnungsfragen nach der Wiedervereinigung anpassen. Diese geopolitische Neuorientierung in der deutschen Außenpolitik *“is more a matter of evolution than revolution”* (Murphy und Johnson 2004, S. 2) und schien nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Stabilität der internationalen Ordnung von entscheidender Bedeutung zu sein.

7.2 Ausblick

7.2.1 Die Notwendigkeit einer raumbezogenen Identität für die deutsche Außenpolitik

Die Bevölkerung wird Staaten zugeordnet und diese Staaten identifizieren sich mit einem Territorium, in dem die Ansichten und Weltanschauungen ihrer Bevölkerung bestimmt werden (vgl. Agnew 1994 u. 1999). Mit anderen Worten: Ein Mensch gehört einer territorial bestimmten Gemeinschaft an, in der zu leben und zu erfahren besondere, aber geteilte Visionen der Bedeutung von einem Ort in der Welt und im globalen System erweckt. Diese räumliche Identifizierung einer Gemeinschaft, die sich einem bestimmten Territorium zuordnet, das mit einer bestimmten Kultur verbunden ist, kann als Herkunft und Identität verstanden werden. Die Menschen werden in verschiedenen territorialen Ausschnitten sozialisiert, dadurch, wie sie leben, wie sie die von ihnen erhaltenen Informationen verstehen und durch geografisch spezifische Institutionen kommunizieren. Mit der Hinwendung zum Raum und zur Zeit wird die Identität eines Landes geprägt. Besser gesagt wird die Identität eines Landes in seinem einzigartigen Raum gestaltet und in seiner Zeit durch dominante und herrschende Institutionen interpretiert. Die Art und Weise, in der sich ein Land an der Welt orientiert (vgl. Flint 2006, S. 79), ist seine raumbezogene Identität. Diese Identität stellt die geopolitischen Handlungen nicht nur eines Staates vor, sondern auch die Handlungen seiner Bevölkerung. Im Hinblick auf die Globalisierung rücken erneut Heimat und raumbezogene Identität in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Debatten. Jedes Land sorgt in Bezug auf seine raumbezogene Identität für Unterscheidung und seine Einzigartigkeit im Vergleich zu anderen Ländern. Colin Flint formuliert die raumbezogene Identität eines Landes wie folgt: *"Visions of one's country and its position in relation to other countries are formed within particular national myths. These myths form the basis for geopolitical codes and the means to represent and interpret these goals so they obtain popular support"* (Flint 2006, S. 127). Eine ähnliche Sicht vertritt Gertjan Dijkink im Hinblick auf die geopolitische Vision eines Staates: *"… any idea concerning the relation between one's own and other places, involving feelings of (in)security or (dis)advantages (and/or) invoaking ideas about a collective mission or foreign policy strategy"* (Dijkinik 1996, S. 11).

Vor diesem Hintergrund ist die Geschichte eines Landes immer auch ein Spannungsfeld zwischen dem Schmerz seines historischen Leidens und dem Stolz des vergangenen Ruhms (vgl. ebd.). Kennzeichnend für die nationale Identität ist ja, wie Stolz und Schmerz in Erinnerung der Bevölkerung eines Landes bleiben und verwendet werden, um seine geopolitischen Visionen in seiner Außenpolitik zu formulieren und zu rechtfertigen (vgl.

ebd.). Interessen und Werte sollten nicht als konkurrierende Interpretationsmuster in der deutschen außenpolitischen Identität angesehen werden. Stattdessen werden sie beide als die am häufigsten verwendeten Themen dargestellt, um die deutsche Außenpolitik zu rechtfertigen. Deutschland braucht Märkte, Rohstoffe, Energie und finanziellen Gewinn für seine Wirtschaft, um die Privilegien seiner Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Diese Bedürfnisse haben sich nicht nur auf die materiellen Strukturen der deutschen Außenpolitik gerichtet, sondern sie konstituieren sich im Bereich der ideellen Struktur der deutschen Außenpolitik. Im Grunde genommen handeln die Staaten nach ihren Interessen, aber sie müssen in der Regel Werte bzw. Ideen zur Begründung ihrer interessengeleiteten Außenpolitik betonen. Vor diesem Hintergrund müssen zwei wichtige Zielgruppen angesprochen werden, um die Interessen der deutschen Außenpolitik in puncto Werte und Normen zu rechtfertigen: die Bevölkerung und die internationalen Akteure. Die nationale Identität verleiht dem Staat ein Gefühl der Loyalität und des Glaubens, dass seine Sicherheit auf Souveränität und Integrität des Territoriums beruht.

Die raumbezogene Identität wurde in besonderem Maße nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland im Hinblick auf den nationalsozialistischen Umgang mit dem Raum als reaktionäres Konzept diskreditiert (vgl. Sprengel 1996, S. 31 ff.; Schöllgen 1993, S. 104) und für die Formulierung und Gestaltung der deutschen Außenpolitik in die Vergessenheit verdrängt. In diesem Zusammenhang und angesichts der Ambivalenz der deutschen Außenpolitik äußert sich Gerhard Detlefs aus einer geopolitischen Sicht, dass es sich in gewisser Weise bei der deutschen außenpolitischen Identität um einen *„Identitätsverlust“* handele. Bereits in historischer Perspektive zeige sich, dass die deutsche Außenpolitik nach ihrer geschichtlichen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges einen radikalen Identitätsverlust nicht nur in einer territorial-politischen Art verzeichnet, sondern auch ihre Seele verloren habe (vgl. Detlefs 1998, S. 16 f.). Detlefs stellte die deutsche Außenpolitik, die angesichts ihres Identitätsverlustes ins Schwanken geraten sei, infrage. Für ihn liegen unter anderem die Ursachen für diese schwankende Haltung darin, dass die deutsche Außenpolitik bzw. die deutschen außenpolitischen Entscheidungsträger kaum in der Lage seien, *„Ursachenzusammenhänge zutreffend zu verknüpfen, das heißt, sich nicht nur des Wesens seiner Krankheit, sondern zugleich ihrer Herkunft bewusst zu werden“* (Detlefs 1998, S. 18). Um dieses ambivalente Merkmal in der deutschen außenpolitischen Identität zu überwinden, plädierte er dafür, dass sich Deutschland zunächst seiner nationalpsychologischen Lage bewusst werden müsse, um die von ihm sowohl im Innen und als auch im Außen geforderte Initiative und Verantwortung innerhalb der Europäischen Union und in der Weltpolitik

übernehmen zu können (vgl. Detlefs 1998, S. 24). Vielmehr formulierte er die Rolle der deutschen Außenpolitik im Hinblick auf seine Identität wie folgt: *„Erst wir Deutschen selbst, dann aber auch unsere europäischen Nachbarn müssen erkennen, dass nur eine deutsche Nation, die ihre Identität wiedergewonnen hat, auch im übernationalen Zusammenwachsen ganz Europas in Ost und West die von ihm mit Recht erwartete fördernde und integrierende Rolle spielen kann“* (Detlefs 1998, S. 24).

Kritisch setzt sich auch Günther Gillessen mit der deutschen außenpolitischen Identität und damit einhergehend den nationalen Interessen der deutschen Außenpolitik auseinander. Für Gillessen besteht der Fehler oder Misserfolg der deutschen Außenpolitik im Zentrum Europas seit Bismarck darin, dass die Deutschen ihre nationalen Interessen bzw. ihre geopolitische Orientierungen nicht richtig finden können (vgl. Gillessen 1993, S. 28). Entscheidend sei indes, dass Deutschland als Weltmacht anerkannt werden wolle, aber es gebe keine Orientierung und keine großartige Strategie dafür. Er sieht ein Bedürfnis darin, dass sich die Deutschen mit ihrer eigenen Identität und in besonderem Maße mit der Vergangenheit des Nationalsozialismus auseinandersetzen. Europa sei eine Gemeinde, aber die Nationen werden weiterhin die emotionalen Häuser für die nationale Kultur, Loyalität und Identität zur Verfügung stellen (vgl. ebd. S. 29). Er argumentiert weiter, dass Deutschland trotz des schweren Erbes des Nationalsozialismus eine normale Nation unter anderen Nationen werden müsse. Er fordert einen Prozess der Heilung des nationalen Gewissens und plädiert dafür, dass die Unterscheidungen von allen Seiten zwischen der Kontemplation der Vergangenheit und der Planung der Zukunft gemacht werden müssen. Darüber hinaus müsse Deutschland eine klare Vorstellung von deutschen nationalen Interessen und von geeigneten Mitteln entwickeln, um sie zu verfolgen. Ein schlechtes kollektives nationales Gewissen werde auch in Zukunft nicht als Leitfaden dienen. Eine verlässliche Außenpolitik brauche eine Definition nationaler Interessen. Identifizierbare nationale Interessen seien die Grundlage einer zuverlässigen, berechenbaren und erfolgreichen Außenpolitik.

In diesem Zusammenhang müssen zwei Dinge in den Blick genommen werden. Zuerst gibt es eine geopolitische strukturelle Erklärung dafür, warum die deutsche Außenpolitik im Laufe der Zeit variiert, und dafür, warum sich ihre Strategien und Zielsetzungen ändern werden. In dem Maße, wie ein Land durch die Phasen des Zyklus der geopolitischen Verschiebungen der Weltordnung fortschreitet, werden sich seine Möglichkeiten und Einschränkungen in einer Weise ändern, dass sie eine wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung sowohl mit einer dynamischen geopolitischen Ausrichtung als auch mit einer Grand Strategy für die deutsche Außenpolitik erfordern.

Quellenverzeichnis

ABEBE, D.; HUQ A.Z. (2013): Foreign Affairs Federalism: A Revisionist Approach. In: University of Chicago Law School. 66. (3). S. 724-793.

ADENAUER, K. (1946): Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag. 20.09.1949.

ADENAUER, K. (1952): Deutschlands Außenpolitik. In: Rheinischer Merkur von Ostern. 11. 04.1952.

AGNEW, J. A. (1994): The territorial trap. The geographical assumptions of international relations theory. In: Review of International Political Economy. 1. (1). S. 53-80.

AGNEW, J. A. (1999): Mapping Political Power Beyond State Boundaries. Territory, Identity and Movement. In World Politics. In: Millenium: Journal of International Studies, 28 (3), S. 499-521.

AGNEW, J.; MUCARÁ, L. (2012): Making Political Geography. Maryland.

ALBERT, M. (2015): Neu bleibt alt: Außenpolitik, Weltpolitik und das „Gleichgewicht der Mächte“. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. (8). S. 25-34.

ALBERT, M.; REUBER, P.; WOLKERSDORFER, G. (2010): Kritische Geopolitik. In: SCHIEDER, S. und SPINDLER, M. (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. 3. Aufl. Opladen. S. 551-578.

ALGIERI, F. (2004): Europas Selbstbestimmungsprozess. Wie definiert sich die erweiterte EU gegenüber den USA? In: MICHAEL, S.; RÜDIGER ,V. (Hrsg.): Europa nach dem Irak-Krieg. Ende der transatlantischen Epoche?. Baden-Baden. S. 81-100.

ALGIERI, F. (2007): Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik im europäischen Kontext: Zur Parallelität von Kontinuität und Wandel. In: JÄGER, T.; HÖSE, A.; OPPERMANN, K. (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik. 1. Aufl. Wiesbaden. S. 106-122.

ALGIERI, F. (2012): Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik im europäischen Kontext: Das abnehmende Strahlen der Integrationsleuchttürme. In: JÄGER, T.; HÖSE, A.; OPPERMANN, K. (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden. S. 126-147.

ALTVATER, E. (2002): Von der Geoökonomie der Zukunft zur Geopolitik der Vergangenheit. Herausforderung für Protestnetzwerke. In: Heike, W.; NEHLE, B. 2002. (Hrsg.): Globaler Widerstand. Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus. Münster. S. 25-40.

ANDREAE, L. (2002): Reform in der Warteschleife: Ein deutscher Sitz im UN-Sicherheitsrat?. Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. München. Oldenburg.

ANTE U. (1985): Zur Grundlegung des Gegenstandsbereiches der Politischen Geographie. Über das ‚Politische' in der Geographie. Stuttgart.

ARTMANN, S.; CONARD, L.; HASSEBRAUCK, L.; JUNGMANN, M.; STARKMANN, A.; VĚTROVCOVÁ, M. (2016): Auf dem Weg zur globalen Verantwortung? Die deutsche Außenpolitik im Wandel. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. 9. S. 149-154.

BACH, J.; PETERS, S. (2002): The New spirit of German Geopolitics. In: Geopolitics. 7. (3). S. 1-18.

BAHR, E. (2003): Der deutsche Weg: Selbstverständlich und normal. München.

BALDWIN, D.A. (2002): Power and International Relations. In: CARLSNAES, W.; RISSE, T.; SIMMONS, B. A. (Hrsg.), Handbook of International Relations. London. S. 177-191.

BANCHOFF, T. (1999a): German Identity and European Integration. In: European Journal of International Relations. 5. (3). S. 259-289.

BANCHOFF, T. (1999b): German Policy toward the European Union. The Effect of Historical Memory? In: German Politics. 6. (1). S. 60-76.

BANCHOFF, T. (1999c): The German Problem Transformed. Institutions, Politics, and Foreign Policy 1945-1995. Ann Arbor MI: University of Michigan Press.

BARING, A. (1988): Das europäische Deutschland vor neuen Herausforderungen. In: GUIDO, M. (Hrsg.): Deutschland und der Westen. Internationale Beziehungen im 20. Jahrhundert. S. 333-342.

BARING, A. (1991): Deutschland, was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler. Berlin: Siedler.

BARING, A. (1994): Germany's New Position in Europa: Problems and Perspektives. Oxford.

BARING, A. (1997): Scheiter Deutschland? Abschied von unseren Wunschwelten. Stuttgart.

BARING, A. (2006): Deutschlands Rolle in der Welt. Deutschlands Fundament- die USA. In: GÜNTHER, H.; ECKHARD, J. (Hrsg.): 15 Jahre deutsche Einheit. Deutsch-deutsche Begegnungen, deutsch-deutsche Beziehungen. Berlin. S. 93-106.

BASTIAN, K. (2006): Die Europäische Union und Russland Multilaterale und bilaterale Dimensionen in der europäischen Außenpolitik. Wiesbaden.

BAUMANN, R. (2001): Germany and the Use of Military Force. „ Total War“ the „Culture of Restraint“ and the Quest of Normality. In: WEBBER, D. (Hrsg.): New Europe, New Germany, Old Foreign Policy? German Foreign Policy Since Unification, London, S. 61-83.

BAUMANN, R. (2005): Der Wandel des deutschen Multilateralismus. Verschiebungen im außenpolitischen Diskurs in den 1990er Jahren. In: ULBERT, C.; WELLER, C. (Hrsg.): Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik. Wiesbaden. S. 99-126.

BAUMANN, R. (2006): Der Wandel des deutschen Multilateralismus. Eine diskursanalytische Untersuchung deutscher Außenpolitik. Baden- Baden.

BAUMANN, R. (2007): Multilateralismus: Die Wandlung eines vermeintlichen Kontinuitätselements der deutschen Außenpolitik. In: JÄGER, T.; HÖSE, A.; OPPERMANN, K. (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen. 1. Aufl. Wiesbaden. S. 442-461.

BAUMANN; R.; RITTBERGER, V. und WAGNER, W. (1999): Macht und Machtpolitik. Neorealistische Außenpolitiktheorie und Prognosen über die Außenpolitik des vereinten Deutschland. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen. 6. (2). S. 245-286.

BAUMANN; R.; RITTBERGER, V. und WAGNER, W. (2001): Neorealist Foreign Policy Theory. In: RITTBERGER, V. (Hrsg.): German Foreign Policy since Unification. Theorie and Case Studies. Manchester. S. 37-67.

BÉHAR, P. (1994): Zentraleuropa im Brennpunkt. Analysen und Perspektiven einer kontinentalen Geopolitik. Graz u.a.

BERGER, T. U. (1996): Norms, Identity, and National Security in Germany and Japan. In: KATZENSTEIN, P. J. (Hg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York: Columbia University Press. S. 317-356.

BERGER, T. U. (1998): Cultures of Antimilitarism. National Security in Germany and Japan. Baltimore - London: Johns Hopkins University Press.

BERGSTEN, F. C. (1990): America and Europe. Clash of Titans? In: Foreign Affairs 69. (2). S. 20-34.

BERGSTEN, F. C. (1992): The Primacy of Economics. In: Foreign Affairs. 23. (87). S. 3-24.

BERNINGER, K.; JÄGER, T. (2017): Die amerikanisch-deutschen Beziehungen. In: JÄGER, T. (Hrsg.): Die Außenpolitik der USA. Eine Einführung. Wiesbaden. S. 307-323.

BIERLING, S. (1999): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen. Oldenbourg Wissenschaftsverlag. München.

BIERLING, S.; STEILER, I. (2011): Die deutsche Amerikapolitik. In: JÄGER, T.; HÖSE, A.; OPPERMANN, K. (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen. 2. Aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden. S. 630-647.

BOEKLE, H.; RITTBERGER, V.; WAGNER, W. (2001): Soziale Normen und normgerechte Außenpolitik. Konstruktivistische Außenpolitiktheorie und deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft. 11. (1). S. 71-103.

BOESLER, K.A. (1983): Politische Geographie. Stuttgart

BOESLER, K.A. (1997): Neue Ansätze der Politischen Geographie und Geopolitik. In: Erdkunde. 51. (49). S. 309-317.

BOLSINGER, E. (2009): Europäische Macht und Strategie in einer multipolaren Welt. Die Politik des Euro-Gaullismus. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. 2.326 – 349.

BRACHER, K. D. (1993): Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus. 7. Aufl. Köln; ders. (1983) 11. - 13. Tsd. Frankfurt a.M. [u.a.] : Ullstein.

BRACHER, K.D. (1982): Referat. In: Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.): Deutscher Sonderweg- Mythos der Realität?. München. S. 46-53.

BRANDT, W. (1958): Willy Brandt in einem Vortrag vor der Steuben-Schurz-Gesellschaft in Berlin. 17. Januar 1958.

BREDOW, W.V. (2004): Machtpolitikresistenztestanordnungsproblem: In: WeltTrends: 43. (Sommer). S. 18-22.

BREDOW, W.V. (2008): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. 2. Aufl. Wiesbaden.

BREDOW, W.V. (2009): Führung als Mitgestaltung. Die Unausweichlichkeit einer aktiven deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. 2. S. 234–254.

BREDOW, W.V.; JÄGER, T. (1991): Neue Deutsche Außenpolitik. Alte Herausforderungen und neue Probleme. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 41. (1/2). S. 27-38.

BREDOW, W.V.; JÄGER, T. (1993): Neue deutsche Außenpolitik. Nationale Interessen in internationalen Beziehungen. Opladen.

BRILL, H. (1992): Politische Geographie in Deutschland. In: Zeitschrift für Politik. 39. (1). S. 86-109.

BRILL, H. (1993a): Deutschland im geostrategischen Kraftfeld der Super- und Großmächte (1945-1990). In: GRO?HEIM, M.; WIE?MANN, K.; ZIETELMANN, R. (Hrsg.): Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland. Berlin. S. 259-276.

BRILL, H. (1993b):Geopolitik und Geostrategie. In: Österreichische Militärische Zeitschrift. 5. 393-398.

BRILL, H. (1994a): Geopolitik heute. Deutschland Chance?. Frankfurt am Main.

BRILL, H. (1994b): Ein zaudernder Partner in der Führung. USA erwarten von Deutschland endlich die Übernahme geopolitischer Verantwortung. In: ders. Geopolitische Analysen. Beiträge zur deutschen und internationalen Sicherheitspolitik. (1974-2004). Bissendorf. 2005. S. 147-149.

BRILL, H. (1997): Geokultur – ein neuer Faktor der Weltpolitik?. Samuel P. Huntington und seiner Kritiker. S. 499-506. In: ders. Geopolitische Analysen. Beiträge zur deutschen und internationalen Sicherheitspolitik. (1974-2004). Bissendorf. 2005. S. 289-307.

BRILL, H. (1998): Geopolitik in der Diskussion. In: Zeitschrift für Politik. 45. (2). S. 205-219.

BRILL, H. (2002): Strategische Allianzen in der internationalen Politik. Unilateralismus versus Multipolarität. In: Österreichische Militärische Zeitschrift. 40. (5). S. 539-546.

BRILL, H. (2004): Geopolitisches Denken in den internationalen Beziehungen. In: Zeitschrift für Politik. 51. (2). S. 210-219.

BRILL, H. (2008a): Geopolitik und deutsche Ostpolitik. In: WeltTrends. 65. S. 33-46.

BRILL, H. (2008b): Geopolitische Analysen. Beiträge zur deutschen und internationalen Sicherheitspolitik (197-2008). 2. Aufl. Biblio Verlag. Bissendorf.

BRILL, H. (2008c): Geopolitische Motive und Probleme des europäischen Einigungsprozesses. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 58. (32). S. 41-46.

BRÖSSLER, D. (2011): Die Außenpolitik von Merkel und Westerwelle. Deutschland, das Riesenbaby der Weltpolitik. Ein Kommentar von Daniel Brössler. In: Süddeutsche Zeitung. 12. April 2011.

BRUNS, W. (1991): Deutschland Suche nach einer neuen außenpolitischen Rolle. In: Deutschland-Archiv. 24. (7). S. 715-724.

BRZEZINSKI, Z. (2003): Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Weinheim.

BRZEZINSKI, Z. (2003/2004): Hegemonic Quicksand . In: The National Interest. 20. 74. S. 5-16.

BRZEZINSKI, Z. (2004): The Choice. Clobal Domination or Global Leadership. New York.

BUCK, F. (1992): Deutschlands Aufgabe im Osten. Die Hanse als Vorbild wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Tübingen.

BUCK, F. (1994): Deutschlands Zukunft am Beginn des 3. Jahrtausends im Fadenkreuz der Geopolitik. In: Kongress-Protokoll. Schicksalsjahr 1994. Wandel tut not! 5. Gesamtdeutscher Kongreß. Oberboihingen. S. 60-69.

BUCK, F. (1996): Geopolitik 2000. Weltordnung im Wandel. Deutschland in der Welt am Vorabend des 3. Jahrtausends. Frankfurt am Main.

BUCK, F. (1998): Geopolitische Überlegungen zur künftigen Rolle Deutschlands in Europa. Die Bundesrepublik als Faktor im politischen Kraftfeld. In: KNÜTTER, H.H. (Hrsg.): Europa ja – aber was wird aus Deutschland? Auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. Tübingen. S. 347-267.

BÜLOW, B.V (1897): Deutschlands Platz an der Sonne. In: Fürst Bülow Reden nebst urkundlichen Beiträgen zu seiner Politik. Bd.1 (1897-1903). (Hrsg.): PENZLER, J. (1907). Berlin. S. 6-8.

CALIC, M.J. (2007): Ex-Jugoslawien. In: SCHMIDT, S.; HELLMANN, G.; WOLF, R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden. S. 468-481.

CLARK, C. (2008): Wilhelm II. Die Herrschaft des letzten deutschen Kaisers. München.

CLARK, I. (1999): Globalization and International Relations Theory. Oxford University Press.

CLINE, R. S. (1993): The Power of Nations in the 1990s. A Strategic Assessment. Lanham; New York. London: University Press of America.

CLINE, R. S. (1977): World Power Assessment 1977. Boulder, Col.: Westview Press.

COHEN, S. B. (1990): The World Geopolitical System in Retrospect and Prospect. In: Journal of Geography. 89. (1). S. 2-12.

COHEN, S. B. (1991): Global Geopolitical Change in the Post-Cold War Era. In: Annals of the Association of American Geographers. 81. (4). S. 551-580.

ÇOPUR, B. (2018): Deutsch-türkische Beziehungen im Spiegel außenpolitischer Paradigmenwandel der Türkei (1998-2018). In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. 11. S. 135–148.

CRAWFORD, B. (1996): Explaining Defection from International Cooperation. Germany’s Unilateral Recognition of Croatia. In: World Politics. 48. (4). S. 482-521.

CRAWFORD, B.; HALFMANN, J. (1992): Germany's Role in Europe's Security Future. In: Dies. (Hrsg.): The Future of European Security. Berkeley: U.C. Berkeley International and Area Studies. S. 216-249.

CZEMPIEL, E. O. (1993): Weltpolitik im Umbruch. Das nationale System nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, 2. Aufl. München.

CZEMPIEL, E. O. (2004): Internationale Beziehungen. Begriff, Gegenstand und Forschungsabsicht. In: KNAPP, M.; KRELL, G. (Hrsg.): Einführung in die internationale Politik. Studienbuch. München. S. 2-28.

CZEMPIEL, E.O. (2002): Die amerikanische Weltordnung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 48. S. 3-7.

DAASE, C. (2015): Die Innenpolitik der Außenpolitik. Eine Bilanz der Außen- und Sicherheitspolitik der schwarz-gelben Koalition 2009-2013. In: ZOHLNHÖFER, R.; SALLFELD, T. (Hrsg.): Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013. Wiesbaden. S. 554-580.

DALBY, S. (1990): American security discourse. The persistence of geopolitics. In: Political Geography Quarterly. 9. (2). S. 171-188.

DALBY, S. (1991): Critical Geopolitics. discourse, difference and dissent. In: Environment and planning. Society and Space. 9. S. 261-283.

DALBY, S. (1998): Geopolitics, Knowledge and Power at the End of Century. In: The Geopolitics Reader. O' TUATHAIL, G.; DALBY, S. (Hrsg.). Routledge. London. New York.

DALBY, S.; O' TUATHAIL, G. (1996): The critical geopolitic constellation. Problematizin fusions of geographical knowledge and power. In: Political geography. 15. S. 451-456.

DASSE. C. (2010): Die Englische Schule. In: SCHIEDER, S.; SPINDLER, M. (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. 3. Aufl. Opladen. S. 255- 280.

DAUDERSTÄDT, M. (1996): A Comparison of the Assistance Strategies of Western Donors. In: Transformation, Leipziger Beiträge zu Wirtschaft und Gesellschaft 3. S. 37-58.

DAUDERSTÄDT, M. (2000): Die wirtschaftliche Integration der Beitrittsländer: zwischen neuer Abhängigkeit und vorweggenommener Mitgliedschaft. In: LIPPERT, B. (Hrsg.): Osterweiterung der Europäischen Union – die doppelte Reifeprüfung. Bonn. S. 287-309.

DAUDERSTÄDT, M. (2007): Mittel- und Osteuropa. In: SCHMIDT, S.; HELLMANN, G.; WOLF, R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden. S. 422-435.

DETLEFS, G. (1998): Deutschlands Herausforderung im Zeitalter der Globalisierung. Geopolitik für das 21. Jahrhundert. Tübingen.

DEVETAK, R. (2005a): Critical Theory. In: SCOTT, B.; LINKLATER, A.; DEVETAK, R.; DONNELLY, J.; PATERSON, M.; REUES-SMIT, C. and TRUE, J. (Hrsg.): Theories of International Relations. Third edition. London, S. 137-159.

DEVETAK, R. (2005b): Postmodernism. In: SCOTT, B.; LINKLATER, A.; DEVETAK, R.; DONNELLY, J.; PATERSON, M.; REUES-SMIT, C. and TRUE, J. (Hrsg.): Theories of International Relations. Third edition. London. S. 161-187.

DIJKINK, G. (1996): National Identity and Geopolitical Visions. Map of Pride and Pain. London.

DIJKINK, G. (1998): Geopolitical Codes and Popular Representations. In: Geojournal.46. S. 293-299.

DINER, D. (1984): Grundbuch des Planeten. Zur Geopolitik Karl Haushofer. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 32. 1. S. 1-28.

DINER, D. (1987). (Hrsg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit. Frankfurt am Main.

DODDS, K. (1994): Geopolitics and Foreign Policy: Recent Development in Anglo-American Political Geography and International Relations. In: Progress in Human Geography. 18. (2). S. 186-208.

DODDS, K. (2005): Global Geopolitics. A critical introduction. Harlow.

DONNELLY, J. (2005): Realism. DEVETAK, R. (2005): Critical Theory. In: SCOTT, B.; LINKLATER, A.; DEVETAK, R.; DONNELLY, J.; PATERSON, M.; REUES-SMIT, C. and TRUE, J. (Hrsg.): Theories of International Relations. Third edition. London. S. 29-52.

DUFFIELD, J. S. (1998): World Power Forsaken. Political Culture, International Institution, and German Security Policy after Unification. Standford.

DUFFIELD, J. S. (1999): Political Culture and State Behavior. Why Germany Confounds Neorealism. In: International Organization. 53. (4). S. 765-803.

DWOROK, G. (2015): *„Historikerstreit“* und Nationswerdung : Ursprünge und Deutung eines bundesrepublikanischen Konflikts. Böhlau Verlag. Köln.

EBELING, F. (1994): Geopolitik. Karl Haushofer und seine Raumwissenschaft 1919-1945. Berlin.

European Union Trade and Investment. (2014). In: trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/january/tradoc_152062.pdf

FALKE, A. (2007): Die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen. In: In: SCHMIDT, S.; HELMANN, G.; WOLF, R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden. S. 367-374.

FLINT, C.; Taylor, P. J. (2007): Political Geography: World - Economy, Nation - State and Locality. Harlow: Pearson Education Limited.

FLINT, C. (2011): Introduction to Geopolitics. 2. Auflg. Routledge. New York.

FLINT, C.; ADDUCI, M.; CHEN, M.; CHI, S.H. (2009): Mapping the Dynamism of the United States' Geopolitical Code: The Geography of the State of the Union Speeches, 1988–2008. In: Geopolitics. 14. S. 604–629.

FLINT, C.; TAYLOR, P.J. (2007): Political Geography. World-economy, nation-state and locality. Harlow.

FREUDENSTEIN, R. (2004): Die deutsch-polnische Streitgemeinschaft. In: Deutsch-Polnisches Magazin DIALOG. 17. Jg. H. 65. S. 38-40.

FRÖHLICH, S. (2006): Außenpolitik: Mehr als nur ein Stilwechsel? In: Gesellschaft Wirtschaft Politik. Sonderheft. S. 221-237.

FRÖHLICH, S. (2008a): Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung. Wiesbaden.

FRÖHLICH, S. (2008b): Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der EU. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. S. 15-21.

FRÖHLICH, S. (2016): Leitlinien der US-amerikanischen Außenpolitik. In: LAMMERT, C.; SIEWERT, M. B.; VORMANN, B. (Hrsg.): Handbuch Politik USA. Wiesbaden. S. 523-540.

FRÖHLICH, S. (2017): Die transatlantischen Beziehungen. In: JÄGER, T. (Hrsg.): Die Außenpolitik der USA. Eine Einführung. Wiesbaden. S. 289-306.

FUKUYAMA, F. (1989): The End of History? In: National Interest. 5. (16). S. 3-18.

FUKUYAMA, F. (1989/1990): A Replay to my Critics. In: National Interest. 5. (18). S. 21-28.

FUKUYAMA, F. (1992): Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München.

FÜRST, H. (2008): Deutschland, Polen und die GASP:Ambivalente Interessenlage in Mitteleuropa?. In: In: JÄGER, T.; DYLLA, D. W. (Hrsg.): Deutschland und Polen Die europäische und internationale Politik. Wiesbaden. S. 81-100.

GADDIS, J. L. (1982): Strategies of Containment: A Critical Appraisal of Postwar American National Security Policy. Oxford University Press. Oxford.

GAREIS, S. B. (2010): Die Außen- und Sicherheitspolitik der Großen Koalition. In: BUKOW, S.; SEEMANN, W. (Hrsg.): Die Große Koalition. Regierung-Politik-Parteien 2005-2009. Wiesbaden. S. 228-243.

GAREIS, S. B. (2011): Militärische Auslandseinsätze und die Transformation der Bundeswehr. In: JÄGER, T.; HÖSE, A.; OPPERMANN, K. (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen 2. aktualisierte und erweiterte Auflag. Wiesbaden. S. 148-170.

GAUCK, J. (2014): Rede von Bundespräsident Dr. h. c. Joachim Gauck zur Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz am 31. Januar 2014 in München. https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2010-2015/2014/02/11-2-bpr-sicherheitskonferenz.html. Bulletin Nr. 11-2 der Bundesregierung.

GEBHARDT, H.; REUBER, P.; WOLKERSDORFER; G. (2003): Kulturgeographie – Leitlinien und Perspektiven. In: GEBHARDT, H.; REUBER, P.; WOLKERSDORFER; G. (Hrsg.): Kulturgeographie Aktuelle Ansätze und Entwicklungen. Spektrum Akademischer Verlag Heidelberg . Berlin. S. 1-31.

GEISS, I. (1991): Geographie und Mitte als historische Kategorien. Anmerkung zu einem Aspekt des "Historikerstreit". In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. 39. (10). S. 979-994.

GEPPERT, D.; WENGST u. (2005): Neutralität - Chance oder Chimäre?: Konzepte des Dritten Weges für Deutschland und die Welt 1945-1990.In: GEPPERT, D.; WENGST u. (Hrsg.): Neutralität - Chance oder Chimäre?: Konzepte des Dritten Weges für Deutschland und die Welt 1945-1990. München. S. 9-16.

GEYER, M. (1984): Deutsche Rüstungspolitik 1860 bis 1980. Frankfurt am Main. Suhrkamp.

GIEßMANN, H. J. (2008): Mehr Zwietracht als Eintracht? Deutschland, Polen und die europäische Sicherheit. In: JÄGER, T.; DYLLA, D. W. (Hrsg.): Deutschland und Polen Die europäische und internationale Politik. Wiesbaden. S. 35-56.

GILLESSEN, G. (1993): Deutschland im weltpolitischen Umbruch. Berlin.

GILPIN, R. (1981): War and Change in World Politics. Cambridge. Cambridge University Press.

GILPIN, R. (1987): The Political Economy of International Relations. 1. Aufl. Princeton University Press

GILPIN, R. (1988): The Theory of Hegemonic War. In: Journal of International History. 18. S. 591-613.

GLASZE, G.; GÖPFERT, M. (2008): critical geopolitics als neue Perspektive der Politischen Geographie. Ein szenisches Spiel zum Erlass-Konflikt im 19. Und 20. Jh. Für Geographieunterricht. In: Praxis Geographie. 7-8. S. 28-33.

Gordon, P. H. (1994): „Berlin's Difficulties. The Normalization of German Foreign Policy". In: Orbis. 38. (2). S. 225-243.

GRABAU, M. (2018): Gas Games. Der Wandel der europäischen Erdgasaußenpolitik infolge der Ukraine-Krise. Wiesbaden.

GREGORY, D. (1994): Geographical Imagination. Cambridge.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. In: https://www.bundestag.de/grundgesetz.

Grundsatzprogramm der CDU 2007. In: https://www.cdu.de/.../071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf

Grundsatzprogramm der CSU 2016. In: https://www.csu.de/common/.../CSU_Grundsatzprogramm_Parteitag_MUC_2016_ES.pdf.

Grundsatzprogramm der FDP 2012. In: https://www.fdp.de/files/408/Karlsruher_Freiheitsthesen.pdf.

Grundsatzprogramm der Grünen 2002: In: https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/.../Grundsatzprogramm-2002.pdf.

Grundsatzprogramm der SPD 2007. In: https://www.spd.de/fileadmin/.../Grundsatzprogramme/hamburger_programm.pdf.

GU; X. (2010): Theorien der Internationalen Beziehungen. 2. Aufl. Oldensburg.

GUÉROT U. (2012): Eine deutsche Versuchung: östliche Horizonte? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 62. (10). S. 9-16.

GUÉROT U.; WITT, A. (2004): *„Europas neue Geostrategie“*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 17. S. 6-12.

HABERMAS, J. (1995): Das deutsche Sonderbewußtsein regeneriert sich von Stunde zu Stunde. In: ders.: Die Normailtät einer Berliner Republik. Kleine Politische Schriften VIII. Frankfurt a.M. S. 74-78.

HABERMAS, J. (2004): Hat die Konstitutionalisierung des Völkerrechts noch eine Chance?, In: Ders.: Der gespaltene Westen. Kleine politische Schriften X. Frankfurt a.M. S. 113-178.

HACKE, C. (1988): Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart.

HACKE, C. (1996): Nationales Interesse als Handlungsmaxime für die Außenpolitik Deutschlands. In: KAISER, K.; Krause, J. (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik. Bd.3: Interessen und Strategien. München. S. 3-13.

HACKE, C. (1997): Die neue Bedeutung des nationalen Interesses für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 47. (1/2). S. 3-14.

HACKE, C. (2002a): Die Außenpolitik der Regierung Schröder/Fischer: Zwischenbilanz und Perspektiven. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 48. S. 7-16

HACKE, C. (2002b): Die Vision einer atlantischen Zivilisation. In: MEIER-WALSER, R.C.; LUTHER, S. (Hrsg.): Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung. München. S. 243-255.

HACKE, C. (2003a): Außen- und Sicherheitspolitik. In: MÜNKLER, H. (Hrsg.): Politikwissenschaft. Ein Grundkurs. Reinbek bei Hamburg. S. 324-373.

HACKE, C. (2003b): Zu viel Theorie? Zu wenig Geschichte? Ein kritisches Zwischenbild der Disziplin der Internationalen Beziehungen in Deutschland. Hamburg.

HACKE, C. (2003c): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder. Berlin.

HACKE, C. (2004a): Deutschland, Europa und der Irakkonflikt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 53. (24/25). S. 8-16.

HACKE, C. (2004b): Deutschland darf nicht Juniorpartner Frankreichs bleiben. Das Land muss zu seiner klassischen Gleichgewichtspolitik zwischen Paris und Washington zurückfinden. In: Die Welt. 14.07.2004. S. 6.

HACKE, C. (2004c): Die außenpolitische Doktorin der USA nach dem 11. September: Die deutsch-amerikanischen Beziehungen im Zeichen des Krieges gegen den Terror und der Irakkrise: In: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte. 8. (1). S. 167-178.

HACKE, C. (2004d): Paradigmenwechsel? Deutschland, Europa und die transatlantische Krise im Lichte der Irak-Krise. In: VARWICK, J.; KNELANGEN, W. (Hrsg.): Neues Europa – alte EU? Fragen an den europäischen Integrationsprozess. Opladen. S. 373-384.

HACKE, C. (2005a): Die Außenpolitik der Regierung Schröder/ Fischer. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 55. (32/33). S. 9-15.

HACKE, C. (2005b): Das Modell eines neutralen wiedervereinten Deutschlands und die Zeitenwende 1989/90. In: GEPPERT, D.; WENGST u. (Hrsg.): Neutralität – Chance oder Chimäre? Konzepte des Dritten Weges für Deutschland und die Welt 1945-1990. München. S. 275-288.

HACKE, C. (2012): Zivilmacht ohne Zivilcourage?. In: MEIER-WALSER, R.; WOLF, A. (Hrsg.): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Anspruch, Realität, Perspektiven. München. S. 87-101.

HAFTENDORN, H. (1983): Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955-1982. Nomos Verlagsgesellschaft.

HAFTENDORN, H. (2001): Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung. Stuttgart.

HAFTENDORN, H. (2004): Sicherheitspolitik im strategischen Dreieck „Berlin, Paris, Washington“. In: Politische Vierteljahresschrift. 45. (1). S. 1-8.

HAFTENDORN, H. (2005): Das Atlantische Bündnis in der Anpassungskrise. SWP-Studie. Februar 2005.

HAFTENDORN, H. (2012): Maximen deutscher Außenpolitik – Von den Regierungen Kohl über Schröder zu Merkel. In: MEIER-WALSER, R.; WOLF, A. (Hrsg.): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Anspruch, Realität, Perspektiven. München. S. 15-27.

HAHN, K.E. (1995): Westbindung und Interessenlage. Über die Renaissance der Geopolitik. In: SCHWILK, H.; SCHACHT u. (Hrsg.): Die selbstbewusste Nation. An schwellender Bocksagesang und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte. Frankfurt am Main. S. 327-344.

HAMILTON, D. S. (2005): Transforming the Transatlantic Partnership. In: JÄGER, T.; HÖSE, A.; OPPERMANN, K. (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit – Wirtschaft– Öffentlichkeit. Wiesbaden. S. 513-522.

HANRIEDER, W. F. (1989): Germany, America, Europe. Forty Years of German Foreign Policy. New Haven. Yale University Press.

HANRIEDER, W. F. (1995), Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1994. 2. Aufl. Paderborn.

HARNISCH, S. (2009): DIE AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITIK DER GROßEN KOALITION. Beitrag für die Autoren-Tagung: "Bilanz der Großen Koalition". Bremen, Haus der Wissenschaft. 26.-27. März 2009 Institut für Politische Wissenschaft Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. S. 1-30.

HARNISCH, S. (2010a): Die Außen- und Sicherheitspolitik der Regierung Merkel. Eine liberale Analyse der Großen Koalition. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. 3. S. 59-83.

HARNISCH, S. (2010b): Die Große Koalition in der Außen- und Sicherheitspolitik: die Selbstbehauptung der Vetospieler. In: EGLE, C.; ZOHLNHÖFER, R. (Hrsg.): Die zweite Große Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005 –2009. Wiesbaden. S. 503-529.

HARNISCH, S. und MAULL, H. W. (2001a): Conclusion: Learned ist Lesson well? Germany as a Civilian Power ten years after Unification. (Hrsg.): Germany as Civilian Power?. The Foreign Policy of the Berlin Republic. Manchester.

HARNISCH, S.; MAULL, H. W. (Hrsg.) (2001b): Germany as a Civilian Power? The Foreign Policy of the Berlin Republic. Manchester: Manchester University Press.

HARNISCH, S.; SCHIEDER, S. (2006): Germany's New European Policy. Weaker, Leaner, Meaner. In: MAUL, H.W. (Hrsg.): Germany's Uncertain Powers. Foreign Policy of the Berlin Republik. Basingstoke. S. 95-108.

HARVEY, D. (1990): The Condition of Postmodernity. An Enquiry into the Origins of Cultural Change. Oxford. Blackwell.

HATTENDORF, J. B. (1990): A Bibliography of The Works of Alfred Thayer Mahan. Naval War College. Hitorical Monograph Series. Nr. 7. 2. Aufl.

HAUSHOFER, K. (1934a): Raumüberwindende Mächte. Leipzig.

HAUSHOFER, K. (1934b): Weltpolitik von heute. Berlin.

HAUSHOFER, K. (1937): Weltmeere und Weltmächte. Berlin. Zeitgeschichte Verlag.

HAUSHOFER, K. (1941):Wehr-Geopolitik. Geographische Grundlagen einer Wehrkunde. Berlin.

HAUSHOFER, K. ; OBST, E.; LAUTENSACH, H.; MAULL, O. (1928): „Bausteine zur Geopolitik". Berlin.

HEBERER, T.; SENZ, A. (2011): Die deutsche Chinapolitik. In: JÄGER, T.; HÖSE, A.; OPPERMANN, K. (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden. S. 673- 692.

HEDENSKOG, J. (2014): Ukraine – A Background. In: GRANHOLM, N.; MALMINEN, J.; PERSSON, G. (Hrsg.): A Rude Awakening, Ramifications of Russian Aggression Towards Ukraine. Stockholm: FOI.

HEILMANN, S. (2007): Volksrepublik China. In: SCHMIDT, S.; HELMANN, G.; WOLF, R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden. S. 580-590.

HEINISCH, L. (2004): Die Außenpolitik Gustav Stresemanns in der deutschen Geschichtsschreibung. Diplomica.

HELLMANN, G. (1999): Machtbalance und Vormachtdenken sind überholt: Zum außenpolitischen Diskurs im vereinigten Deutschland. In: MEDICK-KRAKAU, M. (Hrsg.): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden. Nomos. S. 97-126.

HELLMANN, G. (2002): Deutschland in Europa: Eine symbiotische Beziehung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 48. S. 24-32.

HELLMANN, G. (2004a): Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik. Ein Plädoyer für offensiven Idealismus. In: WeltTrends . 42. (12). S.79-88.

HELLMANN, G. (2004b): Von Gipfelstürmern und Gratwanderern: *„ Deutsche Wege"* in der Außenpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 54. (11). S. 32-40.

HELLMANN, G. (2006): Lamed Power. Germany and Integration of European Integration. In: HELMANN, G. (Hrsg.): Germany's EU Policy on Asylum and Defense. DE-Europeanization by Default?. Hampshire. S. 156-184.

HELLMANN, G. (2007): „...um diesen deutschen Weg zu Ende gehen zu können". Die Renaissance machtpolitischer Selbstbehauptung in der zweiten Amtszeit der Regierung Schröder-Fischer. In: EGLE, C.; ZOHLNHÖFER, R. (Hrsg.): Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005. Wiesbaden. S. 453-479.

HELLMANN, G. (2012): Europa spricht deutsch – Die wachsende Macht der Berliner Republik und ihre Tücken. In: MEIER-WALSER, R.; WOLF, A. (Hrsg.): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Anspruch, Realität, Perspektiven. München. S. 15-27.

HELLMANN, G. (2015): Im offensiven Mittelfeld – Deutschlands neue Spielmacher-Rolle in der europäischen Politik. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. 8. S. 473-491.

HELLMANN, G.; WAGNER, W.; BAUMANN, R. (2006b): Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung. 1. Aufl. Wiesbaden.

HELLMANN, G.; WAGNER, W.; BAUMANN, R. (2014): Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung. 2. Aufl. Wiesbaden.

HELLMANN, G; WOLF, R; SCHMIDT, S. (2007): Deutsche Außenpolitik in historischer und systematischer Perspektive. In: SCHMIDT, S.; HELMANN, G.; WOLF, R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden. S. 15-46.

HELMIG, J. (2007): Geopolitik – Annährung an ein schwieriges Konzept. In: Aus Politik und Zeitgeschichte.20-21. S. 31-37.

HELMIG, J. (2008): Metaphern in geopolitischen Diskursen. Raumrepräsentationen in der Debatte um die amerikanische Raketenabwehr. Wiesbaden.

HENEGHAN, T. (2000): Unchained Eagle: Germany after wall. Michigan.

HERBORTH, B. (2015): Werte – Interessen – Entscheidungen. Paradoxien einer Außenpolitik ohne Anti-Obdachlosen-Stachel. In: Zeitschrift für Sicherheits- und Außenpolitik. 8. (S1). S. 259-271

HILDERBAND, K. (1987): Der deutsche Eigenweg. Über das Problem der Normalität der modernen Geschichte Deutschlands und Europas. In: FUNKE, M.; JACOBSEN, H-A.; KNÜTTER, H-H.; SHWARZ, H.P. (Hrsg.): Demokratie und Diktator. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. S. 15-34.

HILDERBAND, K. (1994a): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1989. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. 45. (10). S.611-625.

HILDERBAND, K. (1994b): Deutsche Außenpolitik 1871-1918. (= Enzyklopädie deutscher Geschichte. Bd. 2). München.

HILDERBAND, K. (1995): Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler. Stuttgart.

HILL, C. (2003): The Changing Politics of Foreign Policy. London. Palgrave Macmillan.

HILLGRUBER, A. (1980): Die gescheiterte Großmacht. Eine Skizze des deutschen Reiches 1871-1945. Düsseldorf.

HILLGRUBER, A. (1983): "Revisionismus": Kontinuität und Wandel in der Außenpolitik der Weimarer Republik. In: Historische Zeitschrift. Bd. 237. (3). S. 597-621.

HILZ, W. (2009): Kontinuität und Wandel deutscher Außenpolitik nach 1990. In: Informationen zu politischen Bildung. Bpb. 304. (3). S. 33-51.

HILZ, W. (2017): Deutsche Außenpolitik. Verlag W. Kohlhammer. Stuttgart.

HIPPLER, J. (2012): Perspektiven der internationalen Politik im 21. Jahrhundert. Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 62. (10). S. 27-33.

HOFFMANN, N. (2012): Renaissance der Geopolitik? Die deutsche Sicherheitspolitik nach dem Kalten Krieg. Wiesbaden.

HÖHN, K.H. (2011): Geopolitics and the Measurement of National Power. Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades an der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Hamburg.

HUNTINGTON, S. P. (1993a): The clash of civilization?. In: Foreign Affairs. 72. (3). S. 22-49.

HUNTINGTON, S. P. (1993b): Why International Primacy Matters. In: International Security. 17. (4). S. 68-83.

HUNTINGTON, S. P. (1998): Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München.

HUNTINGTON, S. P. (1999): The Lonely Power. In: Foreign Affairs. 78. (2). S. 35-49.

HUNTINGTON, S. P. (2003): America in the World. In: The Hedgehog Review. 5. 1. S. 7–18.

HYDE-PRICE, A. (2000): Germany and European Order: Enlarging NATO and the EU. Manchester University Press.

HYDE-PRICE, A. (2001): Germany and European Order: Enlarging NATO and the EU. Manchester University Press.

ILLING, F. (2017): Die Eurokrise. Analyse der europäischen Strukturkrise. 2. Aufl.

ISMAYR, W. (2007): Bundestag. In: Schmidt, S; Hellmann, G; Wolf, R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden. S. 175-191.

JÄGER, T.; BECKMANN, R. (2011): Die internationalen Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik. In: JÄGER, T.; HÖSE, A.; OPPERMANN, K. (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen. 2. Aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden. S. 15-43.

JANNING, J & GIERING, C. (2001): Flexibilisierung als Option deutscher Europapolitik. In: Institut für Europäische Politik (Hrsg.): Neue deutsche Europapolitik. Bonn . S. 670-700.

JANNING, J. (1996): Deutschland und die Europäische Union: Integration und Erweiterung. In: KAISER, K.; KRAUSE, J. (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik. Band 3. Interessen und Strategien. München. S. 31-54.

JANNING, J. (2005a): Bundesrepublik Deutschland. In: WEIDENFELD, W.; WESSELS, W. (Hrsg.): Jahrbuch der europäischen Integration 2004/05. Baden-Baden. S. 311-318.

JANNING, J. (2005b): Leadership Coalitions and Change: The Role of States in the European Union. In: International Affairs. 4. S. 821-833.

JANNING, J. (2016): SUCHE NACH GESTALTUNGSMACHT. Deutschlands Außenpolitik in Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 66 Jahrgang. 28-29. S. 13-18. HELLMANN, G.; WAGNER, W.; BAUMANN, R. (2006): Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung. Wiesbaden.

JANNING, J.; GIERING, C. (1997): Mythos der Erweiterungsfähigkeit. Die EU vor ihrer ersten Osterweiterung. In: Internationale Politik. 11. S. 31-38.

JANNING, J.; GIERING, C. (2002): Flexibilisierung als Option deutscher Europapolitik. In: SCHNEIDER, H.; JOPP, M.; SCHMALZ u. (Hrsg.): Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen – Problemfelder – Optionen. Bonn. S. 667-694.

JOCHUM, M. (2007): Bundespräsident. In: Schmidt, S; Hellmann, G; Wolf, R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden. S. 169-174.

KAGAN, R. (2003): Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung. Berlin.

KAGAN, R. (2004): Amercia's Crisis of Legitimacy. In: Foreign Affairs. 83. 2.2 S. 65-87.

KAGAN, R. (2005): The Illusion of 'Managing' China. In: The Washington Post. May 15.

KAGAN, R. (2008): Die Demokratie und ihre Feinde. Wer gestaltet die neue Weltordnung? Bonn.

KAIM, M. (2013): Deutschland und das internationale Konfliktmanagement in Mali. In: Stiftung für Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit. 8. S. 1-4.

KAISER, K. (2015): Deutsche Außenpolitik in der Verflechtungsfalle. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. 8. S. 35–43.

KALININ, I. (2015): Gesinnung oder Verantwortung in der Russlandpolitik?. Deutsche Außenpolitik angesichts der politischen Kultur Russlands. Wiesbaden.

KALLINICH, D.; SCHULZ, F. (2015): Eine Regierungsbilanz der schwarz-gelben Koalition 2009 – 2013. Erklärungsarmer Pragmatismus. In: KORTE, K-R. (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2013 Analysen der Wahl-, Parteien-,Kommunikations- und Regierungsforschung. Wiesbaden. S. 431-456.

KÄMPER, V. (2015): Ausländische Presse zur Flüchtlingskrise Vorbild Deutschland. In: Spiegel Online. http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingskrise-auslaendische-medien-loben-deutschland-als-vorbild-a-1050931.html.

KAPLAN, R. (2005): How we would fight China, in: The Atlantic Monthly. June.

KAPPEL, R. (2012): Deutschland und die neuen Gestaltungsmächte. In: GIGA Focus. (2). S. 1-7.

KARP, R. (2005): The New German Foreign Policy Consensus. In: The Washington Quarterly. 29 (1). S. 61-82.

KATZENSTEIN, P. J. (1997a): Tamed Power: Germany in Europe. Cornell University Press.

KATZENSTEIN, P. J. (1997b): United Germany in an Integrating Europa. In: ders. (Hrsg.): Tamed power. Germany in Europa. Ithaca. NY: Cornell University Press. S. 1-48.

KATZENSTEIN, P.J. (1976): International Relations and Domestic Structures. Foreign Economic Policies of Advanced Industrial States. In: International Organization, 30/1, S. 1-45.

KATZENSTEIN, P.J. (Hrsg.) (1996): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics. New York. S. 317-356.

KATZENSTEIN, P.J. (2000): Gezähmte Macht: Deutschland in Europa. In: KNODT, M.; KOHLER-KOCH, B. (Hrsg.): Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung, Frankfurt a.M./New York, S. 57-84.

KAUDER, V. (2011): Rede von Volker Kauder (Fraktionsvorsitzender der CDU). 24. Parteitag der CDU Deutschlands am 14. und 15. November 2011 in Leipzig.

KAUFMANN, Y.; ZAUNER, M. (2003/04): Europäische Deutsche und deutsche Europäer – Identitätswandel im Zuge der europäischen Integration. Bericht aus dem POK IV WS.

KELLER, P.; GLEICHMANN, M. (2016): 3. Adenauer-Konferenz zur Rolle Deutschlands in der internationalen Sicherheitspolitik. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. 9. S.139–144.

KELLER, P.; MALTÉ, A. (2018): *Die Rolle Deutschlands in der internationalen Sicherheitspolitik*. Ein Bericht zur 5. Konrad-Adenauer-Konferenz vom 20. November 2017 in Berlin. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. 11. S. 113–118.

KELLY, P. (2006): A Critique of Critical Geopolitics. In: Geopolitics. 11.(1,). S. 24-53.

KEMPIN, R. (2012): Die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Vernunftehe vor dem Aus?. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. 5. S. 203-214.

KERSKI, B. (2007): Polen. In: In: SCHMIDT, S.; HELMANN, G.; WOLF, R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden. S. 405-421.

KHANNA, P. (2008a): The Second World. World empires and influence in the new global world order. New York.

KHANNA, P. (2008b): Waving Goodbye to Hegemony. In: The New York Times Magazine. 27.01.2008. https://www.nytimes.com/2008/01/27/magazine/27world-t.html.

KIRSTE, K.; MAULL, H. W. (1996): Zivilmacht und Rollentheorie. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen. 3. Jahrgang. 2. S. 283-312.

KISS; L. J. (1994): The Federal Republic and Central and Eastern Europe: German-Hungarian Relations and Europe. In: SZEMLER, T. (Hrsg.): Relations between Germany and East Central Europe until 2000: Prospects and Policy Options. Proceedings of the International Conference, trends in World Economy .75. Budapest. S. 22-34.

KISSINGER, H. (2004): Amerika fokuisert längst Asien. In: Welt am Sonntag. 11.07.2004.

KISSINGER, H. (2014a): Weltordnung. 1. Aufl. Bertelsmann. München.

KISSINGER, H. (2014b): Henry Kissinger on the Assembly of a New World Order: The Concept That Has Underpinned the Modern Geopolitical Era Is in Crisis. In: Wall STREET JOURNAL. ONLINE. 29.08.2014.

KISSINGER, H. (2016): „Trump muss sich erst mal informieren“. In: ZEIT ONLINE. 23.11.2016. S.1-3.

KJELLE′N, R. (1924): Der Staat als Lebensform. Berlin

KLEINE-BROCKHOFF, T.; MAULL, H. W. (2011): Der überforderte Hegemon. Ziele und Grenzen deutscher Macht. In: Internationale Politik. 6. S. 50-61.

Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD. (2005): Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit. 11. November 2005. http://www. bundesregierung.de/Content/DE/__Anlagen/koalitionsvertrag.

Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD. (2013): Deutschlands Zukunft gestalten. 14. Dezember 2013. Berlin. https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf.

KOCKA, J. (1988): German History before Hitler. The Debate about German „Sonderweg". In: Journal of Contemporary History. 23.1. S. 3-16.

KOCKA, J. (1992):Ende des deutschen Sonderweges?. In: RUPPERT, W. (Hrsg.): „Deutschland, bleiche Mutter" oder eine neue Lust an der nationalen Identität?. Berlin. S. 9-32.

KOHL, H. (1982): Am 19. November 1982 auf einem Empfang des Diplomatischen Korps in Bonn.

KOHL, H. (1992): Grundsatzrede auf dem 3. Parteitag der CDU am 27. Oktober 1992 in Düsseldorf.

KOHL, H. (1996): Rede anläßlich der Verleihung des Eric-M.-Warburg-Preises der Atlantik-Brücke am 18. Juni 1996 in Berlin.

KOHL, H. (1997): Erklärung zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1997. Bulletin der Bundesregierung. Nr. 27. 8. April 1997.

KORTE, K. R. (2007): Bundeskanzleramt. In: Schmidt, S; Hellmann, G; Wolf, R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden. S. 203-209.

KOST, K. (1988): Die Einflüsse der Geopolitik auf Forschung und Theorie der Politischen Geographie von ihren Anfängen bis 1945. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der politischen Geographie und ihrer Terminologie unter besonderer Berücksichtigung von Militär- und Kolonialgeographie. Bonn.

KRASNER, S. D. (1993): Power, Polarity, and the Challenge of Disintegration. In: HAFTENDORN, H.; TUSCHOFF, C. (Hrsg.): America and Europe in an Era of Change, Boulder, Colo.Westview. S. 21-42.

KRAUS, H. A. (1990): "Großeuropa". Eine Konföderation vom Atlantik bis Waldiwostock. München.

KRAUS, H. A.; SCHULAK, G. (2003): Europa mit Russland vereint- Eine Vision für das 21. Jahrhundert. Wien.

KRAUSE, J. (2000): Deutschland und die Kosovo-Krise. In: Bayerische Landeszentrale für Politische Bildung: Der Kosovo-Konflikt. Ursachen – Akteure – Verlauf, München. S. 395-416.

KRAUSE, J. (2005): Auf der Suche nach einer Grand Strategy. Die deutsche Sicherheitspolitik seit der Wiedervereinigung. In: Internationale Politik. S. 16-25.

KRAUTHAMMER, C. (1991): The Unipolar Moment. In: Foreign Affairs, America and the World. 70. S. 23-33.

KRISTOF, L.K.D (1960): The Origin and evolution of geopolitics. In: Journal of Conflict Resolution. 4 (1). S. 15-51.

KRONENBERGE. V. (2009): Grundzüge deutscher Außenpolitik 1949-1990. In: Informationen zu politischen Bildung. Bpb. 304. (3). S. 14-32.

KRÜGER, P. (1985): Die Außenpolitik der Republik von Weimar. Darmstadt.

KUGLER, J. (2006): The Asian Ascent: Opportunity for Peace or Precondition for War?. In:

KÜSTERS, H. J. (2005): Von der beschränkten zur vollen Souveränität Deutschlands. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 17. (25). S. 3-9.

LACOSTE, Y. (1990): Geographie und Politisches Handeln. Perspektiven einer neuen Geopolitik. Berlin.

LACOSTE, Y. (1994): Für eine neue und umfassende Konzeption der Geopolitik. In: Welttrends. Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien. 2 (4). S 21-24.

LAPPENKÜPER u. (2008): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990. Enzyklopädie deutscher Geschichte. Band 83.

LASSWELL, H. D. & KAPLAN, A. (1950): Power and Society: A Framework for Political Inquiry. New Haven: Yale University Press

LAUFER, H.; MÜNCH u. (1998): Das föderative System der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.

LAYNE, C. (1993): The Unipolar Illusion: Why New Powers Will Rise. In: International Society. 17. (4). S. 5-51.

LAYNE, C. (2007): The Peace of Illusions: American Grand Strategy from 1940 to the Present. Cornell Studies in Security Affairs.

LIAO, H.; DONG, W.; LIU, H.; GE, Y. (2015): Towards Measuring and Visualizing Sustainable National Power— A Case Study of China and Neighboring Countries. In: ISPRS International Journal of Geo-Information. 4. S. 1672- 1692.

LINK, W. (1986): Die Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt 1969-1974. In: BRACHER, K.D.; JÄGER, WERNER, L. (Herg.): Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt. Stuttgart. S. 163-284.

LINK, W. (1988): Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert. Stuttgart.

LINK, W. (1989): Gesamteuropäische Kooperationsansätze und Perspektiven. In: HAUNGS, P. (Hrsg.): Europäisierung Europas?. Badem-Baden. S. 123.142.

LINK, W. (1991): Handlungsmaximen deutscher Außenpolitik im neuen internationalen System. In: Jahrbuch für Politik. 1. (1). S. 77-102.

LINK, W. (1998): Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. München.

LINK, W. (1999a): Aspekte der Kollektivhegemonie in der internationalen Politik. In: WEILEMANN, P.R.; KÜSTERS, J.; BUCHSTAB, G. (Hrsg.): Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz. Paderborn. S. 517-528.

LINK, W. (1999b): Die Resistenz der Staatenwelt und die Fortdauer der machtpolitischen Logik im 21. Jahrhundert. In: REITER, E.; SCHÖPFER, G. (Hrsg.): Wortschaft und Sicherheitspolitik. Graz. S. 69-77.

LINK, W. (2000a): Deutschland im multipolaren Gleichgewicht der großen Mächte und Regionen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 50. (24). S. 22-30.

LINK, W. (2000b): Ordnungsentwürfe für Europa. In: KAISER, K.; SCHWARZ, H.P. (Hrsg.): Weltpolitik im neuen Jahrhundert. Bonn. S. 559-574.

LINK, W. (2001): Globalisierung als Regionalisierung – die Regionen und die großen Mächte. In: OBERREUTHER, H.; PIAZOLO, M. (Hrsg.): Global denken. Die Rolle des Staates in der internationalen Politik zwischen Kontinuität und Wandel. München. S. 169-179.

LINK, W. (2002a): Die Rolle des Nationalstaates im zukünftigen Europa. In: MEIMETH, M. (Hrsg.): Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration. Deutsche und französischen Perspektiven. Opladen. S. 311-332.

LINK, W. (2002b): Der international Wandel und die Europapolitik des vereinigten Deutschland. In: SCHNEIDER, H. (Hrsg.): Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen – Problemfelder – Optionen. Bonn. S. 153-169.

LINK, W. (2002c): Integration, Kooperation und das „Gleichgewicht“ in Europa. In: MEIER-WALSER, R. C.; LUTHER, S. (Hrsg.): Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung. München. S. 61-70.

LINK, W. (2004a): Grundlinien der außenpolitischen Orientierung Deutschlands. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 54. (11). S. 3-9.

LINK, W. (2004b): Kooperative Balancepolitik. Deutsch-französische Zusammenarbeit als Kern europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. In: Die Politische Meinung.50. 8412). S. 37-42.

LINK, W. (2004c): Hegemonie und Gleichgewicht der Macht. In: Mir Ferdowsi. (Hrsg.): Sicherheit und Frieden zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Konzeptionen – Akteure – Regionen. München. S. 43-61.

LINK, W. (2006): Auf dem Weg zu einem neuen Europa. Herausforderungen und Antworten. Baden-Baden.

LINK, W. (2007a): Die Überwindung der Spaltung Europas und die transatlantischen Beziehungen. In: SCHMIDT, S.; HELMANN, G.; WOLF, R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden. S. 125-142.

LINK, W. (2007b): Europa ist unentbehrlich: Plädoyer für ein europäisches Deutschland. In: JÄGER, T.; HÖSE, A.; OPPERMANN, K. (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen. Wiesbaden. S. 585-595.

LINK, W. (2014): Gemeinsame Führung und die Kultur der Zurückhaltung in der deutschen Außenpolitik. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. Wiesbaden: VS Springer.8. S. 289-312.

LINK, W. (2015): Gemeinsame Führung und die Kultur der Zurückhaltung in der deutschen Außenpolitik. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. 8. S. 289-312.

LIPPUNER, R.; LOSSAU, J. (2004): In der Raumfalle. Eine Kritik des Spatial Turn in den Sozialwissenschaften. In: MEIN, G.; RIEGER-LADICH, M. (Hrsg.): Soziale Räume und kulturelle Praktiken. Über den strategischen Gebrauch von Medien. Bielefeld. S. 47-63.

LÖSCH, A. (1962): Die räumliche Ordnung der Wirtschaft. Stuttgart.

LOSSAU, J. (2000a): Für eine Verunsicherung des geographischen Blickes. Bemerkung aus dem Zwischen-Raum. In: Geographica Hevetica. 55. (1). S. 23-30.

LOSSAU, J. (2000b): Anders Denken. Postkolonialismus, Geopolitik und politische Geographie. In: Erdkunde. 54. (2). S. 157-168.

LOSSAU, J. (2000c): Postkoloniale Geopolitik – eine Contraditio ind adjectio?. In: BLOTEVOGEL, H.H.; OßENBRÜGGE, J.; WOOD, G. (Hrsg.): Lokal verankert – weltweit vernetzt. 52. Deutscher Geographentag Hamburg. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen. Stuttgart. S. 570-577.

LOSSAU, J. (2001a): Anderes Denken in der Politischen Geographie. Der Ansatz der Critical Geopolitics. In: REUBER, P.; WOLERSDORFER, G. (Hrsg.): Politische Geographie. Handlungsorintierte Ansätze und Critical Geopolitics. Heidelberg. S. 57-75.

LOSSAU, J. (2001b): Die Politik der Verortung. Eine postkoloniale Reise zu einer anderen Geographie der Welt. Heidelberg.

LOSSAU, J. (2001c): Gegenwartsdiagnosen als Problem der Sozialwissenschaften. In: Geographische Zeitschrift. 89. (4). S. 237-248.

LOSSAU, J. (2002): Politische Geographie und Geopolitik. Bemerkungen zu einem (un-) bestimmbaren Verhältnis. In: Erdkunde. 56. 81). S. 73-81.

LOSSAU, J. (2003): Doppelter Mythos – Das modern Weltbild zwischen Partikularismus und Universalismus. In: GEBHARDT, H.; KIESEL, H. (Hrsg.): WEltbilder. Berlin. S. 347-366.

LOSSAU, J. (2007): „Mind the gap". Bemerkungen zur gegenwärtigen Raumkonjunktur aus kulturgeographischer Sicht. In: GÜNZEL, S. (Hrsg.): Topologie. Zur Raumbeschreibung in den Kultur- und Medienwissenschaften. Bielefeld. S. 53-68.

LOSSAU, J. (2008): Räume von Bedeutung. Spatial turn, cultural turn und Geographie. In: CZÁKY, M.; LEITGEB, C. (Hrsg.): Kommunikation, Gedächtnis, Raum. Bielefeld.

LUTTWAK, E. N. (1990): From Geopolitics to Geo-Economics. Logic of Conflict. Grammar of Commerce. In: The National Interest. 6. (37). S. 17-23.

LUTTWAK, E. N. (1993): The Coming Global War for Economic Power. In: The International Economy. 7. (5). S. 18-22.

LUTTWAK, E. N. (2000): Turbokapitalismus. Gewinner und Verlierer der Globalisierung. Hamburg.

MACKINDER, H. J. (1998): The Geographical Pivot of History. In: O' TUATHAIL, G. und DALBY, S. Routledge (Hrsg.): The Geopolitics Reader. London. New York. S. 27-31.

MACKINDER, H.J. (1904): The Geographical Pivot of History. In: Geographical Journal. 23. (4). S. 421-437.

MACKINDER, H.J. (1919): Democratic Ideals and Reality. A study in the politics of reconstruction. New York. 1996.

MAGENHEIMER, H. (1991): Renaissance der Geopolitik. Deutschland und Mitteleuropa 1890-1990. In: Österreichische militärische Zeitschrift. 29. (2). S. 131-139.

MAHAN, A. T. (1967): Der Einfluß der Seemacht auf die Geschichte 1660- 1812. Überarbeitet und herausgegeben von Gustav Adolf, Herford.

MAHAN, A.T. (1897): The Interest of America in Sea Power, Present and Future. Boston

MAHAN, A.T. (1905): Sea Power in its Relations to the War of 1812. New York.

MARKOVITS, A. S.; REICH, S. (1998): Das deutsche Dilemma. Die Berliner Republik zwischen Macht und Machtverzicht. Berlin.

MARX, K. (1852) : Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: WEYDEMEYER, J. (Hrsg.): Die Revolution. Eine Zeitschrift in zwanglosen Heften. 1. Heft. New York

MASALA, C. (2008): Möglichkeiten einer Neuorientierung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 43. S. 22-27.

MASALA, C. (2018): Das internationale System im 21. Jahrhundert und Deutschlands Platz in ihm. In: HILZ, W.; NÖTZOLD, A. (2018): Die Zukunft Europas in einer Welt im Umbruch. Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Beate Neuss. Wiesbaden. S. 333-352.

MASALA, C.; SAUER, F.; WILHELM, A. (2010). (Hrsg.): Handbuch der Internationalen Politik. Wiesbaden.

MASTANDUNO, M. (1999): Preserving the Unipolar Moment: Realist Theories and U.S. Grand Strategy after the Cold War. In: KAPSTEIN, E. B.; MASTANDUNO, M. (Hrsg.): Unipolar Politics. New York. Columbia University Press. S. 218-260.

MATTISSEK, A.; REUBER, P. (2004): Die Diskursanalyse als Methode in der Geographie – Ansätze und Potentiale. In: Geographische Zeitschrift. 92. (4). S. 227-242.

MATZNETTER, J. (1977): Politische Geographie. Darmstadt.

MAULL, H. W. (1990a): Germany and Japan: The New Civilian Powers. In: Foreign Affairs, 69, 5. S. 91-106.

MAULL, H. W. (1990b): Japan, Deutschland und die Zukunft der internationalen Politik. In: THIEß, J.; VAN WELL, G. (Hrsg.): Auf der Suche nach der Gestalt Europas. Festschrift für Wolfgang Wagner, Bonn.

MAULL, H. W. (1992): Zivilmacht Deutschland. Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik. In: Europa Archiv. 43. (10). S. 1245-1256.

MAULL, H. W. (2000): Germany and the Use of Force, Still a „Civilian Power“?, In: Survival. 42. (2). S. 56-80.

MAULL, H. W. (2001): Außenpolitische Kultur. In: KORTE, K-R.; WEIDENFELD, W. (Hrsg.): Deutschland Trendbuch, Fakten und Orientierungen (= Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Band 375). Bonn.

MAULL, H. W. (2002): Die Außenpolitik der rot-grünen Koalition: Kontinuität und Wandel, In: WAGNER, W. et al. (Hrsg.): Die Internationale Politik 1999/2000 (= Jahrbücher der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik). München.

MAULL, H. W. (2004a): "Die schleichende Krise der deutschen Außenpolitik: Plädoyer für eine Remedur". Essay für eine Sendereihe des Deutschlandfunks mit dem Titel: "Für

eine bessere Außenpolitik". In: DEUTSCHLANDFUNK – Köln im DeutschlandRadio Redaktion Hintergrund Kultur Thomas Zenke / Sabine Küchler / Hildegard Wenner. 01.08.2004.

MAULL, H. W. (2004b): „Normalisierung“ oder Auszehrung?. Deutsche Außenpolitik im Wandel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 54. (11). S. 17-24.

MAULL, H. W. (2004c): Deutsche Machtpolitik ohne Macht. In: WeltTrends. 43. (Sommer). S. 57-61.

MAULL, H. W. (2006a): Nationale Interessen ! Aber was sind sie?. Auf der Suche nach der Orientierungsgrundlagen für die deutsche Außenpolitik. In: Internationale Politik. S. 62-76.

MAULL, H. W. (2006b): Uncertain Power: German Foreign Policy into a New Century. In: MAULL, H. W. (Hrsg.): Germany: Uncertain Power. New York.

MAULL, H. W. (2014b): Deutschlands außenpolitische Kontinuität ist richtig. http://www.review2014.de/de. 02.Juli.2014. S. 1-7.

MAULL, H.M. (2014a): Deutsche Außenpolitik: zwischen Selbstüberschätzung und Wegducken. In: GIGA Focus. German Institut of Global and Area Studies. Aus Politik und Zeitgeschichte. 1. S. 1-7.

MAULL, H.W. (2003): Auf leisen Sohlen aus der Außenpolitik?. In: Internationale Politik. 58. (9). S. 19-30. In: ders. HARNISCH, S.; GRUND, C. (Hrsg.): Deutschland im Abseits?. Rot-grüne Außenpolitik von 1998 bis 2003. Baden- Baden

MAULL, H.W. (2007): Deutschland als Zivilmacht. In SCHMIDT, S.; HELLMANN, G.; WOLF, R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden. S. 73-84.

MAULL, H.W. (2011): Deutsche Außenpolitik: Orientierungslos. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft. 21. (1). S. 95-119.

MAULL, H.W. (2015): Deutsche Außenpolitik – Verantwortung und Macht. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. 8. S. 213-237.

MEARSHEIMER, J.J. (1990): Back to the Future: Instability in Europe after the Cold War. In: International Security. 15. (1). S. 5-56.

MEARSHEIMER, J.J. (2001): The Tragedy of Great Power Politics. New York.

MEARSHEIMER, J.J. (2005): Better to Be Godzilla than Bambi. Showing the United States the Door. It’s Not a Pretty Picture. In: Foreign Policy. January/February. S. 47-50.

MEIER-WALSER, R.; WOLF, A. (2012): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland – Kontinuität im Wandel? Eine Einführung. In: MEIER-WALSER, R.; WOLF, A. (Hrsg.): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Anspruch, Realität, Perspektiven. München. S. 5-13.

MEIER-WALSER, R.; WOLF, A. (2012): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland – Kontinuität im Wandel?. Eine Einführung. In: MEIER-WALSER, R.; WOLF, A. (Hrsg.): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Anspruch, Realität, Perspektiven. Berichte & Studien. 95. München. S. 5-15.

MENZEL U. (2001): Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen. Frankfurt am Main.

MENZEL U. (2004): Anarchie der Staatenwelt oder hegemoniale Ordnung?. In: WeltTrend 12. (44). S. 125-142.

MENZEL U. (2005): Imperium oder Hegemonie?. Die USA als hegemoniale Ordnungsmacht. Über Herfried Münklers „Imperien“. In: Kommune 23. (6). S. 64-72.

MENZEL U. (2010): Imperium oder Hegemonie?. In: Institute für Sozialwissenschaften, TU Braunschweig.

MERKEL, A. (2005): Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vor dem Deutschen Bundestag am 30. November 2005 in Berlin. In: https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2001_2007/2005/11/93-1_Merkel.html. Bulletin Nr. 93-1 der Bundesregierung.

MERKEL, A. (2007): Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 25. September 2007 in New York. In: https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2001_2007/2007/09/98-4-bk-new-york.html. Bulletin Nr. 98-4 der Bundesregierung.

MERKEL, A. (2010): Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Haushaltsgesetz 2010 vor dem Deutschen Bundestag am 17. März 2010 in Berlin. In: https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2010-2015/2010/03/27-1-bk-bt.html. Bulletin Nr. 27-1 der Bundesregierung.

MERKEL, A. (2011): Inhalt Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel am 26. Oktober 2011 in Brüssel vor dem Deutschen Bundestag am 26. Oktober 2011 in Berlin. In: https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2010-2015/2011/10/111-1-bk-bt.html. Bulletin Nr. 111-1 der Bundesregierung.

MERKEL, A. (2016a): Neujahrsansprache 2016 von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 31. Dezember 2015 über Hörfunk und Fernsehen. In: https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2016/01/01-1-bk-neujahr.html. Bulletin Nr. 01-1 der Bundesregierung.

MERKEL, A. (2016b): Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel beim CDU-Parteitag am 6. – 7. Dezember 2016 in Essen. In: https://www.cdu.de/system/tdf/media/.../bericht-cdu-vorsitzende-merkel-2016.pdf.

Merkel/Steinmeier“. In: WeltTrends. 67.17. Jahrgang. S. 91-99.

MERRITT, R. L. & ZINNES, D.A. (1988a): Alternative Indexes of National Power. In: STOLL, R. J. & WARD, M.D. (Hrsg.): Power in World Politics. Boulder. Lynne Rienner Publishers. S. 11−28.

MERRITT, R. L. & ZINNES, D.A. (1988b): Validity of Power Indices. In: International Interactions. 14. (2). S. 141−151.

MESSNER, D. (2011): Three waves of global change: the dynamics of global governance in the first half of the 21st century. In FUES, T.; YOUFA, L. (Hrsg.): Global governance and building a harmonious world: A comparison of European and Chinese concepts for international affairs. Bonn. German Development Institute.S. 9–38.

MESSNER, D. (2015): Deutschland als Gestaltungsmacht in der globalen Nachhaltigkeitspolitik – Chancen und Herausforderungen unter den Bedingungen „umfassender Globalisierung“. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. 8. S. 379–394.

MEYER, R. (2014): Europa zwischen Land und Meer. Geopolitisches Denken und geopolitische Europamodelle nach der „Raumrevolution“. Bonn University Press.

MÖBIUS, B. (2003): Die liberale Nation : Deutschland zwischen nationaler Identität und multikultureller Gesellschaft. Opladen.

MOLITOR, P. (2012): Partner in der Führung Die Deutschlandpolitik der Regierung Bush/Baker als Faktor amerikanischen Machterhalts 1. Aufl. Paderborn.

MORAVCSIK, A. (2005): Wege zur Stärkung des transatlantischen Bündnisses. In: JÄGER, T.; HÖSE, A.; OPPERMANN, K. (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit – Wirtschaft– Öffentlichkeit. Wiesbaden. S. 497-512.

MORGENTHAU, H. J. (1963): Macht und Frieden. Grundlage einer Theorie der Internationalen Beziehungen. Gütersloh.

MORGENTHAU, H. J. (1977): Internationale Politik: Der Kampf um die Macht. In: FREI, D. (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. 2. überarbeitete und ergänzte Auflage. München. S. 78-88.

MÜCK, K. (2017): „Wir schaffen das!“ Hat die Persönlichkeit Angela Merkels Einfluss auf ihre Flüchtlingspolitik?. In: GU, X.; OHNESORGE, H. W. (Hrsg.): Politische Persönlichkeiten und ihre weltpolitische Gestaltung Analysen in Vergangenheit und Gegenwart. Wiesbaden. S. 245-276.

MÜLLER. H. (1992): German Foreign Policy. After unification. In: PAULEL, Stares (Hrsg.): The new Germany and the New Europa. Washington DC.

MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, G. (2012a): Deutschland. Europas einzige Führungsmacht?. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 62.(10). S. 16 – 22.

MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, G. (2012b): Deutschland und die Außen- und Sicherheitspolitik der EU. In: MEIER-WALSER, R.; WOLF, A. (Hrsg.): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Anspruch, Realität, Perspektiven. München. S. 119-132.

MÜNCH, U. (2002): Föderalismus in Deutschland. In: Informationen zur politischen Bildung, Heft 275. S. 11-22.

MURPHY, A.B.; JOHNSON, C. M. (2004): German Geopolitics in Transition. In: Eurasian Geography and Economics. 45 (1). S. 1-17.

NEWNHAM, R.E. (1999): The Price of German Unity: The Role of Economic Aid in the German-Soviet Negotiations. In: German Studies Review. 22. (3). S. 421-446.

NEWNHAM, R.E. (2002): Deutsche Mark Diplomacy: Positive Economic Sanctions in German–Russian Relations. Penn State Press.

NYE, J. S. (2002): The Paradox of American Power. Oxford: Oxford University Press.

NYE, J. S. (2004): Soft Power. The Means to Success in World Politics. New York: Public Affairs.

NYE, J. S. (2007): Notes for a soft power research agenda. In Power in World Politics. Routledge. Oxford. UK. New York. NY. USA. S. 162–172.

NICLAUß, K. (2015): Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Angela Merkel. 3. Aufl. Wiesbaden.

NIEDHART, G. (2013): Die Außenpolitik der Weimarer Republik. Enzyklopädie deutscher Geschichte. Band 58. 3. aktualisierte und um einen Nachtrag erweiterte Auflage.

NIPPERDEY, T. (1992): Deutsche Geschichte 1866-1918. Vol. II: Machtstaat vor der Demokratie. München.

NISSEL, H. (2010): Kritische Geopolitik. Zur Neukonzeption der Politischen Geographie in der Postmoderne. In: ÖSTEREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT. Onlineausgabe. 1. S. 11-21.

NOLTE, D. (2006): Macht und Machthierarchien in den internationalen Beziehungen: Ein Analysekonzept für die Forschung über regionale Führungsmächte. In: GIGA-WP-29.

NOLTE, D. (2006): Macht und Machthierarchien in den internationalen Beziehungen: Ein Analysekonzept für die Forschung über regionale Führungsmächte. In: GIGA. WP.29.

NOLTE, E. (1987): Die Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte. In: (Hrsg.): „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. München. S. 39-47.

NONN, C. (2017): Das deutsche Kaiserreich: Von der Gründung bis zum Untergang. 1. Aufl. C.H.Beck.

NYE, J. S. (1990): The Changing Nature of World Power. In: Political Science Quarterly. 105. (2). S. 177−192.

O' TUATHAIL, G. (1992): Putting Mackinder in his Place: Material Transformations and Myth. In: Political Geography. 11. (1). S. 100-118.

O' TUATHAIL, G. (1994a): Critical geopolitics and development Theory: intensifying the dialogue. In: Transactions of the Institute of British Geographers. 19. S. 228-238.

O' TUATHAIL, G. (1994b): The critical reading, writing of geopolitics: Re-reading/writing Wittfogel, Bowman and Lacoste. In: Progress in Human Geography. 18. (3). S. 313-332.

O' TUATHAIL, G. (1996): Critical geopolitics. The politics of writing global space. London.

O' TUATHAIL, G. (1998): Postmodern geopolitics?. The modern geopolitical imagination and Beyond. In: O' TUATHAIL, G.; DALBY, S (eds.). Re- Thinking Geopolitics. London.

O' TUATHAIL, G. (1999): Understanding Critical Geopolitics. Geopolitics and Risk Society. In: GRAY, C. S.; SLOAN G. (Hrsg.): Geopolitics, geography and strategy. London. S. 107-124.

O' TUATHAIL, G. (2000): The Postmodern Geopolitical Condition: States, Statecraft, and Security at the Millennium. In: Annals of the Association of American Geographers. 90. (1). S. 166-178.

O' TUATHAIL, G. (2001): Geopolitik- zur Entstehungsgeschichte einer Disziplin. In: Geopolitik- Zur Ideologie Kritik politischer Raumkonzepte. Kritische Geographie (14). Wien.

O' TUATHAIL, G. (2004): Geopolitical Structures and Cultures. Towards Conceptual Clarity in the Study of Critical Geopolitics. In: TCHANTOURIDZ, L. (Hrsg.): Geopolitics. Global Problems and Regional Concerns. Winnipeg. S. 75-102.

O' TUATHAIL, G.; AGNEW, J. (1992): Geopolitics and discourse. Practical geopolitical reasoning in American foreign policy. In: Political Geography. 11 (2). S. 190-204.

O' TUATHAIL, G.; DALBY, S. (1994): Critical Geopolitics: Unfloding Space for Thought in Geography and Global Politics. In: Environment and Planning D: Society and Space. 12. (5). S. 513-514.

O' TUATHAIL, G.; DALBY, S. (1998): Introduction: Rethinking Geopolitics. Towards a Critical Geopolitics. In: Dies. (Hrsg.): Rethinking Geopolitics. London. S. 1-15.

OPPELLAND, T. (2007): Parteien. In: Schmidt, S; Hellmann, G; Wolf, R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden. S. 269-279.

OPPERMANN, K.; HÖSE, A. (2011): Die innenpolitischen Restriktionen deutscher Außenpolitik. In: JÄGER, T.; HÖSE, A.; OPPERMANN, K. (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen. 2. Aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden. S. 44-76.

OßENBRÜGGE, J. (1983): Politische Geographie als räumliche Konfliktforschung. Konzept zur Analyse der Politischen und soziologischen Organisation des Raumes auf der Grundlage anglo- amerikanischen Forschungsansätze. Hamburg. (Hamburger Geographie Studien. 40).

OßENBRÜGGE, J. (1993): Kritik der Geopolitik und Alternative. In: Geographische Zeitschrift. 81. S. 253-255.

OßENBRÜGGE, J. (1996): Die neuen Geopolitik und ihre Raumordnung. online unter http://www.geowiss.uni-hamburg.de/i-geogr/personal/ossenbruegge/polgeo/geopolitik.

OßENBRÜGGE, J. (1997a): Die Bedeutung des Territorialstaates im Prozeß der Globalisierung. Geoökonomie oder interregionale Verflechtung. In: EHLERS, E. (Hrsg.): Deutschland und Europa. Historische, politische und geographische Aspekte. Festschrift zum 51. Deutschen Geographentag. S. 247-263.

OßENBRÜGGE, J. (1997b): Die Renaissance der Politischen Geographie: Aufgaben und Probleme. In: HGG- Journal Nr. 11. S. 1-18.

OßENBRÜGGE, J. (2000): Entwicklungslinien der Politischen Geographie nach 1945. Konzeption der internationalen und globalen Maßstabebene. In: DIEKMANN, I.; KRÜGER, P. und SCHOEPS, J. H (Hrsg.): Geopolitik. Grenzgänge im Zeitgeist. Bd. 1.1. 1890 bis 1945. Potsdam. S. 383-403.

OßENBRÜGGE, J. (2001): Modernisierung der Belanglosigkeit oder Neubeginn einer kritischen Politischen Geographie?. Anmerkungen zur wissenschaftlichen Lage und zum Start eines Arbeitskreises. In: REUBER,P.; WOLKERSDORFER, G. (Hrsg.): Politische Geographie. Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics. Heidelberger Geographischer Arbeiten 112. Heidelberg.

OßENBRÜGGE, J.; SANDER, G. (1994): Zum Status der Politischen Geographie in einer unübersichtlichen Welt. In: Geographische Rundschau. 46 (12). S. 676-684.

OßENBRÜGGE, J.; SCHOLVIN, S. (2013): Renaissance der deutschen Geopolitik? In: Wissenschaft und Frieden. W & F Marburg. 31. (1). S. 15-19.

OSTERHAMMEL, J. (1998): Die Wiederkehr des Raumes. Geopolitik, Geohistorie und historische Geographie. In: Neue Politische Literatur. 43. (3). S. 374-397.

PAPAGIANNOPOULOS, I.; AGRIDOPOULOS, A. (2016): Einleitung: Griechenland und Europa in Zeiten der Krise. In: PAPAGIANNOPOULOS, I.; AGRIDOPOULOS, A. (Hrsg.): Staat – Souveränität – Nation. Griechenland im europäischen Kontext. Krise und Krisendiskurse. 1-11.

PARKER, W. H. (1982): Mackinder: Geography as an Aid to Statecraft. Oxford. Clarendon Press.

PEET, R. (1989): The Social Origin of Environmental Determinism. In: Annal of Association of American Geographer. 75 (3). S. 309-333.

PFEIL u. (2016): Zum Stand der deutsch-französischen Beziehungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte . 66. (48). S. 34-38.

PIAZOLO, M. (2006): Die Europäische Union als internationaler Machtfaktor. In: PIAZOLO, M. (Hrsg.): Macht und Mächte in einer multipolaren Welt. Wiesbaden. S. 209-248.

PICKLES, J. (1985): Phenomenology, Science and Geography: Spatially and the Human Science. Cambridge. Cambridge University press.

PLESSNER, H. (1974): Die verspätete Nation. Über die politische Verfügbarkeit bürgerlichen Geistes. Frankfurt am Main 1974.

PRADETTO, A. (2015): Ost-West-Beziehungen und deutsche Außenpolitik seit der Wiedervereinigung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 25 Jahre deutsche Einheit. 65 Jahrgang. 33-34. S. 46-54.

PÜTTNER, G. (2000): Verwaltungslehre – ein Studienbuch, 3. Aufl. München.

RAABE, S. G. (2010): Polen – Nachbar, Partner und Freund im Osten. Die deutsch-polnischen Beziehungen seit 1989. In: KAS- Auslandinformationen. 9. S. 7-33.

RAE, N.G.D. (2007): Reinventing Geopolitical Codes in the Post-Cold War World With Special Reference to International Terrorism. Thesis Submitted for the Degree of Doctor of Philosophy. Department of Geographical and Earth Sciences. University of Glasgow.

RAHR, A. (2002): Russland und die EU. In: MEIER-WALSER, R. M.; RILL, B. (Hrsg.): Russland. Kontinuität, Konflikt und Wandel. München. S. 317.125.

RAHR, A. (2004): Der kalte Frieden. Putins Russland und der Westen. Internationale Politik. 59. 3. S. 1-10.

RAHR, A. (2008): Russland gibt Gas. Die Rückkehr einer Weltmacht. München.

RAHR, A. (2009): Kein Europa ohne Russland. Moskau muss über eine strategische Partnerschaft in ein europäisches Bündnis eingeschlossen werden. In: Internationale Politik. 64.1. S. 45-50.

RASCHKE, J. (2004): Rot-grüne Zwischenbilanz. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 40. S. 25.31.

RATZEL, F. (1896): Die Gesetze des räumlichen Wachstums der Staaten. Ein Beitrag zur wissenschaftlichen politischen Geographie. In: MATZNETTER, J. (Hrsg.): Politische Geographie. Darmstadt (1977). S. 29-53.

RATZEL, F. (1897): Politische Geographie. München und Leipzig.

RATZEL, F. (1899):Anthropogeographie. Grundzüge der Anwendung der Erdkunde auf die Geschichte. Stuttgart.

RATZEL, F. (1900): Das Meer als Quelle der Völkergrösse. Eine politisch-geographische Studie. München.

RATZEL, F. (1903): Politische Geographie oder die Geographie der Staaten, des Verkehrs und des Krieges. München, Berlin und Oldenbourg.

RATZEL, F. (1903): Politische Geographie. München und Leipzig.

Ratzel, F. (1906): Kleine Schriften von Friedrich Ratzel. selected and edited by: HELMHOLT, H., Oldenbourg, Munich and Berlin.

RATZEL, F. (1923): Raumverhältnisse und Raumbewältigung. In: RATZEL, F. Erdenmacht und Völkerschicksal. Eine Auswahl aus seinen Werken. (Hrsg.): HAUSHOFER. C. (1940). Stuttgart. S. 137-148.

READING, B. (1995): The Fourth Reich. London.

REUBER, P. (2002): Die Politische Geographie nach dem Ende des Kalten Krieges – Neue Ansätze und aktuelle Forschungsfelder. In: Geographische Rundschau. 54. (7-8). S. 4-9.

REUBER, P.(2012): Politische Geographie. Paderborn.

REUBER, P.; WOLKERSDORFER, G. (2001a): Die neuen Geographien des Politischen und die neue Politische Geographie - eine Einführung. In: REUBER, P.; WOLKERSDORFER, G. (Hrsg.): Politische Geographie. Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics. Heidelberger Geographischer Arbeiten 112. Heidelberg. S. 1-16.

REUBER, P.; WOLKERSDORFER, G. (Hrsg.). (2001b): Politische Geographie. Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics. Heidelberger Geographischer Arbeiten 112. Heidelberg.

REUBER, P; WOLKERSDORFER, G. (2002): The Transformation of Europe and the German Contribution - Critical Geopolitics and Geopolitical. In: Geopolitics. 7 (3). S. 39-60.

REUBER, P; WOLKERSDORFER, G. (2004): Geopolitische Leitbilder als diskursive Konstruktion- konzeptionelle Anmerkungen und Beispiel zur Verbindung von Macht, Politik und Raum. In: GEBHARDT, H. und KIESEL, H. (Hrsg.): Weltbilder. Berlin. u.a. . S. 367-388.

RIEMER, A.K. (2006): Geopolitik und Strategie am Beginn des 21. Jahrhunderts. Theoretische Überlegungen. Frankfurt am Main.

RIEß, C. (2018): Die USA und Deutschland Eine unabkömmliche Partnerschaft im Zeichen von Globalisierung und Digitalisierung. In: HILZ, W.; NÖTZOLD, A. (2018): Die Zukunft Europas in einer Welt im Umbruch. Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Beate Neuss. Wiesbaden. S. 271-282.

RINKE, A. (2014): Wie Putin Berlin verlor, Moskaus Annexion der Krim hat die deutsche Russland-Politik verändert. In: Internationale Politik. 3. S. 33–45.

RINKE, A. (2015): Vermitteln, verhandeln, verzweifeln, Wie der Ukraine-Konflikt zur westlich-russischen Dauerkrise wurde. In: Internationale Politik. (1). S. 8–21.

RISSE, T. (1999): Identitäten und Kommunikationsprozesse in der Internationalen Politik – Sozialkonstruktivistische Perspektiven zum Wandel von Außenpolitik. In: MEDICK_KRAKAU, M. (Hrsg.): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive. Die USA und die Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden. S. 33-57.

RISSE, T. (2003): Deutsche Identität und Außenpolitik. In: https://www. userpage.fu-berlin.de/~atasp/texte/030113_identitaet_risse.pdf.

RISSE, T. (2004): Kontinuität durch Wandel: Eine „neue“ deutsche Außenpolitik?. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 54. (11). S. 24-32.

RISSE, T. (2007): Deutsche Identität und Außenpolitik. In: Schmidt, S; Hellmann, G; Wolf, R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden. S. 49-72.

RITTBERGER, V. (1992): Nach der Vereinigung Deutschlands Stellung in der Welt. In: Leviathan. 20 (12). S. 207-229.

RITTBERGER, V. (Hrsg.) (2001), German Foreign Policy since Unification. An Analysis of Foreign Policy Continuity and Change. Manchester: Manchester University Press.

RITTBERGER, V; VOLKER, A.; ROMUND, A. (2010): Grundzüge der Weltpolitik: Theorie und Empirie des Weltregierns. Wiesbaden.

RIZZO, R. (2016): Dem Sturm trotzen. Deutsche Außenpolitik in einer Zeit der Komplexität aus Sicht der USA. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 66 Jahrgang. 28-29. S. 19-25.

ROLOFF, R. (2001): Deutsche Europapolitik im Zeichen der Globalisierung. In: SCHNEIDER, H.; JOPP, M.; SCHMALZ u. (Hrsg.): Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen-Problemfelder-Optionen. Bonn: Europa Union Verlag. S. 171–194.

ROOS U. (2010): Deutsche Außenpolitik. Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln. Wiesbaden.

ROOS U. (2012): Deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. Zwischen ernüchtertem Idealismus und realpolitischem Weltordnungsstreben. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen. 19. (2). S. 7-40.

ROOS U.; RUNGIUS, C. (2016): Neue Macht, neue Mächte – gute Gründe? Rekonstruktion einer außenpolitischen Diskursoffensive in Deutschland. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. 9. S. 39-78.

ROTFELD, A. D. (1997): Polen und Mitteleuropa: Zwischen Deutschland und Russland. In: NIEDHART, G.; JUNKER, D.; RICHTER, M. W. (Hrsg.): Deutschland in Eueopa. Nationale Interessen und internationale Ordnung im 20. Jahrhundert. Mannheim. S. 131-147.

RUDISCHHAUSER, W.; KOLB, P.; MEHRER, A.; LUKAS, S.; PARADIES, M. (2018): Sicherheit in Europa – Hindernisse und Möglichkeiten einer europäischen Sicherheitspolitik. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. 11. S. 181–201.

RÜHL, L. (2007): Orientierung der deutschen Sicherheitspolitik. Auf Europa oder auf Amerika? In: JÄGER, T.; HÖSE, A.; OPPERMANN, K. (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen. Wiesbaden. S. 596–603.

RÜHL, L. (1996): Deutschland als europäische Macht. Nationale Interessen und internationale Verantwortung. Bonn: Bouvier.

RÜHL, L. (1997): Mythos Rapallo. In: Internationale Politik. 52.4. S. 53-54.

RÜHL, L. (2005): Das Reich des Guten. Machtpolitik und globale Strategie Amerikas. Stuttgart.

RULOFF, D.; SCHUBIGER, L. (2007): Kriegerische Konflikte: Eine Übersicht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 16. (17). S. 10-16.

SAALFELD, T.; ZOHLNHÖFER, R. (2015): Von der Wunschkoalition zur Krisengemeinschaft?. Eine Einleitung. In: ZOHLNHÖFER, R.; SALLFELD, T. (Hrsg.): Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013. Wiesbaden. S. 9-24.

SANDNER, G. (1993): Renaissance des geopolitischen Denkens in der Geographie. Versuchungen, Herausforderungen, Perspektiven. In: Geographische Zeitschrift. 81. (4). S. 248-252.

SANDSCHNEIDER, E. (2012): Deutschland: Gestaltungsmacht in Kontinuitätsfälle. In: Aus Politik und Zeitgeschichte . 62. (10). S. 3-9.

SARGENTICH, T.O. (1993): The Limits of the Parliamentary Critique of the Separation of Powers. In: William & Mary Law Review. 34. (3). S. 678-739.

SCHLÖGEL, K. (2003): IM RAUME LESEN WIR DIE ZEIT. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik. Carl Hanser Verlag München Wien.

SCHMALZ U. (2004): Deutschlands europäisierte Außenpolitik : Kontinuität und Wandel deutscher Konzepte zur EPZ und GASP. Wiesbaden.

SCHMALZ U. (2007): Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: EHRHART, H-G.; JABERG, S.; RINKE, B.; WALDMANN, J. (Hrsg.): Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik. Wiesbaden. S. 92-107.

SCHMIDT, D.; HELLMANN, S. (2012): Außenpolitik und Außenwirtschaft der Volksrepublik China. Wiesbaden.

SCHMIDT, S; HELLMANN, G; WOLF, R. (2007): Deutsche Außenpolitik in historischer und systematischer Perspektive. In: Schmidt, S; Hellmann, G; Wolf, R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden. S. 15-46.

SCHOLIK, N. (2014): Power-Projection vs Anti-Access/Area-Denial (A2/AD). Die operationellen Konzepte von U.S. Navy (USN) und Peoples Liberation Army Navy (PLAN) im Indo-Pazifischen Raum. In: ÖSTEREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT. Onlineausgabe. 4. S. 15-23.

SCHÖLLER, P. (1957): Wege und Irrwege der Politischen Geographie und Geopolitik. In: Erdkunde. 11. S. 1-20.

SCHÖLLGEN, G. (1992): Die Macht in der Mitte Europas. Stationen deutscher Außenpolitik von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart. München.

SCHÖLLGEN, G. (1993): Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik. Berlin.

SCHÖLLGEN, G. (1997): Geschichte als Argument. Was kann und was muss die deutsche Großmacht auf dem Weg ins 21. Jahrhundert tun?. In: Internationale Politik. 52. (2). S. 1-7.

SCHÖLLGEN, G. (1999): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München.

SCHÖLLGEN, G. (2004a): Der Auftritt. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne. Berlin.

SCHÖLLGEN, G. (2004b): Die Zukunft der deutschen Außenpolitik liegt in Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 54. (11). S. 9-16.

SCHÖLLGEN, G. (2005): Deutsche Außenpolitik in der Ära Schröder. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 55. (32/33). S. 3-8.

SCHÖLLGEN, G. (2013a): Deutsche Außenpolitik von 1815 bis 1945. München.

SCHÖLLGEN, G. (2013b): Deutsche Außenpolitik von 1945 bis zur Gegenwart. München.

SCHOLVIN, S. (2014): Geopolitik in den internationalen Beziehungen. In: GIGA Focus. 9. S. 1-8.

SCHÖRING, N.(2010): Neorealismus. In: SCHIEDER, S. und SPINDLER, M. (Hrsg.): Theorien der internationalen Beziehungen. 3. Aufl. Opladen. S.65-98.

SCHRÖDER, G. (1998): „Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen ...“. Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag, 10. November 1998. In: Bulletin, Nr. 74 (11. November 1998).

SCHRÖDER, G. (1999): Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur offiziellen Eröffnung des Sitzes der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik – „Außenpolitische Verantwortung Deutschlands in der Welt“. 02.09.1999.

SCHRÖDER, G. (2002): Keine Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 05.08.2002.

SCHRÖDER, H.J. (2011): From Division to Unity. The History of Fedral Republik of Germany. In: SEIDELMANN, R. (Hrsg.): The New Germany. History, Economy, Policies. S. 13-64.

SCHROER, M. (2006): Räume, Orte, Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raumes. Frankfurt am Main.

SCHROER, M. (2007): Grenzverschiebungen. Zur Neukonfiguration sozialer Räume im Globalisierungsprozesse. In: WÜRMANN, C.; SCHUEGRAF, M.; SMYKALLA, S. und POPPITZ, A. (Hrsg.): Welt, Raum, Körper. Transformationen und Entgrenzung von Körper und Raum. Bielefeld. S. 15-36.

SCHROER, M. (2008): *„Bringing space back in“*. Zur Relevanz des Raumes als soziologischer Kategorie. In: JÖRG, D. und TRISTAN; T. Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Bielefeld. S. 125-148.

SCHULLER, A. (2003): Wir brauchen das Imperium Americanum. Die multipolare Weltordnung ist eine Gefahr für den Frieden. Die Vereinigten Staaten müssen Hegemon der Menschheit werden. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung. 09.03.2003.

SCHULZ, H.D. (1999): Europa als geographisches Konstrukt. Jena.

SCHULZE, H. (1982): Die Deutschen und ihre Nation. Abschied von einem widerspruchslosen Geschichtsbild. In: ders. Wir sind was wir geworden sind. Vom Nutzen der Geschichte für die deutsche Gegenwart. München. u.a. 1987. S. 167-178.

SCHULZE, H. (1983): Europa und die deutsche Frage in historischer Perspektive. In: ders. Wir sind was wir geworden sind. Vom Nutzen der Geschichte für die deutsche Gegenwart. München. U.a. 1987. S. 31-45.

SCHULZE, H. (1990): Die Wiederkehr Europas. Berlin.

SCHULZE, H. (1998): Weimar. Deutschland 1917-1933. Berlin.

SCHWARZ, H.P. (1975): Die Politik der Westbindung oder die Staatsräson der Bundesrepublik. In: Zeitschrift für Politik. 22. (4). S. 307-337.

SCHWARZ, H.P. (1985): Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit. Stuttgart.

SCHWARZ, H.P. (1986): Adenauer. Der Aufstieg 1876-1952. Stuttgart.

SCHWARZ, H.P. (1994): Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne. Berlin.

SCHWARZ, H.P. (1995): Das deutsche Dilemma. In: KAISER, K.; MAULL, H.W. (Hrsg.): Deutschland neue Außenpolitik. Bd.1: Grundlagen. München. (= Internationale Politik und Gesellschaft. Bd. 59). S. 80-97.

SCHWARZ, H.P. (1997): Die Zentralmacht Europas gestern und heute – oder: Worin unterscheidet sich die Außenpolitik des wiedervereinigten Deutschlands von der des Deutschen Reiches?. In: EHLERS, E. (Hrsg.): Deutschland und Europa. Historische, politische und geographische Aspekte. Festschrift zum 51. Deutschen Geographentag Bonn 1997: „Europa in einer Welt im Wandel“. Bonn. S. 119-132

SCHWARZ, H.P. (2003): Von Elefanten und Bibern. Die Gleichgewichtsstörung deutscher Außenpolitik. In: Internationale Politik. 58. (5). S. 21-30.

SCHWARZ, H.P. (2005): Republik ohne Kompass. Berlins Außenpolitik ist orientierungslos: Eine Positionsbestimmung deutscher Interessen tut not. In: Internationale Politik. S. 46-53.

SCHWARZ, H.P. (2007): Amerika ist unentbehrlich. Plädoyer für ein atlantisches Deutschland. In: JÄGER, T.; HÖSE, A.; OPPERMANN, K. (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen. Wiesbaden. S. 569-584.

SCMALZ u. (2007): Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: EHRHART, H-G.; JABERG, S.; RINKE, B.; WALDMANN, J. (Hrsg.): Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik. Wiesbaden. S. 92-107.

SEEMANN, W. (2010): Die Gesetzgebungstätigkeit der zweiten Großen Koalition (2005-2009). In: BUKOW, S.; SEEMANN, W. (Hrsg.): Die Große Koalition. Regierung-Politik-Parteien 2005-2009. Wiesbaden. S. 43-58.

SEITZ, K. (2000): Die neue Welt der Geo-Ökonomie: Das globale Ringen um die technologische Vorherrschaft. In: KAISER, K.; SCHWARZ, H.P. (Hrsg.): Weltpolitik im neuen Jahrhundert. Bonn. S. 307-326.

SHWARZ, H.P. (1999): Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne. In: Internationale Politik 11. S. 1-10.

SLAUGHTER, A. M. (2011): The Reluctant Hegemon?. German Moves Center Stages in The European Union. In: Journal of Common Market Studies.49. S. 57-75.

SLAUGHTER, A. M. (2014): Deutschland als Mittlermacht im Zentrum Europas. http://www.review2014.de/de. 31. Mai.2014. S. 1-5.

SLOAN, S. R.; BORCHERT, H. (2005): Hard Power und Soft Power: Plädoyer für einen neuen Transatlantischen Vertrag. In: JÄGER, T.; HÖSE, A.; OPPERMANN, K. (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit – Wirtschaft– Öffentlichkeit. Wiesbaden. S. 523-536.

SMYSER, W. R. (1995): Das Ausland und die Außenpolitik des neuen Deutschland. In: Internationale Politik. 50. 4. S. 45-50.

SOMMER, T. (2018): Das Ziel ist die Welt. Eine Kolumne von Theo Sommer. Chinas Aufstieg sucht in der Geschichte der Menschheit seinesgleichen. Europa und der Westen sollten sich im Umgang mit der Weltmacht im Osten von drei Illusionen lösen. In: ZEIT ONLINE. 22.05.2018

SØRENSEN, G. (2001): Change in Statehood: The Transformation of International Relations. Basingstoke. New York. Palgrave Macmillan.

SØRENSEN, G. (2004): The Transformation of State: Byeond the Myth of retreat, Basingstoke. New York: Palgrave Macmillan.

SPANGER, H. J. (2005): Paradoxe Kontinuitäten: Die deutsche Russlandpolitik und die koalitionären Farbenlehren. HSFK-Report. 2005.

SPANGER, H.J. (2011): Die deutsche Russlandpolitik. In: JÄGER, T.; HÖSE, A.; OPPERMANN, K. (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden. S. 648- 672.

SPRANGER, H. J. (1999): Der Euro und die transatlantische Beziehungen. Eine geoökonomische Perspektive. In: Internationale Politik und Gesellschaft. 6. (2). S. 130-142.

SPRENGEL, R. (1995): Geopolitik in Frankreich und Deutschland. In: Dokument 51. (5). S. 417-423

SPRENGEL, R. (1996): Kritik der Geopolitik: Ein deutscher Diskurs 1914–1944. Berlin.

SPYKMAN, N. (1942): America's Strategy in World Politics. New York.

SPYKMAN, N.J. (1994): The Geography of Peace. New York.

STAACK, M. (2007): Deutschland als Wirtschaftsmacht. In: Schmidt, S; Hellmann, G; Wolf, R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden. S. 85-100.

STAACK, M. (2014a): Ohne Ziel und ohne Kompass? Anmerkungen zur neuen deutschen Außenpolitik. In: ders. Dan Krause (Hrsg.): Europa als sicherheitspolitischer Akteur. Opladen/Berlin/Toronto. S. 173-199.

STAACK, M. (2014b): Aktiver, globaler, engagierter? Deutschlands Außenpolitik nach der Euro-Krise. Erscheint in chinesischer Übersetzung in der Zeitschrift für Deutschlandstudien (Shanghai). Institut für Internationale Politik Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. S. 1-37.

STARK URRESTARAZU u. (2015): Neue Macht, neue Verantwortung, neue Identität? „Deutschlands Rolle in der Welt" aus identitätstheoretischer Perspektive. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. 8. S.173–195

STEINGART, G. (2006): Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München.

STEINMEIER, F-W. (2015a): Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, vor dem Ständigen Rat der OSZE am 2. Juli 2015 in Wien. https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2010-2015/2015/07/93-2-bmaa-osze.html. Bulletin Nr. 93-2 der Bundesregierung.

STEINMEIER, F-W. (2015b):“Grexit wäre „verheerendes Signal“. Im Gespräch mit dem Tagesspiegel am Sonntag. In: Süddeutsche Zeitung. 05.Juli. 2015.

STENT, A. (2007): Russland. In: SCHMIDT, S.; HELMANN, G.; WOLF, R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden. S. 436-454.

STRAUB, E. (2003): Kontinentalblock Eurasien. In: Sezession. 2.S. 8-13.

STÜRMER, M. (1983): Deutsche Identität. Auf der Suche nach der verlorenen Nationalgeschichte. In: ders. (1986): Dissonanzen des Fortschrittes. Essays über Geschichte und Politik in Deutschland. München. u.a. S. 201-209

STÜRMER, M. (1984): Zwei Staaten in Deutschland. Zwei deutsche Geschichten?. In: ders. (1986): Dissonanzen des Fortschrittes. Essays über Geschichte und Politik in Deutschland. München. u.a. S. 235.252.

STÜRMER, M. (1985a): Preußens Erbe an die Bundesrepublik. Entscheidung in Deutschland. In: ders. (1986): Dissonanzen des Fortschrittes. Essays über Geschichte und Politik in Deutschland. München. u.a. S. 253-264.

STÜRMER, M. (1985b): Mitten in Europa. Versuchung und Verdammnis der Deutschen. In: ders. (1986): Dissonanzen des Fortschrittes. Essays über Geschichte und Politik in Deutschland. München. u.a. S. 314-330.

STÜRMER, M. (1994): Die Grenzen der Macht. Begegnung der Deutschen mit ihrer Geschichte. München.

STÜRMER, M. (1995): Deutsche Interessen. In: KAISER, K.; MAULL, H. W. (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik. Bd. 1. Grundlagen. München. S. 39-61.

STÜRMER, M. (1998): Das ruhelose Reich. Deutschland 1866-1918. Berlin.

STÜRMER, M. (2001): Die Kunst des Gleichgewichtes. Europa in einer Welt ohne Mitte. Berlin.

STÜRMER, M. (2004): Die deutsche Außenpolitik nach dem 11. September und die USA. In: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte. 8. (1). S. 153-165.

STÜRMER, M. (2006): Welt ohne Weltordnung. Wer wird die Erde erben?. Hamburg.

STÜRMER, M. (2012): Berlin – Paris: Zwei Träume in einem Bett. In: MEIER-WALSER, R.; WOLF, A. (Hrsg.): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Anspruch, Realität, Perspektiven. München. S. 109-118.

SZABO, S. F. (2015): Vom potenziellen Führungspartner zur „Nein- Nation“. Deutschlands neue Außenpolitik aus einem Washingtoner Blickwinkel. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. 8. S. 437–450.

SZABO, S.F. (2007): Vereinigten Staaten von Amerika: Politische und Sicherheitsbeziehungen. In: SCHMIDT, S.; HELLMANN, G.; WOLF, R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden. S. 353-367.

TAYLOR, P. J. (1990): Britain and the Cold War: 1945 as Geopolitical Transition. London.

TAYLOR, P. J. (1993a): Geopolitical world orders. In: TAYLOR, P. J. (Hrsg.): Political Geography of the Twentieth Century: A Global Analysis. London. S.31-60.

TAYLOR, P. J. (1993b): Political Geography. Longman, Third Edition.

TAYLOR, P. J. (1994): The State as Container: Territoriality in the Modern World- System. In: Progress in Human Geography. 18. (2). S.151-162.

TAYLOR, P. J. (1999): Place, Space and Macy's: place–space tensions in the political geography of modernities. In: Progress in Human Geography. 23. (1). S. 7-26.

TAYLOR, P. J.; FLINT, C. (2000): Political Geography. Pearson Education

TEUTMEYER, B. (2014): Die Rollen der NATO in der Ukraine-Krise. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. 7. S. 431–440.

TILL, G. (2004): Seapower. A Guide fort he Twenty- First Century. London.

TREVERTON, G. F.; JONES, S. G. (2005): Measuring National Power. DTIC. Fairfax City. VA. USA.

ULLMANN, H.P. (1995): Das deutsche Kaiserreich 1871 – 1918. Frankfurt am Main.

ULLRICH, V. (1999): Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871-1918. Frankfurt a.M.

UMBACH, F. (2006): Multipolarität gestalten? Kritische Anmerkungen zur asiatischen und europäischen Debatte und die Notwendigkeit der Stärkung eines „ effektiven Multilateralismus". In: KAS-Auslandsinformationen. 22. 7. S. 80-101.

VARWICK, J. (2011): Ist Deutschland außenpolitisch isoliert?. In: Gesellschaft, Wirtschaft.

VASQUEZ, J. A. (1995): The Post- Positivist Debate: Reconstructing scientific Enquire and International Relations Theory after Enlightment's Fall. In: Booth, K.; Smith, S. 1995 (Hrsg.): International Relations Theory today. Cambridge. Polity press. 217- 240.

VIDAL DE LA BLACHE, P. (1922): Principes de la géographie humaine. Paris.

VOIGT, R. (2004): Politik und Raum. In: MÜLLER, B.; LÖB, S. und ZIMMERMANN, C (Hrsg.): Steuerung und Planung im Wandel. Festschrift für Professor Dr. Dietrich Fürst. Opladen.

VOIGT, R. (2005): Weltordnungspolitik. 1. Aufl. Wiesbaden.

VOIGT, R. (2008): Großraum-Denken. Carl Schmitts Kategorie der Großraumordnung in der Diskussion. In: ders. (Hrsg.): Carl Schmitts Kategorie der Großraumordnung in der Diskussion. Stuttgart. S. 11-23.

WAGNER, W. (2007): Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union. In: SCHMIDT, S.; HELMANN, G.; WOLF, R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden. S. 143-154.

WALKER. M. (1995): Over stretching Teutonia. Making the best of Fourth Reich. In: World Policy Journal.12.

WALTZ, K. N. (1979): Theory of International Politics. New York.

WALTZ, K. N. (1986): Reflections on „Theory of International Politics". A Response to my Critics. In: KEOHANE, R. O. (Hrsg.): Neorealism and its Critics. New York. S. 322-345.

WALTZ, K. N. (1990a): The Emerging Structure of International Politics. In: Relations in A Multipolar World, Hearings before the Committee on Foreign Relations. United States Senate.101st Congress. 2nd Session. November 26, 28 and 30, 1990, Part 1. S. 213-224.

WALTZ, K. N. (1990b): Realist thought and Neorealist Theory. In: Journal of International Affairs. 44 (1). S. 21-37.

WALTZ, K. N. (1993): The Emerging Structure of International Politics. In: International Security.18. (2) S. 44-79.

WALTZ, K. N. (1996): International politics is not Foreign Policy. In: Security Studies. 6 (1). S. 54-57.

WEBER, J. (1992): Renaissance der Geopolitik. In: Critiction. 23. (129). S. 31-33.

WEBER, M; SMITH, M. (2002): Foreign Policy in a Transformed World. Harlow. Pearson.

WEBER, N. (2014): Geopolitik zur Einführung. Hamburg.

WEHLER, H.U. (1973): Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918. Göttingen.

WEHLER, H.U. (1988): Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit". München.

WEHLER, H.U. (1995): Westbindung- oder Nationalismus und Großmachtsucht der neuen Rechten?. In: ders. Die Gegnwart als Geschichte. Essays. München. S. 138-143.

WEHLER, H.U. (2005): Was bleibt von Schröder. In: Die Zeit. Nr. 47. 17.11.2005.

WEICHELEIN, S. (2012): Handbuch Föderalismus -Föderalismus als demokratische Rechtsordnung und Rechtskultur in Deutschland, Europa und der Welt Band 1: Grundlagen des Föderalismus und der deutsche Bundesstaat. Berlin Heidelberg.

WEIßMANN, K. (2003): Delikatesse gegenüber dem Hegemon. In: Sezession. 2. S. 14-19.

WELFENS, P.J.J. (2017): BREXIT aus Versehen. Europäische Union zwischen Desintegration und neuer EU. Wiesbaden.

WENDLER, F. (2010): Pragmatismus, Führung und langsam erodierender Konsens: Eine Bilanz der Europapolitik der Großen Koalition. In: EGLE, C.; ZOHLNHÖFER, R. (Hrsg.): Die zweite Große Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005 – 2009, Wiesbaden, S. 530 – 549.

WENDT, A. (1992): Anarchy is what state make of it: the social construction of power politics. In: International Organization. 46 (2). S. 391-425.

WERLEN, B. (2000): Sozialgeographie. Bern, Stuttgart. Wien.

WESTERWELLE, G. (2010): Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, zum Haushaltsgesetz 2010 vor dem Deutschen Bundestag am 20. Januar 2010 in Berlin. In: https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2010-2015/2010/01/06-2-bmaa-bt.html. Bulletin Nr. 06-2 der Bundesregierung.

WILHELM, A. (2006): Außenpolitik. Grundlagen, Strukturen und Prozesse. R. Oldenburg Verlag. München. Wien.

WILLENZ, E. (1993): Germany and Mitteleuropa: Retrospect and Prospect. In: German Politics and Society. 28. Spring. S. 53-67.

WINKLER, H.A. (1981): Der deutsche Sonderweg: eine Nachlese. In: Merkur 35. (399). S. 793-804.

WOHLFORTH, W. C. (1999): The Stability of a Unipolar World. In: International Security. 24. 1. S. 5-41.

WOHLFORTH, W. C. (2002): Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen in einer unipolaren Welt. In: REINHARD C, M-W.; LUTHER, S. (Hrsg.): Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung. München. S. 305-318.

WOLF, K. D. (1991): Das neue Deutschland- Eine Weltmacht? In: Leviathan. 19 (2). S. 247-260.

WOLFRUM, R. (2007): Grundgesetz und Außenpolitik. In: Schmidt, S; Hellmann, G; Wolf, R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden. S. 157-168.

WUSTEN, H. van der. (1993): Politisch-geographische Herausforderungen in der gegenwärtigen Phase des geopolitischen Übergangs. In: Geographische Zeitschrift. 81. (4). S. 237-247.

ZÄNKER, A. (1991): Die Welt als Ganzes. Renaissance der Geopolitik. Denkverbote, Realitäten- oder das Chaos. In: Mut. 27. (284). S. 34-46.

ZÄNKER, A. (1992): Epoche der Entscheidung. Deutschland, Eurasien und die Welt von morgen. Asendorf.

ZÄNKER, A. (1995): Die Zukunft liegt im Osten. Zwischen Warschau und Waldiwostock-von der Krise zum Großen Boom. Wien.

ZIMMER, M. (1997): Return of the Mittellage?. The Discourse of Center German Foreign Policy. In: German Politics. 6. (1). S. 23-38.

ZIMMER, M. (1999): From the national state to the rational state and back? An exercise in understanding politics and identity in Germany in twentieth century. In: German Politics. 8. (3). S. 21-42.

ZIMMER, M. (2009): Die Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland vor und nach 1989. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. 2. S. 66-83.

ZIMMER, M. (2015): Werte oder Interessen?. Über eine bisweilen schwierige Gemengelage in der deutschen Außenpolitik. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. 8. S. 239-257.

ZÜNDORF, B. (1979): Die Ostverträge. Die Verträge von Moskau, Warschau, Prag, das Berlin-Abkommen und die Verträge mit DDR. München.

ZYLA, B. (2012): Deutschlands Schlüsselrolle in den transatlantischen Beziehungen. In Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. 5. S.117–135.